

An abstract painting of three women walking away from the viewer. The figures are rendered with thick, expressive brushstrokes in shades of grey, black, and white. The background is a mix of light blue and purple tones, also created with visible brushwork. A horizontal band of teal color runs across the middle of the image, partially overlapping the figures.

Zweiter Frauenbericht der Stadt Linz

Frauenbüro




LinZ
verändert

Zweiter Frauenbericht der Stadt Linz

Auf Initiative von
Frauenstadträtin Mag.^a Eva Schobesberger

Projektleitung
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Doris Weichselbaumer
Institut für Frauen- und Geschlechterforschung
Johannes Kepler Universität Linz

AutorInnen
Mag.^a Julia Schuster PhD
Theresa Fitz MSc, BA
Leonie Kapfer MA
unter Mitarbeit von
Timo Kapelari BSc

 INSTITUT FÜR FRAUEN- UND
GESCHLECHTERFORSCHUNG
Johannes Kepler Universität Linz

Frauenbüro



 Linz
verändert

Impressum:
Herausgabe, Eigentum und Verlag:
Magistrat der Stadt Linz, Frauenbüro
Hauptplatz 1, 4041 Linz
www.linz.at/frauen

Für den Inhalt verantwortlich:
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Doris Weichselbaumer

Institut für Frauen- und Geschlechterforschung
Johannes Kepler Universität Linz
Altenbergerstraße 69, 4040 Linz
<http://genderstudies.jku.at/>

Autorinnen:
Mag.^a Julia Schuster PhD
Theresa Fitz MSc, BA
Leonie Kapfer MA

Gestaltung: Gertrude Plöchl
Umschlagimage: „Business as usual“
Astrid Esslinger 2010 (überarbeiteter Ausschnitt)
Druck: Personal und Zentrale Services

Erscheinungsjahr: 2018

ISBN 978-3-200-06079-1



Foto: Gregor Härtl



Foto: Michael Dworschak

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Jahr 2011 wurde erstmals ein Frauenbericht für die Stadt Linz vorgelegt. Dieser belegte deutlich, dass in Sachen Geschlechtergerechtigkeit vielfacher Handlungsbedarf besteht. Aufbauend auf den Erkenntnissen des Frauenberichts wurde unter Beteiligung der Linzerinnen 2015 das erste Frauenprogramm der Stadt Linz beschlossen.

Der Zweite Frauenbericht der Stadt Linz zeigt nun anhand aktueller Daten, in welchen Bereichen Frauen trotz formaler Gleichstellung nach wie vor Diskriminierungen und Benachteiligungen begegnen.

Einmal mehr wird deutlich, dass die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu strukturellen Benachteiligungen und Risiken führt. So bekommen Frauen in Österreich durchschnittlich um 43 Prozent weniger Pension als Männer und sind deshalb wesentlich gefährdeter im Alter arm zu sein.

Der Frauenbericht soll aber nicht nur Problemlagen aufzeigen, sondern vor allem Grundlage für frauenpolitisches Handeln sein. Die Stadt Linz hat in den letzten Jahren zahlreiche konkrete Maßnahmen umgesetzt. Angefangen von der Koppelung der Auftragsvergabe an Frauenförderung in Betrieben bis hin zur kostenlosen Rechtsberatung für Frauen vor lebenswichtigen Entscheidungen. Der damit eingeschlagene Weg muss in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden.

So verstehen wir den Frauenbericht als Handlungsauftrag an alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen, die nötigen Veränderungen herbeizuführen. Denn nur durch einen ehrlichen Willen und gemeinsames Handeln kann eine geschlechtergerechte Gesellschaft erreicht werden.

Klaus Luger
Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz

Mag.ª Eva Schobesberger
Frauenstadträtin

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	6
SOZIODEMOGRAFIE	11
LEBENSFORMEN	23
BILDUNG	45
ERWERBSTÄTIGKEIT	67
SOZIOÖKONOMISCHE LAGE	93
GESUNDHEITEN	109
REPRÄSENTANZ UND PARTIZIPATION	135

EINLEITUNG

Dieses Jahr feiert Österreich 100 Jahre Frauenwahlrecht. Dieser politische Meilenstein war nur dank einer starken Frauenbewegung möglich, die unerlässlich auf geschlechtsspezifische Unterschiede in der Gesellschaft hingewiesen hat und es sich zum Ziel machte, diese zu beseitigen. Vieles hat diese Bewegung bis heute erreicht, aber Frauen und Männer sind nach wie vor noch nicht auf allen Ebenen gleichgestellt. Unterschiede etwa im Einkommen, bei der Verantwortung der Kinderbetreuung oder in der politischen Repräsentation bezeugen dieses Ungleichgewicht. Darum ist es noch immer notwendig, geschlechtsspezifische Unterschiede innerhalb der Gesellschaft zu dokumentieren – denn deren Dokumentation ist der erste Schritt zu deren Beseitigung.

Da sich regionale Besonderheiten in gesellschaftlichen Strukturen widerspiegeln, ist es von Bedeutung, dass Geschlechterunterschiede nicht nur auf Bundesebene analysiert werden. Als 2011 der Erste Linzer Frauenbericht publiziert wurde, nahm diese Form der kommunalen Frauenberichterstattung in Österreich¹ eine Vorreiterrolle ein. Seither sind andere stadt-spezifische Berichte erschienen, wie etwa der Erste Welser Frauenbericht, der 2016 veröffentlicht wurde. Nach sieben Jahren ist es für die Stadt Linz wieder an der Zeit sich die Frage zu stellen, in welchen Lebensbereichen der Linzer Frauen es Verbesserungen oder etwa Verschlechterungen gab. Wie gestaltet sich die aktuelle Lebenssituation von Frauen in Linz?

Warum ist Frauenberichterstattung nötig?

Eine regelmäßige frauen- bzw. geschlechterdifferenzierte Berichterstattung bildet die Grundlage für das Erkennen von geschlechterpolitischem Handlungsbedarf. Der Rückgriff auf statistisches Datenmaterial ist hier von zentraler Bedeutung, denn dadurch werden sowohl Fortschritte als auch Rückschritte in der Gleichstellung von Männern und Frauen messbar. Frauenberichte liefern somit wichtige Anhaltspunkte für die Gleichstellungspolitik und bieten Entscheidungsgrundlagen für politische Schwerpunktsetzungen. Zugleich fungieren sie als Medium für frauenpolitische Aktivierung, da sie Benachteiligungsstrukturen sichtbar und nachvollziehbar machen.

Die rechtlich formale Gleichstellung der Geschlechter in Österreich findet sich in der Lebensrealität von Frauen noch nicht zur Genüge wieder. Auf der Basis kontinuierlicher und fortschreitender Frauenberichterstattung kann aber die Politik daran gemessen werden, welche frauen- und gleichstellungspolitischen Ziele sie sich setzt und wie sie diese aufgrund von Maßnahmen erreicht bzw. wo weiterer dringender Handlungsbedarf besteht.

Frauenberichterstattung beinhaltet zwei unterschiedliche, sich aufeinander beziehende Zugänge:

- Die gendersensible Analyse von Daten und Fakten („sex-counting“²): Das Generieren von Wissen auf der Ebene von „Körpern und Köpfen“, also von weiblichen und männlichen Personen, ist eine wesentliche Voraussetzung für weiterführende Analysen. Diese Statistiken sind notwendig, um die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern in allen gesellschaftlich relevanten Feldern abzubilden. Das Verständnis, dass es sich bei Frauen und Männern um keine jeweils homogenen Gruppen handelt, sondern hier vielfach weitere

¹ Mit Ausnahme von Wien, das aber Bundes- und Landeshauptstadt zugleich ist, gab es bis 2011 keine stadtspezifischen Frauenberichte.

² Der deutsche Begriff „Geschlecht“ beinhaltet sowohl die biologische als auch die soziale Dimension von Geschlecht. Im Englischen gibt es für diese verschiedenen Dimensionen auch unterschiedliche Bezeichnungen: „sex“ steht für den biologischen, „gender“ für den sozialen Bedeutungsgehalt von „Geschlecht“. Daher wird im Deutschen zur bestmöglichen Unterscheidung der beiden Dimensionen die englische Begrifflichkeit verwendet.

soziale Merkmale wie Alter, Behinderungen, Herkunft, sexuelle Orientierungen sowie sozio-ökonomischer Status zu berücksichtigen sind, bildet eine weitere wesentliche Grundvoraussetzung der Analyse auf der statistischen Ebene.

- Die Analyse von gesellschaftlich hergestellten Geschlechterverhältnissen (= Gender-Ebene): Hier geht es um die Identifikation jener geschlechtlich zugeordneten Normen, Erwartungen und strukturellen Rahmenbedingungen, welche die Differenz zwischen den Geschlechtern hervorbringen und stabilisieren. Solche Analysen sollen die Grundlage dafür liefern, geschlechtsspezifische Macht- und Herrschaftsverhältnisse verändern zu können.

Ziel des Zweiten Linzer Frauenberichtes

Der vorliegende Zweite Linzer Frauenbericht soll mehrere Funktionen erfüllen:

- Die im Rahmen des Ersten Linzer Frauenberichtes erstellte quantitative Erfassung der wesentlichen Eckdaten zur Lage der Linzer Frauen soll als Grundlage für die Frauenpolitik aktualisiert werden.
- Dargestellte Daten und sich daraus ergebende Themen und Problemlagen sollen inhaltlich diskutiert werden.
- Die Verfügbarkeit von statistischen Daten über Linzer Frauen soll dokumentiert und Datenlücken sollen aufgezeigt werden, um die Lebensbedingungen der Linzerinnen kontinuierlich im Blick haben zu können.
- Eine Basis für die Identifikation und die Aktivierung der Linzerinnen in frauenpolitischen Angelegenheiten soll geschaffen werden.

Methodische Vorgangsweise

Recherche, Aufbereitung und Analyse sekundärstatistischer Daten

Der vorliegende Frauenbericht wurde von März bis August 2018 erarbeitet und stützt sich auf eine sekundärstatistische Analyse jenes Datenmaterials, das in der bzw. für die Stadt Linz vorhanden ist. Das Material, das gesammelt werden konnte, stammt in erster Linie vom Amt für Stadtforschung (Kontaktperson Mag. Standfest), dem Institut für Gesundheitsplanung, der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer Oberösterreich, dem Amt für Soziales, Jugend und Familie der Stadt Linz, vom Arbeitsmarktservice Oberösterreich, vom Land Oberösterreich sowie von Statistik Austria.

Statistiken bzw. statistische Analysen dienen dazu, politische Maßnahmen empirisch zu fundieren und ihre Wirkungen zu messen. Gerade die Kommunalpolitik hat ein großes Naheverhältnis zu den Lebens- und Problemlagen der BewohnerInnen. Je kleinräumiger das politische Handlungsfeld, desto konkreter und zielgerichteter können politische Maßnahmen sein. Gute Datenverfügbarkeit und Datenqualität sind als empirische Grundlage unabdingbar.

Prinzipiell ist aber das Angebot statistischer Daten genau umgekehrt ausgerichtet: Je größer die politische Einheit, umso abgesicherter sind die Daten in statistischer Hinsicht. Je kleiner, umso schwieriger wird es in vielen Bereichen, konkreter in die Lebenssituation der Menschen hineinzusehen: Die meisten großen (europa- oder bundesweiten), auf Befragungen aufbauenden Statistiken (z. B. Mikrozensus, Arbeitskräfteerhebung, EU-SILC)³ sind auf der Ebene größerer Städte nur eingeschränkt zu verwenden, da die Stichproben zu klein werden, um abgesicherte Aussagen treffen zu können.

³ Der Mikrozensus ist die zentrale Haushaltsstichprobe der amtlichen Statistik in Österreich, anhand derer sozialstatistische Erhebungen in derzeit etwa 23.000 Haushalten durchgeführt werden; die Arbeitskräfteerhebung wird im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt; EU-SILC ist die europaweite Erhebung über soziale Lebensbedingungen in Haushalten.

Geschlechtsspezifische Informationen sind bereits in vielen Datenquellen inkludiert, aber leider nicht überall. In diesem Bericht weisen wir in den einzelnen Kapiteln konkret darauf hin, wo diese Dimension noch fehlt. In diesen Fällen wird nicht nur Wissen verschenkt, das in konkreter und zielgruppenorientierter Politik umsetzbar wäre. Es entspricht auch dem Gleichstellungsgebot der Bundesverfassung und der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen, dass auf lokaler Ebene Lebensumstände geschlechts-differenziert darzustellen sind.

Der vorliegende Bericht dokumentiert vielfältige Aspekte der Leben der Linzerinnen, die durch quantitatives Datenmaterial beschrieben werden können. Bei Datenlücken greifen wir auf die Bundeslandebene zurück, um einzelne, wichtige Themen nicht vollständig ausklammern zu müssen. Der Bericht bindet auch immer wieder eine Perspektive auf die Bundesebene mit ein, da oft dort das Datenmaterial am umfangreichsten ist, aber auch, um österreichweite Vergleiche herstellen zu können.

Vergleichbarkeit mit dem Ersten Linzer Frauenbericht

Der vorliegende Bericht ist eine Überarbeitung und Aktualisierung des Ersten Linzer Frauenberichtes (2011), der unter der Projektleitung von Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Gabriella Hauch von Dr.ⁱⁿ Birgit Buchinger MSc und Mag.^a Renate Böhm unter Mitarbeit von Mag.^a (FH) Astrid Ebner-Zarl und Stefanie Halbmayr verfasst wurde. Wir bedanken uns bei den Autorinnen dafür, dass wir auf ihrer Arbeit aufbauen konnten. Zahlreiche Textpassagen wurden, soweit inhaltlich noch aktuell, entsprechend übernommen bzw. entsprechend dem neuesten Datenmaterial angepasst. Die Auswahl der diskutierten Themen und der in den Grafiken sowie Tabellen dargestellten Dimensionen ist ebenfalls auf die Auswahl des Ersten Linzer Frauenberichtes abgestimmt, denn gerade in der Dokumentation von sozialen Lebenslagen und gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten ist es sinnvoll, auf Vergleichbarkeit zu achten, um zeitliche Veränderungen – Verbesserungen wie Verschlechterungen – im Auge behalten zu können. Dennoch gibt es eine Reihe von Aspekten, in denen der vorliegende Bericht inhaltlich und strukturell von seinem Vorläufer abweicht. Diese wollen wir hier kurz erläutern:

Ein wesentlicher methodischer Unterschied ist, dass der Zweite Linzer Frauenbericht ausschließlich auf quantitativem Datenmaterial beruht. Qualitative Interviews und Workshops mit ExpertInnen, wie für den Ersten Linzer Frauenbericht, wurden nicht noch einmal durchgeführt. Der Grund dafür liegt darin, dass sich prinzipielle geschlechtsspezifische Phänomene seit dem ersten Bericht nicht so fundamental verändert haben, dass der Zugewinn aus einer qualitativen Analyse die damit verbundenen zeitlichen und finanziellen Kosten gerechtfertigt hätte. Aus ähnlichen Gründen wurde auch die für den ersten Bericht durchgeführte Zusatzbefragung der VertreterInnen sozialkultureller Einrichtungen nicht wiederholt. Dementsprechend ist der Zweite Linzer Frauenbericht um die Diskussionen, basierend auf den qualitativen Daten, kürzer.

Da das Kapitel „Sexualitäten“ des Ersten Linzer Frauenberichtes ausschließlich auf qualitativem Wissen aus Interviews und Workshops basierte, gibt es dieses Kapitel in dieser Form im vorliegenden Bericht nicht mehr. Weil die darin besprochenen Themenblöcke aber wichtig sind, sind diese, soweit passend, inhaltlich in die Diskussionen der anderen Kapitel (vor allem in das Kapitel „Gesundheit“) integriert.

Auch das Kapitel „Lebensphasen – Lebenslagen“ unseres Vorgängerberichtes wurde aufgelöst und inhaltlich in anderen Kapiteln untergebracht. Dies erschien sinnvoll, weil hier einerseits ein großer Teil der Informationen auf der Jugendbefragung 2006 basierte, die seither nicht wiederholt wurde. Dadurch war eine Aktualisierung der Ergebnisse nicht möglich. Andererseits ließen sich die übrigen Themenblöcke thematisch besser in andere Kapitel aufnehmen (beispielsweise werden nun „Soziodemografische Aspekte von Migrantinnen“ im Kapitel

„Soziodemografie“ diskutiert). Der Themenblock „Gewalterfahrung“ findet sich nun als Exkurs im Kapitel „Gesundheit“ und Diskussionen zur Partizipation verschiedener Frauengruppen wurden in das Kapitel „Repräsentanz und Partizipation“ integriert. Die beiden letztgenannten Kapitel weichen aufgrund dieser Einarbeitungen in ihrem Aufbau von den entsprechenden Kapiteln im Ersten Linzer Frauenbericht ab.

Das Thema Kinderbetreuung war im Ersten Linzer Frauenbericht im Kapitel „Bildung“ angesiedelt. Um die Bedeutung von Kinderbetreuungseinrichtungen für die Möglichkeiten von Linzer Frauen am Arbeitsmarkt darstellen zu können, ist das Thema Kinderbetreuung im Zweiten Linzer Frauenbericht im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ zu finden.

Auch die quantitative Datengrundlage hat sich seit 2011 verändert. Die demografischen Informationen, die für die Sozialberichterstattung in Linz vorhanden sind, liefern einen guten Grundstock für detaillierte Analysen. Dieser litt jedoch bis 2011 darunter, dass Daten aus unterschiedlichen Quellen nicht kompatibel waren und viele Informationen für den Ersten Linzer Frauenbericht (2011) auf der schon länger zurückliegenden letzten Volkszählung 2001 basierten. Der vorliegende Zweite Linzer Frauenbericht stützt sich nun in weiten Teilen auf die 2011 eingeführte Registerzählung. Dabei handelt es sich um eine Form der Datenerfassung, bei welcher Bevölkerungsinformationen über ohnehin existierende Verwaltungsdaten erhoben werden (z. B. über das Zentrale Melderegister, das Bildungsstandregister oder Datensätze des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger). Diese Vorgangsweise ist kostengünstiger in der Erhebung und liefert verlässlichere Daten, als die mit Fragebögen erhobenen Volkszählungen. Die Aktualisierung der gesamten Registerzählung erfolgt – wie die Durchführung der Volkszählung – in größeren zeitlichen Abständen, allerdings werden einige Teile (z. B. die Abgestimmte Erwerbsstatistik) jährlich auf den neuesten Stand gebracht, wodurch eine zeitnahe Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen möglich wird.⁴

Zur Linzer BürgerInnenbefragung 2017 der Linzer Stadtforschung liegt uns eine Zusatzauswertung vor, die viele für diesen Bericht relevante Ergebnisse für Frauen und Männer getrennt aufschlüsselt. Diese deckt allerdings nicht alle im Ersten Linzer Frauenbericht dargestellten Statistiken (vor allem jene nach Stadtvierteln gegliederten Ergebnisse) ab. Dadurch gab es kleinere inhaltliche Verschiebungen. Grundsätzlich gilt: Weichen einzelne Darstellungsformen (z. B. auch in Grafiken oder Tabellen) bestimmter Themen von jenen Darstellungen des Ersten Linzer Frauenberichtes ab, so liegt das in den meisten Fällen an der Datenverfügbarkeit. Unsere Diskussionen, Tabellen und Grafiken bauen durchgehend auf den jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten (Berichtsjahren) auf.

Um die Nachvollziehbarkeit und Reproduktion des Berichts zu verbessern, sind Quellenangaben, v. a. in den Tabellen und Grafiken, etwas genauer als im Vorgängerbericht. Außerdem hat nun jedes Kapitel ein eigenes Quellenverzeichnis.

Aufbau des Berichtes

In den Kapiteln werden zentrale Lebensbereiche, die für alle Linzerinnen relevant sind, thematisiert. Gleichzeitig wird die Heterogenität der Linzer Frauen deutlich gemacht. Um größtmögliche Vergleichbarkeit zu erzielen, orientiert sich der Aufbau dieses Berichtes so weit wie möglich am Aufbau des Ersten Linzer Frauenberichtes. Demnach wird die Lebenssituation der Frauen in Linz in folgenden, wiederkehrenden Abschnitten beschrieben.

⁴ Nachteile der Registerzählung sind allerdings, dass Informationen zur beruflichen Tätigkeit (nach ISCO-Klassifikation) von Statistik Austria nur auf Bundeslandebene publiziert werden (Statistik Austria 2017a), oder dass Informationen zur Umgangssprache oder zum Religionsbekenntnis fehlen. Diese Nachteile haben für den vorliegenden Frauenbericht jedoch kaum Relevanz.

EINBLICK

Unter diesem Titel findet sich am Anfang jedes Kapitels eine kurze Zusammenfassung zur Bedeutung des Themas aus frauenpolitischer Sicht.

DATEN FAKTEN

In diesem Abschnitt wird – je nach verfügbarer Datenlage – ein statistischer Überblick über das jeweilige Thema geboten.

LÜCKEN

Hier listen wir Daten- und Wissenslücken auf, die in diesem Bericht offenbleiben müssen, unserer Ansicht nach aber in Zukunft geschlossen werden sollten. Bei der Erfassung von (statistischem) Datenmaterial über die Lebenslagen einer Bevölkerung ist jedoch immer auch Vorsicht geboten. Datenschutz und die Achtung der Privatsphäre müssen stets Priorität über die Dokumentation von persönlichen Informationen haben.

TRENDS

Wer nur eine kurze Information sucht, findet sie in diesem Abschnitt: Anhand einer Auflistung sind hier besondere Aspekte prägnant zusammengefasst.

DISKUSSION UND REFLEXION DES STATUS QUO

Dieser Abschnitt liefert eine inhaltliche Interpretation des vorgestellten Datenmaterials und analysiert die aktuelle Situation auf der Basis des verfügbaren Wissens.

AUSBLICK: MASSNAHMEN UND MÖGLICHKEITEN

In diesem Abschnitt fassen wir Ansatzpunkte für politische Maßnahmen und für politisches Handeln zusammen. Nicht alle diese Anregungen sind an die Stadt Linz adressiert: Die Handlungsvorschläge, die nicht in der Kompetenz einer Kommune liegen, können von ihren politischen AkteurInnen an die jeweils zuständige Institution weitergetragen werden.

DER GENDERSENSIBLE BLICK IN DIE ZUKUNFT

Am Ende des Berichtes wird eine Art „Inhaltsverzeichnis“ bzw. Raster für zukünftige Frauenberichterstattung angeboten, entlang dessen die dafür benötigten Daten in Zukunft erhoben bzw. fortgeschrieben werden sollten. Dabei handelt es sich um Vorschläge, die vorhandenen Statistiken, Registerdaten und Kooperationen mit Statistik Austria zu nutzen, um gendersensibles Wissen für die Region/Linz zu generieren. Dies soll eine Anregung sein, Befragungen, die zu Angelegenheiten der Stadt Linz durchgeführt werden, gendergerecht zu entwickeln und auszuwerten und dort, wo Lücken festgestellt wurden, kontinuierlich Daten zu erheben. Dabei ist zu bedenken, dass keine statistische Datentiefe ausreichen wird, die Lebensrealität von Frauen adäquat darzustellen. Die Erhebung qualitativer Daten – insbesondere auf Stadtteil-ebene – kann hier wichtige Ergänzungen liefern.

Wir hoffen, dass die politischen AkteurInnen den Zweiten Linzer Frauenbericht als Grundlage für die weitere frauenpolitische Arbeit in dieser Stadt annehmen und ihn nutzen, um sichtbar gewordene Schief lagen im Geschlechterverhältnis zu beseitigen.

Doris Weichselbaumer
Julia Schuster
Theresa Fitz
Leonie Kapfer
Linz, August 2018

SOZIODEMOGRAFIE

Geschlechterproportionen

Altersverteilung

StaatsbürgerInnenschaft und Prognosen

EINBLICK

Quantitatives und qualitatives Wissen über das Leben von Frauen und Männern in dessen Vielfältigkeit (z. B. auch in Abhängigkeit von sozialen Merkmalen wie Herkunft, Alter, soziale Lage, Behinderung oder sexuelle Orientierung), ist eine notwendige Voraussetzung für politisches Lenken und Handeln zur Sicherung des Gemeinwohls.

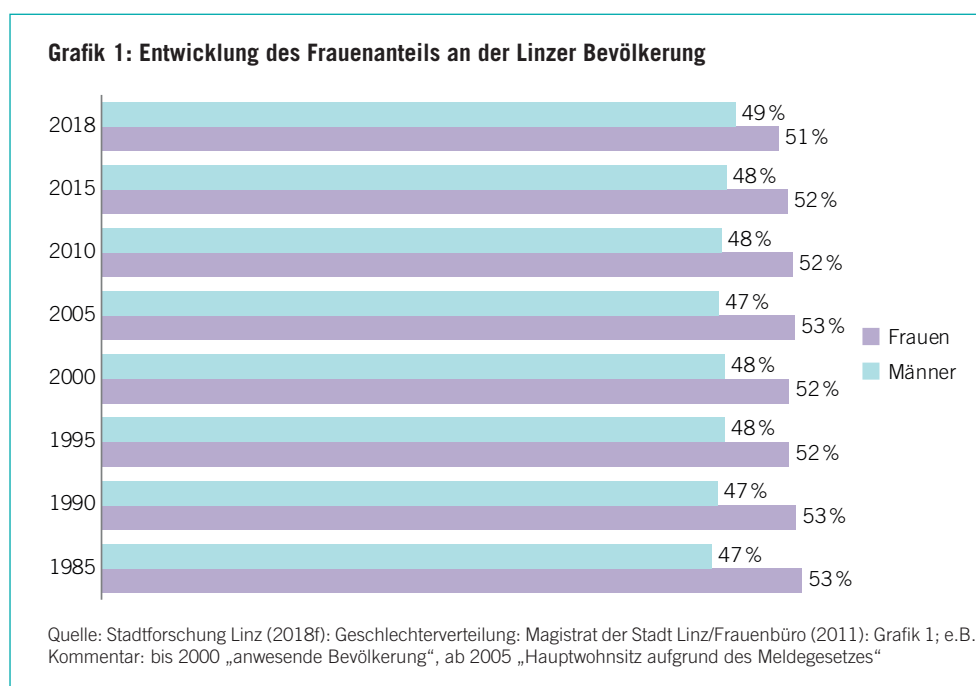
Gesellschaftliche Entwicklungen schlagen sich – manchmal nahezu in Echtzeit, manchmal verzögert – in Änderungen der soziodemografischen Zusammensetzung der Bevölkerung nieder. Für eine Stadt – ebenso wie für größere Verwaltungseinheiten – ist es wichtig, nicht nur detailliert über die jeweils aktuelle soziodemografische Zusammensetzung ihrer Bevölkerung Bescheid zu wissen, sondern in Entscheidungen auch Kenntnisse darüber miteinzubeziehen, was die Ursachen für Veränderungen in der Vergangenheit waren und welches Wissen daraus für die Zukunft ableitbar ist. Konkret bedeutet das für ein proaktives Handeln von Kommunen, dass fortlaufendes Wissen über sich verändernde Populationen, Altersproportionen und deren Entwicklungen, sowie Migrationsbewegungen generiert und genützt werden muss. Das Wissen über die Diversität einer Bevölkerung ist besonders wichtig in kommunalen Zusammenhängen. Dabei verleiht ein Herunterbrechen der Daten auf die Ebene von Bezirken zielgerichtetem Handeln eine gute Basis. Nur so kann eine Fehlallokation von Ressourcen bzw. eine Unterversorgung von bestimmten Regionen oder Bevölkerungsgruppen vermieden werden. Auf diese Aspekte gehen wir im Detail noch an verschiedenen Stellen dieses Berichtes ein.

DATEN FAKTEN

Geschlechterproportionen

Der Frauenanteil an der Linzer Bevölkerung sinkt leicht, aber stetig

Die Linzer Hauptwohnsitzbevölkerung ist im Laufe der letzten Jahre stetig gewachsen und umfasst zum 1. Jänner 2018 205.921 Personen; davon sind 106.013 Frauen und 99.908 Männer. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung beträgt somit 51,5% (Stadtforschung Linz 2018f). Auch österreichweit bilden Frauen – auf niedrigerem Niveau – mit 50,8% die Mehrheit der Bevölkerung (Statistik Austria 2018a).



Der höhere Frauenanteil in Linz ist jedoch keine Besonderheit. In Ballungsräumen sind die weiblichen Bevölkerungsanteile zumeist höher, teilweise auch noch höher als in Linz.⁵ Eine mögliche Begründung hierfür könnte das breitere Bildungs- und Jobangebot sowie der Versorgungsgrad mit SeniorInnenheimen und die Nähe zu medizinischen Einrichtungen in Städten sein. Die letzten beiden Punkte spielen gerade in Kombination mit der höheren Lebenserwartung von Frauen eine Rolle.

Das Ausmaß, in dem es mehr Frauen als Männer in Linz gibt, verändert sich jedoch (siehe Grafik 1). In den Nachkriegsjahren war die männliche Bevölkerung noch stark versehrt; sie konnte sich in den darauffolgenden Jahrzehnten aber kontinuierlich erholen. Heute gibt es in Linz nach wie vor etwas mehr Frauen als Männer, wobei sich dieser Unterschied stetig schließt. Dieser Trend – der auch auf andere Ursachen, wie z. B. Migrationsbewegungen zurückgeht – drückt sich auch im prozentuellen Wachstum der Bevölkerungsentwicklung nach Geschlecht aus: Während die männliche Population zwischen 2010 und 2018 um 10,7% wuchs, stieg die weibliche nur um 6,6%. Diese Entwicklung verläuft im österreichischen Durchschnitt etwas langsamer: Hier erhöhte sich die Zahl der Männer um 6,7% und die Zahl der Frauen um 4,6% (Statistik Austria 2018a).

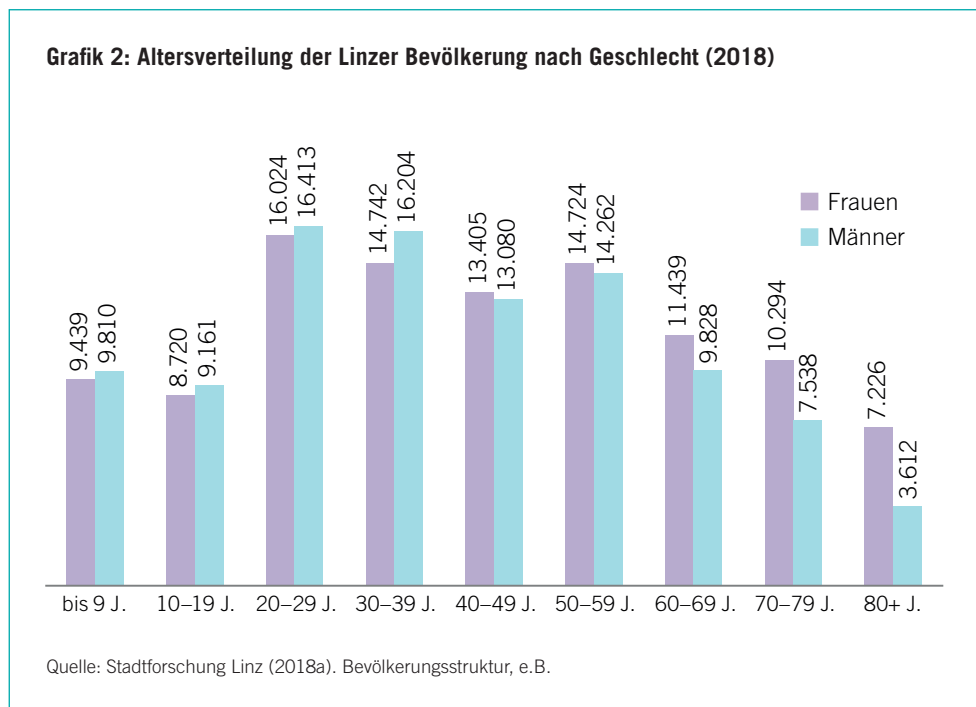
⁵ Vgl. Berichte des Österreichischen Städtebundes (Österreichs Städte in Zahlen 2011, 2014, 2015, 2017).

Altersverteilung

In den Altersgruppen der 0- bis 39-Jährigen gibt es jeweils einen leichten Männerüberhang

Linzer unterscheidet sich aufgrund seiner städtischen Struktur von der durchschnittlichen Altersstruktur Oberösterreichs. Die Linzer Wohnbevölkerung ist durchschnittlich etwas älter. Der Anteil junger Menschen (0-19 Jahre) liegt 2017 im gesamten Bundesland bei 20,4% (in Linz 18%); seit 2011 ist dieser Anteil im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr gesunken (in Linz blieb er relativ konstant bei etwa 18%). Der Anteil der 60 bis 79 Jahre alten Bevölkerung liegt bei 19,1% (in Linz 19%) und jener der Bevölkerung 80+ bei 5% (in Linz 5,4%) (Statistik Austria 2018c; Stadtforschung Linz 2018a).

In den jüngeren Altersgruppen (bis 9, 10-19, 20-29, 30-39) gibt es jeweils mehr Männer als Frauen. Mit zunehmendem Alter dreht sich dieses Verhältnis jedoch um und so leben etwa doppelt so viele hochbetagte Frauen (80 Jahre und älter) wie Männer in Linz (siehe Grafik 2). Auch in der Gruppe der 60- bis 79-Jährigen, die bereits in Pension sind oder in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten, ist der Anteil der weiblichen Bevölkerung höher als im Durchschnitt und liegt bei rund 56%.



Während Frauen im Alter stark überrepräsentiert sind, sind sie in der Altersklasse der 0- bis 19-Jährigen leicht unterrepräsentiert, denn hier beträgt ihr Anteil „nur“ 49%. Sowohl bei der jugendlichen Bevölkerung bis 9 Jahren wie auch bei jener ab 10 Jahren, ist der Anteil der männlichen Jugendlichen höher als 50%.

Ursächlich für die mit dem Alter schwankenden Geschlechterproportionen sind ein um 5% höherer Knabenanteil bei den Geburten und eine erhöhte Sterblichkeit junger Männer, die jedoch durch eine stärkere Zuwanderung junger Männer kompensiert wird. Hinzu kommt eine höhere Lebenserwartung von Frauen (Statistik Austria 2007: 4). Die Lebenserwartung

von Frauen bei der Geburt betrug im Jahr 2016 rund 84 Jahre, bei Männern waren es rund 79 Jahre. Der Unterschied in der Lebenserwartung von Männern und Frauen nimmt allerdings kontinuierlich ab: Waren es 1960 noch 7 Jahre, sind es 2016 rund 5 Jahre, die Frauen durchschnittlich länger leben. Laut Prognose soll dieser Unterschied im Jahr 2050 nur noch 4 Jahre betragen (Land Oberösterreich 2015).

Der Frauenanteil in den Linzer Bezirken schwankt stark

Je nach statistischem Zählbezirk schwankt – wie Tabelle 1 zu entnehmen ist – der Frauenanteil der dort ansässigen Wohnbevölkerung zwischen 35,6 % (St. Peter) und 63,1 % (Freinberg). In Zählbezirken mit älterer Siedlungsstruktur und Bezirken mit SeniorInnen- und Pflegeheimen ist der Frauenanteil höher (etwa im Volksgartenviertel, im Spallerhof, im Wankmüllerhofviertel oder in der Harbachsiedlung). Dies lässt sich durch den insgesamt höheren Frauenanteil in den Altersgruppen 50+ erklären. In Bezirken, in denen der Anteil der Menschen mit nicht-österreichischer StaatsbürgerInnenschaft über dem Durchschnitt liegt (mehr als 23 %), ist der Frauenanteil unterdurchschnittlich (weniger als 51,5 %) (etwa im Hafenviertel mit 34,2 %, im Bulgariplatzviertel mit 49,5 % oder im Franckviertel mit 50,2 %). Dafür gibt es mehrere mögliche Gründe. Ein Blick auf die Geschlechterproportionen der fünf wichtigsten Herkunftsländer von MigrantInnen in Linz (Bosnien und Herzegowina, Rumänien, Türkei, Deutschland und Kroatien) zeigt, dass die Frauenanteile bei den Zugewanderten größtenteils weit unter dem Durchschnitt von 51,5 % liegen (Ausnahme ist Rumänien). Am geringsten sind sie bei ZuwanderInnen aus Bosnien und Herzegowina mit 45,6 %, dicht gefolgt von ZuwanderInnen aus Deutschland mit 46 % (Stadtforschung Linz 2018d). Ein weiterer Grund für die schwankenden Frauenanteile in den Bezirken liegt in ihrer Altersstruktur. Im Hafenviertel etwa liegt der Anteil der 60+-Jährigen bei 8,7 % und damit 15,6 Prozentpunkte unter dem Linzer Durchschnitt. Auch das Bulgariplatzviertel ist ein sehr junger Bezirk, nur 16,2 % der BewohnerInnen sind 60 Jahre und älter (Stadtforschung Linz 2018e). Das Hafenviertel, in dem der Frauenanteil weit unter dem Linzer Durchschnitt von 51,5 % liegt, ist ein Industrie- und Gewerbeviertel mit einer aktuellen Wohnbevölkerung von nur 149 Personen (0,1 Personen pro Ha) (Stadtforschung Linz 2018g). Eine naheliegende Vermutung zur möglichen Erklärung des niedrigen Frauenanteils ist, dass sich hier die Belegschaft der männlich dominierten Metall- und Elektronikindustrie ansiedelt.

Personen nichtösterreichischer StaatsbürgerInnenschaft

Der Anteil der Linzer Bevölkerung mit nichtösterreichischer StaatsbürgerInnenschaft beläuft sich 2018 insgesamt auf rund 22 % (gegenüber rund 15 % im Jahr 2010) und liegt damit deutlich höher als in der oberösterreichischen Gesamtbevölkerung (Oberösterreich rund 12 % im Jahr 2018) (Stadtforschung Linz 2018b, Statistik Austria 2018b). Im Vergleich mit den anderen österreichischen Landeshauptstädten liegt dieser Anteil in Linz im Mittelfeld. In Wien (29,5%) und Innsbruck (25%) sind die Anteile höher, in Klagenfurt (17%) und Eisenstadt (15%) niedriger (Österreichischer Städtebund 2018). Der Zuwachs von LinzerInnen ohne österreichischer StaatsbürgerInnenschaft betrug im Zeitraum 2011 bis 2018 absolut 18.609, von diesen waren 8.628 Frauen und 9.981 Männer (Stadtforschung Linz 2018c).

Unter Frauen ist der Anteil jener mit nichtösterreichischer StaatsbürgerInnenschaft mit rund 21 % etwas geringer als jener der Männer mit rund 25 %. Die Mehrheit der in Linz lebenden Personen ohne österreichischer StaatsbürgerInnenschaft wanderte aus einem anderen europäischen Land zu: StaatsbürgerInnen aus Bosnien und Herzegowina sind mit 11 % die größte Gruppe, gefolgt von rumänischen (rund 10%) und türkischen StaatsbürgerInnen (rund 7 %). Rund 18 % besitzen eine asiatische und rund 5 % eine afrikanische StaatsbürgerInnenschaft (Stadtforschung Linz 2018c).

Tabelle 1:
Frauenanteil an der Hauptwohnsitzbevölkerung nach Statistischen Bezirken der Stadt Linz (2018)

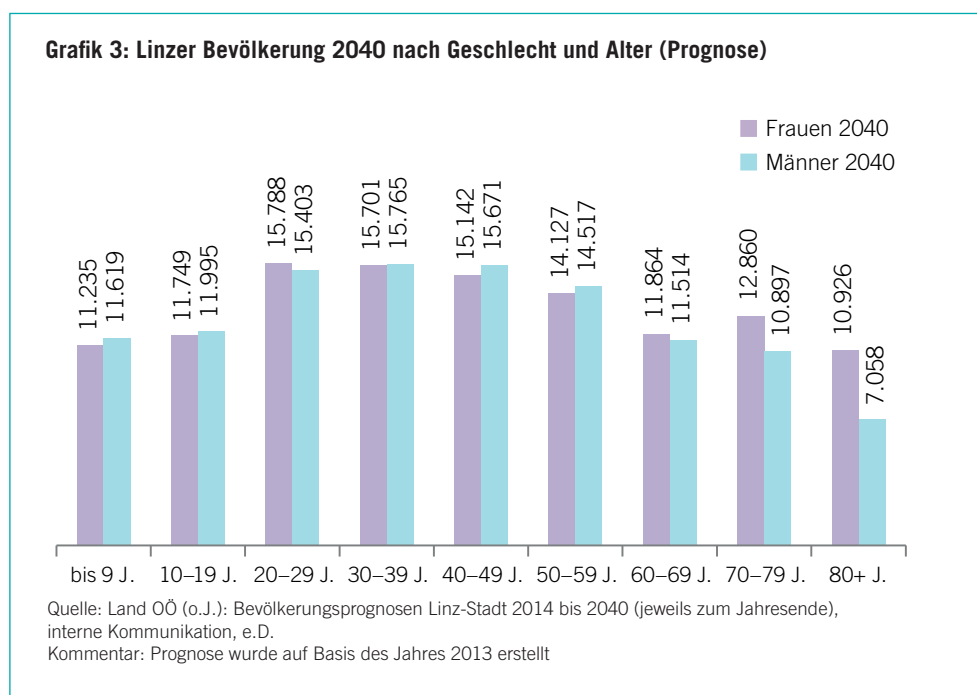
Statistische Bezirke	Weibl. Bevölkerung abs.	Anteil an der gesamten weibl. Population	Frauenanteil im Bezirk
Altstadtviertel	1.478	1,4%	49,3%
Rathausviertel	3.533	3,3%	50,2%
Kaplanhofviertel	3.671	3,5%	52,3%
Neustadtviertel	3.737	3,5%	50,7%
Volksgartenviertel	3.663	3,5%	53,3%
Römerberg-Margarethen	1.316	1,2%	52,7%
Freinberg	384	0,4%	62,0%
Froschberg	4.024	3,8%	51,7%
Keferfeld	3.789	3,6%	53,4%
Bindermichl	3.932	3,7%	52,5%
Spallerhof	2.334	2,2%	52,9%
Wankmüllerhofviertel	2.034	1,9%	53,0%
Andreas-Hofer-Platz-Viertel	3.322	3,1%	50,2%
Makartviertel	5.450	5,1%	49,6%
Franckviertel	5.153	4,9%	50,9%
Hafenviertel	674	0,6%	46,1%
St. Peter	62	0,1%	37,1%
Neue Welt	1.447	1,4%	50,2%
Scharlinz	1.988	1,9%	49,2%
Bergern	2.889	2,7%	51,3%
Neue Heimat	3.357	3,2%	51,4%
Wegscheid	2.136	2,0%	48,2%
Schörgenhub	6.919	6,5%	51,2%
Kleinmünchen	3.867	3,6%	51,2%
Ebelsberg	9.602	9,1%	51,1%
Alt-Urfahr	2.652	2,5%	51,7%
Heilham	2.205	2,1%	55,6%
Hartmayrsiedlung	2.149	2,0%	54,9%
Harbachsiedlung	2.096	2,0%	53,5%
Karlhofsiedlung	1.445	1,4%	52,8%
Auberg	2.616	2,5%	53,5%
Pöstlingberg	835	0,8%	52,4%
Bachlberg-Gründberg	1.704	1,6%	52,2%
St. Magdalena	3.943	3,7%	52,8%
Katzbach	5.026	4,7%	52,2%
Elmberg	581	0,5%	50,2%
Linz Gesamt	106.013	100,0%	51,5%

Quelle: Stadtforschung Linz (2018h): Hauptwohnsitzbevölkerung, e.B.

Der Anteil der Bevölkerung ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft schwankt von Bezirk zu Bezirk. So haben rund 67 % der Bevölkerung im Industriegebiet Hafen, 36 % im Bulgariplatzviertel und 33 % im Frankviertel keine österreichische StaatsbürgerInnenschaft. Demgegenüber liegt dieser Anteil in Pichling bei rund 10 % und in St. Magdalena sowie am Pöstlingberg bei rund 8 % der Wohnbevölkerung (Stadtforschung Linz 2018e).

Bevölkerungsprognosen

Die Alterung der Bevölkerung wird laut Prognose der Statistik Austria in den kommenden zehn Jahren stark voranschreiten (Statistik Austria 2017b). Diese Entwicklung macht auch vor Linz nicht halt. Der Frauenanteil wird sich dabei nur leicht verändern. Männer (ab 60+) werden anteilmäßig leicht zulegen. Die Lebenserwartung von Frauen und Männern wird in den kommenden Jahrzehnten weiter konvergieren (siehe oben). Diese Entwicklung verläuft jedoch langsam, daher wird der Frauenanteil hochbetagter Menschen in der Linzer Wohnbevölkerung auch in den nächsten Jahren deutlich höher sein als der Männeranteil. Grafik 3 zeigt die prognostizierte Altersstruktur der Linzer Bevölkerung für das Jahr 2040.



TRENDS

- Die Linzer Hauptwohnsitzbevölkerung ist im Laufe der letzten Jahre stetig gewachsen.
- Der Frauenanteil von 51,5% in Linz liegt im Durchschnitt der österreichischen Städte.
- Der Frauenanteil in den Linzer Bezirken schwankt stark.
- Der Frauenanteil an der Linzer Bevölkerung zeigt eine leicht rückläufige Tendenz.
- In den Altersgruppen der 0- bis 39-Jährigen besteht jeweils ein leichter Männerüberhang, während in den Altersgruppen der 40- bis 80+-Jährigen jeweils ein Frauenüberhang herrscht.
- Das weibliche Bevölkerungswachstum verlangsamt sich im Vergleich zu vergangenen Jahrzehnten.
- Es gibt Unterschiede in der Altersstruktur der weiblichen und männlichen Population, die sich durch einen höheren Knabenanteil an den Geburten bzw. durch die längere Lebenserwartung von Frauen erklären lassen.
- Der Anteil der älteren Bevölkerung wird – wie überall – auch in Linz steigen.
- Die Geschlechterproportion zwischen betagten und hochbetagten Männern und Frauen wird sich in den nächsten dreißig Jahren marginal verändern. Die Anteile der hochbetagten Männer werden steigen, da einerseits von Kriegsoffern unversehrte Generationen nun in das hohe Alter eintreten, und sich andererseits die Lebenserwartung von Männern und Frauen angleicht.

DISKUSSION UND REFLEXION DES STATUS QUO

Mehr oder weniger die Hälfte ...

Wer die Statistischen Jahrbücher der Stadt Linz von 1946 bis heute nach soziodemografischen Informationen zur weiblichen Bevölkerung durchforstet, kann erkennen, wie sehr sich gesellschaftliche Problemlagen und Relevanzen, aber auch Sichtweisen über Geschlechterrollen in die kommunale Berichterstattung eingeschrieben haben.

Während in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg Krankheits- und Todesursachenstatistiken eine überaus prominente Position einnehmen, waren es bis in die 1970er-Jahre Lebensform- und Reproduktionsthemen. Auch die jeweilige Referenzgröße der Berichterstattung ist aufschlussreich. So erfahren wir beispielsweise in diesen Statistiken zunächst nichts über das Alter des Mannes bei der Eheschließung, aber über jenes der Frau. Ebenfalls wird in den veröffentlichten Statistiken erst ab den 1980er-Jahren bekannt, wie hoch der Frauenanteil an der Bevölkerung ist. Dies reflektiert die – unter anderem im Familienrecht verankerte – bis Mitte der 1970er-Jahre andauernde Unterordnung der Frau als Tochter und Ehefrau, deren Teilhabe am öffentlichen Leben⁶ zu großen Teilen an die Zustimmung ihres Vaters bzw. ihres Ehepartners gebunden war. Die statistische Berichterstattung, die innerhalb dieses patriarchalen gesellschaftlichen Kontexts etabliert wurde, war dementsprechend lange Zeit ein Blick von Männern auf diese männlichen Lebensrealitäten. Frauen waren normativ primär auf den „privaten“ Bereich des Haushalts beschränkt, den man lange nicht als wirtschaftlich oder gesellschaftlich relevant verstand und daher nicht statistisch erfasste.

Die Datenverfügbarkeit und -qualität wurde in den letzten Jahren durch das Aufkommen der Evaluationsforschung maßgeblich verbessert, da die Nachfrage nach Wirksamkeitsanalysen politischer Maßnahmen aufgrund eines zunehmenden Konsolidierungsdrucks und dem Wunsch nach Kontrolle und Legitimierung staatlicher Interventionen gestiegen ist. Darüber hinaus fordern Antidiskriminierungsgesetze und das ebenfalls im Gesetz festgeschriebene Gender Mainstreaming eine Abschätzung geschlechtsspezifischer Folgen als Grundlage aller politischen Entscheidungen. Detaillierte Daten über die unterschiedlichen sozialen Lebensrealitäten von Männern und Frauen, Alten und Jungen, oder ÖsterreicherInnen und MigrantInnen sind essenziell für wirkungsvolle politische Entscheidungen (vgl. Stadt Wien 2014, 12). Dieses Bewusstsein spiegelt sich in vielen neueren, verfügbaren Statistiken wider.

Trotz aller begrüßenswerten Verbesserungen der vorhandenen Daten können Statistiken aber immer nur eine zusätzliche – nie eine vollständige – Grundlage für notwendige politische Maßnahmen zum Ausgleich von Geschlechterdisparitäten sein. Ein objektives Gesamtbild der Wirklichkeit kann keine Statistik liefern. Das liegt unter anderem daran, dass statistische Daten (insbesondere im Fall von Verwaltungsdaten) oft nicht explizit für diesen Zweck erhoben werden und dadurch beispielsweise aufgrund von vorbestimmten Kategorien und Variablen manche politisch interessanten Auswertungen nicht zulassen. Es lassen sich jedoch Entwicklungen und Zusammenhänge darstellen, die im Hinblick auf politische Gleichstellungsziele relevant werden. Dabei ist aber auch darauf zu achten, dass Interpretationen von Statistiken nicht in unreflektierten Diskussionen, beispielsweise über gesellschaftliche „Alters-“ oder „MigrantInnenbelastungen“, münden. Um eine differenzierte Auseinandersetzung mit Statistiken bemüht sich der vorliegende Bericht.

⁶ Beispielsweise war für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder für die Eröffnung eines Kontos eine Erlaubnis des Ehemannes notwendig. Auch die Mitbestimmung bei der Entscheidung über den Wohnsitz oder den Familiennamen war Frauen bis zur Familienrechtsreform 1975 nicht gestattet.

Die in diesem ersten Kapitel dargestellte soziodemografische Zusammensetzung der Linzer Bevölkerung bzw. deren Veränderung über die Zeit bietet wichtige Hinweise für politische Maßnahmen und Entscheidungen. Die Bedarfsplanung der Kinder- und Altenbetreuung, die Bereitstellung von infrastrukturellen Angeboten oder eine bessere Durchmischung verschiedener Bevölkerungsgruppen können hierfür Beispiele sein. Im Folgenden fassen wir konkrete Maßnahmen und Möglichkeiten kompakt zusammen, die sich aus den bisher vorgestellten Daten für uns ergeben.

AUSBLICK: MASSNAHMEN UND MÖGLICHKEITEN

- Die regelmäßige Erfassung und Auswertung aller soziodemografischen Daten und ihrer Veränderungen nach Geschlecht, Herkunft, Alter und Wohnort auf Stadtbezirksebene soll weiter fortgeführt werden.
- Die erhobenen statistischen Daten sollen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und MigrantInnen beitragen, daher ist ein verantwortungsvoller und geschlechtersensibler Umgang mit den Daten unabdingbar. Die Daten dürfen nicht zur Kontrolle und Disziplinierung der jeweiligen Bevölkerungsgruppe verwendet werden.
- Die soziodemografischen Daten sollten in Zukunft noch stärker dazu eingesetzt werden, eine offensive politische Diskussion zur diversifizierten und bedarfsorientierten Gestaltung von Lebensräumen und Stadtvierteln zu entwickeln.
- Der Österreichische Städtebund finanziert seit Jahren die in Kooperation mit Statistik Austria herausgegebene Publikation „Österreichs Städte in Zahlen“. Die dort verwendeten Datengrundlagen sind teilweise befragungsbasiert und teilweise Registerdaten. Erfreulicherweise sind sie seit dem Bericht von 2017 größtenteils geschlechterdifferenziert ausgewertet. Von Seiten der großen im Städtebund vertretenen Kommunen (Landeshauptstädte) sollte jedoch darauf geachtet werden, dass in Zukunft alle publizierten Daten geschlechterdifferenziert dargestellt werden. Ein Beispiel für die fehlende Aufschlüsselung nach Geschlecht ist die Dokumentation der Beschäftigungsentwicklung und der Beschäftigten nach Branchen.
- Die Stadt Linz führt in regelmäßigen Abständen BürgerInnenbefragungen durch. Ein weiterer Fortschritt wäre es, diese Befragungen sowohl hinsichtlich der Konzeption der Inhalte und Fragen als auch hinsichtlich ihrer Auswertung verstärkt geschlechtergerecht zu gestalten.
- Die Beobachtung der soziodemografischen Entwicklungen in den Stadtvierteln findet zwar statt, erfolgt aber nicht nach einzelnen Merkmalen – empfehlenswert wäre eine stärkere bezirksbezogene Sichtweise, die geschlechterdifferenzierte, längerfristige Entwicklungen berücksichtigt.
- Die jährliche, gendergerechte Statistik sollte allen politischen AkteurInnen der Stadt als Regelinstrumentarium mit dem Titel „Linzer Frauen und Männer auf einen Blick“ zur Verfügung gestellt werden.

QUELLEN

- Land Oberösterreich (2015): Bevölkerungsprognose 2015. Teil 2 – Bezirke Oberösterreichs. https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente/Abt_Stat/InfoStat_Bevoelkerungsprognose_2015_Teil2_Bezirke.pdf, abgerufen am 26.6.2018.
- Land Oberösterreich (o.J.): Bevölkerungsprognosen Linz-Stadt 2014 bis 2040 (jeweils zum Jahresende), interne Kommunikation.
- Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011): Erster Linzer Frauenbericht. <https://www.linz.at/images/Frauenbericht.pdf>, abgerufen am 12.1.2018.
- Österreichischer Städtebund (Hg.) (2018): Österreichs Städte in Zahlen 2017. https://www.staedtebund.gv.at/index.php?elD=tx_securedownloads&p=10359&u=0&g=0&t=1528363195&hash=e97df2b0f6e8dbfb8c71a50a29b789321ace659e&file=fileadmin/USERDATA/gemeinsame_dateien/dokumente/OESTIZ_2018_final.pdf, abgerufen am 6.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018a): Altersverteilung. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/altent_01.pdf, abgerufen am 5.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018b): Nationalität. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/NatEnt_01.pdf, abgerufen am 6.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018c): AusländerInnen. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/070_Auslaender/auslg.pdf, abgerufen am 6.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018d): Herkunftsnationen. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/070_Auslaender/#UEB1, abgerufen am 6.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018e): Bezirksergebnisse AusländerInnenanteile. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/070_Auslaender/#UEB1, abgerufen am 6.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018f): Geschlechterverteilung. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/geschlecht.pdf, abgerufen am 5.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018g): Bevölkerungsstruktur. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/020_RaumlicheVerteilung/, abgerufen am 5.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018h): Hauptwohnsitzbevölkerung 2018. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/020_RaumlicheVerteilung/ALFAA_alt.PDF, abgerufen am 5.6.2018.
- Stadt Wien, MA 23 (2014): Gendersensible Statistik: Lebensrealitäten sichtbar machen. Statistik Journal Wien (2). <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/genderstatistik-broschuere.pdf>, abgerufen am 7.6.2018.
- Statistik Austria (2007): Frauen und Männer in Österreich. Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden. <http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/frauen%20und%20maenner%20in%20oesterreich.pdf>, abgerufen am 5.6.2018.
- Statistik Austria (2017b): Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2016-2100 laut Hauptszenario. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/027311.html, abgerufen am 26.6.2018.
- Statistik Austria (2018a): Bevölkerung seit 1869 nach Geschlecht bzw. breiten Altersgruppen. Statistik des Bevölkerungsstandes. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_alter_geschlecht/031384.html, abgerufen am 26.6.2018.
- Statistik Austria (2018b): Bevölkerung am 1.1.2018 nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Bundesland. Statistik des Bevölkerungsstandes. www.statistik.at, abgerufen am 6.6.2018.
- Statistik Austria (2018c): Jahresdurchschnittsbevölkerung 2017 nach Alter und Bundesland. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_alter_geschlecht/023428.html, abgerufen am 26.6.2018.

LEBENSFORMEN

Familienarten

Biologische Reproduktion

Heirat und Verpartnerung

Scheidung

Wohnen

EINBLICK

Die Lebensformen österreichischer Frauen und Männer sind entsprechend dem europäischen Trend im Laufe der letzten Jahrzehnte vielfältiger geworden. Diese Pluralisierung und Individualisierung belegen das veränderte Heiratsverhalten, die Zunahme vorehelicher Lebensgemeinschaften oder die wachsende Scheidungshäufigkeit. Betrug das durchschnittliche Erstheiratsalter im Jahr 1975 bei Frauen 22,7 Jahre, lag es im Jahr 2016 bereits bei 30,6 Jahren; bei Männern stieg es im selben Zeitraum von 25,5 Jahren auf 32,9 Jahre an (Statistik Austria 2016a).

Für diesen Wandel sind nicht zuletzt die Bestrebungen und Erfolge der frauenpolitischen Bewegungen verantwortlich. Massives Aufholen im Bildungsbereich sowie in der Erwerbsbeteiligung von Frauen unterstützen diese Entwicklungen. Es wird sich auch zeigen, wie sich das neue Gesetz zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, das mit Ablauf 2018 in Kraft tritt, auf die Lebensformen von Frauen (und Männern) auswirken wird.

Veränderte Lebensweisen verändern auch die Familienplanung. Immer mehr Eltern sind beispielsweise nicht verheiratet. Frauen bekommen österreichweit durchschnittlich weniger Kinder als vor einigen Jahrzehnten. Darüber hinaus steigt das Erstgebäralter. Mögliche Gründe für diese Entwicklungen sind unter anderem verlängerte Bildungswege, bessere berufliche Perspektiven von Frauen, finanzielle Unabhängigkeit, steigende Selbstbestimmung bei der biologischen Reproduktion, die Verfügbarkeit von Kontrazeptiva, verstärkte Sexualaufklärung sowie die Möglichkeit der Fristenregelung (§ 97 StGB).

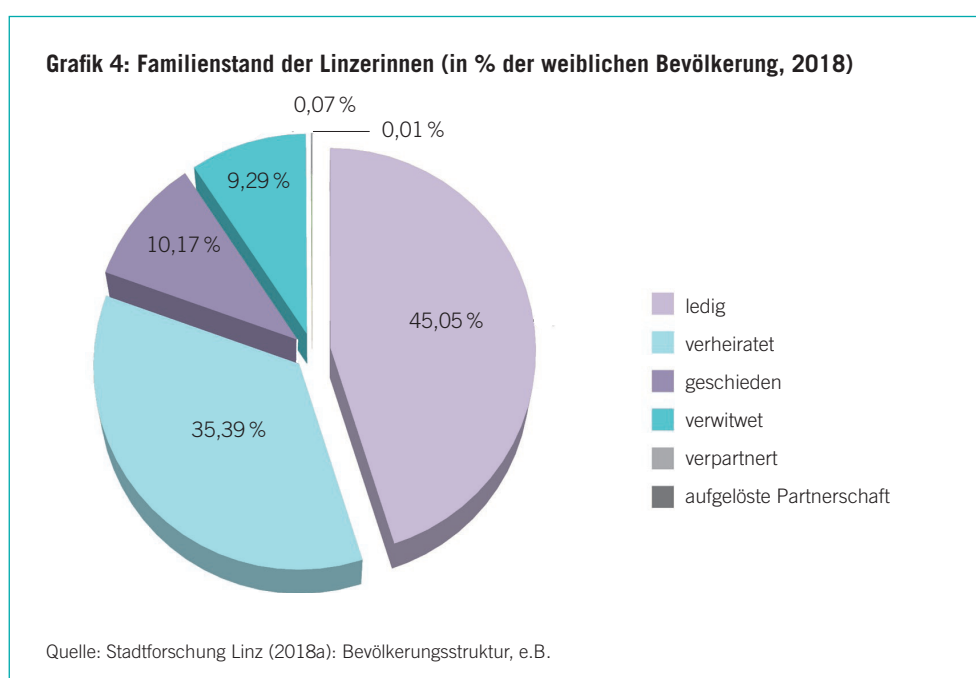
Auch die Familienformen haben sich gewandelt. Das Kernfamilienmodell – zwei verheiratete Erwachsene mit Kind(ern) – ist zwar noch die häufigste Form des Zusammenlebens, wird aber deutlich seltener gelebt als noch vor ein paar Jahrzehnten. Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften an allen Familien hat sich seit 1984 vervierfacht. Gleich blieb der Anteil der alleinerziehenden Mütter mit rund 10% (Statistik Austria 2018a). In den letzten Jahren gab es außerdem eine Reihe von rechtlichen Änderungen für gleichgeschlechtliche Paare. Mit 1. Jänner 2010 trat das „Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft“ für gleichgeschlechtliche Paare in Kraft, das eheähnliche Rechte und Pflichten für eingetragene PartnerInnen festlegte, aber sich in wichtigen Punkten, wie dem Adoptionsrecht oder der Inanspruchnahme medizinisch unterstützter Fortpflanzung, von der Ehe unterschied. Seither gab es weitere Annäherungen bei der Samenspende für lesbische Paare (seit 1. Jänner 2015 möglich) und beim Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare (seit 1. Jänner 2016). Am 4. Dezember 2017 hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass eine Unterscheidung der eingetragenen PartnerInnenschaft und der Ehe nicht aufrechtzuerhalten ist, da diese gleichgeschlechtliche Paare diskriminiert (Diskriminierungsverbot des Gleichheitsgrundsatzes). Damit werden mit Ablauf des 31. Dezember 2018 jene gesetzlichen Regelungen aufgehoben, die gleichgeschlechtlichen Paaren den Zugang zur Ehe bisher verwehren. Somit können ab 2019 sowohl gleichgeschlechtliche als auch verschiedengeschlechtliche Paare heiraten oder eine eingetragene PartnerInnenschaft eingehen (vgl. Verfassungsgerichtshof Österreich 2017).

Die Wahl der Lebensform ist aber nicht nur von rechtlichen Rahmenbedingungen abhängig, sondern auch von finanziellen Möglichkeiten. Trotz der großen Bildungsgewinne (siehe Kapitel „Bildung“) und der wachsenden Erwerbspartizipation (siehe Kapitel „Erwerbstätigkeit“), bestehen weiterhin Probleme bei der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen. Zu diesen gehören die Armutsgefährdung von Alleinerzieherinnen, Zugangsbarrieren zu existenzsichernder Erwerbstätigkeit oder die Armutsgefährdung sozial benachteiligter Gruppen von Frauen. Solche Probleme können als Indizien dafür gesehen werden, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht im selben Umfang verändert haben wie die individuellen Wünsche an ein selbstbestimmtes Leben.

DATENFAKTEN

Familienstand und Familienarten

Die Linzer Bevölkerung ist zu 36 % verheiratet, 9 % sind geschieden und knapp 0,1 % befindet sich in einer eingetragenen Partnerschaft. Verwitwet sind 6 % der LinzerInnen. Fast die Hälfte der Bevölkerung (48 %) ist ledig, wobei etwas mehr als ein Drittel davon noch minderjährig ist (Stadtforschung Linz 2018a). Die weibliche Bevölkerung hat einen höheren Anteil verwitweter und geschiedener Personen als jene der Männer. Im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt fällt auf, dass der Anteil der ledigen Frauen (45 % aller Linzer Frauen) deutlich höher ist (Ö: 40 %) und der Anteil der verheirateten Frauen (35 % aller Linzer Frauen) deutlich geringer ist (Ö: 41 %) (Statistik Austria 2018b). Grafik 4 veranschaulicht die Anteile der verschiedenen Familienstände der weiblichen Stadtbevölkerung in Linz.



Grafik 5 zeigt die unterschiedlichen Geschlechterproportionen innerhalb der Linzer Familienstände. Auffallende Differenzen bestehen bei Geschiedenen (höherer Frauenanteil) und Verpartnerten (höherer Männeranteil). Die große Differenz bei Verwitweten kann durch die Altersunterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Heirat und durch unterschiedliche Lebenserwartungen erklärt werden (vgl. Stadtforschung Linz 2018a).

Im Jahr 2015 waren mehr als vier Fünftel der familialen Lebensformen in Linz eheliche oder nichteheliche Lebensgemeinschaften, wie sich aus Tabelle 2 entnehmen lässt. Da aber Statistik Austria keine Informationen zu homosexuellen Lebensgemeinschaften vorliegen, werden bei den Lebensgemeinschaften leider nur heterosexuelle PartnerInnenschaften gezählt. Ein-Eltern-Familien (alleinerziehende Mütter und Väter) machten 19 % aller (statistisch erfassten) Familien in Linz aus, davon waren 86 % weibliche Alleinerziehende. Im Jahr 2015 lebte in 6.417 der Ein-Eltern-Haushalte jeweils ein Kind, in 2.100 Haushalten lebten zwei Kinder, in 451 dieser Haushalte drei Kinder und in 140 Ein-Eltern-Haushalten lebten vier oder mehr Kinder (siehe Tabelle 2).

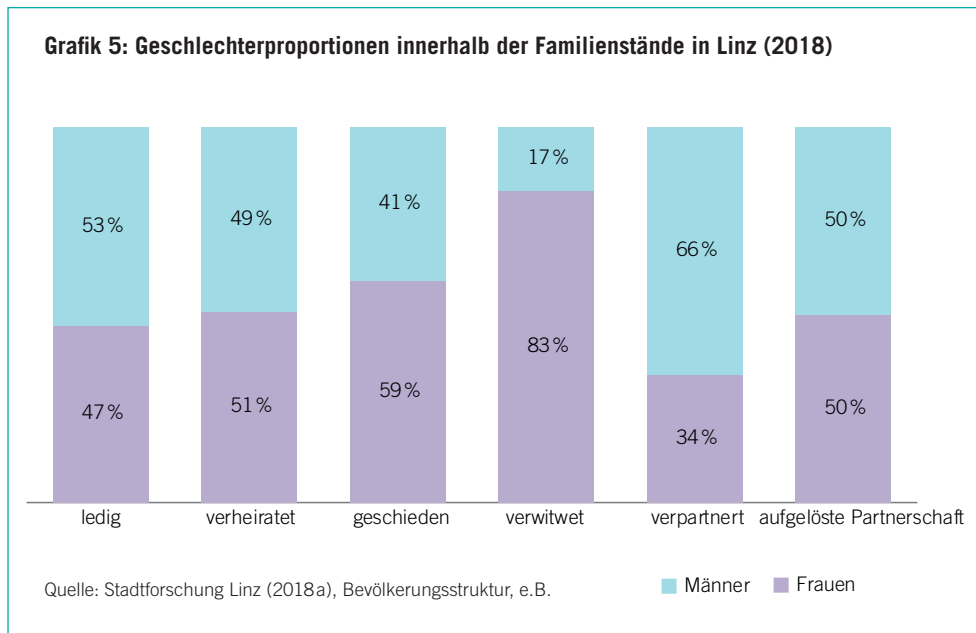


Tabelle 2: Familienarten (Linzer Stadtbevölkerung, 2015)

Familienart	Summe		Anzahl der Kinder				
	absolut	%	keine	1	2	3	4 u. mehr
Ehepaar, eingetr. PartnerInnen	30.730	64,0	16.692	6.503	5.655	1.880	655
Lebensgemeinschaft	8.304	17,3	5.427	1.772	864	196	46
alleinstehender Vater	1.250	2,6	0	1.003	204	43	13
alleinstehende Mutter	7.718	16,1	0	5.414	1.896	408	127
Summe	49.002	100	22.164	14.692	8.619	2.527	841

Quelle: Statistik Austria (2015): Abgestimmte Erwerbsstatistik, e.B.

Tabelle 3 zeigt die Anteile von Männern und Frauen an der österreichischen Gesamtbevölkerung, aufgegliedert nach Lebensformen für 2017. Es leben österreichweit 18,2% der Frauen allein und 48,2% in einer ehelichen oder nichtehelichen PartnerInnenschaft. Mehr als die Hälfte dieser in einer PartnerInnenschaft lebenden Frauen hat ein oder mehrere Kinder.

Tabelle 3: Lebensformen im Jahresdurchschnitt 2017 (Österreich)

	Frauen	Männer
lebt als Kind in Familie	24,3%	32,1%
In Partnerschaft lebend	48,2%	49,7%
ohne Kind/er	23,1%	23,8%
mit Kind/ern	25,1%	25,9%
Elternteil in Ein-Eltern-Familie	5,7%	1,2%
alleinlebend	18,2%	15,0%
andere Lebensform	3,6%	4,0%

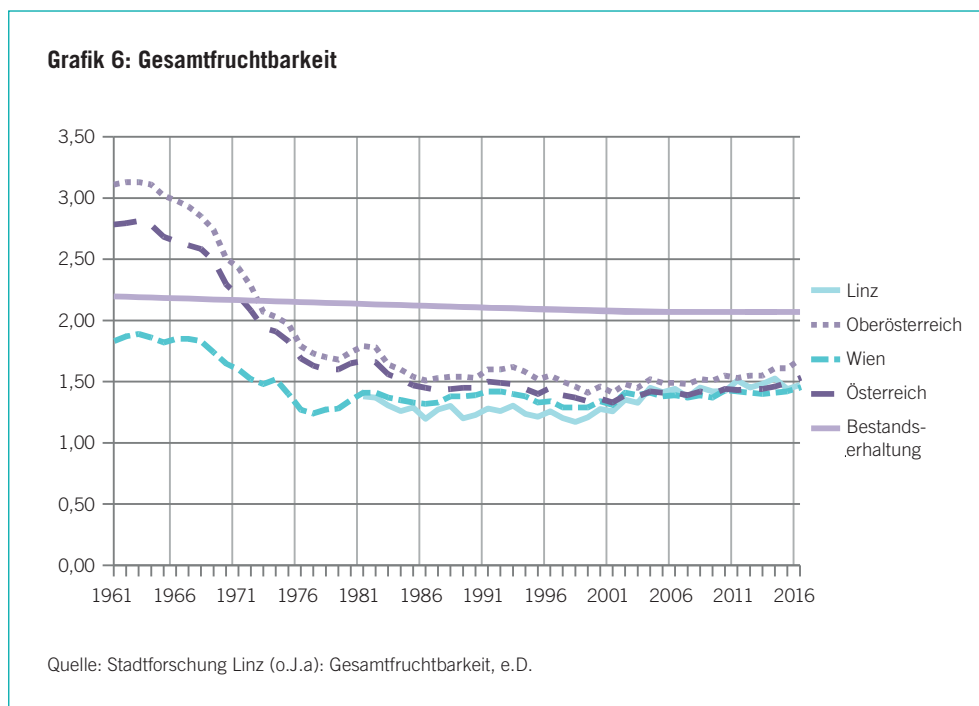
Quelle: Statistik Austria (2017h): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, e.B.

In der Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen liegt österreichweit der Anteil der Alleinlebenden beider Geschlechter bei 9,9%. In den folgenden Altersgruppen zeigen sich aber geschlechtsspezifische Unterschiede, denn bis zu den 50 bis 59-Jährigen ist der Anteil der alleinlebenden Männer jeweils zwischen 0,4 (50 bis 59-Jährige) und 6,8 (30 bis 39-Jährige) Prozentpunkte höher als der Anteil der alleinlebenden Frauen in der jeweiligen Altersgruppe. Mit den Altersgruppen ab 60 Jahren dreht sich das Verhältnis um, denn die Anteile der alleinlebenden Frauen steigen deutlich an. Bei den 70 bis 79-Jährigen leben 41,4% der Frauen allein (Männer: 21,7%), und bei den 80+-Jährigen leben 58,7% der Frauen allein. Der Unterschied zu den Männern in dieser Altersgruppe beträgt 35,1 Prozentpunkte (Statistik Austria 2018c).

Biologische Reproduktion

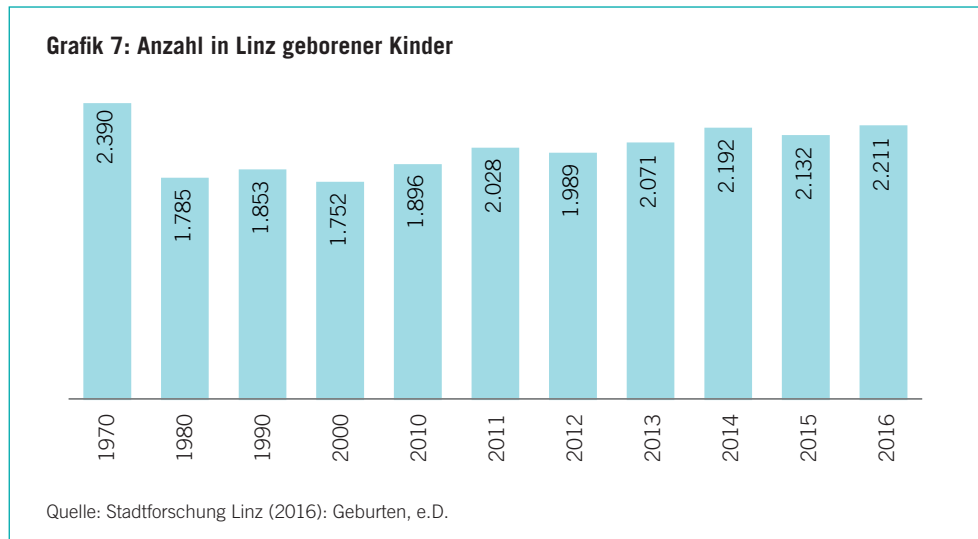
Fertilität

Grafik 6 veranschaulicht die Entwicklung der Gesamtfertilitätsraten⁷. In Linz⁸ liegt diese seit Beginn der Aufzeichnung durchgängig unter der oberösterreichischen Rate. Ab 2004 bewegt sich die Fruchtbarkeitsrate in Linz auf einem ähnlichen Niveau wie die österreichische Rate und liegt teils darüber. Wie Grafik 7 entnommen werden kann, steigt die absolute Zahl geborener Kinder in Linz seit den 2000er-Jahren (mit Ausnahme eines leichten Rückgangs im Jahr 2012) an.



⁷ Die Gesamtfertilitätsrate gibt an, wie viele Kinder eine im jeweiligen Berichtsjahr 15-jährige Frau (bei zukünftiger Konstanz der altersspezifischen Fertilitätsraten) bis zu ihrem 50. Geburtstag statistisch gesehen zur Welt bringen wird.

⁸ Geburten werden von Statistik Austria nach dem Wohnort der Mutter ausgewiesen.



Europaweit differieren die Fertilitätsraten merklich: Während in Irland, Frankreich, Großbritannien oder in den skandinavischen Staaten Frauen im Laufe ihres Lebens durchschnittlich zwischen 1,8 und 1,9 Kinder bekommen (Stand 2015), sind in den südlichen Staaten die niedrigsten Geburtenzahlen je Frau zu verzeichnen. In Spanien, Zypern und Portugal werden durchschnittlich rund 1,3 Kinder pro Frau geboren (Stand 2015). Die Geburtenrate in Deutschland und Luxemburg liegt ungefähr auf dem österreichischen Niveau von 1,5 Kindern pro Frau (Eurostat 2017).

Die Gesamtfertilitätsrate Österreichs ist nach dem Babyboom der 1960er-Jahre (mit durchschnittlich 2,8 Kindern pro Frau) auf weniger als 1,4 Kinder pro Frau im Jahr 2001 stark zurückgegangen (Statistik Austria 2017b). Dieser Rückgang ergibt sich einerseits aus dem seit 1940 kontinuierlich steigenden Anteil der Frauen, die keine Kinder bekommen, sowie aus der sinkenden durchschnittlichen Kinderanzahl pro Frau, die auch durch das Ansteigen des durchschnittlichen Alters der Mütter bei Geburten (sowohl bei Erstgeburten als auch bei späteren Geburten) beeinflusst wird. Der im Großteil der europäischen Länder durchgeführte Generations and Gender Survey (GGS) zeigt, dass der Kinderwunsch sowohl bei Frauen als auch bei Männern (jeweils 2,2 gewünschte Kinder) höher ist als die schließlich realisierte Kinderanzahl (Buber/Neuwirth 2012: 11). Seit 2014 verzeichnet die Gesamtfertilitätsrate Österreichs jedoch wieder eine leicht steigende Tendenz, mit 1,46 Kindern pro Frau im Jahr 2014 und 1,53 Kindern pro Frau im Jahr 2016 (Statistik Austria 2017b).

Das Reproduktionsverhalten der Linzerinnen verändert sich

Festzuhalten ist, dass sich die Altersstruktur von Müttern insgesamt verändert. Das ist in Österreich, in Oberösterreich und in Linz gleichermaßen der Fall. Immer weniger Frauen bekommen im jungen Alter Kinder und immer mehr Frauen werden im späteren Alter Mütter. So hatten 1970 13,7% der geborenen Linzer Kinder eine Mutter, die jünger als 19 Jahre war (Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro 2011). Im Jahr 2016 hatten 2,6% der neugeborenen Kinder eine Mutter unter 20 Jahre und 15,6% eine Mutter unter 25 Jahren. Verglichen mit 2008 entspricht dies einem Rückgang um rund 20%. Demgegenüber stieg der Anteil der Kinder, deren Mütter bei der Geburt 40 Jahre oder älter sind, im gleichen Zeitraum von 1,9% auf 3,8% oder um 100%. Der Anteil der Linzer Frauen, die im Alter ab 35 Jahren Kinder bekommen, hat sich seit 2008 weiter von 17,7% auf 20,4% oder um 16% erhöht. Die Anzahl der Kinder nach dem Alter der Mutter für die Jahre 2008 bis 2016 wird in Tabelle 4 angeführt.

Tabelle 4: Anzahl der Geburten nach Alter der Mutter in Linz (2016)

	unter 20 J.	20–24 J.	25–29 J.	30–34 J.	35–39 J.	40+ J.	Summe der Geburten
2000	72	376	605	540	293	49	1.935
2009	78	352	620	508	271	67	1.896
2010	57	348	591	559	273	68	1.896
2011	55	370	608	609	306	80	2.028
2012	52	353	604	592	303	85	1.989
2013	53	349	606	679	311	73	2.071
2014	55	372	670	700	313	82	2.192
2015	43	342	644	695	314	94	2.132
2016	57	345	707	650	369	83	2.211

Quelle: Stadtforschung Linz (o.J.b): Natürliche Bevölkerungsbewegung - Geburten, e.D.

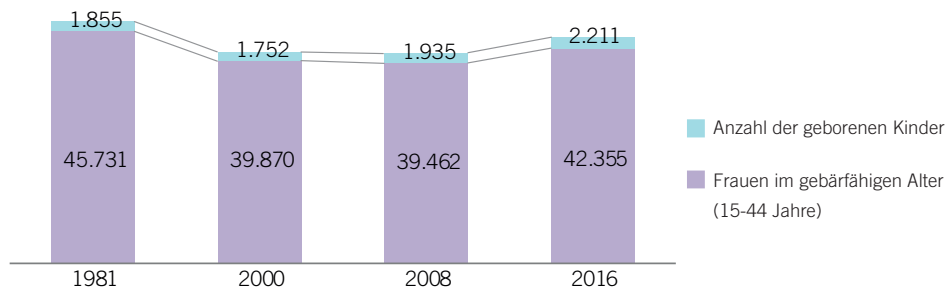
Diese Entwicklung hin zu älteren Müttern wird bundesweit noch deutlich übertroffen: Im österreichischen Durchschnitt hatten im Jahr 2016 nur mehr 1,8% der Neugeborenen eine Mutter unter 20 Jahre und 4% eine Mutter, die 40 oder mehr Jahre alt war (Statistik Austria 2017c). Damit hat Linz mehr Früh- und etwas weniger Spätgebärende als der österreichische Durchschnitt.

Frauen im gebärfähigen Alter

Zwischen 1981 und 2008 nahm der Anteil der Linzer Frauen im gebärfähigen Alter (angenommen mit 15 bis 44 Jahre)⁹ ab, wobei diese Abnahme ab 2000 nur mehr geringfügig war. Zwischen 2008 und 2016 vergrößerte sich diese Altersgruppe dann wieder von 39.462 auf 42.355 Frauen. Die Anzahl der geborenen Kinder sank im Zeitraum von 1981 bis 2000 von 1.855 auf 1.752 und stieg anschließend wieder an: Im Jahr 2016 wurden 2.211 Kinder geboren. Somit verliefen beide Entwicklungen annähernd parallel, wie Grafik 8 zeigt. Allerdings sind hier auch Geburten von Müttern enthalten, die nicht in die definierte Altersgruppe (15 bis 44 Jahre) fallen.

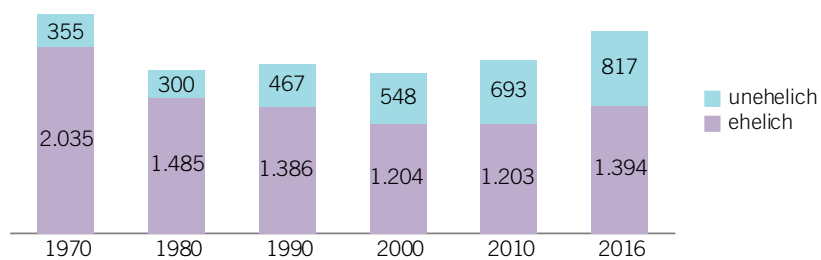
Die Bevölkerungsprognose der Stadt Linz geht unter Berücksichtigung von Migrationsbewegungen (wobei ein Wanderungsgewinn von 1.250 Personen jährlich angenommen wird) davon aus, dass die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 2017 und 2027 um 7% ansteigen wird (Stadtforschung Linz 2017b).

⁹ Diese für manche Analysen der Bevölkerungsentwicklung hilfreiche statistische Kategorisierung kann immer nur als Annäherung an die Lebensrealitäten von Frauen verstanden werden, denn nicht alle Frauen in diesem Alter können oder wollen Kinder gebären und nicht alle Mütter sind in dieser Altersgruppe zu finden.

Grafik 8: Linzer Frauen im gebärfähigen Alter und geborene Kinder

Quelle: Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011): Grafik 8; Stadtforschung Linz (o.J.b): Natürliche Bevölkerungsbewegung – Geburten; Stadtforschung Linz (2018a): Bevölkerungsstruktur, e.B.

Eheliche und uneheliche Geburten

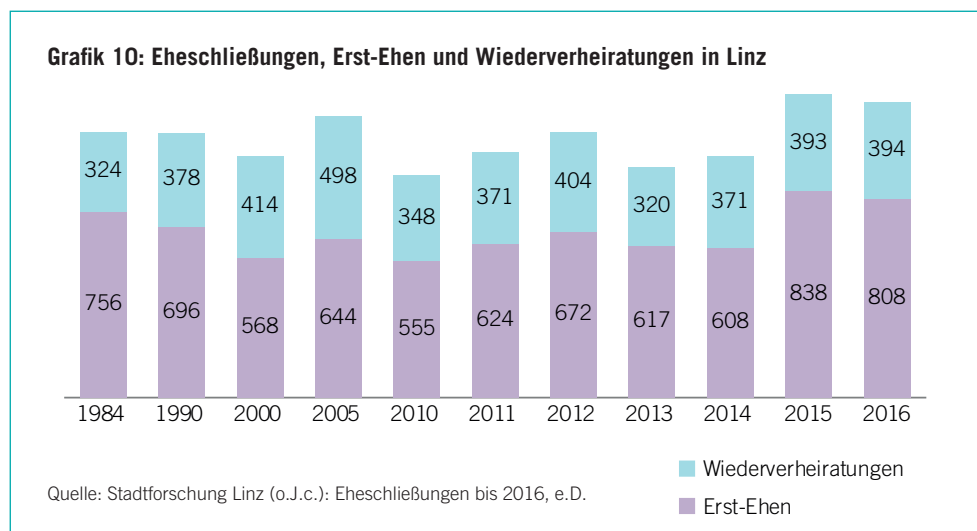
Grafik 9: Eheliche und uneheliche Geburten in Linz

Quelle: Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011): Grafik 9; Stadtforschung Linz (o.J.b): Natürliche Bevölkerungsbewegung – Geburten , e.D.

Der Anteil der in Linz unehelich geborenen Kinder an allen Geburten hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt. Er stieg von 14,9% auf 37,0% im Jahr 2016. Diese Entwicklung von 1970 bis heute entspricht in etwa dem österreichischen Durchschnitt, obgleich es in den Bundesländern starke Schwankungen gibt. Der höchste Anteil an unehelichen Kindern wurde 2017 in Kärnten geboren (52% der Geburten), der geringste Anteil in Wien mit 34,1% (Statistik Austria 2018d). Insgesamt ist damit zu rechnen, dass weiterhin mehr Kinder außerhalb der Ehe zur Welt kommen werden, denn einerseits gleicht sich die rechtliche Situation von Familien mit unverheirateten Eltern zunehmend jener mit verheirateten Eltern an (z. B. ist die gemeinsame Obsorge auch unverheirateten Eltern möglich) und andererseits verändern sich gesellschaftliche Wertvorstellungen über Familienformen und uneheliche Kinder. Zudem steigt der Anteil der Eheschließungen nach der Geburt gemeinsamer Kinder (s. u.). Dass gleichgeschlechtlichen Eltern ab Ende 2018 überhaupt erst die Möglichkeit gegeben wird zu heiraten, wird – trotz der enormen politischen Bedeutung dieser Entwicklung – zahlenmäßig den Trend der häufiger werdenden unehelichen Kinder nicht umkehren.

Heiratsverhalten

Im Jahr 2016 schlossen die LinzerInnen 1.202 Ehen. Auf tausend EinwohnerInnen kamen damit 5,9 Eheschließungen. Diese Heiratsziffer liegt in Linz über dem landesweiten Durchschnitt von 5,3 im Jahr 2016 (Statistik Austria 2018e). Von den Eheschließungen des Jahres 2016 waren rund 67% Erst-Ehen, der Rest Wiederverheiratungen. Die Zahl der Eheschließungen selbst schwankte in den vergangenen 32 Jahren, ohne dass daraus ein klarer Trend zur Abnahme der Heiratswilligkeit ablesbar wäre (Grafik 10). Die Unterteilung in Erst-Ehen und Wiederverheiratungen lässt ebenfalls keinen klaren Trend erkennen. Seit 1984 nahm der Anteil der Erst-Ehen von 70,0% ab und erreichte den niedrigsten Wert in 2002 mit 55,4% erstmals geschlossener Ehen. Seitdem stieg dieser Wert wieder und erreichte im Jahr 2016 67,2%. Auch die Anzahl der geschlossenen Ehen pro tausend EinwohnerInnen lässt im Zeitraum 2002 bis 2016 aufgrund von Schwankungen zwischen den Jahren keinen eindeutigen Trend erkennen. Sie erreichte aber 2015 ihren vorläufigen Höhepunkt mit 1.231 Eheschließungen, während 2008 „nur“ 984-mal und damit am seltensten geheiratet wurde.



Das mittlere Heiratsalter (Median¹⁰) beider Geschlechter mit Hauptwohnsitz in Linz, stieg im Zeitraum zwischen 1984 und 2010 stark an, zwischen 2010 und 2016 verlief die Entwicklung relativ konstant, wie Grafik 11 zu entnehmen ist. Waren 1984 heiratende Männer noch durchschnittlich 27,1 Jahre alt und Frauen 24,2 Jahre, liegt das mittlere Heiratsalter 2016 bei 33,9 Jahren für Männer und 31,5 Jahren für Frauen. Hier besteht aber ein Stadt-Land-Gefälle. Das mittlere Heiratsalter in Linz liegt für Frauen 1,4 Jahre und für Männer 1,3 Jahre über dem oberösterreichischen Mittel (Land Oberösterreich 2017).

Der Trend zum späteren Erstheiratsalter lässt sich auch österreichweit beobachten, wobei dieses 2017 sowohl bei Frauen (30,4 Jahre) als auch bei Männern (32,7 Jahre) deutlich niedriger ist als bei den LinzerInnen (Statistik Austria 2018f).

Ein möglicher Grund für das spätere Erstheiratsalter jüngerer Kohorten ist der spätere Einstieg ins Erwerbsleben durch verlängerte Ausbildungszeiten. Ein weiterer ist, dass der Ehe zunehmend die Rolle der Legalisierung von bereits existierenden Lebensgemeinschaften gegeben wird.

¹⁰ Der Median ist jener Wert, der bei einer nach Größe sortierten Auflistung von Zahlenwerten, an der mittleren Stelle steht. Der Median teilt die Stichprobe in zwei gleich große Teilmengen.

Sowohl für Erst-Ehen, insbesondere aber für Wiederverheiratungen gilt, dass der Eheschließung immer häufiger eine Lebensgemeinschaft vorausgeht. Auch dies beeinflusst das biografische Hinausschieben des Erstheiratsalters. In Oberösterreich und in Linz ist diese Entwicklung kaum anders als anderswo in Österreich.

In 18,6% aller im Jahr 2016 geschlossenen Ehen in Linz gab es bereits gemeinsame Kinder. Dieser Wert wuchs zunächst zwischen 1984 bis 2010 von 18,4% auf 21,9%. Im Jahr 2016 liegt er aber wieder unter dem Niveau von 2010. Dies bedeutet, dass 2016 insgesamt 309 Linzer Kinder die Eheschließung ihrer biologischen Eltern miterlebten – das waren durchschnittlich 1,4 Kinder pro Ehe mit vorehelichen Kindern (1984 waren es durchschnittlich 1,2 Kinder).

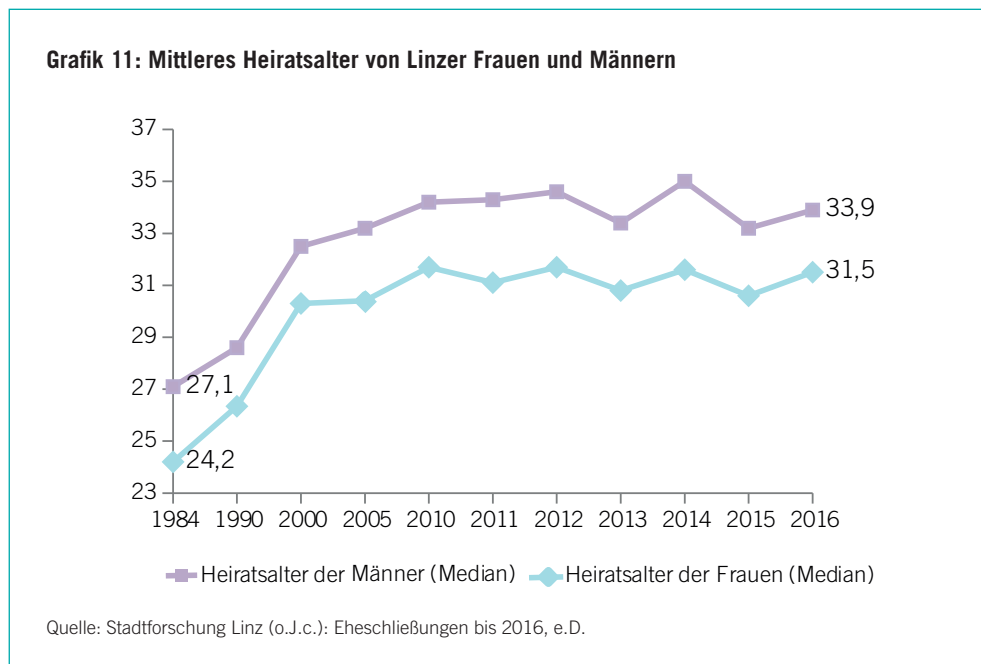


Tabelle 5: Voreheliche Kinder beim Eheschluss (Linzer Stadtbevölkerung)

	1984	1990	2000	2010	2016
Ehen mit gemeinsamen vorehelichen Kindern	199	153	165	198	223
in % der Eheschließungen	18,4	14,2	16,8	21,9	18,6
Zahl dieser gemeinsamen Kinder	231	166	214	266	309

Quelle: Stadtforschung Linz (o.J.c.): Eheschließungen bis 2016, e.D.

Verpartnungen

Seit 1. Jänner 2010 ist das Bundesgesetz über eingetragene PartnerInnenschaften in Kraft. Im Jahr 2016 ließen insgesamt 21 Paare ihre PartnerInnenschaften am Magistrat Linz eintragen. In Wien waren es 215 gleichgeschlechtliche Paare, österreichweit insgesamt 477. Eine Aufschlüsselung nach Geschlecht ist leider nicht verfügbar (Statistik Austria 2017g). Da sich ab dem 31. Dezember 2018 auch heterosexuelle Paare verpartnern dürfen und gleichgeschlechtlichen Paaren zusätzlich die Möglichkeit der Eheschließung offenstehen wird (beides war bisher gesetzlich nicht möglich), werden sich diese Zahlen aller Voraussicht nach ab 2019 verändern.

Scheidung

Tabelle 6 zeigt die absolute Anzahl an Ehescheidungen, die durchschnittliche Ehedauer und das durchschnittliche Scheidungsalter der Männer und Frauen in Linz für die Jahre 1992, 2000, 2005, 2010 und 2016. Die mittlere Ehedauer der geschiedenen Ehen beträgt seit 1992 rund 8 Jahre (2016 waren es 8,5 Jahre). Da das Erstheiratsalter steigt (s. o.) verschiebt sich auch das mittlere Scheidungsalter nach oben. Dieses liegt derzeit bei 40,3 Jahren für Linzer Frauen und damit durchschnittlich acht Jahre über dem mittleren Scheidungsalter des Jahres 1984. Die österreichweite Gesamtscheidungsrate lag 2016 bei 40,98 % (Statistik Austria 2018g).

Tabelle 6: Scheidungsverhalten der LinzerInnen

	1992	2000	2005	2010	2016
Ehescheidungen (absolut)	523	569	509	462	395
Ehedauer (Median, Jahre)	7,8	8,0	7,5	7,4	8,5
Scheidungsalter der Männer (Median)	36,4	38,6	40,3	44,1	43,8
Scheidungsalter der Frauen (Median)	34,6	35,8	38,2	40,6	40,3

Quelle: Stadtforschung Linz (o.J.d): Ehescheidungen bis 2016, e.D.

Von Scheidung betroffene Kinder

Deutlich weniger Linzer Kinder erlebten 2016 die Scheidungen ihrer Eltern als 16 Jahre zuvor. Besonders die Zahl der zum Zeitpunkt der Scheidung jüngsten Kinder (0 bis 2 Jahre) ging zurück, wie Grafik 12 entnommen werden kann. Waren 1992 noch rund 14 % der betroffenen Kinder in Linz bis 2 Jahre alt, sind es 2016 nur noch 7 %. Diese Entwicklung entspricht in ihrer Tendenz der Entwicklung im Land Oberösterreich und der gesamtösterreichischen Entwicklung (Daten ab 2005 verfügbar) (Statistik Austria 2018h).

Grafik 12: Linzer Scheidungskinder nach Alter der Kinder (absolut)



Quelle: Stadtforschung Linz (o.J.d): Ehescheidungen bis 2016, e.D.

In Tabelle 7 wird ein Vergleich der Altersstruktur der von Scheidung betroffenen Kinder in Linz und Österreich für das Jahr 2016 gezeigt. Die deutlichsten Unterschiede bestehen bei den 3- bis 6-Jährigen – in Linz liegen 19% der betroffenen Kinder in dieser Altersgruppe, im österreichischen Durchschnitt sind es 12% – sowie bei den Kindern ab 14 Jahren.

Tabelle 7: Prozentueller Anteil der von Scheidung betroffenen Kinder 2016

Alter der Kinder	Linz	Österreich
0–2 Jahre	7%	5%
3–5 Jahre	19%	12%
6–9 Jahre	17%	17%
10–13 Jahre	16%	17%
14+ Jahre (einschl. unbekannt)	40%	48%

Quelle: Stadtforschung Linz (o.J.d): Ehescheidungen bis 2016, interne Kommunikation; Statistik Austria (2016b): Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, e.B.

Wohnen

Im Jahr 2015 lebten in Linz 194.913 Personen in 104.079 Privathaushalten. Die Anzahl der Privathaushalte wuchs zwischen den Jahren 2001 und 2015 um 15,6% (Land Oberösterreich 2018a). In Oberösterreich stieg die Zahl der Privathaushalte im Zeitraum zwischen 2013 und 2015 um 1,9% und war damit gleichauf wie in den Bundesländern Niederösterreich und Salzburg. Nur in Kärnten war das Wachstum mit 1,5% kleiner. Spitzenreiter war das Bundesland Tirol mit einem Wachstum von 2,8% (Österreichischer Städtebund 2016, 2018).

Durchschnittlich wohnten 2015 1,9 Personen in jedem Linzer Haushalt. Dieser Wert ist für alle österreichischen Landeshauptstädte relativ ähnlich und variiert zwischen 1,9 und 2,1 Personen. Der österreichische Gesamtdurchschnitt liegt bei 2,2. In den kleineren Gemeinden Oberösterreichs ist die durchschnittliche Personenanzahl pro Privathaushalt höher (Österreichischer Städtebund 2018: 25). In den 104.079 Linzer Privathaushalten lebten 2015 31.277 Kinder zwischen 0 und 17 Jahren (Österreichischer Städtebund 2018). Dies ergibt durchschnittlich 0,3 Kinder pro Haushalt.

Aber nicht alle LinzerInnen sind in Privathaushalten zuhause. In den 103 „Anstaltshaushalten“ (SeniorInnenheimen, Pflegeheimen ...) lebten 2015 3.268 Personen. Aufgrund der unterschiedlichen Lebenserwartung von Männern und Frauen, aber auch dadurch, dass die Pflege von älteren Personen häufig von (Ehe-)Frauen übernommen wird, werden SeniorInnen- und Pflegeheime häufiger von Frauen in Anspruch genommen: Der Frauenanteil der in Linzer Anstaltshaushalten Lebenden lag 2017 bei rund 76%. Rund 3,1% der Linzer SeniorInnen ab 60 Jahren leben in einem SeniorInnenheim. Die aktuellste BürgerInnenbefragung, bei der die Linzer Gesamtbevölkerung befragt wurde (Stadtforschung Linz 2017a), zeigte, dass die LinzerInnen mit dem Angebot an SeniorInnenheimen tendenziell (sehr) zufrieden sind.

Wohnungsbestand

Im Jahr 2018 werden von den 23.672 Gebäuden in Linz 20.560 zum Wohnen genutzt; die übrigen 3.112 Gebäude verfügen über keine Wohnflächen¹¹. Nur 24,8% aller Wohnsitze (Häuser und Wohnungen) stehen im Eigentum, der Rest sind Mietwohnungen oder unterliegen anderen Nutzungsformen, wobei 70,3% der Hauptmietwohnungen nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz vermietet werden.¹² Die mittlere Wohnungsgröße liegt zwischen 61 und 80 m² mit durchschnittlich 2,8 Wohnräumen pro Wohnung (Stadtforschung Linz 2018b).

Wohnverhältnisse in Ballungsräumen wie Linz sind nur begrenzt mit österreichischen Durchschnittswerten vergleichbar: Österreichweit leben 42,6% aller Haushalte im eigenen Haus, 10,9% in Eigentumswohnungen und 41,7% in einer Hauptmietwohnung (siehe Tabelle 9).

11 Dazu zählen beispielsweise Büros, Produktions- und Verkaufsflächen.

12 Diese Wohnungen werden umgangssprachlich häufig „Genossenschaftswohnungen“ genannt. Letzte Zählung der Genossenschafts- und Nicht-Genossenschaftswohnung der Stadtforschung erfolgte im Jahr 2015.

Tabelle 8: Linzer Wohnungsbestand

	1991	2001	2011*	2018
GEBÄUDE	19.796	22.021	23.076	23.672
mit 1 od. 2 Wohnungen (in % der Gebäude)	43,9%	45,0%	45,8%	45,7%
Wohnungen insgesamt	84.702	90.722	108.641	115.124
Veränderung in % (zur jeweils letzten Zählung)	13,0%	7,1%	19,8%	6,0%
Wohnungen unter 60 m ² (in % aller Wohnungen)	45,2%	39,5%	40,0%	38,4%
Eigentum (in % aller Wohnungen)	21,7%	23,1%	23,5%	24,8%
Mietwohnungen (in % aller Wohnungen)	64,5%	67,7%	68,2%	68,6%
Nicht-Hauptwohnsitzwohnungen (in % aller W.)	7,0%	5,4%	13,7%	X
Hauptwohnsitzwohnungen (HWS)	78.772	85.779	100.434	X
Mittlere Nutzfläche (m ² pro HWS-W.)	69	70	60-90 m ²	60-80 m ²
Mittlere Nutzfläche pro Person (m ² in HWS-W.)	28	31	40-60m ²	X
Ausstattungstyp A+B** (in % der HWS-W.)	84,1%	88,2%	97,2%	X
Bevölkerung	199.910	203.044	189.845	205.921

Quelle: Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011): Tabelle 8; Stadtforschung Linz (2018b); Statistik Austria (2018i): Registerzählung; e.B. / Kommentar: X = für diese Kategorien liegen leider noch keine Zahlen vor

*In diesem Jahr gibt es Abweichungen in der absoluten Wohnungsanzahl der Statistik Austria (116.379) und der Stadtforschung Linz (108.641). Die Daten der Stadtforschung Linz basieren auf einer lokalen Fortschreibung, während die Statistik Austria in der Registerzählung Werte imputiert.

** Typ A: mind. 30 m², Vorraum, Zimmer, Küche/Kochnische, WC, zeitgemäße Badegelegenheit, Heizung, Warmwasseraufbereitung; Typ B: Zimmer, Küche/Kochnische, WC, zeitgemäße Badegelegenheit

Tabelle 9: Anteil der Lebensformen und Wohnsituationen nach der Rechtsform in Österreich (2017)

Hauptwohnsitze*	Gesamt	Hauseigentum/ Verwandte	Wohnungs- eigentum	Hauptmiete
Insgesamt	100%	42,6%	10,9%	41,7%
Ehepaar ohne Kind	25,7%	50,4%	10,6%	33,4%
Ehepaar mit Kind(ern)	28,4%	58,5%	9,1%	30,1%
Vater mit Kind(ern)	1,2%	60,4%	5,9%**	31,8%
Mutter mit Kind(ern)	6,2%	34,3%	8,8%	53,9%
Einpersonenhaushalt männlich	17,1%	26,2%	11,4%	56,6%
15–29 Jahre	2,5%	10,0%	8,1%	76,0%
30–59 Jahre	9,4%	22,0%	12,9%	59,8%
60+ Jahre	5,2%	41,4%	10,2%	41,6%
Einpersonenhaushalt weiblich	21,4%	26,7%	14,2%	52,4%
15–29 Jahre	2,1%	7,0%	6,3%**	78,6%
30–59 Jahre	7,3%	15,6%	18,2%	63,2%
60+ Jahre	12,0%	36,9%	13,2%	41,2%

Quelle: Statistik Austria (2017a): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, e.B. / Kommentar: Anteile wurden aus Hochrechnungen über absolute Hauptwohnsitze berechnet. Hauseigentum/Verwandte beinhaltet die Summe aus Hauptwohnsitzen begründet in Hauseigentum und Hauptwohnsitzen im Besitz von Verwandten der darin Lebenden.

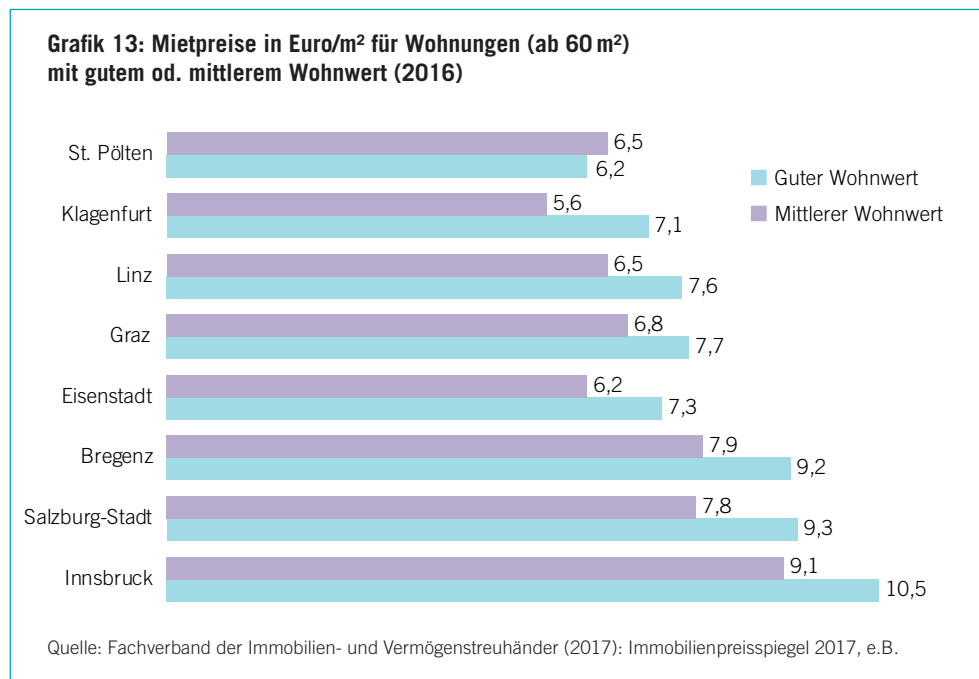
* Andere Kategorien (z. B. Untermiete) sind aufgrund zu kleiner Stichproben nicht ausgewiesen; diese ergänzen Zeilen auf 100 %

** Diese Zahlen basieren auf sehr kleinen Samples.

Tabelle 9 gibt einen österreichweiten Überblick über Lebensformen und Wohnsituationen nach der Rechtsform. 54% aller Hauptwohnsitze werden von Paaren mit oder ohne Kind(ern) bewohnt. Besonders viele Ehepaare mit Kind(ern) (58,5%) und Väter mit Kind(ern) (60,4%) leben im Hauseigentum bzw. im Eigentum von Verwandten, aber nur 34,3% der Mütter mit Kind(ern). Alleinerziehende Mütter sind hingegen häufiger als alleinerziehende Väter im Wohnungseigentum zu finden. Bei Hauptmieten ist dieser Unterschied noch deutlicher: 53,9% der alleinerziehenden Mütter, aber nur 31,8% der alleinerziehenden Väter sind HauptmieterInnen in Wohnungen. Einpersonenhaushalte (männliche und weibliche) sind vor allem in Hauptmiete untergebracht, wobei es hier leichte Geschlechterunterschiede nach Altersgruppen gibt (siehe Tabelle 9). Der Anteil der männlichen Einpersonenhaushalte mit Hauseigentum liegt in den einzelnen Altersgruppen über jenem der weiblichen Einpersonenhaushalte. Beim Wohnungseigentum verzeichnen die alleinlebenden Frauen tendenziell höhere Anteile verglichen mit alleinlebenden Männern. Insgesamt leben nur in 5,2% aller Haushalte alleinstehende ältere Männer ab 60 Jahre, aber in 12% aller Haushalte alleinstehende Frauen im Alter von 60+. Dies ergibt sich durch die Altersstruktur der Bevölkerung, denn Frauen haben durchschnittlich eine höhere Lebenserwartung als Männer.

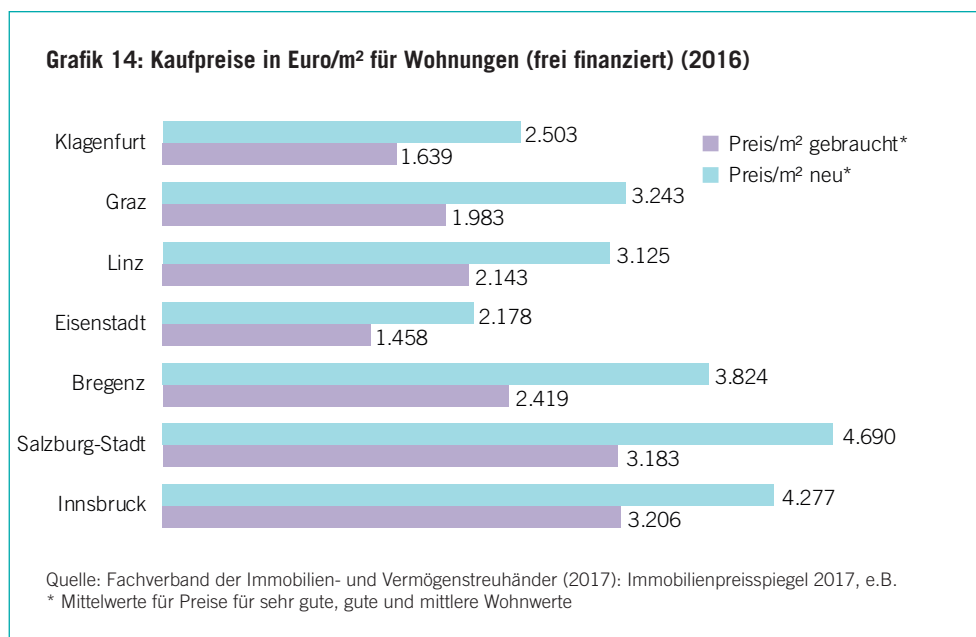
Ein Trend hinsichtlich der Wohnsituation ist die Zunahme von Einpersonenhaushalten. Zwischen 1985 und 2016 ist diese Lebensform um 86% gestiegen. Einpersonenhaushalte von Frauen in der Altersgruppe ab 65 Jahren nahmen zwischen 2011 und 2016 zwar absolut zu, relativ gesehen sank ihr Anteil an allen Einpersonenhaushalten in dieser Altersgruppe jedoch von 74,9% auf 73,2% (Statistik Austria 2017d). Die Prognose der Statistik Austria zeigt, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten stark zunehmen wird. Waren im Jahr 2016 in Oberösterreich 35% aller Haushalte Einpersonenhaushalte, wird dieser Anteil im Jahr 2030 auf 36,9% und im Jahr 2080 auf 40,4% gestiegen sein und jeweils leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (der von Wien stark nach oben gedrückt wird) liegen (Statistik Austria 2017e).

Wohnkosten



Mietwohnungen sind vor allem für alleinerziehende und alleinlebende Frauen die gängige Wohnform. In Linz liegen die freien Mietpreise unter dem Durchschnitt der österreichischen Landeshauptstädte (ohne Wien). Für den Vergleich der Mietpreise (siehe Grafik 13) wurden die durchschnittlichen Quadratmeterpreise, ohne Betriebskosten und ohne Umsatzsteuer, herangezogen; Extremwerte wurden bei der Berechnung ausgeschlossen. Ein mittlerer Wohnwert ergibt sich beispielsweise durch eine gute Bausubstanz, normale verkehrsmäßige Erschließung und eine Mindestausstattung (z. B. Mindestverfließung). Ein guter Wohnwert ist gegeben wenn eine Standardausstattung in besserer Qualität vorzufinden ist, ein Balkon/Loggia vorhanden ist und kein unmittelbarer Modernisierungsbedarf besteht (WKO 2018).

Auch die Kaufpreise für Eigentumswohnungen in Linz liegen unter dem österreichischen Durchschnitt (ohne Wien und St. Pölten). Grafik 14 illustriert die durchschnittlichen Quadratmeterkaufpreise in den österreichischen Landeshauptstädten (ohne Wien und St. Pölten).



Zufriedenheit mit der Wohnsituation

Sowohl in der BürgerInnenbefragung (Stadtforschung Linz 2017a) als auch in der Gesundheitsbefragung (Institut für Gesundheitsplanung 2013) wurde nach unterschiedlichsten Aspekten der Zufriedenheit der Linzerinnen und Linzer mit ihrer Wohnsituation gefragt.

Grundsätzlich ist der Grad der Zufriedenheit der weiblichen Bevölkerung mit der Wohnsituation relativ hoch. Die große Mehrheit der Linzerinnen (84 %) wohnt gerne in ihrem Stadtteil. Diese Zufriedenheit hat verschiedenste Gründe: Beispielsweise halten 76 % der Linzerinnen ihr Wohngebiet für (sehr) grün und (sehr) sauber und 57 % der Linzerinnen beschreiben ihr Wohngebiet als (sehr) sicher (Stadtforschung Linz 2017a).

Während die Stadtteilzufriedenheit nördlich der Donau überdurchschnittlich hoch ist (zwischen 94 % und 95 %), liegt sie im Franckviertel/Hafenviertel, Andreas-Hofer-Platz-Viertel, Makartviertel und Wankmüllerhofviertel sowie in den Stadtteilen westlich und östlich der A7 (Wegscheid, Neue Welt) zwischen 72 % und 75 %. In diesen Stadtteilen gaben Frauen außerdem um einige Prozentpunkte seltener als Männer an, „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ zu sein (Institut für Gesundheitsplanung 2013).

BewohnerInnen mit niedrigem Haushaltseinkommen (bis maximal 1.000 Euro im Monat) sind zwar zu einem ähnlichen Anteil mit ihrer aktuellen Wohnsituation zufrieden, der Anteil der weniger und gar nicht Zufriedenen ist mit 15 % aber relativ hoch (Institut für Gesundheitsplanung 2013). Die meisten Unzufriedenen wohnen in Lustenau/St.Peter, Urfahr, Kleinmünchen und in der Gegend Ebelsberg/Pichling/Solar City, wobei sich ein auffallend starker Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit und niedrigem Einkommen zeigt. Das ist nicht neu, denn wie im Linzer Gesundheitsbericht 2008 klar herausgearbeitet wurde, hängen niedriges Einkommen, schlechte Wohnsituation und schlechte Gesundheitssituation zusammen. 30 % der Personen, die Anzeichen depressiver Verstimmung haben, sind auch mit ihrer Wohnumgebung weniger zufrieden.

Zufriedenheit mit der Verkehrssituation

Österreichische Frauen verwenden durchschnittlich häufiger öffentliche Verkehrsmittel und fahren seltener mit dem Auto als Männer (BMVIT 2016). Daher trägt das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel einer Stadt zur Wohnzufriedenheit von Frauen bei. Mit diesem Angebot der Stadt Linz sind 69 % der Linzerinnen (sehr) zufrieden (für das jeweils eigene Wohngebiet steigt dieser Wert auf 78 %) und auch die Verkehrssituation für FußgängerInnen halten 60 % der Linzer Frauen für (sehr) zufriedenstellend. Bezüglich der Situation für FahrradfahrerInnen sind die Linzerinnen geteilter Meinung, denn 25 % sind (sehr) zufrieden und 35 % (sehr) unzufrieden. Die Verkehrssituation für AutobenutzerInnen wird von Linzer Frauen am schlechtesten beurteilt, denn hier sind 42 % (sehr) unzufrieden (Stadtforschung Linz 2017a).

Wohnen und soziale Problemlagen

Im August 2018 waren bei der Wohnungsgenossenschaft der Stadt Linz (GWG) rund 12.800 InteressentInnen mit Bedarf an adäquatem Wohnraum vorgemerkt. Davon waren 53 % Frauen und 52 % dieser Frauen waren als Einzelperson gemeldet. Alleinerziehend mit einem Kind sind 10 % dieser Frauen; weitere 4 % sind alleinerziehend mit zwei Kindern; weitere 2 % mit drei oder mehr Kindern (Stadt Linz 2018).

In sozialer Hinsicht wird der Zugang zu Wohnraum durch die Wohnbauförderungsgesetze der Bundesländer und die Sozialhilfegesetzgebung unterstützt. Zugangsschwierigkeiten zu leistbarem Wohnraum bestehen nach Ansicht der Einrichtungen, die im Zuge des Ersten Linzer Frauenberichtes befragt wurden, vor allem bei spezifischen, oft kumulierten sozialen Problemlagen (Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro 2011: 42).

Mangelnde Leistbarkeit

Personen mit geringem Einkommen werden in Oberösterreich mit Wohnbeihilfe unterstützt, was von etwa 5 % der oberösterreichischen und 9,9 % der Linzer Haushalte in Anspruch genommen wird (Land Oberösterreich 2018b). Seit 2009 kam es in mehreren Bundesländern entweder zu einer Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Wohnbeihilfe oder es wurden Berechnungsparameter für diese nicht mehr angepasst. Dadurch kam es in vielen Bundesländern zu rückläufigen BezieherInnenzahlen sowie sinkenden Ausgaben. Oberösterreich gehört dabei zu den Bundesländern, in denen dieser Rückgang zwischen 2011 und 2012 besonders stark ausfiel. Dabei ist jedoch anzumerken, dass der Ausgabenanteil für Wohnbeihilfe innerhalb der Wohnbauförderung in Oberösterreich (>30 %) im Vergleich zu anderen Bundesländern (Wien >20 %, Burgenland und Salzburg <6 %) immer noch auffallend hoch ist (vgl. auch Mundt/Amann 2015). Bei AlleinerzieherInnen schneidet die oberösterreichische Wohnbeihilfenregelung allerdings weniger gut ab (Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik 2010, 68). Diese Gruppe gehört österreichweit zu den am stärksten von Armutsgefährdung betroffenen Haushalten und hat daher verhältnismäßig häufig Schwierigkeiten beim Zugang zu leistbarem Wohnraum (Statistik Austria 2017f).

MigrantInnen

MigrantInnen aus Nicht-EWR-Ländern erhalten erst einen Zugang zu gefördertem Wohnraum und zu Wohnbeihilfe, wenn sie zuvor mindestens fünf Jahre ununterbrochen und rechtmäßig ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Linz gemeldet hatten. Damit sind sie auf den freien Wohnungsmarkt und hier – wie der soziodemografische Blick auf die Stadtteile zeigt – meist auf Stadtviertel mit weniger guter Wohnsubstanz (nach Ausstattungskategorie, Lage, Infrastruktur) verwiesen. Bei niedrigen Einkommen und größerer Armutsgefährdung ist der prozentuelle Anteil, der für den Wohnungsaufwand aufzubringen ist, hoch.

Obdach- und Wohnungslosigkeit

Statistisch gesehen sind zwei Drittel der von Obdachlosigkeit betroffenen Personen in der Stadt Linz Männer (Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik 2010, 170). Frauen sind aber viel häufiger von „verdeckter Wohnungslosigkeit“ betroffen. Das bedeutet, dass Frauen häufiger als Männer aus Alternativlosigkeit für längere Zeiträume bei anderen Personen übernachten, bevor sie tatsächlich obdachlos werden. Dabei nehmen sie – oftmals mit Gewalt verbundene – Abhängigkeitsverhältnisse in Kauf (vgl. ARGE SIE o.J.).

Diskriminierung

Neben rechtlichen und sozialen Barrieren und spezifischen sozialen Problemlagen wurde 2010 für Oberösterreich belegt, dass auch Diskriminierung ein Faktor sein kann, der den Zugang zum Wohnen erschwert. Mittels „Mystery Shopping“ konnte eindeutig nachgewiesen werden, dass Herkunft oder sozialer Status die Chancen auf Wohnraum negativ beeinflussen (Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik 2010, 189). Auch Frauen¹³ bzw. Paare mit (mehreren) Kindern sind verstärkt mit Absagen auf Wohnungsbesichtigungsanfragen konfrontiert. Frauen ohne Kinder werden vor allem dann eher abgewiesen, wenn sie Raucherinnen oder Haustierbesitzerinnen sind (vgl. ebd.).

13 International gibt es hier unterschiedliche Ergebnisse. Beispielsweise fanden Ahmed und Hammarsted (2008) für Schweden, dass Frauen am Wohnungsmarkt bevorzugt werden.

TRENDS

- Das Durchschnittsalter erstgebärender Frauen steigt.
- Seit 2000 steigt in Linz die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 44 Jahre).
- Der Anteil der unehelichen Kinder an allen Geburten hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt.
- Das Erstheiratsalter von Frauen und Männern steigt.
- Die Zahl der Wiederverheiratungen ist nach einem Anstieg in den Jahren 2000–2009 in den letzten Jahren wieder auf das Durchschnittsniveau der Jahre 1984–1999 zurückgegangen.
- Das mittlere Scheidungsalter steigt bei Frauen und Männern in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich an.
- Von Scheidung betroffene Kinder werden weniger.
- Der Anteil der Alleinerzieherinnen in Linz beträgt ca. 17 %; 70 % von ihnen haben ein Kind, weitere 23,8 % haben zwei Kinder.
- Trotz gefördertem Wohnbau und Transfermöglichkeiten zieht sich eine Trennlinie zwischen Bevölkerungsgruppen, für die Wohnraum gut leistbar ist, und Gruppen, die große finanzielle Probleme haben.

LÜCKEN

- Linzspezifische Daten zu Lebens- und Familienformen
- Daten zu gleichgeschlechtlichen PartnerInnenschaften
- Linzspezifische Daten zur Kinderanzahl pro Frau
- Linzer Daten zu Gesamtscheidungsdaten
- Daten zu konkreten Wohnsituationen von Frauen in Linz nach diversen soziodemografischen Merkmalen, insbesondere nach der Rechtsform der Wohnung, der durchschnittlichen Nutzfläche und Raumanzahl

DISKUSSION UND REFLEXION DES STATUS QUO

Die Diversifizierung von Lebensformen der Linzerinnen im Laufe der letzten Jahrzehnte wird anhand der vorgestellten Daten sichtbar. Sowohl das durchschnittliche Erstheirats- als auch das Erstgebäralter nahmen über die letzten Jahre zu. Dabei ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau im gebärfähigen Alter in Österreich, nach einer Stabilisierung auf ca. 1,4 Kinder pro Frau in den 2000er-Jahren, seit 2014 im Steigen begriffen. Der Anteil der unehelichen Kinder ist in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Von allen Linzer Müttern sind 17% Alleinerzieherinnen.

Das Reproduktionsverhalten von Männern und Frauen ist seit der Verbesserung der Planbarkeit von Schwangerschaften das Resultat zahlreicher sozialer sowie sozialökonomischer Variablen und Teil der persönlichen Lebensplanung. Erwerbstätigkeit, Bildung, gesellschaftliche Werte oder institutionelle Angebote (z. B. Kinderbetreuung) wirken sich auf das Fertilitätsverhalten von Frauen aus. Unumstritten ist beispielsweise der Einfluss von Bildung. Frauen haben während der letzten Jahrzehnte ihren durchschnittlichen Bildungsgrad verbessert und überholen mittlerweile Männer bei der Anzahl tertiärer Abschlüsse. Dies verbesserte Erwerbsmöglichkeiten und führte zu einer verringerten finanziellen Abhängigkeit der Frauen. Die genannten Entwicklungen – späteres Erstheiratsalter, späteres Erstgebäralter, sinkende Fertilitätsraten und die steigende Anzahl unehelicher Kinder – sind unter anderem Ausdruck der weiblichen Bildungsrevolution. Entgegen des positiven Trends hinsichtlich der besseren Bildung von Frauen erschwert die anhaltende politisch-institutionalisierte Unterstützung des männlichen Ernährermodells (bspw. reflektiert durch das Sozialversicherungsmodell mit Mitversicherung bzw. mangelnde Kinderbetreuungsangebote) und die fortdauernde geschlechtsspezifische Ungleichheit in Bezug auf unbezahlte Arbeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies kann Frauen dazu veranlassen, sich für wenige oder gar keine Kinder zu entscheiden.

Das Hinausschieben der biologischen Reproduktion bedeutet zugleich, dass Mütter und Väter heute tendenziell älter sind als in früheren Generationen. So haben viele Mütter und Väter heute in einem Alter betreuungspflichtige Kinder, in dem frühere Generationen oft schon Großeltern waren. Diese Eltern müssen damit qua Funktion und Fürsorgepflichten länger ökonomisch aktiv und produktiv sein als in allen früheren Generationen, um auch die tendenziell längeren Ausbildungszeiten ihrer Kinder finanzieren zu können. Welche sozialen Risiken und welches Armutsgefährdungspotenzial sich hier vor allem für Frauen – im Besonderen für alleinerziehende – auf tun, werden wir in späteren Kapiteln noch diskutieren.

Der gesellschaftliche Wandel der Lebensformen führt zu neuen Bedarfslagen von Frauen hinsichtlich Wohnen, Wohnformen und Wohnumfeld. Steigende Erwerbstätigkeit von Frauen, steigende Scheidungsraten und die Veränderung familialer Strukturen jenseits der „Vater-Mutter-Kinder-Familie“ verlangen auch nach neuen Wohnmöglichkeiten. Die Leistbarkeit von Wohnraum und eine den familialen Lebenssituationen entsprechende flexible Wohnraumgestaltung sind für Frauen besonders wichtig geworden. Ebenso relevant ist, ob Quartiere weiblichen Mobilitätsbedingungen entsprechen und über eine leicht erreichbare Infrastruktur verfügen. Demografische Entwicklungen, wie die häufig als „Negativlast“ begriffene Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft, bedeuten für die Politik die große Herausforderung, Lebens- und Wohnumfelder so zu gestalten, dass soziale Verankerung, Rückzugsmöglichkeit und Existenzsicherheit gleichermaßen erhalten bleiben können (vgl. Dörhöfer 2007).

AUSBLICK: MASSNAHMEN UND MÖGLICHKEITEN

Lebensformen

- Eine fortschreibende Auswertung der in diesem Kapitel angeführten Statistiken ist wünschenswert.
- Die angeführten Datenlücken sollen geschlossen werden.
- Ein gendersensibler Umgang in der Interpretation von Daten über Lebensformen, Reproduktion und Alter ist notwendig.
- Die Gleichstellung nicht heteronormativer Lebensmodelle soll weiter vorangetrieben werden. Hierzu gehört auch die Sichtbarmachung alternativer Lebenskonzepte im öffentlichen Raum.
- Die Förderung von Beratungsstellen und städtischen Initiativen ist auszubauen, um explizit für alleinerziehende Frauen das Armutsrisiko zu minimieren.
- Erhebung der Gründe dafür, warum die Zahl der gewünschten Kinder oft nicht realisiert wird

Wohnen

- Erfassung der Wohnsituation nach soziodemografischen Merkmalen, insbesondere von alleinlebenden Frauen mit und ohne Kinder(n) nach Einkommen, Alter, Kinderzahl, Herkunft, Wohnnutzfläche und Rechtsform der Wohnsituation
- Beachtung einer besseren Durchmischung der Wohnbevölkerung durch eine steuernde Wohnungsvergabepolitik bei gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften
- Förderung der Wohnumfeldqualität
- Belebte, barrierefreie und ohne Konsumzwang nutzbare Räume in den Stadtteilen sollen zur freien Verfügung stehen, damit insbesondere Mädchen und Frauen aller Altersgruppen und sozialer Schichten miteinander in Austausch treten und einander unterstützen können (Frauenprogramm Stadt Linz 2015).
- Adäquate Wohnförderung für AlleinerzieherInnen
- Ausbau der Unterstützung und Beratung von manifest und verdeckt wohnungslosen Frauen, da diese einer besonders hohen Gewaltgefährdung ausgesetzt sind
- Sicherung bedarfsgerechten und leistbaren Wohnens für alle LinzerInnen
- Förderung der Wohnqualität für Frauen mit körperlichen und physischen Beeinträchtigungen
- Stadtteilorientierte Wohnberatung

QUELLEN

- Ahmed Ali M./Hammarsted Mats (2008): Discrimination in the rental housing market: A field experiment on the Internet. *Journal of Urban Economics* 64 (2): 362-372.
- ARGE SIE (o.J.): Wohnungslose Frauen. Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen von Wohnungslosigkeit im weiblichen Lebenszusammenhang. Kurzfassung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts des Wissenschaftsladen Linz von: Martina Planer, Barbara Weitzer, Christine Stelzer-Orthofer. http://arge-obdachlose.at/wp-content/themes/argeobdachlose/theme/download/sie/Wohnungslose_Frauen_Forschungsprojekt.pdf, abgerufen am 27.6.2018.
- Buber, Isabella/Neuwirth, Norbert (2012): Familienentwicklung in Österreich. Erste Ergebnisse des „Generations and Gender Survey (GGS)“ 2008/09. <http://www.ggp-austria.at/fileadmin/ggp-austria/familienentwicklung.pdf>, abgerufen am 28.5.2018.
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, BMVIT (2016): Ergebnisbericht zur österreichweiten Mobilitätserhebung „Österreich unterwegs 2013/2014“. https://www.bmvit.gv.at/verkehr/gesamtverkehr/statistik/oesterreich_unterwegs/downloads/oeu_2013-2014_Ergebnisbericht.pdf, abgerufen am 5.5.2018.
- Dörhöfer, Kerstin (2007): Wohnarchitektur: Abbild und Reproduktion von Geschlechterverhältnissen. In: Altenstraßer, Christina/Hauch, Gabriella/Kepplinger, Hermann (Hg.) (2007): *Gender housing. Geschlechtergerechtes bauen, wohnen, leben*. Innsbruck/Wien/Bozen: Studien Verlag, 39-58.
- Eurostat (2017): Fertility statistics. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fertility_statistics, abgerufen am 28.5.2018.
- Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder (2017): Immobilienpreisspiegel 2017, interne Kommunikation.
- Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik (2010): Armut und Wohnen: Armutsbericht Oberösterreich 2010. http://www.bawo.at/fileadmin/user_upload/public/Dokumente/Publikationen/Berichte_Studien/Fremdstudien/2010_Armutsbericht_OOE_Armut_u_Wohnen.PDF, abgerufen am 29.5.2018.
- Institut für Gesundheitsplanung (2013): Gesundheitsbericht Linz 2009-2013. https://goeg.at/sites/default/files/2017-06/gesundheitsbericht_linz_2009_2013_0.pdf, abgerufen am 9.3.2018
- Land Oberösterreich (2017): Oö. Eheschließungen und Ehescheidungen. https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Medien-dateien/Formulare/DokumenteAbt_Stat/Ueberblick_Eheschliessungen_Scheidungen.pdf, abgerufen am 29.5.2018.
- Land Oberösterreich (2018a): Oö. Haushalte nach Haushaltsgröße . <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/134597.htm>, abgerufen am 29.5.2018.
- Land Oberösterreich (2018b): Wohnbeihilfen in Oberösterreich - Bewilligungen 2017 . <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/124564.htm>, abgerufen am 28.5.2018.
- Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011): Erster Linzer Frauenbericht. <https://www.linz.at/images/Frauenbericht.pdf>, abgerufen am 12.1.2018
- Mundt, Alexis/Amann, Wolfgang (2015): Leistbares Wohnen – Bestandsaufnahme von monetären Leistungen für untere Einkommensgruppen zur Deckung des Wohnbedarfs. https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/0/1/7/CH3434/CMS1459846309034/11_studie_leistbares_wohnen.pdf, abgerufen am 29.5.2018.
- Österreichischer Städtebund (2016): Österreichs Städte in Zahlen 2015. http://www.gvnoe.at/mediaarchiv/114/media/PDF/staedte_in_zahlen_20160427.pdf, abgerufen am 29.3.2018
- Österreichischer Städtebund (2018): Österreichs Städte in Zahlen 2017. https://www.staedtebund.gv.at/index.php?eID=tx_sccuredownloads&p=10359&u=0&g=0&t=1530180654&hash=b898447804909ad833012933d4cbf9cff121cdc1&file=fileadmin/USERDATA/gemeinsame_dateien/dokumente/OESTIZ_2018_final.pdf, abgerufen am 16.4.2018
- Stadt Linz (2018): Fast 13.000 GWG-WohnungsinteressentInnen vorgemerkt, 2.900 neu im Jahr 2018. Presseaussendung vom 13.08.2018. https://www.linz.at/presse/2018/201808_91849.asp, abgerufen am 13.8.2018.
- Stadtforschung Linz (2016): Geburten. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevolkerung/075_NatuerlicheBevoelkerungsbewegung/GEBUR_a.pdf, abgerufen am 29.5.2018.
- Stadtforschung Linz (2017a): BürgerInnenbefragung 2017. Geschlechtsspezifische Ergebnisse. Interne Kommunikation.
- Stadtforschung Linz (2017b): Bevölkerungsprognose für Linz 2017 – 2027. Presseaussendung vom 25.10.2017. https://www.linz.at/presse/2017/201710_88148.asp, abgerufen am 29.5.2018.
- Stadtforschung Linz (2018a): Bevölkerungsstruktur. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevolkerung/040_Bevolkerungsstruktur/2-1JSCH.pdf, abgerufen am 26.3.2018
- Stadtforschung Linz (2018b): Wohnungen. https://www.linz.at/zahlen/050_Infrastruktur/080_GebaeudeundWohnungen/040_Wohnungen/, abgerufen am 29.5.2018.
- Stadtforschung Linz (o.J.a): Gesamfruchtbarkeit. Interne Kommunikation.
- Stadtforschung Linz (o.J.b): Natürliche Bevölkerungsbewegung – Geburten. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevolkerung/075_NatuerlicheBevoelkerungsbewegung/NATBEVB.pdf, abgerufen am 29.5.2018.
- Stadtforschung Linz (o.J.c): Eheschließungen. Interne Kommunikation.
- Stadtforschung Linz (o.J.d): Ehescheidungen. Interne Kommunikation.
- Statistik Austria (2015) Abgestimmte Erwerbsstatistik, Familienzeitreihe ab 2011. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at, abgerufen am 7.6.2018.
- Statistik Austria (2016a): Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, Demographische Indikatoren 2016 - Eheschließungen, Scheidungen, Fertilität, G0. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_indikatoren/index.html, abgerufen am 6.7.2018
- Statistik Austria (2016b): Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, Demographische Indikatoren 2016 - Eheschließungen, Scheidungen, Fertilität, D6. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_indikatoren/index.html, abgerufen am 25.5.2018.

- Statistik Austria (2017a): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Privathaushalte. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at, abgerufen am 7.6.2018.
- Statistik Austria (2017b): Demographische Indikatoren – erweiterte Zeitreihen ab 1961 für Österreich. Tabelle 2: Fertilitätsraten, Fertilitätsalter. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_indikatoren/index.html, abgerufen am 28.5.2018.
- Statistik Austria (2017c): Lebendgeborene seit 2007 nach Alter der Mutter, Geburtenfolge und Wohnbundesland der Mutter. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Erstellt am 13.07.2017. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/geborene/medizinische_und_sozialmedizinische_merkmale/110626.html, abgerufen am 28.5.2018.
- Statistik Austria (2017d): Repräsentanten von Ein- und Mehrpersonenhaushalten 2011-2080 nach Alter und Geschlecht. Haushaltsprognose 2017. www.statistik.at, abgerufen am 29.5.2018.
- Statistik Austria (2017e): Privathaushalte 2011-2080 nach Bundesländern. Haushaltsprognose 2017. www.statistik.at, abgerufen am 29.5.2018.
- Statistik Austria (2017f): Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und die drei Zielgruppen der Europa 2020-Strategie nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp. EU-SILC 2016. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/armutsgefaehrung/043950.html, abgerufen am 29.5.2018.
- Statistik Austria (2017g): Eheschließungen und Begründungen eingetragener Partnerschaften 2016 nach Politischen Bezirken. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung. www.statistik.at, abgerufen am 6.4.2018.
- Statistik Austria (2017h): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Lebensformen nach Geschlecht und Alter- Jahresdurchschnitt 2017. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/haushalte_familien_lebensformen/lebensformen/023305.html, abgerufen am 6.7.2018.
- Statistik Austria (2018a): Familien 1985-2017. www.statistik.at, abgerufen am 25.5.2018.
- Statistik Austria (2018b): Abgestimmte Erwerbsstatistik, Personen-Zeitreihe ab 2011. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at, abgerufen am 28.5.2018.
- Statistik Austria (2018c): Lebensformen nach Geschlecht und Alter – Jahresdurchschnitt 2017. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2017. www.statistik.at, abgerufen am 28.5.2018.
- Statistik Austria (2018d): Lebendgeborene seit 1996 nach Geschlecht, Legitimität und Bundesland. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Erstellt am 17.5.2018. www.statistik.at, abgerufen am 29.5.2018.
- Statistik Austria (2018e): Eheschließungen seit 1984 nach Bundesländern. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/eheschliessungen/023637.html, abgerufen am 29.5.2018.
- Statistik Austria (2018f): Eheschließungen seit 2007 nach ausgewählten Merkmalen. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung. www.statistik.at, abgerufen am 29.5.2018.
- Statistik Austria (2018g): Ehescheidungen, Scheidungsrate und Gesamtscheidungsrate seit 1954. Statistik der Ehescheidungen. www.statistik.at, abgerufen am 29.5.2018.
- Statistik Austria (2018h): Ehescheidungen seit 2005 nach Bundesland, nach der Kinderzahl und dem Alter der Kinder. Statistik der Ehescheidungen. www.statistik.at, abgerufen am 29.5.2018.
- Statistik Austria (2018i): Registerzählung 2011, Wohnungen mit Hauptwohnsitzmeldungen. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at, abgerufen am 28.5.2018.
- Verfassungsgerichtshof Österreich (2017): Unterscheidung zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft verletzt Diskriminierungsverbot. Presseaussendung vom 5.12.2017, G 258/2017 ua. https://www.vfgh.gv.at/medien/Ehe_fuer_gleichgeschlechtliche_Paare.de.php, abgerufen am 30.5.2018.
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2018): Erhebungen Immobilienpreisspiegel 2018. <https://www.wko.at/branchen/information-consulting/immobilien-vermoegenstreuhaender/Erhebungsbogen-2018.pdf>, abgerufen am 29.6.2018.

BILDUNG

Bildungsstand

Schulbildung

Erwachsenenbildung

EINBLICK

Der Bildungsstand ist eine von mehreren sozialen Merkmalen mit großem Einfluss auf Einkommen, berufliche Zufriedenheit, körperliche und psychische Gesundheit sowie Lebensqualität (siehe bspw. bei Cuañado/Pérez de Garcia 2012). Bildung stellt in einer Wissensgesellschaft eine wesentliche Eintrittsbedingung dar. Chancen wie auch Barrieren für Teilnahme und Teilhabe an allen gesellschaftlichen und demokratischen Strukturen sind an Bildungs- und Ausbildungsstandards gekoppelt. In Bezug auf die Geschlechterfrage ist diesbezüglich ein ambivalenter Befund zu treffen. So belegen österreichweite Statistiken, dass „wir derzeit die bestausgebildete Frauengeneration aller Zeiten haben und dass sie zudem besser ausgebildet ist als die gleichaltrige Männergeneration“ (Stadt Wien/Frauenabteilung 2005: 21). Dies trifft nicht nur auf Österreich, sondern auf die meisten hochtechnologisierten Staaten zu. Das Qualifikationsniveau an sich ist jedoch kein Garant dafür, ein entsprechendes Einkommen zu erzielen bzw. eine entsprechende Karriere zu verfolgen. Nach wie vor sind Bildungs- und Ausbildungswahl traditionell geschlechtsspezifisch geprägt und dies führt dazu, dass Frauen oft Ausbildungen erwerben, die zu niedrig bezahlten Berufen mit schlechten Karrierechancen führen. Daran konnten die seit rund 50 Jahren etablierten bildungs- und frauenpolitischen Maßnahmen wenig ändern.

Als eine wesentliche Weiche im österreichischen Bildungssystem ist darüber hinaus die Entscheidung für bestimmte Schultypen der Zehnjährigen zu sehen. Diese Selektion, die tendenziell entscheidend für die gesamte weitere Bildungs- und damit auch Erwerbsbiografie ist, fungiert als Selektions- und Exklusionsmechanismus bei dem neben anderen diversitätsspezifischen Merkmalen auch das Geschlecht von Bedeutung ist. Mädchen aus bildungsferneren Schichten sind von diesem Selektionsprozess besonders negativ betroffen.

Trotz Gleichstellungsverpflichtung und Gender Mainstreaming-Beschlüssen scheint es nach wie vor am politischen Willen zur Verfolgung geschlechter- und diversitätsgerechter Ziele im gesamten Bildungsbereich zu mangeln. Vor diesem Hintergrund sind – neben den Qualifikationsaufgaben und dem sozialen Lernen per se – folgende wesentliche Funktionen von Bildung zu fördern:

Beginnend mit der vorschulischen Bildung, über die Schulbildung bis hin zur Erwachsenenbildung geht es um das Aufbrechen von Rollenstereotypen. Im Fokus stehen sollte dabei ein wertschätzender Umgang sowie die Vermittlung von Selbstwert und positiv besetzten Identitäten, das beinhaltet auch die Vermittlung eines positiven Körperbewusstseins. Auch ist geschlechtersensible Pädagogik – die große Bedeutung beim Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen haben kann (vgl. Wedl/Bartsch 2015) – nach wie vor noch kein fester Bestandteil des österreichischen (Aus-)Bildungssystems. Weiters ist die Übernahme und Erfüllung der Inklusionsfunktion von Bildungseinrichtungen wesentlich, um nicht weiterhin das Potenzial von Kindern migrantischer Herkunft zu vergeuden und Kinder aufgrund sozialer Merkmale zu diskriminieren.

DATENFAKTEN

Allgemeiner Bildungsstand der Linzerinnen

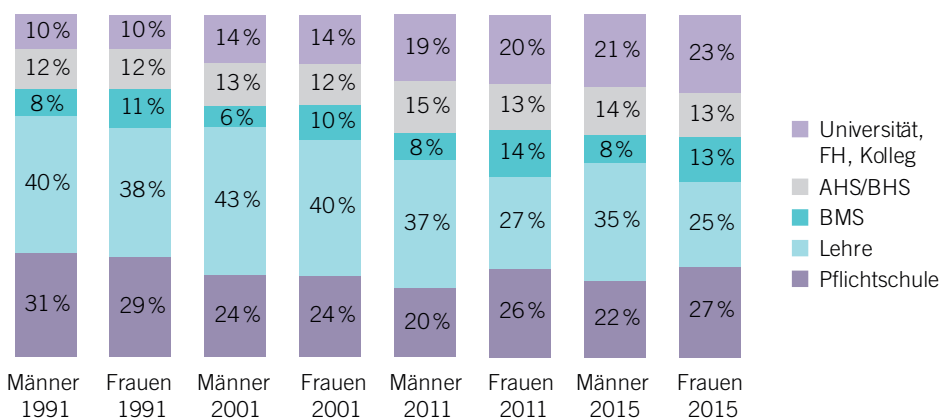
Daten über Entwicklung und Status des formalen Bildungsstandes der Linzerinnen liefern – vor allem wenn sie sich auch für statistische Bezirke der Stadt darstellen lassen – unverzichtbare und grundlegende Informationen zur Sozialstruktur von Linz und seinen BewohnerInnen.

Die Datenlage dazu war bis 2011 prekär: Nur alle zehn Jahre konnte man sich auf Basis der Volkszählung ein Bild über den formalen Bildungsstatus der Bevölkerung in städtischen Räumen machen. Seit 2011 gibt es jedoch eine jährliche Bestandsaufnahme des formalen Bildungsstandes in Österreichs Städten. Da diese Daten aufgrund der notwendigen Datenbereinigung, -aufbereitung und -auswertung mit einer gewissen Verzögerung veröffentlicht werden, beziehen sich die derzeit aktuellsten Daten auf 2015.

Österreichweit hatten im Jahr 2015 rund 22% der Frauen im Alter von 25 bis 64 maximal einen Pflichtschulabschluss, bei den Männern waren es hingegen nur rund 16%. Deutlich mehr Männer (41,8%) als Frauen (26,8%) besaßen 2015 einen Lehrabschluss. Über einen AHS-Abschluss verfügten 2015 rund 6% der Frauen und rund 5% der Männer. Frauen besitzen mehr als dreimal so häufig einen Akademieabschluss (z. B. Diplomatische Akademie, Akademie für Familienpädagogik) wie Männer. Bei den Hochschulabschlüssen der Personen zwischen 25 und 64 Jahren liegen Männer und Frauen im Jahr 2015 gleichauf (jeweils rund 14%) (Statistik Austria 2017a).

Wie Grafik 15 zeigt, weicht die Verteilung in Linz von jener in Gesamtösterreich ab, denn der Anteil der Pflichtschulabsolventinnen ist hier höher. Es lassen sich aber auch Tendenzen einer sich verändernden Bildungslage der LinzerInnen erkennen. Seit 1991 hat sich der Anteil der Linzerinnen mit tertiärem Abschluss (Universität, Fachhochschule, Kolleg) mehr als verdoppelt. Der Anteil der Linzerinnen, deren höchster Abschluss eine Lehre ist, ist im selben Zeitraum stark gesunken (um rund 13 Prozentpunkte). Bezüglich der Linzerinnen, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, lässt sich kein klarer Trend ausmachen. Deren Anteil sank zwischen 1991 und 2001 zunächst deutlich, stieg jedoch anschließend bis 2015 wieder.

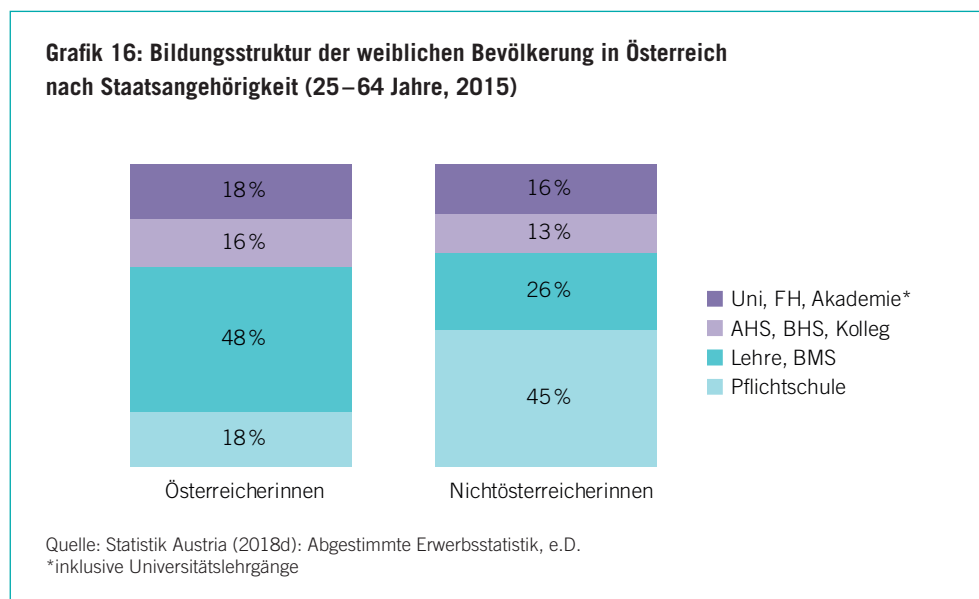
Grafik 15: Höchste abgeschlossene Ausbildung der 25- bis 64-jährigen Linzer Wohnbevölkerung



Quelle: Statistik Austria (2018e): Abgestimmte Erwerbsstatistik, e.D.

Innerhalb der letzten 25 Jahre haben sich die Geschlechterunterschiede bei den Bildungsniveaus vergrößert. Hatten im Jahr 1991 31% der Männer und 29% der Frauen maximal einen Pflichtschulabschluss, waren es 2015 22% und 27%. Dass der Frauenanteil bei den PflichtschulabgängerInnen deutlich höher ist als bei den Männern, lässt sich einerseits mit einem höheren Anteil der Frauen zwischen 50 und 64 Jahren erklären, und andererseits durch den niedrigeren Bildungsstand von Frauen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerinnenschaft. Auch beim Lehrabschluss wuchsen die Unterschiede mit 40% (Männer) und 38% (Frauen) für 1991 und 35% (Männer) und 25% (Frauen) im Jahr 2015 (siehe Grafik 15).

Für Linz liegen keine nach Geschlecht und StaatsbürgerInnenschaft getrennten Daten über Bildungsabschlüsse vor. Ein Vergleich der österreichweiten Bildungsstruktur von Frauen mit unterschiedlichen Staatsbürgerinnenschaften (siehe Grafik 16) zeigt, dass Österreicherinnen durchschnittlich über einen höheren Bildungsabschluss verfügen als Nichtösterreicherinnen. Demnach verfügen rund 45% der Frauen ohne österreichische Staatsbürgerinnenschaft nur über einen Pflichtschulabschluss, während dies nur auf rund 18% der Österreicherinnen zutrifft. Auch bei den Frauen mit höchstens einem Lehrabschluss bzw. einem Abschluss einer Berufsbildenden Mittleren Schule (BMS) gibt es einen großen Unterschied. Rund 48% der Österreicherinnen, aber lediglich 26% der anderen Staatsbürgerinnen verfügen über einen solchen Abschluss. Je höher der Bildungsabschluss wird, desto geringer wird der Unterschied. So verfügen rund 18% der Österreicherinnen und rund 16% der nichtösterreichischen Frauen über einen Abschluss einer Universität, Fachhochschule (FH) oder Akademie.



Wie Tabelle 10 entnommen werden kann, sind in Österreich lebende Personen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft allerdings eine äußerst inhomogene Gruppe: Während etwa Angehörige aus anderen EU- oder EWR-Staaten besonders hohe Akademikerinnenanteile aufweisen, haben insbesondere Staatsbürgerinnen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie der Türkei überwiegend keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung.

Tabelle 10: 25- bis 65-jährige in Österreich lebende Frauen nach Staatsangehörigkeit und höchster schulischer Ausbildung (2015)

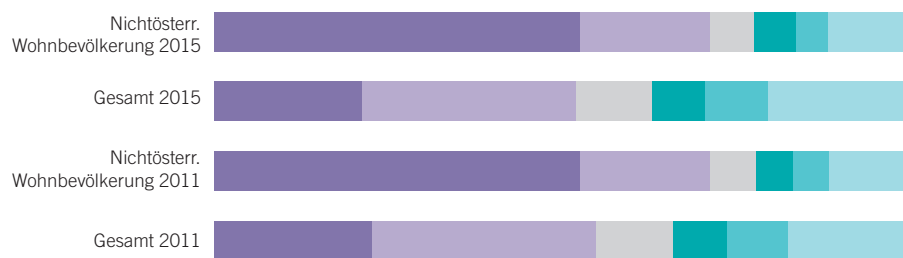
Schulbildung	Insgesamt	Österreich	Nicht-Österreich	EU/EWR/Schweiz	Ehem. Jugoslawien (ohne Kroatien und Slowenien)	Türkei	Sonstige
Frauen (in 1.000)	2.407	2.017	390	210	74	35	70
Pflichtschule	22,3 %	17,9 %	45,1 %	30,5 %	66,2 %	84,5 %	46,8 %
Lehre, BMS	44,5 %	48,2 %	25,5 %	31,1 %	23,1 %	9,3 %	19,6 %
AHS, BHS, Kolleg	15,3 %	15,7 %	13,0 %	16,4 %	6,6 %	4,0 %	14,2 %
Universität, FH, Akademien*	17,9 %	18,2 %	16,3 %	22,0 %	4,1 %	2,3 %	19,3 %

Quelle: Statistik Austria (2018d): Abgestimmte Erwerbstatistik, e.D.

* inklusive Universitätslehrgänge

Auch in Linz ist die Wohnbevölkerung mit nichtösterreichischer StaatsbürgerInnenschaft im Alter zwischen 25 und 64 Jahren deutlich geringer gebildet als die Gesamtbevölkerung (siehe Grafik 17). Mehr als die Hälfte der Personen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft besitzt nur einen Pflichtschulabschluss. Der Anteil der nichtösterreichischen StaatsbürgerInnen mit einer Lehre ist mit 19 % um 11 Prozentpunkte geringer als jener der Gesamtbevölkerung. Die Bevölkerung ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft besitzt zu 12 % einen Universitätsabschluss, während dieser Anteil in der Gesamtbevölkerung bei 21 % liegt. Für Linz liegen wie bereits angemerkt leider keine geschlechtsspezifischen Daten vor.

Grafik 17: 25- bis 64-jährige Linzer Wohnbevölkerung nach höchster abgeschlossener Ausbildung und Staatsangehörigkeit



	Gesamt 2011	Nichtösterr. Wohnbevölkerung 2011	Gesamt 2015	Nichtösterr. Wohnbevölkerung 2015
■ Pflichtschule	22,6 %	52,3 %	21,3 %	52,3 %
■ Lehre	32,0 %	18,6 %	30,5 %	18,5 %
■ BMS	11,1 %	6,5 %	10,9 %	6,4 %
■ AHS	7,8 %	5,4 %	7,7 %	5,9 %
■ BHS	8,7 %	5,2 %	8,9 %	4,7 %
■ Hochschulabschluss	17,9 %	12,0 %	20,8 %	12,2 %

Quelle: Statistik Austria (2018d): Abgestimmte Erwerbstatistik, e.D.

Zu beachten ist aber, dass es auch keine Daten darüber gibt, wie viele Frauen (und Männer) mit nichtösterreichischer StaatsbürgerInnenschaft in Linz über eine höhere, jedoch in Österreich nicht anerkannte Qualifikation verfügen. Dementsprechend kann es zu Abweichungen zwischen den Daten und dem tatsächlichen Bildungsstand der migrantischen Bevölkerung kommen.

Tabelle 11 zeigt, wie stark die Bildungsunterschiede nach statistischen Bezirken in Linz sind. Im Frankviertel beispielsweise ist das Bildungsniveau tendenziell niedrig: Der Anteil der Menschen mit hohem Bildungsabschluss (4%) ist hier am geringsten und es besitzen 51% der Bezirksbevölkerung höchstens einen Pflichtschulabschluss (das ist der höchste Wert über alle Bezirke). Dem gegenüber stehen beispielsweise die Bezirke St. Magdalena oder Pöstlingberg. Jeweils nur 17% der Wohnbevölkerung verfügen maximal über einen Pflichtschulabschluss und jeweils ein großer Bevölkerungsanteil hat eine tertiäre Bildung abgeschlossen.

Tabelle 11: Vergleich der Bezirke mit überwiegend hohem und überwiegend niedrigem formalen Bildungsabschluss (2011)

Bezirk	Anteil der Bezirksbevölkerung mit niedrigem Bildungsabschluss (Pflichtschule)	Anteil der Bezirksbevölkerung mit hohem Bildungsabschluss (Uni, FH, Akademien, Kollegs)
St. Magdalena	17 %	23 %
Pöstlingberg	17 %	29 %
Dornach-Auhof	19 %	21 %
Froschberg	21 %	27 %
Pichling	24 %	12 %
Innere Stadt	25 %	26 %
Urfahr	25 %	18 %
Bindermichl-Keferfeld	28 %	10 %
Kaplanhof	31 %	14 %
Spallerhof	32 %	10 %
Ebelsberg	34 %	7 %
Bulgariplatz	36 %	12 %
Industriegebiet-Hafen	38 %	5 %
Neue Heimat	39 %	5 %
Kleinmünchen-Auwiesen	40 %	6 %
Franckviertel	51 %	4 %

Quelle: Stadtforschung Linz (o.J.): Registerzählung 2011, e.B.

Schulbildung

Die beobachteten Bildungsunterschiede in der Gesamtbevölkerung werden stark geprägt von älteren Generationen, in denen einerseits formaler (höherer) Schulbildung noch weniger Bedeutung beigemessen wurde (bzw. „gute Jobs“ mit niedrigerem Bildungsniveau als heute erreicht werden konnten), und andererseits die Bildungsbeteiligung von Frauen noch weitaus geringer war. Daher folgt nun eine kurze Übersicht über die aktuelle Situation bzw. über gegenwärtige Entwicklungen in den einzelnen Bildungstypen (Schule, Lehre, Universität, Weiterbildung) in Linz. Die Entwicklung und das aktuelle Schulbesuchverhalten von Mädchen in Linz geben einen Einblick in anhaltende geschlechtsspezifische Unterschiede aber auch Veränderungen, wie Tabelle 12 für die Jahre 1992 und 2017 zeigt.

Tabelle 12: Geschlechterproportion in den Linzer Schulen; Entwicklung von 1992 bis 2016

	Mädchenanteil 1992	Mädchenanteil 2017	Entwicklung Mädchenanteil in Prozentpunkten
Volksschulen	47 %	48 %	1
Sonderschulen	40 %	39 %	-10
Hauptschulen / NMS	44 %	45 %	1
Polytechnische Schulen	37 %	41 %	4
Berufsschulen	35 %	32 %	-3
Handelsakademien	69 %	57 %	-12
HTL Goethestraße	20 %	44 %	24
HTL Paul Hahnstraße	1 %	5 %	4
AHS	52 %	56 %	4
HBLA für Mode- und Bekleidungstechnik	94 %	93 %	-1
HBLA für künstlerische Gestaltung	91 %	91 %	0
HBLA für wirtschaftliche Berufe	97 %	88 %	-9
Fachschule für Sozialberufe	91 %	88 %	-3
HBLA für Land- und Ernährungswirtschaft	100 %	97 %	-3
Sonstige allgemeinbildende Schulen *	41 %	52 %	11

Quelle: Stadtforschung Linz (2018a): Bildung, e.B.

* 1992 enthält freie Waldorfschule Schulstufen 1–12; 2017 enthält freie Waldorfschule, Schola – Schule für selbstbestimmtes Lernen, Anton Bruckner International School, B.E.L. Privatschule und Freie Schule Linz jeweils Schulstufe 1–10 und höher

Nur wenige Veränderungen Mädchenspezifischer Schulwahl in Linz fallen deutlich aus: Während etwa in der Bundesanstalt für wirtschaftliche Berufe und in den Handelsakademien der Mädchenanteil gesunken ist, zeigen zwei Schultypen bzw. Schulen einen gegenteiligen Trend: In der HTL Goethestraße (HTL1 Bau und Design) ist der Mädchenanteil im betreffenden Zeitraum um 120 % auf absolut 44 % gestiegen, wobei dieser Zuwachs vor allem seit Anfang der 2000er-Jahre zu beobachten ist. Interessant ist die Entwicklung des Mädchenanteils an sonstigen allgemeinbildenden Schulen, hier liegt ihr Anteil im Jahr 2017 bei 52 % gegenüber 41 % im Jahr 1992. Dies liegt allerdings auch daran, dass bis 2011 nur die Waldorfschule in diese Kategorie fiel, während 2017 fünf verschiedene Einrichtungen darunter subsumiert sind.

Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass auch in Linz – wie österreichweit – eine ungebrochen starke Ungleichheit bei der Wahl der Schule bzw. Ausbildungsart besteht: Mädchen sind an Sonderschulen, Neuen Mittelschulen, Polytechnischen Schulen, sowie in gewerblich technischen Berufsschulen und in höheren technisch gewerblichen Lehranstalten unterrepräsentiert. In allen anderen Schulformen bzw. Ausbildungsarten sind Mädchen und junge Frauen überrepräsentiert (siehe Tabelle 12, Statistik Austria 2017b).

Lehrlingsausbildung

In der Stadt Linz werden rund 20 % aller oberösterreichischen Lehrlinge ausgebildet. Geschlechtsspezifische Daten zur Lehrlingsausbildung in Linzer Betrieben sind derzeit nicht zugänglich. Daher beziehen wir uns im Folgenden auf die Gesamtsituation in Oberösterreich. Zum Jahreswechsel 2017/2018 waren im Land Oberösterreich von 22.779 Lehrlingen 7.371 weiblich (rund 32 %) und 15.408 männlich (Wirtschaftskammer Oberösterreich 2018). Ebenso wie im schulischen Bildungssystem gestaltet sich auch die Lehrberufswahl von Mädchen in Oberösterreich nach traditionellen Mustern, wie nachfolgender Tabelle 13 zu entnehmen ist.

Tabelle 13: Hitliste der Lehrberufe in Oberösterreich – weibliche Lehrlinge (2017)

Lehrberufe	gesamt	in %
Einzelhandelskauffrau	1.710	23,2%
Bürokauffrau	1.069	14,5%
Friseurin und Perückenmacherin (Stylistin)	617	8,4%
Großhandelskauffrau	226	3,1%
Köchin	225	3,1%
Metalltechnik	218	3,0%
Pharmazeutisch-kaufmännische Assistenz	218	3,0%
Verwaltungsassistentin	203	2,8%
Gastronomiefachfrau	194	2,6%
Restaurantfachfrau	182	2,5%
Summe Top-Ten	4.862	66,0%
180 Sonstige Lehrberufe	2.509	34,0%
Summe weibl. Lehrlinge	7.371	100%

Quelle: Wirtschaftskammer Oberösterreich (2018): Lehrlingsstatistik OÖ 2017, e.B.

Junge weibliche Lehrlinge wählten 2017 zu 23,2% den Lehrberuf Einzelhandelskauffrau und zu weiteren 14,5% den der Bürokauffrau. Auf dem dritten Platz (8,4%) folgt schon die Ausbildung zur Friseurin und Perückenmacherin bzw. Stylistin. Weibliche Lehrlinge wählten zu 66% eine der Top-Ten-Ausbildungen, das heißt, es sammelten sich zwei Drittel aller weiblichen Lehrlinge in 10 Berufsausbildungsfeldern. Dieser Anteil ist bei den männlichen Lehrlingen mit 64% mittlerweile ähnlich. Hingewiesen sei an dieser Stelle darauf, dass rund 11% aller Lehrlinge in Oberösterreich keine österreichische StaatsbürgerInnenschaft besitzen. Dieser Anteil hat sich seit 2010 verdoppelt. Auch hierzu sind jedoch keine geschlechtsspezifischen Daten zugänglich (Wirtschaftskammer Oberösterreich 2018).

Höhere Bildung

Österreichweit liegt der Anteil weiblicher Studierender seit dem Wintersemester 2007/2008 bei mehr als 50%. Im Wintersemester 2017/2018 erreichte dieser Wert 53%. Dies bezieht sich sowohl auf öffentliche Universitäten als auch auf Privatuniversitäten, wobei öffentliche Universitäten schon ab dem Studienjahr 2000/2001 erstmals mehr weibliche als männliche Studierende hatten. An den Fachhochschulen liegt der Anteil der weiblichen Studierenden seit Einrichtung dieser Institutionen (1994) unter 50%, wobei sich dieser Wert kontinuierlich erhöht. Im Wintersemester 2017/2018 erreichten Frauen einen Anteil von 49% aller Inskriptionen (Statistik Austria 2018a). Tabelle 14 zeigt jene Studienrichtungen an Linzer Fachhochschulen mit den höchsten Frauenanteilen. Spitzenreiter ist das Bachelorstudium zur Hebamme mit einem Frauenanteil von 100%. Sehr hohe Frauenanteile verzeichnen auch die Studiengänge Logopädie und Ergotherapie.

Tabelle 14: Frauenanteil an Fachhochschulen in Linz 2017/18

Studiengang	Anteil weiblicher Studierende
Hebamme (Bachelor)	100,0%
Logopädie (Bachelor)	98,1%
Ergotherapie (Bachelor)	94,7%
Diätologie (Bachelor)	94,4%
Biomedizinische Analytik (Bachelor)	91,8%
Soziale Arbeit (Masterstudium)	76,1%
Gesundheits-, Sozial- und Public Management (Master)	75,4%
Management for Health Professionals (Master)	75,0%
Radiologietechnologie (Bachelor)	73,8%
Sozial- und Verwaltungsmanagement (Bachelorstudium)	71,3%
Soziale Arbeit (Bachelorstudium)	70,4%
Hochschuldidaktik für Gesundheitsberufe (Master)	68,4%
Physiotherapie (Bachelor)	67,6%

Quelle: Stadtforschung Linz (2018a): Bildung, e.B.

An der Johannes Kepler Universität sind weibliche Studierende nach wie vor unterrepräsentiert, wiewohl auch hier – bei insgesamt steigenden Studierendenzahlen – der Frauenanteil wächst. Waren 2000/2001 rund 40 % der ordentlichen Studierenden weiblich, ist ihr Anteil im Studienjahr 2017/2018 bereits auf 48 % gestiegen (Stadtforschung Linz 2018a). An der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz sind weibliche Studierende mit einem Anteil von rund 62 % deutlich überrepräsentiert (ebd.).

Nach wie vor ist bei der universitären Ausbildung in Linz eine starke Segregation nach Disziplinen zu erkennen. Während der Frauenanteil bei den Rechtswissenschaften rund 56 % und bei den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften 54 % beträgt, liegt er bei den Naturwissenschaften und technischen Studienzweigen lediglich bei rund 30 % (obwohl letzterer seit dem Studienjahr 2009/2010 um 10 Prozentpunkte oder 50 % gestiegen ist). Sehr gering ist der Frauenanteil mit 14 % beispielsweise im Bachelorstudium Informatik. Österreichweit lag der Anteil der Frauen an naturwissenschaftlichen Studien im Studienjahr 2003/04 bei 59 %. Dieser Anteil sank auf 55 % im Jahr 2017. Vor allem Studiengänge in den Fachrichtungen Biologie, Geografie oder Ernährungswissenschaften sorgen für einen höheren Frauenanteil. Bei technischen Studiengängen hingegen sind Frauen noch stark unterrepräsentiert. Allerdings stieg hier der Frauenanteil von 20 % im Jahr 2003/04 auf 25 % im Jahr 2017. Österreichweit liegt dadurch der Frauenanteil bei den Naturwissenschaften inklusive Technik bei 40 % und damit 10 Prozentpunkte höher als an der Johannes Kepler Universität Linz (Statistik Austria 2018b). Dies liegt möglicherweise daran, dass die bei Frauen beliebten naturwissenschaftlichen Studiengänge (siehe oben) an der Johannes Kepler Universität nicht oder nur mit speziellen Schwerpunkten (z. B. Molekularbiologie aber nicht Biologie) angeboten werden.

Tabelle 15 zeigt eine Übersicht über die Frauenanteile in den größten Studienrichtungen, gemessen an der Studierendenzahl der jeweiligen Disziplin.

Tabelle 15: Frauenanteil in den meistbesuchten Studiengängen an Linzer Universitäten 2017/18

Universität/Studiengang	Frauen	Gesamt	Frauenanteil
Anton Bruckner Privatuniversität			
Künstlerischer Bachelor (alle Instrumente)	205	368	55,7 %
Pädagogischer Master (alle Instrumente)	32	61	52,5 %
Pädagogischer Bachelor (alle Instrumente)	125	249	50,2 %
Künstlerischer Master (alle Instrumente)	76	153	49,7 %
Johannes Kepler Universität			
Fakultäten (alle Studiengänge)			
Rechtswissenschaftliche Fakultät	4.513	8.283	54 %
Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	4.185	7.736	54 %
Medizinische Fakultät	170	336	51 %
Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	1.443	4.763	30 %
Studiengänge			
Bachelorstudium Soziologie	403	559	72,1 %
Diplomstudium Wirtschaftspädagogik	755	1.075	70,2 %
Bachelorstudium Wirtschaftsrecht	670	1.122	59,7 %
Diplomstudium Rechtswissenschaften	3.530	6.302	56,0 %
Bachelorstudium Wirtschaftswissenschaften	893	1.694	52,7 %
Bachelorstudium Wirtschaftsinformatik	185	669	27,7 %
Bachelorstudium Informatik	89	643	13,8 %
Katholisch-Theologische Fakultät			
Bachelor Psychologie und Philosophie	42	51	82,4 %
Bachelor Katholische Religion	24	31	77,4 %
Bachelorstudium Kunstwissenschaft - Philosophie	59	89	66,3 %
Bakkalaureatsstudium Katholische Religionspädagogik	13	21	61,9 %
Diplomstudium Katholische Theologie	29	53	54,7 %
Kunstuniversität Linz			
Bachelorstudium Grafik-Design und Fotografie	46	60	76,7 %
Masterstudium Medienkultur- und Kunsttheorien	49	65	75,4 %
Masterstudium Visuelle Kommunikation	40	57	70,2 %
Masterstudium Interface Cultures	30	64	46,9 %
Bachelorstudium Zeitbasierte und Interaktive Medien	23	63	36,5 %
Private Pädagogische Hochschule der Diözese Linz			
Bachelorstudium Lehramt Primarstufe	415	443	93,7 %
Bachelorstudium Lehramt Sekundarstufe AB	198	292	67,8 %
Bachelorstudium Lehramt für Neue Mittelschulen	115	170	67,6 %
Bachelorstudium Lehramt für Volksschulen	35	40	87,5 %
Bachelorstudium Lehramt für kathol. Religion an Pflichtschulen	33	39	84,6 %
Bachelorstudium Lehramt für Sonderschulen	5	6	83,3 %

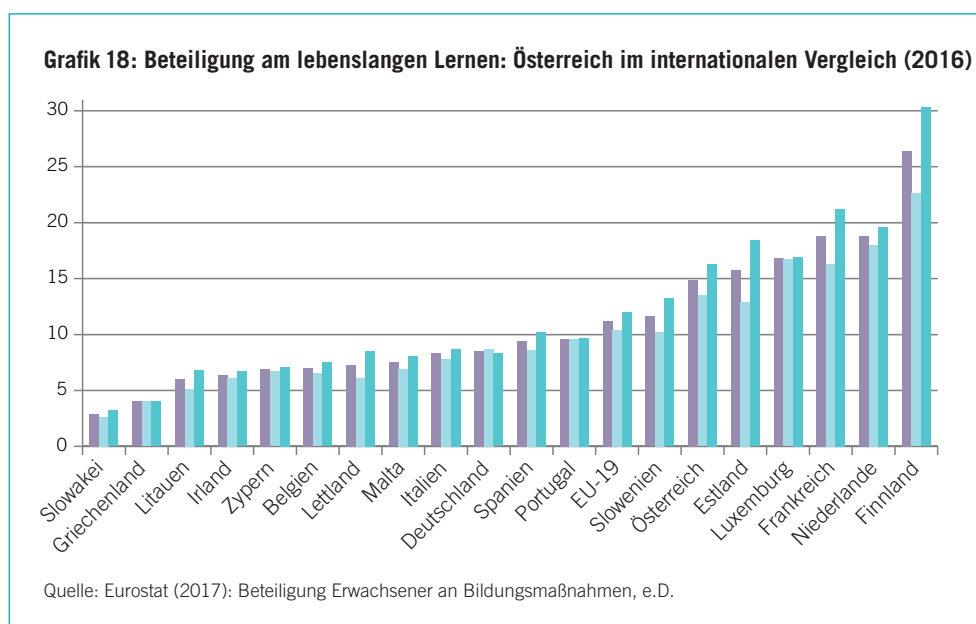
Quelle: Stadtforschung Linz (2018a): Bildung, e.B.

In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zeigt sich ein hoher Frauenanteil in bestimmten Studienrichtungen. Im Bachelorstudium Soziologie beträgt der Frauenanteil 72%. Auch in Wirtschaftspädagogik ist der Frauenanteil mit 70% überdurchschnittlich hoch. Die katholisch-theologische Fakultät verzeichnet in ihren fünf beliebtesten Studiengängen durchwegs hohe Frauenanteile. Lehramt Psychologie und Philosophie ist mit einem Frauenanteil von 82,4% Spitzenreiter. Reiht man die Studiengänge nach den erreichten Frauenanteilen, wird deutlich, dass Frauen in manchen sehr kleinen Studiengängen (die in Tabelle 15 nicht aufscheinen) überproportional präsent sind, beispielsweise beim Bachelor Lehramt Physik (100% bei 2 TeilnehmerInnen) oder beim Masterstudium Comparative Social Policy and Welfare (89% bei 26 TeilnehmerInnen).

Erwachsenenbildung

Erwachsenenbildung in der EU und in Österreich

„Lebenslanges Lernen“ ist für die Europäische Union ein wesentliches Mittel, um ein wettbewerbsfähiger und dynamischer Wirtschaftsraum zu sein und zu bleiben. Dies wird im EU Projekt „Allgemeine und Berufliche Bildung 2020“ (kurz ET 2020) verdeutlicht. In diesem Projekt wurde das Ziel festgelegt, dass bis 2020 „mindestens 15% der Erwachsenen [...] am lebenslangen Lernen teilnehmen“ sollen (Europäische Kommission 2018, o.S.).

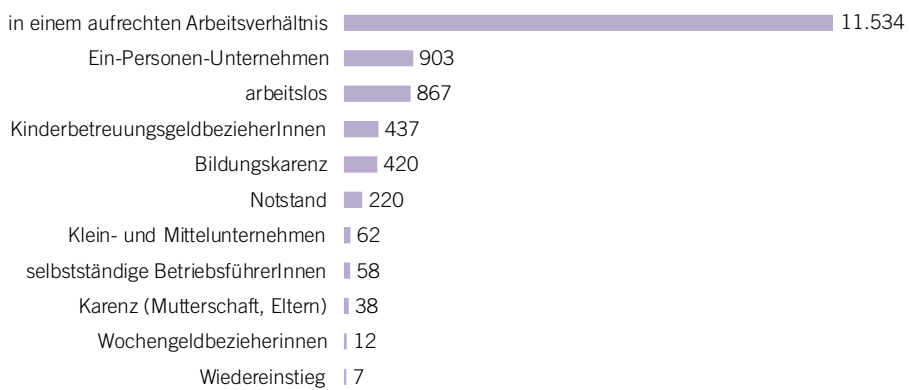


Im Jahr 2016 übertrafen im Bereich des lebenslangen Lernens Frauen in Österreich mit 16,3% nicht nur den EU-Zielwert von 15% sondern auch die Weiterbildungsbeteiligung von Männern in Österreich (13,5%) (Eurostat 2017). Die 2009 zum letzten Mal durchgeführte Zeitverwendungserhebung (Statistik Austria 2009) zeigte, dass erwerbstätige Frauen mit durchschnittlich 1,3 Stunden pro Woche etwas mehr Zeit als Männer mit 0,9 Stunden für Schule bzw. Weiterbildungstätigkeiten investierten. Knapp 1% der Frauen besuchte während der Teilnahme an der Zeitverwendungserhebung berufliche Weiterbildungskurse, bei den Männern war der Anteil zu gering um ihn auszuweisen (ebd.: 47). Aus dem Adult Education Survey (AES) wissen wir, dass bei Männern (58%) der Besuch beruflicher Kurse und Schulungen jedoch deutlich häufiger in die Arbeitszeit fiel als bei Frauen (46%) (Statistik Austria 2018c: 72).

Weiterbildungsbeteiligung nach demografischen Merkmalen

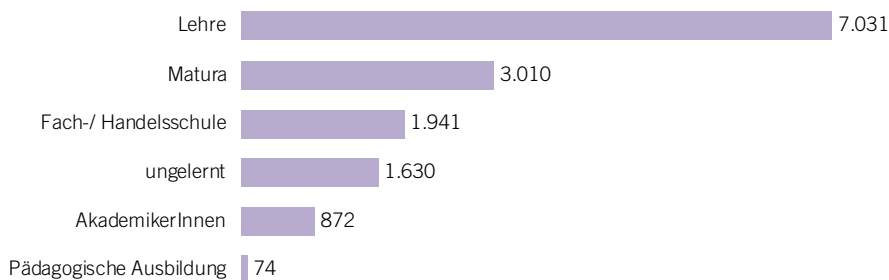
Das Weiterbildungsverhalten in Oberösterreich unterscheidet sich deutlich nach beruflichem Status, was sich auch in den Anträgen zur Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen Erwachsener durch das Land Oberösterreich („Oberösterreichisches Bildungskonto“) aus dem Jahr 2017 widerspiegelt: Personen in einem aufrechten Arbeitsverhältnis stellten mit Abstand die meisten Anträge auf Weiterbildungsförderung (79% aller Anträge), während nur sehr wenige Anträge von Personen gestellt wurden, die sich für einen beruflichen Wiedereinstieg weiterbilden wollten (siehe Grafik 19a). Auch nach Bildungsniveau der AntragstellerInnen zeigen sich Unterschiede, denn LehrabsolventInnen stellten mehr Anträge für eine Förderung ihrer Weiterbildung als AkademikerInnen und Personen mit einer Pädagogischen Ausbildung (siehe Grafik 19b). Allerdings sind diese Unterschiede auch auf die unterschiedlichen Gruppengrößen zurückzuführen. Diese Daten liegen für Oberösterreich nicht geschlechtsspezifisch vor.

Grafik 19a: Weiterbildungsbeteiligung nach Lebensunterhalt (Anträge in Oberösterreich)



Quelle: Land Oberösterreich (o.J.): Bildungskonto Oberösterreich 2017, e.D.

Grafik 19b: Weiterbildungsbeteiligung nach höchster abgeschlossener Bildung (Anträge in Oberösterreich)



Quelle: Land Oberösterreich (o.J.): Bildungskonto Oberösterreich 2017, e.D.

Wie die Erwachsenenbildungserhebung aus dem Jahr 2016/17 (Adult Education Survey) der Statistik Austria für Gesamtösterreich zeigt, variiert die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten (formal und nicht formal) maßgeblich nach einigen weiteren Faktoren, die hier kurz zusammengefasst werden sollen. Einerseits spielt das Alter eine Rolle. Rund zwei Drittel der Menschen zwischen 25 und 44 Jahren besuchten eine Aus- oder Weiterbildung. Bei den 55- bis

64-Jährigen sind es nur zwei Fünftel. Die größten Unterschiede nach Geschlecht gab es in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen, in denen drei Viertel der jungen Männer eine Weiterbildung besuchten, aber nur knapp zwei Drittel der befragten Frauen. In der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen dreht sich dieses Geschlechterverhältnis um (43 % der Frauen und 39 % der Männer dieser Altersgruppe absolvierten eine Aus- oder Weiterbildung).

Die Teilnahmequote hängt weiterhin stark vom Erwerbsstatus ab: 68 % der Erwerbstätigen (im Alter zwischen 25 und 64 Jahren), aber nur 35 % der Nicht-Erwerbspersonen besuchten eine Aus- oder Weiterbildung. Bei den Arbeitslosen lag der Anteil bei 47,7 %. Nur bei den Nicht-Erwerbspersonen gab es geschlechtsspezifische Unterschiede, denn Frauen nutzen mehr Weiterbildungsangebote als Männer.

Als Hindernisse und Schwierigkeiten in Bezug auf Aus- und Weiterbildung gaben die Befragten am häufigsten den Zeitfaktor (Kurse während der Arbeitszeit, Frauen und Männer jeweils rund 24 %), Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Beruf und Familie (Frauen: 27,9 %, Männer: 14,2 %) sowie hohe Kosten für Weiterbildungen (Frauen: 15,1 %, Männer: 9,8 %) an. Mit Anteilen zwischen rund 9 % bzw. 10 % wurden als Hinderungsgründe genannt, dass kein passendes Ausbildungsangebot gefunden wurde bzw. es an der Unterstützung durch die ArbeitgeberIn oder die öffentliche Verwaltung (z. B. AMS) mangelte. Die Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungskursen variiert zudem stark nach Branchen. Die höchsten Teilnahmeanteile verzeichnen die Branchen Finanzdienstleistungen (76,8 %) bzw. Information und Kommunikation (72,8 %); die niedrigsten das Textilgewerbe (21,2 %) bzw. das Gastgewerbe (29,4 %) (Statistik Austria 2018c: 76 ff.).

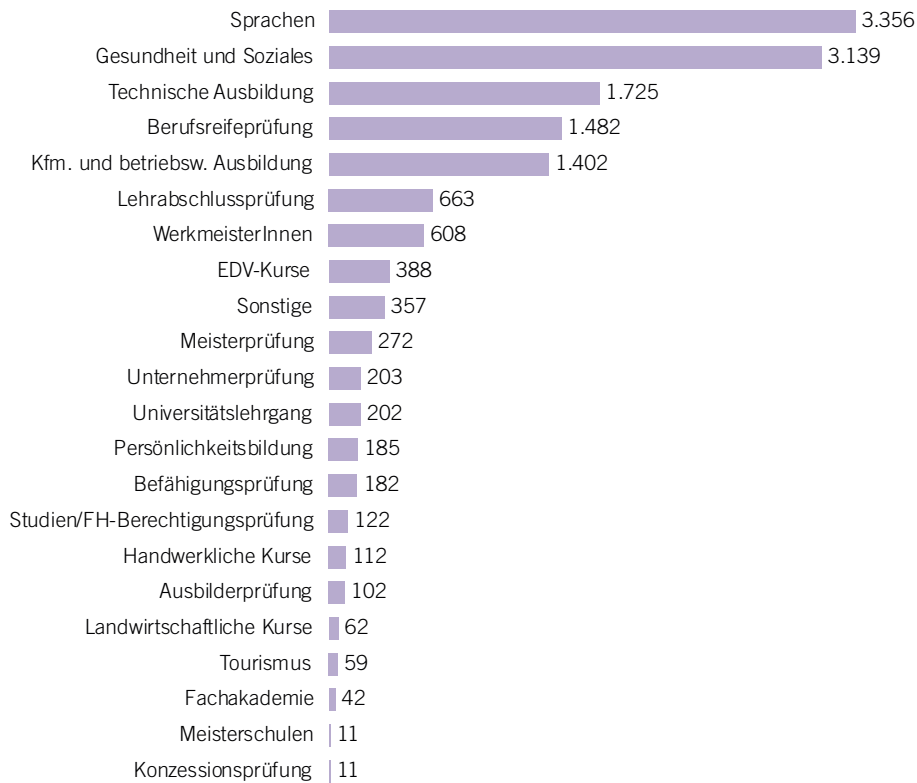
Eine Analyse für Wien (Krenn/Kasper 2012) zeigt darüber hinaus, dass sich die Weiterbildungsaktivität maßgeblich nach Art der Berufsklassen unterscheidet. Bei den „WeiterbildungsabstinentInnen“ (diese besuchten während der letzten 12 Monate vor der Befragung keine Aus- und Weiterbildung) sind 31 % in dienstleistungs- und handwerksverwandten Berufen beschäftigt. Weitere 29 % sind in traditionell weiterbildungsarmen Berufsgruppen wie Anlagen-/MaschinenbedienerInnen oder als Hilfskräfte beschäftigt (Krenn/Kasper 2012: 11). Zudem setzt sich die geringe Bildungsmobilität Österreichs auch im Bereich der Aus- und Weiterbildungen fort: Die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen variiert stark mit dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern (ebd.: 15). Nicht zuletzt stellt die Muttersprache einen starken Prädiktor für die Weiterbildungsbeteiligung dar. Nur ein Viertel der befragten Personen mit nichtdeutscher Muttersprache besuchte eine Aus- oder Weiterbildung, bei den Personen mit deutscher Muttersprache waren es 52 % (ebd.: 21).

Exemplarische Beteiligung von Frauen an der Erwachsenenbildung in Linz

Eine Erhebung der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen der Oberösterreichischen Volkshochschulen zeigt eine höhere Weiterbildungsaktivität von Frauen (gesamt 56,5 % Teilnehmerinnen). Eine Aufschlüsselung nach Geschlecht bei den jeweils gewählten Kursen ist allerdings mit den vorhandenen Daten nicht möglich (siehe Grafik 20¹⁴). Hinsichtlich der Kurskosten zahlten Frauen mit 1.032 Euro im Durchschnitt etwas weniger als Männer mit 1.160 Euro. Für die Kurskosten der Männer gab es allerdings etwas höhere Förderungen: rund 447 Euro pro Mann gegenüber rund 421 Euro pro Frau (vgl. Land Oberösterreich o.J.).

14 Die in Grafik 20 dargestellten Veranstaltungen werden von folgenden OÖ-EB-Institutionen angeboten: Bildungszentrum Maximilianhaus, BBRZ Gruppe, oberösterreichische Bibliotheken, Bildungshaus St. Magdalena, Bildungshaus Schloss Puchberg, Evangelisches Bildungswerk Oberösterreich, AK-Bildungshaus Jägermayrhofer, Katholisches Bildungswerk Oberösterreich, Ländliches Fortbildungsinstitut Oberösterreich, Oberösterreichisches Volksbildungswerk, Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, Volkshochschule Linz, Volkshochschule Oberösterreich, Volkswirtschaftliche Gesellschaft Oberösterreich, WIFI Oberösterreich.

Grafik 20: TeilnehmerInnen an Veranstaltungen der OÖ-EB-Institutionen nach Kategorie



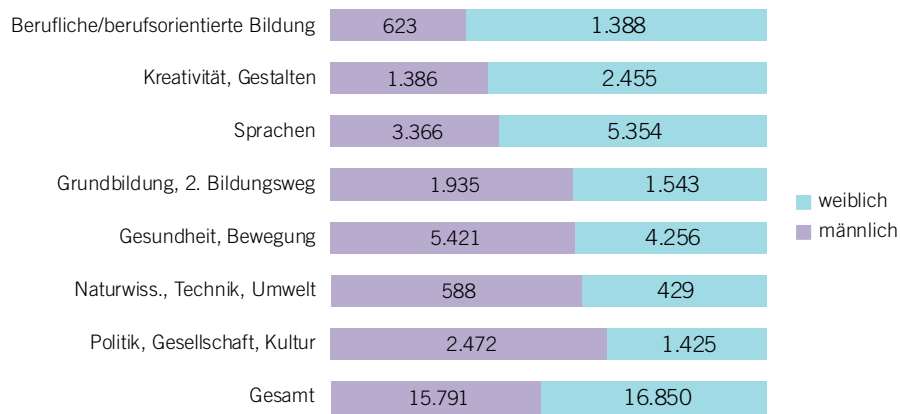
Quelle: Land Oberösterreich (o.J.): Bildungskonto Oberösterreich 2017, e.D.

Auch die folgenden exemplarischen Beispiele der Beteiligung von Frauen an Weiterbildungsangeboten großer Bildungsträger (VHS Linz, EB-Institutionen Oberösterreich, BFI Oberösterreich) verdeutlichen die geschlechtsspezifischen Tendenzen. Während bei den Weiterbildungen an den VHS Linz in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Kultur oder in den Bereich Naturwissenschaften, Technik und Umwelt 2017 Männer stärker vertreten waren, wählten Frauen häufiger berufliche und berufsorientierte Bildung, Sprachen oder Kurse aus dem Angebot Kreativität und Gestalten (siehe Grafik 21).

Der Frauenanteil bei den KursteilnehmerInnen am BFI OÖ betrug 2017 insgesamt rund 50%. Ein Blick auf die verschiedenen Bildungsbereiche vermittelt auch hier die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, wie sie zum Teil auch an Linzer Schulen und Hochschulen erkennbar sind. Auffallend ist das Verhältnis von 78% Frauen zu 22% Männern bei Kursen zum Thema Management/Wirtschaft (siehe Grafik 22).

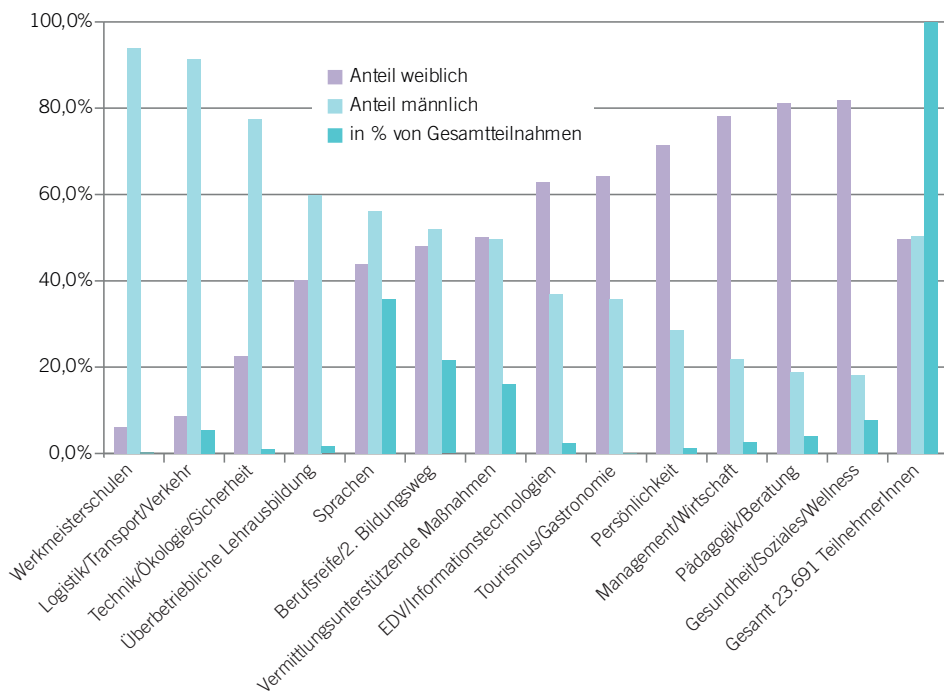
Der Frauenanteil in Kursen des WIFI OÖ lag im Jahr 2017 bei rund 41%. Eine Aufteilung der TeilnehmerInnen nach Geschlecht für einzelne Kursbereiche (Sparten) ist hier jedoch nicht verfügbar.

Grafik 21: TeilnehmerInnen an Fortbildungen der Linzer Volkshochschule nach Geschlecht (2017/18)



Quelle: Stadtforschung Linz (2018b): Bildung, 2017, e.B.

Grafik 22: Kursteilnahmen BFI OÖ 2017 nach Bereich und Geschlecht



Quelle: BFI Oberösterreich (2018): Kursteilnahme 2017, e.B.

TRENDS

Bildungsstand

- Der Anteil der Frauen (und Männer) mit maximal Pflichtschulabschluss steigt seit einigen Jahren wieder (Statistik Austria 2011, 2015).
- Die Pflichtschulabschluss-Anteile der oberösterreichischen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren mit österreichischer StaatsbürgerInnenenschaft sanken zwischen den Jahren 2011 und 2015.
- Bei der Bevölkerung mit nichtösterreichischer StaatsbürgerInnenenschaft stiegen die Anteile der Personen ab 15 Jahren mit maximal Pflichtschulabschluss. Bei den Männern war der Anstieg stärker als bei den Frauen (Statistik Austria 2018d).
- Die Anteile der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen liegen bei den Frauen sowohl für Oberösterreich als auch für Linz unter jenen der Männer (2015, nur österreichische StaatsbürgerInnen: Männer 36%, Frauen 31%) (Statistik Austria 2018e).
- Dass 2015 dennoch 31,5% aller Frauen ab 15 Jahren über höchstens einen Pflichtschulabschluss verfügten, aber nur 22% der Männer ab 15 Jahren, liegt an höheren Pflichtschulabschlussanteilen älterer Generationen von Frauen und am höheren Anteil hochbetagter Frauen in der Bevölkerung (Statistik Austria 2015).
- Die Pflichtschulabschluss-Anteile von 15- bis 29-jährigen in Oberösterreich lebenden Personen ohne österreichische StaatsbürgerInnenenschaft sind sehr hoch (2015: Männer 58%, Frauen 56%); bei den Frauen allerdings etwas geringer als bei ihren männlichen Alterskollegen (Statistik Austria 2018e).

Schul- und Berufsausbildung

- Die Bildungsbeteiligung der jungen Linzerinnen steigt stetig und auch stärker als jene der jungen Linzer.
- Die jungen Linzerinnen wählen jedoch nach wie vor häufig Schulausbildungen, die als „traditionell weiblich“ gelten.
- Auch im Bereich der Lehrlings- und Berufsausbildungen zeigt sich oft ein stereotyp-konformes Berufswahlverhalten: Zwei Drittel der weiblichen Lehrlinge sammeln sich in nur zehn Lehrberufen (obwohl es 198 mögliche Lehrberufe gibt).
- Der Anteil weiblicher Lehrlinge in der Industrie beträgt 15,5%, im Gewerbe und Handwerk 20,3% und im Einzelhandel 68,4% (Wirtschaftskammer Oberösterreich 2018).

Höhere Bildung

- Im Gegensatz zur gesamtösterreichischen Situation liegt der Anteil weiblicher Studierender an der Linzer Johannes Kepler Universität nach wie vor noch knapp unter 50%.
- Bei den höheren Ausbildungen (Fachhochschulen, Akademien, Universitäten) gibt es große geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Disziplinenwahl. Der Frauenanteil im Bereich Naturwissenschaft und Technik beträgt in Linz nur 30%.

Erwachsenenbildung

- Es gibt im Zentralraum Linz eine große Palette von öffentlichen und privaten Erwachsenenbildungsangeboten.
- Geschlechtsspezifische Unterschiede in Bezug auf die Kurswahl sind erkennbar: Männer dominieren den technischen, naturwissenschaftlichen Bereich, Frauen dominieren Bereiche wie Sprachen, Ernährung und Gesundheit.
- Daten aus Wien zeigen, dass nach wie vor bestimmte Zielgruppen, wie Frauen aus sozial benachteiligten Schichten sowie Migrantinnen, in Weiterbildungen unterrepräsentiert sind.

LÜCKEN

- Es fehlen geschlechts- und herkunftsspezifische Daten zum Bildungsstand der Linzer Wohnbevölkerung.
- Es fehlen geschlechts- und herkunftsspezifische Daten zur Lehrlings- und Erwachsenenbildung in Linz.
- Eine Aktualisierung der Zeitverwendungsdaten ist wünschenswert (die letzte umfassende Erhebung fand 2009 statt).
- Es gibt gute arbeitsmarktpolitische Rehabilitations- und Weiterbildungsmaßnahmen für Personen mit Behinderungen, aber es sind keine Daten zu Bildungsstand und Bildungs- und Weiterbildungsbeteiligung von Frauen (und Männern) mit Behinderungen insgesamt verfügbar.

DISKUSSION UND REFLEXION DES STATUS QUO

Bildungsstand

In der Bildungsfrage ist Linz in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Bewegung gekommen. Ein Beleg dafür ist das gestiegene Qualifikationsniveau der Linzer Bevölkerung gesamt, speziell jedoch auch das der Linzerinnen. Diese Entwicklung korrespondiert mit der guten infrastrukturellen Ausstattung mit Bildungseinrichtungen per se, beginnend mit vorschulischen Einrichtungen (siehe Kapitel „Erwerbstätigkeit“) über schulische Institutionen bis hin zu höheren Ausbildungen und zahlreichen Möglichkeiten zur Erwachsenenbildung.

Alarmierend ist jedoch die ungebrochen traditionelle (Aus-)Bildungswahl der jungen Frauen und Männer. Dies wird strukturell unterstützt bzw. reproduziert durch fehlende Genderkompetenz bei allen beteiligten Institutionen und deren AkteurInnen. Die knappen Personalressourcen an den Schulen sowie die immer größer werdenden Aufgaben, die an diese Bildungseinrichtungen delegiert werden, fördern diesen Stillstand indirekt.

Zur traditionellen Geschlechterordnung

Das relativ große und qualitativ hochwertige Linzer Schul-, Aus- und Weiterbildungssystem mit vielen Diversifizierungsmöglichkeiten wird nach wie vor nicht offensiv dafür genutzt, das geschlechtsspezifisch traditionelle Schul- und Bildungswahlverhalten junger Menschen zu durchbrechen. Abgesehen von einzelnen Maßnahmen wird dies auch nicht durch Aktivitäten im Bereich des lebenslangen Lernens korrigiert. Vielmehr reproduzieren die Bildungseinrichtungen und die pädagogischen Zugänge die traditionellen Rollenklischees. Damit können sie auch den oft in Familien reproduzierten Geschlechterstereotypen nicht viel entgegensetzen.

Fehlende, mangelhafte oder traditionelle Ausbildungen, die insbesondere im Fall der typisch weiblichen Arbeitsbereiche oft schlecht bezahlt und prestigearm sind, sind jedoch ein wesentlicher Hinderungsgrund für einen guten Start in ein eigenständiges, glückliches Leben. Mit ihrer Ausbildungs- und Berufswahl legen die jungen Linzerinnen nach wie vor den Grundstein für ein potenziell von Armutsgefährdung bzw. von Abhängigkeiten – entweder von PartnerInnen oder vom Staat – geprägtes weiteres Leben. Denn die von den Mädchen gewählten Lehrberufe fallen überwiegend in Dienstleistungssparten, in denen, wie etwas später noch im Detail gezeigt wird (siehe Kapitel „Sozioökonomische Lage“), die branchenübliche Entlohnung ein Berufsleben lang vergleichsweise niedrig ist.

Traditionelle Bildungswahl trifft auch für die universitäre Bildung zu. Die Beteiligung der Frauen in den naturwissenschaftlichen und technischen Studienrichtungen ist noch immer gering. In Linz sind nur 30 % der Studierenden dieser Studienrichtungen weiblich. Schließlich gelingt es auch im Bereich der Erwachsenenbildung in Linz kaum, rollenstereotype Bildungsaktivitäten zu durchbrechen. Außerdem wird eine Benachteiligungsstruktur von Frauen bei berufsbezogenen Kursen und Schulungen besonders deutlich: Bei Männern fiel der Besuch beruflicher Kurse und Schulungen deutlich häufiger in die Arbeitszeit (58 %) als bei Frauen (46 %) (Statistik Austria 2018d).

Soziale Zugangsbarrieren

Insgesamt wird in Linz – wie überall in Österreich – eine Bildungssituation reproduziert und prolongiert, die auf Selektion aufbaut. Traditionell sind urbane Zentren aufgrund der besseren Erwerbsarbeitschancen für Höher- und Hochqualifizierte attraktiv. Dieser Qualifikationsbonus wird – mit Berücksichtigung der unterschiedlichen Genderimplikationen – an deren Nachkommen „sozial“ vererbt, so wie am anderen Ende der Skala auch Bildungsdefizite „sozial

vererbt“ werden (siehe bspw. Netter/Schweitzer/Völkerer 2008). Dieser Befund ist auch für Linz zutreffend, wie die Zahlen über Personen mit maximal Pflichtschulabschluss deutlich belegen. Bei starker MigrantInnenkonzentration in den Städten steigt deshalb auch der Anteil von Niedrigqualifizierten, die wiederum stärker von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Diese Personen haben in der Folge ein höheres Verarmungsrisiko. Wie in den folgenden Abschnitten noch deutlich wird, häufen sich in den Städten eine Vielzahl sozialer Problemlagen an.

Auch mit den Angeboten im Erwachsenenbildungsbereich scheint es nicht zu gelingen, soziale Barrieren zu minimieren und Menschen aus sozial benachteiligten Schichten oder aus migrantischen Milieus zu erreichen, wie die Studie von Krenn und Kasper (2012) für Gesamtösterreich zeigen konnte. Trotz einer Vielzahl finanzieller Fördermöglichkeiten – etwa Mobilitätsförderungen, Bildungskonto, AK-Bildungsbonus oder Bildungsförderungen für spezifische Zielgruppen – beobachten wir große Unterschiede bei der Aus- und Weiterbildungsbeteiligung zwischen Menschen entlang soziodemografischer Merkmale (siehe oben). Dies deutet auch darauf hin, dass es nicht primär die Kosten der Weiterbildungsmöglichkeiten sind, die Menschen von einer Beteiligung abhalten, sondern die geringere Bedeutung von Weiterbildungen beispielsweise in vielen Dienstleistungsberufen oder für HilfsarbeiterInnen-tätigkeiten.

In Oberösterreich gibt es aktuell einige breit gefächerte Kursangebote, die sich speziell an Frauen richten. Eine Kooperation gibt es beispielsweise zwischen der Johannes Kepler Universität Linz und der Volkshochschule Linz. Hier wurde der Universitätslehrgang „MBA Management und Leadership für Frauen“ ins Leben gerufen (vgl. ebd.).

Die Volkshilfe Oberösterreich bietet neben Deutschkursen für Flüchtlinge auch zahlreiche Beratungsleistungen speziell für Frauen, MigrantInnen und Flüchtlinge (auch muttersprachliche Beratung) an. Die teilnehmenden Frauen werden gezielt über Möglichkeiten des österreichischen Bildungssystems und zu Arbeitsmarktangelegenheiten beraten (vgl. Volkshilfe Oberösterreich o.J.). Auch beim WIFI gibt es frauenspezifische Kurse, wie beispielsweise jenen zum Thema „Selbstmarketing für Frauen“, die regelmäßig stattfinden. Die Katholische Frauenbewegung (in Linz: „Haus der Frau“) hat ein umfangreiches, überwiegend an Frauen gerichtetes Weiterbildungs- und Veranstaltungsangebot (vgl. Katholische Kirche in Oberösterreich/Diözese Linz o.J.). Beim „Ländlichen Fortbildungsinstitut“ Oberösterreich gibt es Seminarangebote für junge Bäuerinnen bzw. Einheiten über das „Frau-Sein am Bauernhof“ (vgl. Ländliches Fortbildungsinstitut o.J.).

Neben solchen berufs- und weiterbildungsbezogenen Kursen gibt es in Linz auch Kurse für Frauen, die sich Freizeitaktivitäten widmen. Das Frauenbüro der Stadt Linz und die Volkshochschule Linz veranstalten gemeinsam regelmäßige Schwimmkurse und andere Kurse zu wechselnden Themen. Im Wintersemester 2018/19 wird beispielsweise wieder der Kurs „Heimwerken - von Frauen für Frauen“ angeboten. Für Seniorinnen gibt es bei der Volkshochschule einen eigenen Bewegungstreff. Die Volkshochschule bietet darüber hinaus Vorträge zu den Themen „Frauen auf der Flucht“ und „Frauen mit Behinderung“ an (vgl. Stadt Linz o.J.).

Die meisten dieser KursanbieterInnen haben ihren Sitz bzw. die Räumlichkeiten ihrer Angebote in der inneren Stadt. Die Volkshilfe ist im Viertel „Neue Welt“ zu finden (die Flüchtlings- und MigrantInnenberatung aber wiederum in der Innenstadt). Das WIFI befindet sich im Viertel „Spallerhof“ an der Grenze zu „Kleinmünchen-Auwiesen“. Am WIFI und im erwähnten „Haus der Frau“ gibt es außerdem die Möglichkeit, Kinder während der Kurszeiten vor Ort in Betreuung zu geben. Das AMS bietet für jedes Bundesland eine Liste an regionalen Organisationen und Vereinen an, an die man sich bei der Suche nach geeigneten Betreuungsplätzen wenden kann (vgl. Arbeitsmarktservice o.J.).

Berufsorientierung und Bildungsberatung

Geschlechts- und kultursensible Berufsorientierung und Bildungsberatung hat noch große Lücken. Mehr Unterstützung, Aufklärung und Information sind hier von großer Bedeutung, damit Mädchen und Frauen ihre Möglichkeiten besser ausnutzen können. Wie die ExpertInnenbefragung im Rahmen des Ersten Linzer Frauenberichtes hervorhob, gibt es hier speziell Verbesserungsbedarf für Mädchen und junge Frauen, die sich nach dem Abschluss einer Polytechnischen Schule für keinen weiteren Bildungsweg mehr entscheiden und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt stark reduzieren. Wie aktuelle Daten zum weiteren Bildungsweg von Poly-Abgängerinnen in Oberösterreich zeigen, beendeten 2016/17 rund 16 % der jungen oberösterreichischen Frauen ihre Qualifikationslaufbahn mit dem Abschluss einer Polytechnischen Schule (Statistik Austria 2017c). Eine frühzeitige Beratung der Eltern, in der auch Trends wie die zunehmende Digitalisierung und die damit einhergehenden erhöhten Anforderungen an zukünftige ArbeitnehmerInnen thematisiert werden, könnte helfen, die Motivation der Jugendlichen für eine weitere Schulbildung oder Berufsausbildung zu erhöhen, bzw. die Unterstützung durch deren Eltern zu steigern.

Bei Frauen migrantischer Herkunft kommt noch ein wesentliches strukturelles Problem hinzu: Da die formal im Ausland oder informell in Österreich erworbenen Qualifikationen nicht systematisch erhoben und anerkannt werden – hervorgehoben seien hier die Barrieren bei der Nostrifikation – geraten sie unabhängig von ihrem Bildungsstand in eine Dequalifikationsspirale. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es in Linz bereits verschiedene Ansätze für eine niederschwellige Bildungsberatung und auch Kompetenzerkennung von Migrantinnen gibt. So bieten verschiedene Linzer Einrichtungen diese Kompetenzfeststellung für Migrantinnen schon an, wobei es um informelle und formell erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten geht. Außerdem startete im Jahr 2011 ein diesbezügliches österreichweites Projekt des Europäischen Sozialfonds (MIKA II), in dem auch Instrumente für die Kompetenzarbeit entwickelt wurden. Aber diese Unterstützungsmaßnahmen sind bislang nur punktuell und nicht flächendeckend implementiert.

Generell waren strukturelle Barrieren im Bereich von Ausbildung und Berufsberatung in Linz Gegenstand diverser Pilotprojekte, die viele Erfahrungen generiert haben. Sie waren jedoch immer befristet und gingen selten in den Status von Regelinstrumentarien über. Bei diesen Projekten ging es – neben der Implementierung geschlechtersensibler Pädagogik, speziellen Förder- und Betreuungsprogrammen für sozial benachteiligte Mädchen oder Instrumentenentwicklung zur Kompetenzarbeit – vor allem auch um die Vernetzung der verschiedenen Ausbildungswelten. Aber auch spezielle AMS-Ausbildungen für Frauen migrantischer Herkunft, etwa zu Heimhelferinnen oder Fachsozialbetreuerinnen, sind als positive Maßnahmen hervorzuheben. Diese Erfahrungen sollten künftig genutzt und flächendeckend realisiert und ausreichend finanziert werden.

AUSBLICK: MASSNAHMEN UND MÖGLICHKEITEN

- Implementierung von Gender Mainstreaming unter Berücksichtigung weiterer sozialer Merkmale (bspw. Beeinträchtigungen) in allen Bildungseinrichtungen der Stadt Linz (strukturell, inhaltlich)
- Vernetzung mit bzw. Einwirken auf die diversen Ausbildungseinrichtungen des künftigen pädagogischen Personals (wie Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Kindergartenakademie etc.) in Hinblick auf Ausbildungsmodule zur geschlechtersensiblen Ausbildung von Mädchen und Jungen
- Unterstützung aller Bildungsinstitutionen bei der Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote und deren Vermarktung
- Förderung mädchen- und frauenspezifischer Angebote im gesamten Bildungsbereich
- Intensivierung der geschlechter- und kultursensiblen Elternarbeit, Durchführung spezieller Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen (etwa Kampagnen) zur Durchbrechung stereotyp-konformer Aus- und Weiterbildung
- Verstärkte Familienberatung bezüglich der (Aus-)Bildung von Kindern, beispielsweise zum Thema Digitalisierung und den daraus entstehenden Anforderungen in der Arbeitswelt
- Mädchenspezifische Aufklärung, Information und Sensibilisierung über die Konsequenzen von traditionellen Schul- und Berufswahlen bei den Berufsfindungsprozessen
- Mädchenspezifische Angebote in Schulen zur Verbesserung des Selbstwerts im Hinblick auf Chancen und Möglichkeiten jenseits vorformulierter Rollen
- Einsatz von Role-Models als MentorInnen für Schulklassen
- Durchführung von Imagekampagnen, um Rollenklischees aufzubrechen
- Verstärkung einer positiven Öffentlichkeitsarbeit über erfolgreiche Projekte, durch die Mädchen und Frauen in frauenuntypischen Bereichen Fuß fassen konnten
- Unterstützung von erwachsenen Frauen, die sich in frauenuntypischen Bereichen weiterbilden wollen (z. B. Stipendien)
- Unterstützung von Menschen aus bildungsfernen Schichten sowie MigrantInnen zur Erreichung eines höheren Bildungsabschlusses sowie zur Teilnahme an Weiterbildungen
- Verbesserung der Förderung des Kompetenzerwerbs der deutschen Sprache in allen Bildungseinrichtungen durch Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen

QUELLEN

- Arbeitsmarktservice (o.J.): Informationen über Kinderbetreuungsmöglichkeiten. <http://www.ams.at/service-arbeitsuchende/arbeitsuche/kinderbetreuung/betreuungs-moeglichkeiten>, abgerufen am 24.5.2018.
- BFI Oberösterreich (2018): Kursteilnahmen 2017. Interne Kommunikation.
- Cuañado, Juncal/Pérez de Garcia, Fernando (2012): Does Education Affect Happiness? Evidence for Spain. *Social Indicators Research* 108(1):185–196.
- Europäische Kommission (2018): Strategischer Rahmen – allgemeine und berufliche Bildung 2020. Europäische Kommission. http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework_de, abgerufen am 11.4.2018.
- Eurostat (2017): Beteiligung Erwachsener an Bildungsmaßnahmen nach Geschlecht. <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdsc440&plugin=1>, abgerufen am 4.4.2018.
- Katholische Kirche in Oberösterreich/Diözese Linz (o.J.): Kurskalender 2017/18. <https://www.dioezese-linz.at/site/hausderfrau/bildungundbegegnung/programm/article/84985.html>, abgerufen am 24.5.2018.
- Krenn, Manfred/Kasper, Ruth (2012): Weiterbildungsabstinentz und Milieuzugehörigkeit in Wien. FORBA-Forschungsbericht 3/2012. http://www.forba.at/data/downloads/file/794-FORBA-FB_3-2012.pdf, abgerufen am 17.5.2018.
- Land Oberösterreich (o.J.): Bildungskonto Oberösterreich 2017. Interne Kommunikation.
- Ländliches Fortbildungsinstitut (o.J.): Programmübersicht Oberösterreich. <https://ooe.fli.at/programm%C3%BCbersicht+2500++1296986>, abgerufen am 24.5.2018.
- Netter, Markus/Schweitzer, Tobias/Völkerer, Petra (2008): Inwieweit wird Bildung vererbt? *Wirtschaft und Gesellschaft* 34 (4). Arbeiterkammer Wien. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2008_34_4/2008_34_4_0475.pdf, abgerufen am 17.5.2018.
- Stadt Linz (o.J.): VHS-Programm 2018/19. <https://www.linz.at/wissensturm/vhs/4218.asp>, abgerufen am 24.5.2018.
- Stadt Wien/Frauenabteilung (2005): Situationsbericht Frauen in Wien 2005. https://www.femtech.at/sites/default/files/Situationsbericht_Frauen_in_Wien_2005.pdf, abgerufen am 29.6.2018.
- Stadtforschung Linz (2018a): Bildung. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/, abgerufen am 17.5.2018.
- Stadtforschung Linz (2018b): Bildungsbeteiligung. Interne Kommunikation.
- Stadtforschung Linz (o.J.): Registerzählung 2011, Höchste abgeschlossene Ausbildung der Wohnbevölkerung nach Bezirken. Interne Kommunikation.
- Statistik Austria (2009): Zeitverwendung 2008/09. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede. Endbericht der Bundesanstalt Statistik Österreich an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst. https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/4/7/6/CH1553/CMS1465833348718/zeitverwendung_2008_09_barri_25887.pdf, abgerufen am 24.5.2018.
- Statistik Austria (2011): Bildungsstand der Bevölkerung ab 15 Jahren nach Geschlecht, Altersgruppen und Politischen Bezirken, 2011. <http://www.statistik.at>, abgerufen am 25.4.2018.
- Statistik Austria (2015): Bildungsstandregister, Bildungsstand der Bevölkerung ab 15 Jahren 2015 nach Altersgruppen, Politischem Bezirk und Geschlecht. <http://www.statistik.at>, abgerufen am 25.4.2018.
- Statistik Austria (2017a): Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren 2015 nach Bundesland und Geschlecht. <http://www.statistik.at>, abgerufen am 10.4.2018.
- Statistik Austria (2017b): Schülerinnen und Schüler 2016/17 insgesamt nach detaillierten Ausbildungsarten. <http://www.statistik.at>, abgerufen am 10.4.2018.
- Statistik Austria (2017c): Übertritte von Abgängern der Polytechnischen Schule 2016/17 nach Geschlecht. Schulstatistik. Erstellt am 14.12.2017. <http://www.statistik.at>, abgerufen am 24.04.2018.
- Statistik Austria (2018a): Ordentliche Studierende an öffentlichen Universitäten 1955-2016. <http://www.statistik.at>, abgerufen am 10.4.2018.
- Statistik Austria (2018b): Berichtssemester nach Belegte ordentliche Studien, Geschlecht und Hauptstudienrichtung Fach I. STATcube - Statistische Datenbank von Statistik Austria. <http://www.statistik.at>, abgerufen am 13.4.2018.
- Statistik Austria (2018c): Bildung in Zahlen 2016/17. Schlüsselindikatoren und Analysen. http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/5/index.html?includePage=detailedView§ionName=Bildung%2C+Kultur&pubId=508, abgerufen am 24.4.2018.
- Statistik Austria (2018d): Abgestimmte Erwerbsstatistik, Personen-Zeitreihe ab 2011. Höchste abgeschlossene Ausbildung nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at, abgerufen am 12.6.2018.
- Statistik Austria (2018e): Abgestimmte Erwerbsstatistik, Personen-Zeitreihe ab 2011. Höchste abgeschlossene Ausbildung nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter und Wohnort. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at, abgerufen am 12.6.2018.
- Volkshilfe Oberösterreich (o.J.): Bildung. <https://www.volkshilfe-ooe.at/erwachsene/bildung/>, abgerufen am 24.5.2018.
- Wedl, Juliette/Bartsch, Annette (Hg.) (2015): Teaching Gender? Zum reflektierten Umgang mit Geschlecht im Schulunterricht und in der Lehramtsausbildung. Bielefeld: transcript Verlag.
- Wirtschaftskammer Oberösterreich (2018): Lehrlingsstatistik Oberösterreich 2017. <https://www.wko.at/service/ooe/bildungslehre/Lehrlingsstatistik-OOe-Langfassung.pdf>, abgerufen am 25.4.2018.

ERWERBSTÄTIGKEIT

Erwerbssituation

Kinderbetreuung

Arbeitsmarktsituation

Erwerbsarbeitslosigkeit

EINBLICK

Teilnahme und Teilhabe an Erwerbsarbeit bilden die Grundvoraussetzung für ein eigenständiges, existenzgesichertes Leben. Obwohl die Erwerbsbeteiligung von Frauen während der letzten Jahrzehnte stark gestiegen ist, beobachten wir weiterhin große Unterschiede in Bezug auf die Erwerbsintensität oder auf das Einkommen zwischen den Geschlechtern. Frauen sind trotz Anstiegen bei hohen Bildungsabschlüssen seltener in höheren Positionen und insgesamt überdurchschnittlich in prestige- und einkommensarmen Branchen beschäftigt. Die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Geschlechterunterschiede bei der (Aus-)Bildungs- und Berufswahl sind wichtige Ursachen für die anhaltenden Unterschiede am Erwerbsarbeitsmarkt. Aber auch schon diese Entscheidungen sind nicht unbeeinflusst von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder sozialen Normen und Wertvorstellungen.

Ein weiterer Grund für geschlechtsbezogene Unterschiede am Arbeitsmarkt ist die anhaltend ungleiche Verteilung der unbezahlten Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Müttern am Erwerbsarbeitsmarkt während des gesamten potenziellen Erwerbsverlaufs verhindert (siehe bspw. Österreichische Frauenberichte; Bundeskanzleramt 1975, 1985, 1995, 2010). Die neuesten Daten dazu stammen aus dem „2017 Report on equality between women and men in the EU“ der Europäischen Union. In Österreich erbringen erwerbstätige Frauen durchschnittlich 24 Stunden pro Woche unbezahlte Arbeit und erwerbstätige Männer 7 Stunden (Europäische Union 2017: 12). Die letzte österreichweite Studie, die anhand eintägiger Tagebucheinträge von 8.000 Personen die Zeitverwendung eines typischen Wochentages auswertete, stammt aus dem Jahr 2009. Auch in dieser Studie zeigte sich: Der Großteil der unbezahlten Arbeit (rund 63 %) wird von erwerbstätigen Frauen verrichtet. Bei Frauen sind es durchschnittlich 27 Stunden pro Woche, bei Männern 16,1 Stunden (vgl. Statistik Austria 2009). Auch wenn besonders in jüngeren Generationen eine stärkere Orientierung in Richtung partnerInnenchaftliche Teilung der unbezahlten Haus- und Versorgungsarbeit zu beobachten ist, wirken traditionelle Rollenvorstellungen und -zuschreibungen häufig realitätsstiftend und bestimmen das diesbezügliche Verhalten von Männern und Frauen (Maierhuber/Papouschek 2010, 432 ff).

Diese Ungleichverteilung bei der Erwerbsarbeit und bei der Haus- und Sorgearbeit wird durch verschiedene Spezifika des österreichischen Wohlfahrtsstaates gefördert. Trotz der im Kapitel „Lebensformen“ beschriebenen Änderungen des Zusammenlebens, fußt der Wohlfahrtsstaat weiterhin auf dem „Ernährer-Zuverdienerin-Modell“. Die Kopplung von Sozialversicherungsleistungen an Erwerbsarbeit mit der vorgesehenen Mitversicherung von EhepartnerInnen – wobei diese mitversicherten Personen vor allem Frauen sind – ist ein Ausdruck davon und fördert die unterschiedliche Erwerbsarbeitspartizipation. Eine adäquate Pensionszahlung ist aber nur bei langer, ununterbrochener Vollzeiterwerbstätigkeit (eine typisch „männliche“ Erwerbsbiografie) erzielbar. Damit ist der Grundstein für eine starke finanzielle Abhängigkeit von Müttern und Ehefrauen gelegt. Im Falle einer Trennung/Scheidung steigt das Armutsrisiko für Mütter enorm und auch Altersarmut ist ein primär weibliches Phänomen (Statistik Austria 2016a). Lange gesetzliche Karenzzeiten, mit nur schwachen Anreizen für eine Beteiligung der meist männlichen Partner an der Karenz, oder mangelnde Kinder- und Altenbetreuungsangebote bedeuten lange Erwerbsunterbrechungen von Frauen. Dies führt einerseits direkt zu geringer Entlohnung und andererseits zu „statistischer Diskriminierung“ bei Anstellungen und Beförderungen: ArbeitgeberInnen zögern, Frauen im gebärfähigen Alter einzustellen, da sie mit langen Ausfallzeiten rechnen.

Um Beruf und Familie vereinbaren zu können, arbeiten Frauen immer häufiger in Teilzeiterwerbsverhältnissen. Um dies realisieren zu können, verbleiben sie tendenziell auf niedrigen

Hierarchieebenen oder wählen jene Branchen, die mit einer Teilzeitbeschäftigung vereinbar sind. Gerade in den einkommensstarken Branchen führt schon eine mangelnde Überstundenarbeitsbereitschaft (geschweige denn Teilzeitbeschäftigung) zu massiven Einkommensverlusten, da diesen Stunden von den Unternehmen überdurchschnittlich viel Wert beigemessen wird (vgl. Goldin 2014). Die Änderung des Arbeitszeitgesetzes (2018), die ArbeitgeberInnen die Einforderung eines Zwölfstundentages bzw. einer 60-Stunden-Woche erleichtert, wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für viele Frauen mit Betreuungsaufgaben zusätzlich erschweren.

Auch das allgemein starke Aufholen im Bereich der Bildung spiegelt sich für viele Frauen bislang nicht auf finanzieller Ebene wider. Selbst besser qualifizierten Frauen gelingt es nicht immer, ihre Bildungsabschlüsse in entsprechenden Karrieren oder Entgelten zu realisieren. So waren 2015 rund 23,5% der erwerbstätigen Frauen in Österreich überqualifiziert beschäftigt. Bei den Männern waren es hingegen rund 15,6%. Der Anteil der formal überqualifiziert beschäftigten Akademikerinnen an allen beschäftigten Akademikerinnen liegt bei rund 35,6% und jener der überqualifiziert beschäftigten Akademiker bei 29,9%. Unter AHS-Absolventinnen liegt dieser Anteil bei 58%, bei Absolventen der AHS bei 49,2% (Vogtenhuber et al. 2017: 556). Diese Daten machen deutlich, dass sich Frauen wesentlich schwerer tun, nach einem Universitäts- oder AHS-Abschluss einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, wofür unter anderem die nach wie vor existierende „vertikale Teilung“ des Arbeitsmarktes (d.h. die Ungleichverteilung der Geschlechter in den Hierarchieebenen; siehe unten) verantwortlich ist.

Um eine verstärkte und den Qualifikationen entsprechende Integration von Frauen ins Beschäftigungssystem zu erreichen, bedarf es konzertierter Anstrengungen in allen politischen Bereichen und auf den verschiedensten Ebenen, nicht zuletzt auch um bisher erwerbshemmende Faktoren beseitigen zu können. Große Hürden, die dabei zu überwinden sein werden, sind historisch gewachsene, geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen, die den Horizont der möglichen Lebenschancen und -ziele für Frauen wie für Männer einengen.

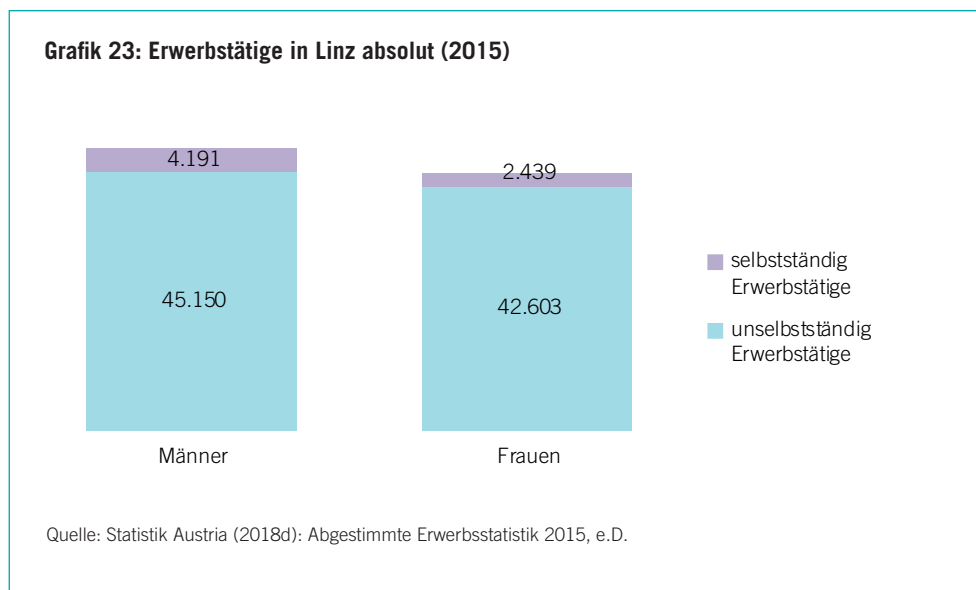
DATENFAKTEN

In Linz entspricht die Erwerbssituation im Großen und Ganzen den schon beschriebenen Charakteristika weiblicher Erwerbsarbeit. Die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen erfolgt oft in atypischen Beschäftigungsformen. Die häufigste atypische Beschäftigungsform bildet die Teilzeit. Laut Gesetz liegt eine Teilzeitbeschäftigung grundsätzlich dann vor, „wenn die vereinbarte Wochenarbeitszeit die gesetzliche Normalarbeitszeit oder eine durch Normen der kollektiven Rechtsgestaltung festgelegte kürzere Normalarbeitszeit im Durchschnitt unterschreitet“ (§ 19d Abs. 1 AZG). In den hier verwendeten Statistiken der Statistik Austria galt bis 2003 ein Arbeitsverhältnis bis zu einer Grenze von durchschnittlich 35 Stunden pro Woche als Teilzeit, seit 2004 erfolgt die Selbstklassifikation im Zuge der Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung.

In Österreich sind die Teilzeitquoten von erwerbsfähigen Männern und Frauen ohne 0- bis 14-jährige Kinder zwischen 1994 und 2017 stark gestiegen: Jene von Männern hat sich verdreifacht (2017: 11,6%), jene von Frauen ist von 19,0% auf 33,0% gestiegen. Der wichtigste Prädiktor für Teilzeitbeschäftigung bei Frauen ist jedoch die Anwesenheit von jungen Kindern im Haushalt. Während 2017 die Teilzeitquote von Vätern mit Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren im Haushalt bei 6,8% lag und damit deutlich niedriger war als die der kinderlosen Männer, betrug die Teilzeitquote von Frauen mit Kindern von 0 bis 14 Jahren im Jahr 2017 73,4% und war damit mehr als dreimal so hoch wie jene kinderloser Frauen im erwerbsfähigen Alter. Seit 1994 ist dieser Anteil um 33,5 Prozentpunkte gestiegen. Das seit 2004 geltende Recht auf Elternteilzeit hat aller Wahrscheinlichkeit nach zu diesem Anstieg beigetragen. Auffallend ist ebenfalls, dass die Teilzeitquoten von Müttern mit Kindern im Alter von 15 Jahren und älter seit 1994 um 65% gestiegen sind. Im Jahr 2017 betrug der Anteil 49,7% (Statistik Austria 2018b).

Erwerbsbeteiligung

Im Jahr 2015 waren 48,5% der unselbstständig Erwerbstätigen in Linz weiblich (Statistik Austria 2015a). Bei selbstständig Erwerbstätigen in Linz beträgt der Frauenanteil 36,8% (siehe Grafik 23). Das entspricht einem Anstieg um 22,2% seit 2008.



Die wohnortbezogenen Erwerbsquoten¹⁵ für Männer und Frauen liegen in Linz im oberösterreichischen Durchschnitt (siehe Tabelle 16). Im Österreichvergleich liegt die Frauenerwerbsquote im Mittelfeld. Bundesländer mit höheren Frauenerwerbsquoten sind Salzburg, das Burgenland und Niederösterreich. Ein wichtiger Einflussfaktor für die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen. Im Burgenland beispielsweise finden wir die höchsten Kinderbetreuungsquoten nach Wien bei den 0- bis 2-Jährigen (30,3% in 2016) sowie die österreichweit höchste Quote bei der Betreuung 3- bis 5-Jähriger (97,1% in 2016). Auch in Niederösterreich sind die Betreuungsquoten sehr hoch (Statistik Austria 2017a). Teilweise ist das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen vom Bedarf bzw. der Nachfrage der Familien abhängig. Je nach Gemeinde ist die Verfügbarkeit gar an eine Erwerbstätigkeit der Mutter (bzw. an ein bestimmtes Ausmaß dieser) gekoppelt. Dies ist insbesondere bei Krippenplätzen der Fall. In Linz müssen Mütter eine Erwerbstätigkeit von mindestens 20 Stunden pro Woche für einen Betreuungsplatz in einer Kinderkrippe nachweisen. Näheres zu den Kinderbetreuungsquoten in den Städten und Bundesländern folgt später in diesem Kapitel.

Tabelle 16: Erwerbsquotenvergleich (2016)

	Frauen	Männer	Insgesamt
Bregenz	72,2%	78,2%	75,4%
Eisenstadt	81,5%	80,6%	81,0%
Graz	71,4%	75,0%	73,3%
Innsbruck	73,3%	77,2%	75,4%
Klagenfurt	76,3%	77,6%	77,0%
Linz	73,9%	79,5%	76,8%
Salzburg-Stadt	76,7%	78,6%	77,7%
St. Pölten	79,1%	81,5%	80,4%
Wien	71,3%	75,8%	73,6%
Oberösterreich	73,7%	79,5%	76,8%
Österreich	74,6%	78,5%	76,6%

Quelle: Arbeitsmarktservice (o.J.c): Arbeitsmarktprofile 2016, e.D.

In Linz ist die Zahl der Arbeitsplätze im Zeitraum 2012 bis 2015 um 1.295 bzw. rund 0,7% gestiegen; das Wachstum im Landesdurchschnitt betrug 2,8% (Land Oberösterreich 2018). Jene ÖNACE-Wirtschaftsabschnitte¹⁶, die zwischen 2011 und 2015 die höchsten Beschäftigungszuwächse in Oberösterreich verzeichnen konnten, sind die Herstellung von Waren, der Handel und das Gesundheits- und Sozialwesen. Das kumulierte Beschäftigungswachstum von unselbstständig beschäftigten Frauen in Linz betrug in diesem Zeitraum 3,1% (Oberösterreich: plus rund 3,6%), jenes der Linzer Männer rund 3,5% (Oberösterreich: plus rund 3,2%) (Arbeitsmarktservice o.J.c).

¹⁵ Die Erwerbsquote erfasst Erwerbstätige und gemeldete Erwerbsarbeitslose.

¹⁶ Die ÖNACE Klassifikation ist eine Systematik zur Einteilung wirtschaftlicher Aktivitäten von Unternehmen. Dabei werden alle wirtschaftlichen Tätigkeiten österreichischer Firmen und Betriebe, den jeweiligen Wirtschaftsabteilungen und in der Folge den Wirtschaftsabschnitten zugeordnet. Die größte Aggregationsebene sind die Sektoren (Primär/Landwirtschafts-, Sekundär/Produktions- und Tertiär/Dienstleistungssektor), die kleinste sind die Haupttätigkeiten der Firmen (z. B. Großhandel mit Papier und Pappe).

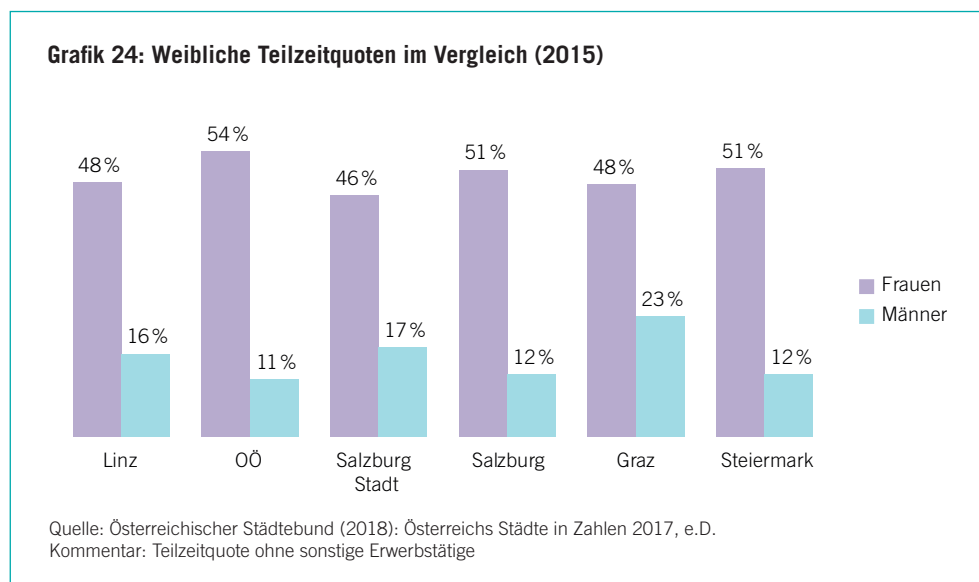
Arbeitsrechtliche Stellung im Beruf

Stark ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich bei der beruflichen Stellung von Männern und Frauen in Linz: 22% der unselbstständig beschäftigten Frauen sind Arbeiterinnen, 78% Angestellte oder öffentliche Bedienstete. Bei den Männern sind 62% der Beschäftigten angestellt oder arbeiten im öffentlichen Dienst, 38% sind als Arbeiter tätig (Statistik Austria 2018a).

Bezüglich der arbeitsrechtlichen Stellung von Frauen und Männern liegt Linz leicht unter dem österreichischen Durchschnitt: Österreichweit sind im Jahr 2017 von allen unselbstständig erwerbstätigen Frauen rund 81% Angestellte oder im öffentlichen Dienst tätig. Bei den Männern sind 2017 österreichweit 60% Angestellte oder öffentliche Bedienstete (Statistik Austria 2018a).

Ausmaß der Erwerbsbeteiligung: Voll- und Teilzeitbeschäftigung

In Linz waren 2015 26.586 Frauen teilzeitbeschäftigt. Die Teilzeitquote¹⁷ betrug damit 48,2% (Österreichischer Städtebund 2018: 34). Dieser Anteil ist seit dem Jahr 2009 um 17% oder um 7 Prozentpunkte gestiegen (Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro 2011: 73). Die Teilzeitquoten in den österreichischen Landeshauptstädten sind typischerweise niedriger als die Anteile im jeweiligen Landesdurchschnitt (siehe Grafik 24, die Linz und Oberösterreich vergleichbaren österreichischen Regionen gegenüberstellt). Dies kann auf die bessere Erwerbssituation für Frauen in den Städten und auch auf die bessere Kinderbetreuungsinfrastruktur zurückgeführt werden. Die (nicht in der Grafik dargestellte) höchste landeshauptstädtische Teilzeitquote findet sich in Innsbruck (51,3%), die niedrigste in Eisenstadt (40,2%). Eisenstadt profitiert von der Pendeldistanz zu Wien mit seinen besseren Erwerbsmöglichkeiten¹⁸ (Österreichischer Städtebund 2018).

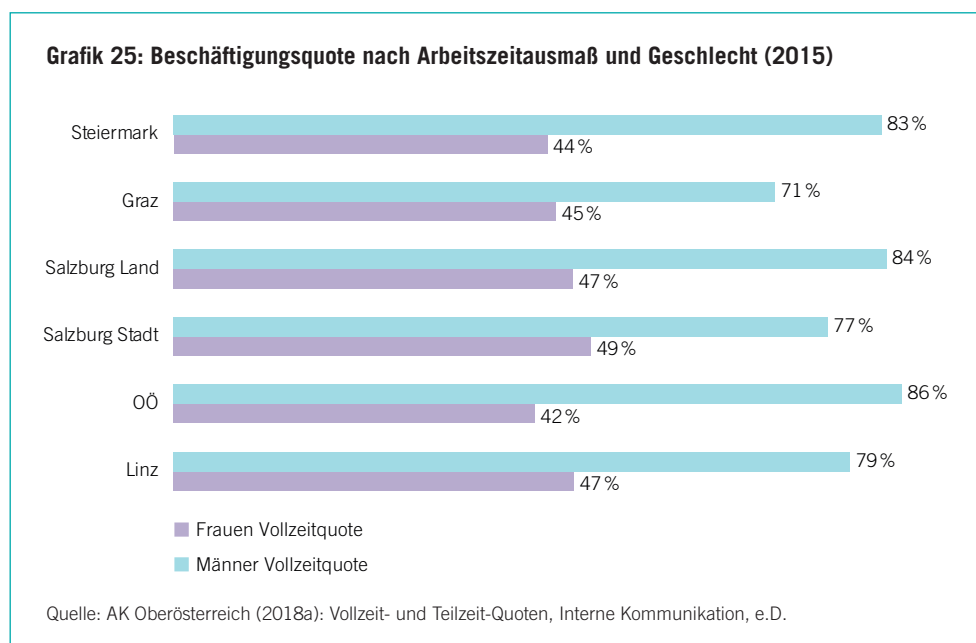


17 Anteil der in Teilzeit erwerbstätigen Personen an der Summe aller in Voll- und Teilzeit erwerbstätigen Personen ohne sonstige Erwerbstätige wie bspw. geringfügig angestellte ArbeitnehmerInnen.

18 Die regionalen (Teilzeit-)Erwerbsquoten werden für die jeweilige Wohnbevölkerung nach Hauptwohnsitz erhoben. Die Erwerbsquoten von PendlerInnen fließen in die Erwerbsstatistik ihres Wohn- und nicht ihres Arbeitsortes ein.

Österreichweit gaben 2016 11 % aller Teilzeit erwerbstätigen Frauen an, in Teilzeit zu arbeiten, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung finden konnten. Am meisten betroffen von unfreiwilliger Teilzeitarbeit sind Frauen in den Altersgruppen 45 bis 49 Jahre und 50 bis 54 Jahre (35 % der 105.000 unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten). Oft wird Teilzeitarbeit aber bewusst gewählt, wobei sich die Motive dafür stark zwischen den Geschlechtern unterscheiden. Das Hauptmotiv 15- bis 64-jähriger teilzeitbeschäftigter Männer ist die parallel absolvierte schulische oder berufliche Aus- und Weiterbildung (25,4 % der teilzeitbeschäftigten Männer). Bei Frauen in dieser Altersgruppe ist der wichtigste Grund (38,5 %) die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen. Bei den 25- bis 49-jährigen Frauen nennen sogar 55 % der teilzeitarbeitenden Frauen diesen Grund (Statistik Austria 2017b).

Ein Blick auf die Verteilung der Vollzeitarbeitsplätze nach Geschlecht verdeutlicht, dass im Jahr 2016 in Oberösterreich nur knapp mehr als die Hälfte (53,2 %) aller Frauen einen Vollzeitarbeitsplatz innehatten, bei den Männern waren es 95,2 % (Arbeiterkammer Oberösterreich 2017a: 11). Die Vollzeitquote von in Linz lebenden Frauen lag zwischen jenen in Graz (45 %) und in Salzburg Stadt (49 %) (siehe Grafik 25).



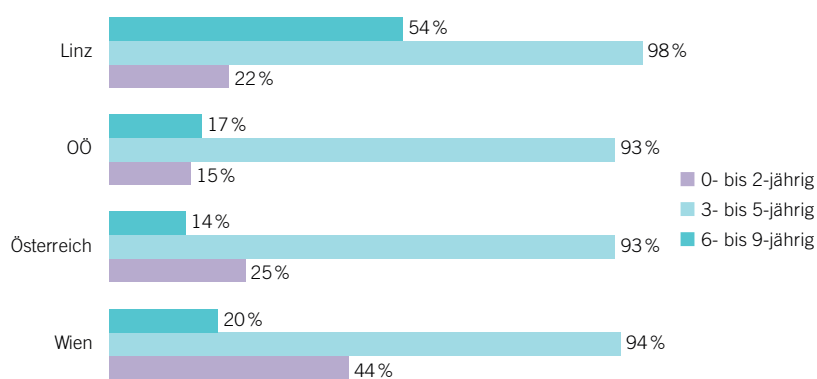
Neben dem Fehlen von Vollzeitarbeitsplätzen für Frauen sind es auch Lücken im Kinderbetreuungsangebot, die Grund dafür sind, dass auch viele Linzerinnen unfreiwillig teilzeitbeschäftigt sind. Wie aus einer Zusatzbefragung zum Mikrozensus 2010 hervorgegangen ist, würden österreichweit 14 % der teilzeitbeschäftigten Mütter mehr arbeiten, wenn es geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten gäbe. Darüber hinaus würden 23 % der nicht erwerbstätigen Mütter am Arbeitsmarkt teilnehmen, wenn dies der Fall wäre. Das Fehlen von Betreuungsplätzen ist dabei ein geringeres Problem, denn vor allem fehlen Betreuungsmöglichkeiten zu bestimmten Tageszeiten bzw. Ferienzeiten. Für 32 % der Menschen in Österreich, die ein inadäquates Angebot beklagen, ist der Preis für die Kinderbetreuung zu hoch (Statistik Austria 2012).

Im folgenden Abschnitt wird ein Überblick über die Kinderbetreuungssituation in Linz bzw. in Oberösterreich gegeben. Dabei wird auch darauf eingegangen, in welchem Ausmaß die Linzerinnen und Linzer von den neuen Tarifbestimmungen für die Nachmittagsbetreuung in oberösterreichischen Kinderbetreuungseinrichtungen betroffen sein werden.

➔ EXKURS: KINDERBETREUUNG

Bei den Kinderbetreuungsquoten der 0- bis 2-Jährigen liegt Oberösterreich mit einem Anteil von 15,4 % im Vergleich mit den anderen Bundesländern an zweitletzter Stelle. Der österreichische Durchschnitt beträgt 25,4 %; ohne Wien sind es 21,4 %. Die größten jährlichen Zuwächse (2,7 %) in der Betreuung von 0- bis 2-Jährigen gab es im Jahr 2009 (Statistik Austria 2016b). Dies ist wesentlich auf die 2008 beschlossene Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots zurückzuführen. Im Rahmen der 15a-Vereinbarungen gibt es jährlich Zuschüsse des Bundes für den Ausbau von Kinderbetreuungs-einrichtungen. Besonders gefördert wird der Ausbau von Plätzen für 0- bis 2-Jährige und von Plätzen, die den VIF-Kriterien¹⁹ genügen, weil dadurch eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern ermöglicht wird. In der Periode 2006–2016 lagen die jährlichen Wachstumsraten der Betreuungsquote bei den 0- bis 2-Jährigen in Oberösterreich (bis auf das Jahr 2014) jeweils deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Bei den 3- bis 5-Jährigen liegt die oberösterreichische Betreuungsquote mit 93,6 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 93,1 % (Statistik Austria 2017a). Bei den 0- bis 2-Jährigen sticht Oberösterreich auch bezüglich eines anderen Aspektes deutlich heraus: Oberösterreich verzeichnet die höchsten Teilzeiterwerbstätigkeits-(75,3 %, im Gegensatz zu Österreich ohne Wien mit 64,0 %) und die niedrigsten Vollzeiterwerbstätigkeitsanteile (10,3 %, Österreichschnitt ohne Wien 16,1 %) bei Müttern, deren 0- bis 2-jährige Kinder sich 2016/17 in institutioneller Betreuung befanden. Gleichzeitig hat Oberösterreich den geringsten Anteil (14,2 %, österreichischer Schnitt: 19,5 %) nicht erwerbstätiger Mütter, deren 0- bis 2-jährige Kinder in Betreuung sind. Bei den 3- bis 5-Jährigen hingegen sind 36 % der Mütter, die ihre Kinder in institutionelle Betreuung geben, nicht erwerbstätig (in den Daten gibt es keine Informationen zur Anwesenheit jüngerer Geschwisterkinder). Höher ist der Anteil in dieser Gruppe nur in Vorarlberg (Statistik Austria 2017a). Der Anteil der Kinder, die in VIF-konformen Einrichtungen in Oberösterreich untergebracht sind, liegt gemessen an der 0- bis 2-jährigen Wohnbevölkerung im Jahr 2017 bei 4,0 % (2015: 3,6 %), bei den 3- bis 5-Jährigen liegt der Anteil bei 21,3 % (2015: 20,2 %) (vgl. Statistik Austria 2018c, 2015a, 2017a).

Grafik 26: Versorgungsgrad der Kinderbetreuung in % der Kinder (2017)



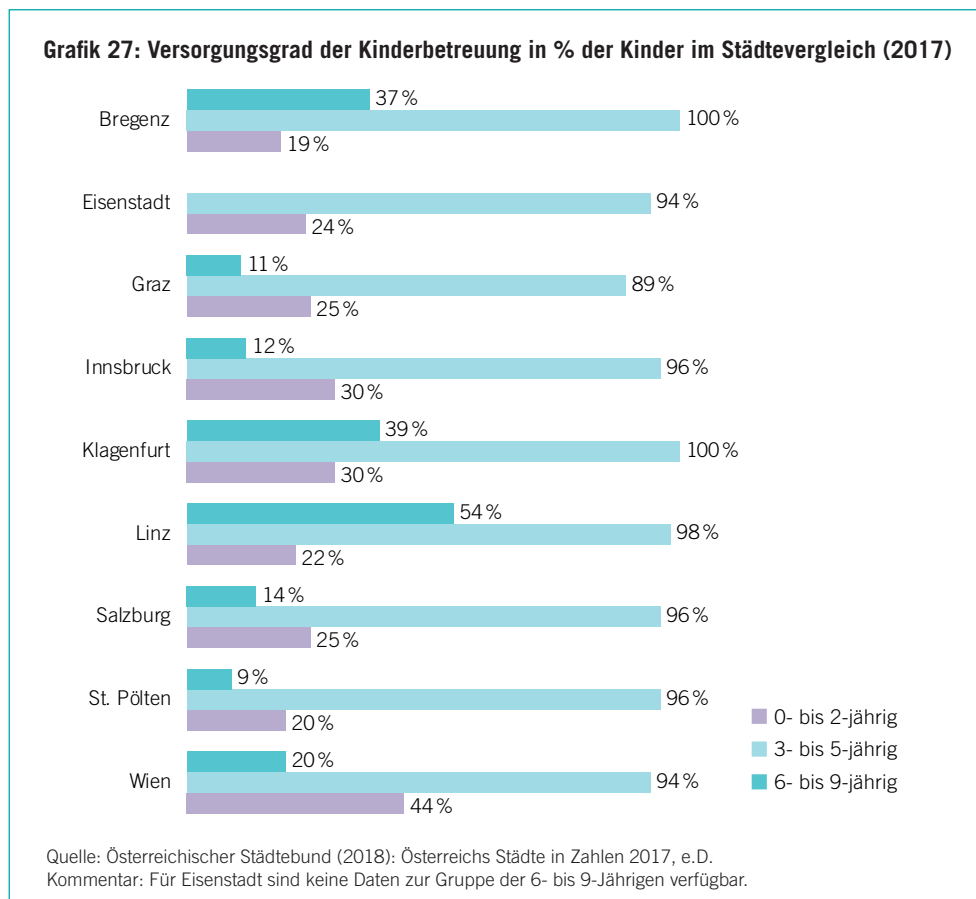
Quelle: Österreichischer Städtebund (2018): Österreichs Städte in Zahlen 2017, e.D.

In Linz wurden im Jahr 2016/17 22 % der 0- bis 2-Jährigen in Kleinkinderbetreuungseinrichtungen betreut (siehe Grafik 26). Linz liegt damit deutlich über dem oberösterreichischen

¹⁹ Um die VIF-Kriterien zu erfüllen, muss eine Betreuungseinrichtung mindestens 47 Wochen pro Jahr, 45 Wochenstunden, werktags von Montag bis Freitag, 4 Tage wöchentlich mindestens 9,5 Stunden geöffnet sein und ein Mittagessen anbieten (Arbeiterkammer Oberösterreich o.J.).

Durchschnitt von 15,4 %. Bei den 3- bis 5-Jährigen liegt die Linzer Betreuungsquote bei 98 %. Linzer Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren werden zu 54 % am Nachmittag in einem Hort betreut.

In Grafik 27 erfolgt ein Vergleich der Kinderbetreuungsquote in den österreichischen Landeshauptstädten. Linz ist hier bei der externen Betreuung der schon schulpflichtigen 6- bis 9-jährigen Kinder österreichischer Spitzenreiter. Bei den 0- bis 2-Jährigen liegt Linz rund 4 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Landeshauptstädte ohne Wien und liegt somit nach Bregenz und St. Pölten am drittletzten Platz bei dieser Altersgruppe.²⁰



Vorschulische und schulbegleitende Kinderbetreuung haben ein großes Inklusionspotenzial. In den oberösterreichischen Krippen und Kleinkindbetreuungseinrichtungen beträgt der Anteil der Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch 19,4%; in Kindergärten steigt der Anteil auf 24,6% und in den Horten liegt er bei 36,9% (siehe Tabelle 17). Wien ist mit durchschnittlich 59% (über alle Einrichtungsarten) der Spitzenreiter, aber gleichzeitig auch das einzige Bundesland, das in den Horten geringere Anteile von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache verzeichnet als in den vorschulischen Betreuungseinrichtungen. Allerdings ist Wien ein städtischer Ballungsraum und deshalb nicht mit den anderen Bundesländern direkt vergleichbar.

²⁰ Berücksichtigt werden dabei alle Kinder, die zum Stichtag 1. September 2016 das 3. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und in diesem Bildungsjahr in einer Kinderbetreuungseinrichtung betreut werden. In Linz gilt für die städtischen Krabbelstuben, dass durch die laufenden Überstellungen der Krabbelstubenkinder in einen Kindergarten ständig neue Plätze frei werden, welche wieder neu vergeben werden. Somit steigt die Anzahl der betreuten 0- bis 2-Jährigen während eines Bildungsjahres laufend an. Im August 2017 lag die Betreuungsquote z.B. bei 32% (Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro 2018).

Tabelle 17: Anteil von Kindern nichtdeutscher Muttersprache in Kinderbetreuungseinrichtungen in % Länder (2016)

	in Krippen und Kleinkindbetreuungs-einrichtungen	in Kindergärten	in Horten	in altersgemischten Einrichtungen
Burgenland	13 %	19 %	31 %	15 %
Kärnten	9 %	15 %	14 %	11 %
Niederösterreich	13 %	21 %	15 %	11 %
Oberösterreich	19 %	25 %	37 %	12 %
Salzburg	19 %	22 %	23 %	14 %
Steiermark	20 %	17 %	43 %	5 %
Tirol	15 %	20 %	25 %	-*
Vorarlberg	-*	31 %	36 %	18 %
Wien	63 %	64 %	50 %	60 %

Quelle: Statistik Austria (2017a): Kindertagesheimstatistik, Kinder in Kindertagesheimen nach der Staatsangehörigkeit und der Muttersprache 2016, e.D.
* keine Daten verfügbar

Die letzte Erfassung der Anteile von Kindern mit einer anderen Muttersprache als Deutsch in Kinderbetreuungseinrichtungen für die österreichischen Städte erfolgte im Jahr 2014/15 durch den Österreichischen Städtebund (siehe Tabelle 18). Die Anteile in Linz liegen erwartungsgemäß höher als der oberösterreichische Durchschnitt (Ausnahme bilden die altersgemischten Einrichtungen²¹ mit einem geringeren Anteil). In den Krippen haben 30 % der Kinder eine nichtdeutsche Muttersprache, bei den Kindergärten sind es 49 %. Für die Horten gibt es keine aktuellen Zahlen, im Jahr 2010 hatten 45 % der Hortkinder eine nichtdeutsche Erstsprache (Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro 2011: 54).

Tabelle 18: Anteil von Kindern nichtdeutscher Muttersprache in Kinderbetreuungseinrichtungen Städte 2014/15

	in Kinderkrippen	in Kindergärten	in altersgemischten Einrichtungen
Eisenstadt	7 %	18 %	7 %
Klagenfurt	10 %	24 %	24 %
St. Pölten	100 %*	40 %	21 %
Linz	30 %	49 %	8 %
Wels	33 %	57 %	36 %
Salzburg	27 %	43 %	20 %
Graz	29 %	31 %	18 %
Innsbruck	16 %	36 %	-*
Bregenz	-*	50 %	19 %
Wien	60 %	62 %	57 %

Quelle: Österreichischer Städtebund (2018): Österreichs Städte in Zahlen 2017, e.D
*bezieht sich auf nur eine Kinderkrippe mit drei Kindern; ** keine Daten verfügbar

²¹ In altersgemischten bzw. altersweiteren Einrichtungen werden Kinder altersübergreifend betreut. Da die Kinderbetreuungsgesetzgebung und -vollziehung Ländersache ist, variieren die Altersgrenzen – wie bei den Kinderkrippen und teils auch bei den Kindergärten – bei den altersgemischten Einrichtungen. In Oberösterreich werden in diesen Einrichtungen 2- bis 10-jährige Kinder betreut.

Ob Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch genommen werden, hängt oft davon ab, wie gut deren Öffnungszeiten mit den Bedürfnissen der Familien (z.B. Arbeitszeiten der Eltern) vereinbar sind. Wie Tabelle 19 entnommen werden kann, sind fast 74 % der Kinderbetreuungseinrichtungen in Oberösterreich vor 7:30 Uhr geöffnet. Oberösterreich liegt damit im österreichischen Durchschnitt (ohne Wien). Schlusslicht bildet Vorarlberg mit 52,7 % der Einrichtungen. Beim Anteil der Einrichtungen mit Öffnungszeiten bis nach 18:00 Uhr liegt Oberösterreich mit 5,4 % leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (ohne Wien) von 6,8 %.

Tabelle 19: Öffnungszeiten von Kinderversorgungseinrichtungen im Vergleich in % (2016)

	Anteil von Kinderbetreuungseinrichtungen mit Öffnungszeiten vor 7:30	Anteil von Kinderbetreuungseinrichtungen mit Öffnungszeiten nach 18:00
Burgenland	71 %	2 %
Kärnten	73 %	7 %
Niederösterreich	86 %	3 %
Oberösterreich	74 %	5 %
Salzburg	79 %	11 %
Steiermark	93 %	4 %
Tirol	72 %	11 %
Vorarlberg	53 %	12 %
Wien	87 %*	35 %*

Quelle: Statistik Austria (2017a): Kindertagesheimstatistik, Kindertagesheime nach Öffnungszeiten und Schließtagen 2016, e.B.

*Für das Bundesland Wien stehen im Berichtsjahr 2016/17 keine Daten über private Horte zur Verfügung, die ausgewiesenen Werte wurden von Statistik Austria geschätzt.

Für Linz gibt es keine genaueren Daten zur Erwerbstätigkeit der Mütter mit Kindern in institutionellen Betreuungseinrichtungen. Man kann jedoch davon ausgehen, dass der Anteil nicht erwerbstätiger Mütter insbesondere bei jenen mit 0- bis 2-jährigen Kindern in Betreuung, ähnlich dem oberösterreichischen Durchschnitt, sehr gering ist. Denn in den meisten (städtisch geführten) Einrichtungen besteht nur bei einer Erwerbstätigkeit der Mutter ab 20 Stunden ein Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Für die 3- bis 5-Jährigen mit Hauptwohnsitz in Linz (mit mindestens einem Elternteil, der auch in Linz hauptgemeldet ist), bzw. für 2-Jährige, die bis 1. März des Betriebsjahres das 3. Lebensjahr vollenden (erweiterte Garantie), besteht eine Versorgungsgarantie (Stadt Linz 2016).

Eine Elternbefragung der Arbeiterkammer Oberösterreich im Jahr 2017 (Arbeiterkammer Oberösterreich 2018b) hat ergeben, dass es in Oberösterreich, insbesondere in kleineren Gemeinden, oft große Probleme gibt, einen geeigneten Kinderbetreuungsplatz zu finden (fast 40 % der Befragten gaben dies an). Zusätzliche Unterstützung von Verwandten benötigen daher 6 von 10 Familien, die ihre 0- bis 2-jährigen Kinder zwar überwiegend institutionell betreuen lassen, für die aber die Öffnungszeiten der Einrichtungen nicht ausreichend sind. Auch der verstärkte Bezug der kürzeren Karenzmodelle (12 (+2) Monate bzw. das einkommensabhängige Modell), und die in vielen Gemeinden geltenden Altersbeschränkungen bei der Kleinkindbetreuung (oft ab 2,5, manchmal erst ab 3 Jahren) führen zu „Betreuungslöchern“, die mit Verwandten und Bekannten ausgeglichen werden müssen (ebd.: 4 ff.). Es ist anzunehmen, dass es mehrheitlich weibliche Verwandte und Bekannte sind, die diese Aufgaben übernehmen.

Die große Zahl an Karenzmodellen und die Abhängigkeit der Betreuungsnachfrage nach sich teilweise kurzfristig ergebenden beruflichen Möglichkeiten für Mütter machen eine genaue Bedarfsplanung der Gemeinden, insbesondere bei den 0- bis 2-jährigen Kindern, schwierig (vgl. u. a. Oberösterreichischer Landesrechnungshof 2017). Regelmäßige Bedarfserhebungen werden nicht durchgeführt. Die Nutzung von Betreuungsangeboten hängt letztlich auch maßgeblich von der örtlichen Nähe zum Wohnort oder zum Arbeitsplatz der Mutter ab. Ein stärkerer Miteinbezug der Eltern bei der Planung und eine Ausdehnung des Angebots mit Versorgungsgarantien gäben Eltern schon früh die Sicherheit, dass ihr Kind einen geeigneten Platz erhält. Die Planung des beruflichen Wiedereinstiegs könnte dadurch erleichtert werden.

Im Jahr 2017 investierte das Land Oberösterreich 227,4 Mio. Euro (2016: 216,7 Mio. Euro) in den Bereich der Kinderbetreuung. In den kommenden Jahren werden ein gemeindeübergreifender Ausbau bei der Betreuung der 0- bis 2-Jährigen sowie ein Ausbau der Ferienöffnungszeiten angestrebt. Eine oberösterreichweite Elternbefragung ist ebenfalls angedacht (Land Oberösterreich 2017).

Seit 1. Februar 2018 ist die Nachmittagsbetreuung (ab 13 Uhr) in Oberösterreich für Kinder ab dem 30. Lebensmonat kostenpflichtig. Dies wird in einer Presseaussendung der Stadt Linz kritisch gesehen: „Durch diese Neuregelung verlieren die Kindergärten in Oberösterreich einen Teil der bisherigen Transferzahlungen durch das Land. Die bisher von [sic] Land OÖ an die Rechtsträger ausbezahlten Zuschläge für eine längere Verweildauer in der Einrichtung entfallen zudem zur Gänze. Dies trifft vor allem Linz hart, da hier die Einrichtungen generell länger geöffnet haben. Der gesamte Einnahmenentfall soll – so die Intention des Landes – künftig durch die Einhebung von Elternbeiträgen kompensiert werden. Die Vorgangsweise zur Einhebung der Elternbeiträge beim Nachmittagsbesuch des Kindergartens regelt das Land in den Budget-Begleitgesetzen 2017 und in der OÖ Elternbeitragsverordnung 2018. Grundsätzlich sind zwischen Mindesttarif und Höchstarif drei Prozent vom Familienbruttoeinkommen für die Nachmittags-Kinderbetreuung (für Kinder ab dem 30. Lebensmonat) als Elternbeitrag vorgesehen. Ein Mindesttarif in der Höhe von 42 Euro wurde festgelegt. Der maximale Höchstbeitrag wird vom Land OÖ mit 110 Euro [pro Monat; Anm. d. Verf.] für den Nachmittag festgelegt. Darüber hinaus sieht der Landesgesetzgeber vor, dass auch ein Zwei- beziehungsweise Drei-Besuchstagenmodell seitens der Rechtsträger angeboten werden kann. Dabei aliquotieren sich die Elternbeiträge: bei dreitägigem Besuch sind 70 Prozent des Wochentarifes vorzuschreiben, bei zweitägigem Besuch werden es 50 Prozent“ (Stadt Linz 2017).

In Linz gilt jedoch ein eigenes Tarifmodell: „Basis für die Berechnung ist die Höhe des Haushalts-Bruttoeinkommens abzüglich des Familienabsetzbetrages. Der Familienabsetzbetrag beträgt bei einem Haushalt mit einem Kind Euro 1.497,- und zusätzlich Euro 124,- für jedes weitere Kind. Aus der sich daraus ergebenden Bemessungsgrundlage wird der Tarif wie folgt festgesetzt: 2 Prozent der Bemessungsgrundlage beim Nachmittagsbesuch ab 13 Uhr.²² Die Obergrenze der Bemessungsgrundlage ist derzeit mit Euro 2.496,- festgelegt; der Elternbeitrag für den Nachmittagstarif ab 13 Uhr kann daher derzeit maximal Euro 54,91 [pro Monat; Anm. d. Verf.] (2 Prozent der Bemessungsgrundlage zuzüglich 10 Prozent Mehrwertsteuer) betragen“ (Stadt Linz o.J.a). Das Tarifmodell gilt sowohl für städtische als auch für private Einrichtungen. Bei einem fünftägigen Nachmittagsbesuch zahlen dadurch 33% der Eltern (Stand: Dezember 2017) keine Gebühren für die Nachmittagsbetreuung, für 25% der Kinder beträgt die Gebühr weniger als 20 Euro pro Monat. Weitere 20% der Familien zahlen den Höchstbeitrag von knapp 54 Euro pro Monat – auch dieser Betrag ist durch die Zuschüsse der städtischen Familienförderung um mehr als die Hälfte reduziert. Die Stadt Linz muss für die

²² Der Tarif umfasst fünf Besuchstage.

Gewährung der Familienförderung voraussichtlich Zuschüsse in Höhe von 25 Mio. Euro leisten (vgl. Stadt Linz 2018). Zusätzlich zum laufenden Aufwand sind für 2018 rund 14 Mio. Euro für Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung budgetiert (vgl. ebd.).

Insgesamt ist die Kinderbetreuungssituation in Linz positiv zu bewerten. Ab 3 Jahren sind die Betreuungsquoten hoch; bei den 6- bis 9-Jährigen sind sie vor allem im Vergleich mit den anderen Landeshauptstädten hoch. Bei der Kleinkindbetreuung (0- bis 2-Jährige) sind die Quoten deutlich niedriger, das liegt jedoch auch an einem geringeren Bedarf in dieser Altersgruppe. Da der tatsächliche Bedarf einerseits kurzfristig, meist mit einer Erwerbsmöglichkeit der Mutter, schwankt und andererseits keine regelmäßigen Bedarfserhebungen stattfinden, können nur die tatsächlich genutzten Plätze beobachtet werden. Steigende Kosten für bestimmte Betreuungszeiten, lange Wartezeiten, mangelnde Betreuung zu Zeiten, an denen sie gebraucht würde, oder verlängerte Anfahrtswege können ein Hemmnis für die Planbarkeit des Wiedereinstiegs für Frauen bedeuten. Hingegen erhöht das Signal einer gesicherten, qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung, die mit der geforderten zeitlich flexiblen Verfügbarkeit von ArbeitnehmerInnen im Einklang steht, die Planbarkeit des Wiedereinstiegs. Kampagnen für eine stärkere Partnerbeteiligung an der Karenz oder für eine Imageverbesserung von Kleinkinderbetreuungseinrichtungen könnten helfen, lange Abwesenheiten von Müttern zu verringern.

Väterkarenz

Die Väterkarenz, durch die – jenseits von Kinderbetreuungseinrichtungen – Müttern eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werden kann, hat in Österreich quantitativ nach wie vor nur eine marginale Bedeutung. Im Jahr 2016 waren nur 0,9% der erwerbstätigen Väter mit 0- bis 2-jährigen Kindern in Karenz. In Oberösterreich waren lediglich 0,3% der erwerbstätigen Männer mit Kindern unter 15 Jahren in Väterkarenz (Kaindl/Schipfer 2017: 65f.). Das Wiedereinstiegsmonitoring der Arbeiterkammer Österreich zeigt, dass die Beteiligung der Väter an einer Kinderauszeit stark nach ihrem höchsten Bildungsabschluss variiert: Am höchsten ist der Anteil bei Männern mit Lehrabschluss (30%), darauf folgen Akademiker mit 21,5%. Fast gleichauf lagen Pflichtschulabsolventen mit 21,4%. Männer mit AHS- oder BMS-Abschluss weisen bedeutend geringere Anteile auf (vgl. Riesenfelder/Danzer 2017). Wie eine Analyse der Väterkarenz aus dem Jahr 2014 zeigt, ging die Einführung der neuen Kindergeldbezugsmodelle (2008 und 2010) mit einer Verkürzung der Bezugsdauer des Kindergeldes von hochqualifizierten Männern einher. Die beliebteste Karenzdauer dieser Gruppe beträgt 3 bis 6 Monate (vgl. Reidl/Schiffbänker 2013). Das einkommensabhängige Modell ist vor allem bei besserverdienenden Männern beliebt, Väter mit geringerem Einkommen bevorzugen eines der beiden längeren Modelle (30 +6 bzw. 20 +4) mit pauschaler Höhe der Leistung (vgl. Arbeiterkammer Oberösterreich 2017b).

Dass Männer prinzipiell der Meinung sind, Kinderbetreuung sei wichtig, zeigt eine 2017 durchgeführte, österreichweite Studie des Familienbundes mit rund 1.700 männlichen Befragten ab 18 Jahren. Dabei gaben 83% an, dass es „sehr wichtig“ sei, sich Zeit für sein Kind zu nehmen. Es besteht Hoffnung, dass sich diese Einstellung in Zukunft mehr in den Väterkarenzstatistiken widerspiegeln wird, denn je jünger die befragten Männer, desto eher sahen sie Wichtigkeit darin, nach der Geburt eines Kindes den Beruf zurückzustellen (vgl. Familienbund Österreich o.J.).

Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation

Der Arbeitsmarkt in Linz ist – wie dies für ganz Österreich noch immer ungebrochen zutrifft – von einer starken geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung geprägt. Das Bildungsverhalten der Frauen wirkt diesem Umstand in vielen Bereichen nach wie vor nicht wirkungsvoll entgegen. Traditionelle Rollenvorstellungen und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen reproduzieren eine Arbeitsteilung nach Geschlecht. Diese Arbeitsteilung betrifft einerseits die Ungleichverteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Reproduktionsarbeit und andererseits die horizontale (Ungleichverteilungen der Geschlechter in Branchen, Berufen und Tätigkeitsfeldern) und vertikale (Segregation über Hierarchieebenen) Segregation des Erwerbsarbeitsmarktes. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist nicht zuletzt deswegen für Frauen von Nachteil, weil sie mit anhaltenden Ungleichheiten in Bezug auf die Entlohnung von Männern und Frauen einhergeht (siehe Kapitel „Sozioökonomische Lage“). Durch die Beitragsabhängigkeit der Geldleistungen im österreichischen Sozialversicherungssystem (z. B. Arbeitslosengeld, Krankengeld, Pension) wirkt sich die schlechtere Entlohnung von Frauen aber auch auf die soziale Sicherheit entlang ihres gesamten Lebensverlaufs aus.

Horizontale Teilung des Arbeitsmarktes

Unter der horizontalen Aufteilung des Arbeitsmarktes versteht man, dass Frauen und Männer tendenziell in unterschiedlichen wirtschaftlichen Sektoren bzw. Branchen zu finden sind. Österreichweit arbeiteten im Jahr 2015 rund 84 % der erwerbstätigen Frauen und rund 57 % der erwerbstätigen Männer im Dienstleistungssektor sowie rund 12 % der erwerbstätigen Frauen und rund 38 % der erwerbstätigen Männer in der Industrie und dem Gewerbebereich²³ (Statistik Austria 2018a).

Betrachtet man den Linzer Arbeitsmarkt anhand der Beschäftigung von Frauen und Männern in den verschiedenen Wirtschaftssektoren, zeigt sich ein noch einprägsameres Bild: In der Stadt Linz sind rund 90 % aller erwerbstätigen Frauen und rund 69 % der Männer im Dienstleistungssektor beschäftigt (absolut: rund 40.380 Frauen gegenüber rund 34.160 Männern). In der Sachgüterproduktion und im Gewerbe sind in Linz nur 10 % aller erwerbstätigen Frauen tätig. Demgegenüber arbeiten in diesem Bereich rund 30 % der männlichen Erwerbstätigen (ebd.). Grafik 28 zeigt eine detailliertere Aufteilung der Linzer ArbeitnehmerInnen nach Branchen.

Im Vergleich mit der oberösterreichischen Situation zeigt sich, dass die Frauenbeschäftigung in den Wirtschaftszweigen Industrie und Gewerbe nur in der Landeshauptstadt so niedrig ist, nicht aber im Bundesland. Dort sind immerhin 15,7 % der Frauen in den produzierenden Wirtschaftszweigen beschäftigt (vgl. Arbeiterkammer Oberösterreich 2017a).

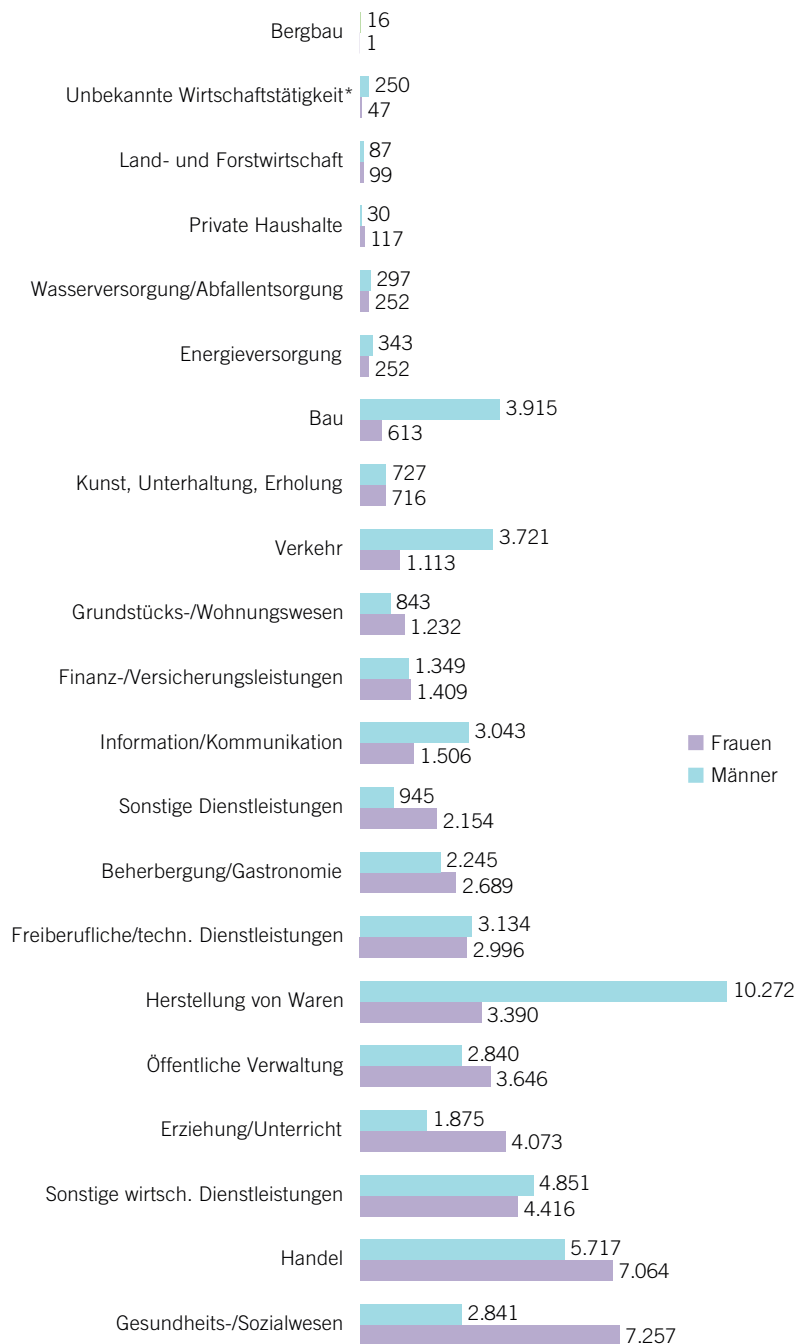
Vertikale Teilung des Arbeitsmarktes

Der österreichische Arbeitsmarkt zeichnet sich auch durch eine stark ausgeprägte vertikale Segregation aus. Das bedeutet, dass erwerbstätige Frauen und Männer eher auf unterschiedlichen Ebenen der beruflichen Hierarchien zu finden sind. Führungsfunktionen sind beispielsweise nach wie vor eine Männerdomäne (Arbeiterkammer Wien 2018).

Im Zeitraum zwischen 2008 und 2018 hat sich der Anteil der Geschäftsführerinnen in den von der Arbeiterkammer Wien analysierten österreichweiten Top-200-Unternehmen²⁴ von einem sehr geringen Level von 4,6 % nicht einmal verdoppelt (2018: 8,4 %) (ebd.: 24). Der Frauenanteil variiert allerdings mit dem Wirtschaftsbereich der Unternehmen. Die höchsten Frauenanteile bei den Geschäftsführungspositionen finden sich im Dienstleistungssektor – jenem Sektor, in dem überwiegend Frauen arbeiten. Aber auch hier ist der Anteil im Jahr 2018 mit 14,7 % sehr gering. Nachdem der Frauenanteil zwischen 2016 und 2017 um 0,6 Prozentpunkte sank, gab es von 2017 auf 2018 Verbesserungen. Am meisten Bewegung gab es im Bereich Handel.

²³ Klassifikation der Wirtschaftsbereiche nach ÖNACE 2008.

²⁴ Das sind die 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs, die über einen Aufsichtsrat verfügen.

Grafik 28: Branchenzugehörigkeit der in Linz wohnenden ArbeitnehmerInnen

Quelle: Statistik Austria (2018d): Abgestimmte Erwerbsstatistik 2015. e.D.

* an einer Arbeitsstätte im Ausland Beschäftigte sowie temporär Abwesende, deren Arbeitsstätte der zuletzt ausgeübten Erwerbstätigkeit nicht bekannt ist

Kommentar: Aus Datenschutzgründen wurden mittels „Target Swapping“ ein Teil der Daten „verschmutzt“. Daher sind bei Werten <=5 keine Aussagen möglich.

Zwischen 2015 und 2018 stieg der Frauenanteil um 6,7 Prozentpunkte. Bei den Aufsichtsratspositionen hat sich der Frauenanteil in den analysierten Top-200-Unternehmen über alle Sektoren seit 2008 auf 18,5 % verdoppelt. Würde das ab 1. Jänner 2018 in Kraft getretene Gesetz zur „Frauenquote“ (Mindestanteilsgebot) für alle Unternehmen gelten, hätten nur 33 der Top-200-Unternehmen mit 2. Jänner 2018 den darin festgelegten Zielwert von 30 % Frauenanteil erreicht (ebd.: 26). Allerdings gilt diese Verpflichtung nur für die Besetzung von Aufsichtsräten, die nach dem 31. Dezember 2017 gewählt wurden und werden. Konkret legt das Gesetz fest, dass der Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften und Unternehmen mit mehr als 1.000 MitarbeiterInnen fortan aus mindestens 30% Frauen und mindestens 30% Männern bestehen muss, sofern der Aufsichtsrat aus mindestens sechs Mitgliedern und die Belegschaft aus mindestens 20% Arbeitnehmerinnen und 20% Arbeitnehmern besteht (§ 7 Art. 1 GFMA-G).

Tabelle 20: Frauenquote nach Sektoren in Österreich

Sektoren	Geschäftsführung			Aufsichtsrat		
	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Dienstleistung	13,4%	12,8%	14,7%	23,5%	25,1%	23,6%
Handel	5,6%	9,0%	12,0%	20,9%	21,1%	22,4%
Finanz	6,6%	7,2%	9,1%	13,8%	12,9%	14,5%
Industrie	4,9%	4,3%	4,6%	13,9%	13,9%	14,4%
Top 200 *	7,2%	7,2%	8,4%	17,7%	18,1%	18,5%

Quelle: Arbeiterkammer Wien (2018), Frauen.Management.Report (S.28), e.D.
 * Die 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs

Zu beruflichen Laufbahnen und Karrieren von Frauen in privatwirtschaftlichen Linzer Betrieben liegen nur ältere Daten aus einer Studie zur Gleichbehandlung und Frauenförderung in Linzer Betrieben vor (Littringer/Innreiter-Moser 2002). Im Rahmen dieser Studie wurden im Jahr 2001 rund 310 Linzer Betriebe mit mehr als 50 MitarbeiterInnen kontaktiert, von denen 85 Unternehmen den Fragebogen ausgefüllt haben (Rücklaufquote rund 27%). Zentrale Fragestellungen der Befragung waren Beschäftigungssituation, Personalbeschaffung und Personalentwicklung, Weiterbildung und Karriereförderung sowie Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und Stand der Institutionalisierung von Chancengleichheit.

In Hinblick auf Karrieren zeigte sich, dass im Jahr 2001 nur 9% der Linzer Geschäftsführungsfunktionen mit Frauen besetzt waren; die Personalverantwortlichen waren demgegenüber zu 28% weiblich. Nach eigenen Angaben verfolgte rund ein Viertel der befragten Unternehmen Karriereförderung und Personalentwicklung bei Mitarbeiterinnen.

Im Gegensatz zur Privatwirtschaft sind für Unternehmen der Stadt Linz Daten einer Evaluierung des Frauenförder- und Gleichstellungsprogrammes II zugänglich, die im Folgenden exemplarisch zusammengefasst werden (Gleichbehandlungsbüro der Stadt Linz o.J.).

Laut des Evaluationsberichtes gilt für alle Unternehmungen der Stadt Linz, dass Teilzeit generell ein gravierendes Hemmnis bei der strategischen Führungskräfteentwicklung darstellt. Umstrukturierungen bzw. Posteneinsparungen gehen zu Lasten der Umsetzung des Frauenförderprogramms. Bei Dienstreisen/Teilnahmen mit Ausbildungscharakter betrug der Frauenanteil im Zeitraum von 2014 bis 2016 79,5%. Die Ausgaben betragen durchschnittlich 64,30 Euro pro Frau, und 215,45 Euro pro Mann. Die Verwendung der geschlechtergerechten Sprache wird von nahezu allen Dienststellen des Magistrates Linz bestätigt (ebd.). Im Folgenden werden einige Detail-Ergebnisse des Evaluationsberichts hervorgehoben.

Ausgewählte Detail-Ergebnisse der Evaluierung (2014–2016) des Frauenförder- und Gleichstellungsprogrammes II

Medcampus III Kepleruniversitätsklinikum (früher AKH Linz GmbH)

Von den insgesamt 20 Primarien/Primariae ist eine weiblich (= rund 5%). Bis Ende 2012 gab es gar keine Primaria. Zum 31. Dezember 2016 beträgt der Anteil an Oberärztinnen 30%.

In den Führungsstrukturen des Verwaltungsbereichs (Geschäftsführung, Abteilungsleitungen) ist zum 31. Dezember 2016 keine Frau vertreten. Die Anzahl an männlichen Führungskräften in der Pflegedienstleitung ist während des Beobachtungszeitraums gleich geblieben, während eine neue Stelle mit einer Frau besetzt wurde. Dadurch stieg der Frauenanteil zwischen dem 31. Dezember 2012 und dem 31. Dezember 2016 von rund 67% auf rund 72%.

Im Zeitraum 2014–2016 nahmen 40 Männer die Väterkarenz und 63 Männer das Papanomat-Modell in Anspruch. Dies entspricht einer deutlichen Steigerung verglichen mit dem Zeitraum 31. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2009, in dem nur zwei Männer die Väterkarenz beanspruchten.

Magistrat Linz

Obwohl der Anteil der weiblichen Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten zum 31. Dezember 2016 57% betrug, war der Anteil der Frauen in Führungspositionen mit rund 35% deutlich niedriger. Der niedrigste Frauenanteil im Bereich der Führungspositionen wurde bei den DienststellenleiterInnen und GeschäftsbereichsdirektorInnen vermerkt (8%). Der Frauenanteil unter den GruppenleiterInnen betrug 50% (ein Mann und eine Frau) und die Position der Magistratsdirektion war zum 31. Dezember 2016 von einer Frau besetzt.

Teilzeit ist auch im Magistrat Linz fast ausschließlich Frauensache: Von den 893 Be-
diensteten in einer Teilzeitbeschäftigung waren zum 31. Dezember 2016 rund 89% Frauen. Unter den weiblichen Beschäftigten (1.650 Personen) lag die Teilzeitquote bei 48%, unter den männlichen Beschäftigten (1.080 Personen) bei 9%.

Im Zeitraum 2014–2016 nahmen 33 Männer die Väterkarenz und 43 Männer das Papanomat-Modell in Anspruch. Dies entspricht einer deutlichen Steigerung verglichen mit dem Zeitraum 31. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2009, in dem nur drei Männer die Väterkarenz beanspruchten.

Seniorenzentren Linz (SZL) GmbH

In der SZL GmbH gab es 2016 je einen Mann und eine Frau in Führungspositionen. Der Frauenteil in der Heimleitung auf Teilzeitbasis beträgt 100% (vier Frauen). Daten über den Frauenanteil in der gesamten Heimleitung sind leider nicht verfügbar.

Im Zeitraum 2014–2016 nahmen 7 Männer die Väterkarenz und 7 Männer das Papanomat-Modell in Anspruch. Dies entspricht einer deutlichen Steigerung verglichen mit dem Zeitraum 31. Dezember 2006 bis 31. Dezember 2009, in dem kein Mann die Väterkarenz beanspruchte.

Erwerbsarbeitslosigkeit

Die Arbeitsmarktsituation in Bezug auf die Betroffenheit von Erwerbslosigkeit stellt sich derzeit für die Linzerinnen etwas besser dar als für die Linzer. Im Jahr 2016 waren 41 % aller Linzer Arbeitslosen Frauen. Im Jahresdurchschnitt 2016 betrug die Arbeitslosenquote in Linz 10 %, jene der Frauen fiel mit 8,7 % jedoch geringer aus als die der Männer mit 11,1 %. Während die Gesamtarbeitslosigkeit in Linz in den Jahren 2010 bis 2016 um 4,6 Prozentpunkte anstieg, war der Anstieg bei den Männern mit 4,8 Prozentpunkten etwas stärker als jener der Frauen mit 4,2 Prozentpunkten (Arbeitsmarktservice o.J.a; Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro 2011: 79). Dies könnte jedoch auch Ergebnis eines Selektionseffektes sein, da Männer stärker in Erwerbstätigkeit eingebunden sind. Es ist anzunehmen, dass erwerbsinaktive Frauen niedriger qualifiziert sind als erwerbsaktive Frauen. Nähmen diese niedriger qualifizierten Frauen auch am Erwerbsarbeitsmarkt teil, wären sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen und wir beobachteten geringere Geschlechterunterschiede.

Die LinzerInnen haben eine durchschnittliche Verweildauer von 131 Tagen in Erwerbsarbeitslosigkeit. Frauen waren im Durchschnitt drei Tage länger arbeitslos als Männer. Die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit lag im Jahr 2016 in Oberösterreich bei 111 Tagen, österreichweit bei 126 Tagen (Arbeitsmarktservice o.J.a: Tabellenband: 10). Frauen und Männer unterscheiden sich in der Verweildauer in Gesamtösterreich kaum.

Besonders betroffen vom Anstieg der Arbeitslosigkeit sind Arbeitnehmerinnen ohne österreichische Staatsbürgerinnenschaft. Während 2010 21,5 % der arbeitslosen Frauen keine österreichischen Staatsangehörige waren, sind es 2016 36,7 %. Dies liegt jedoch vor allem daran, dass sich die Gruppe der in Linz lebenden Personen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft, und darunter die Gruppe der Personen mit StaatsbürgerInnenschaft eines Nicht-EU-Landes, stark vergrößert hat (hier sind keine nach Geschlecht getrennten Daten verfügbar). Waren im Jahr 2010 14,8 % der Linzer Hauptwohnsitzbevölkerung keine österreichischen Staatsangehörige und 3,7 % dieser 14,8 % EU-AusländerInnen, hat sich der Anteil der EU-AusländerInnen bis ins Jahr 2016 mit 8,1 % mehr als verdoppelt (Stadtforschung Linz 2018). Ein großes Problem der LinzerInnen ohne EU-StaatsbürgerInnenschaft ist die mangelnde Anerkennung ihrer Qualifikationen aus den Herkunftsländern. Folglich arbeiten Personen mit nicht anerkannten Ausbildungsabschlüssen oft in instabilen Beschäftigungsverhältnissen in Niedriglohnbereichen, in denen die Fluktuation allgemein hoch ist. Darüber hinaus sind nichtösterreichische ArbeitnehmerInnen stärker von Konjunkturschwankungen betroffen, da sie durch temporäre Verträge in rezessiven Phasen oft schneller freigesetzt werden. Setzt sich die derzeit positive Konjunktorentwicklung fort, sollte es ohne große Zuwanderung zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit von nichtösterreichischen Staatsbürgerinnen kommen.

Bildung ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für das Risiko von Arbeitslosigkeit. Von den Linzer Erwerbsarbeitslosen haben 53 % nur eine Pflichtschulausbildung, 29 % eine Lehrausbildung, 4 % eine mittlere, 7 % eine höhere Ausbildung und 5 % eine akademische Ausbildung (Arbeitsmarktservice o.J.b). Am meisten stieg die Arbeitslosigkeit zwischen 2010 und 2016 bei Männern mit akademischer Bildung, gefolgt von Frauen mit nur Pflichtschulabschluss. Linzer Arbeitnehmerinnen im Alter von 45+ Jahren und Personen mit Beeinträchtigungen waren aber ebenfalls von starken Anstiegen der Arbeitslosigkeit betroffen. Tabelle 21 fasst die von Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen in Linz zusammen.

Tabelle 21: Arbeitslosigkeit in Linz im Jahresdurchschnitt 2016 (absolut)

	Frauen	Männer	gesamt
unselbstständig Beschäftigte	40.007	44.711	84.719
Arbeitslose	3.818	5.583	9.401
Arbeitslosenquote	8,7%	11,1 %	10,0%
nach Bildungsstand			
Pflichtschule	57%	57 %	57%
Lehre	21%	27 %	24%
Mittlere Ausbildung	4%	2 %	3%
Höhere Ausbildung	8%	6 %	7%
Akademische Ausbildung	8%	6 %	7%
unbekannt	2%	2 %	2%
nach Staatsbürgerschaft			
Österreich	63%	64 %	64%
nicht Österreich	37%	36 %	36%
nach Gesundheitsstatus			
mit Behinderung	21%	27 %	25%
ohne Behinderung	79%	73 %	75%
nach Alter			
Jugendliche < 25 J.	13%	13 %	13%
Erwachsene 25-44 J.	55%	48 %	51%
Ältere >= 45 J.	33%	39 %	37%

Quelle: Arbeitsmarktservice OÖ (2018): Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2016 in Linz-Stadt

LÜCKEN

- Es fehlen detaillierte Daten zu prekär bzw. atypisch beschäftigten ArbeitnehmerInnen (Anzahl und Dauer prekärer Beschäftigung) nach Herkunft und familiärem Status.
- Eine Aktualisierung der Daten zu beruflichen Laufbahnen und Karrieren von Frauen in privatwirtschaftlichen Linzer Betrieben ist notwendig (letzte Erhebung 2001).
- Daten zur Beschäftigung von Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen sowie über die Erfüllung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Beeinträchtigungen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz fehlen.
- Geschlechtsspezifische Daten über Lehrstellensuchende in Linz sind nicht verfügbar.
- Regelmäßige Erhebungen des Bedarfs an Kleinkinderbetreuung auf Gemeindeebene sind wünschenswert.
- Es fehlen Daten zur Erwerbstätigkeit von Linzer Müttern mit Kindern in institutionellen Betreuungseinrichtungen.
- Linzspezifische Daten über die Öffnungszeiten der Kindergärten (nach Stadtteilen) fehlen.
- Weitere Daten über Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit in Linz wären wünschenswert (regionaler Arbeitsklima-Index). Die Arbeitsklimadatenbank der AK Oberösterreich (db.arbeitsklima.at) liefert zwar zahlreiche Informationen, regionale Abfragen auf Gemeindeebene sind aber leider nicht möglich.

TRENDS

Erwerbsbeteiligung

- 48,5 % der unselbstständig Erwerbstätigen in Linz sind weiblich.
- Teilzeitarbeit ist auch in Linz weiblich: Insgesamt rund 48 % aller erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt; die Teilzeitquote der Linzerinnen ist jedoch niedriger als jene in Oberösterreich gesamt.
- Die Arbeitsmarktintegration (Erwerbsquote) von Frauen in Linz ist mit 73,9 % nur marginal höher als der oberösterreichische Durchschnitt mit 73,7 %.

Kinderbetreuung

- Die Linzer Betreuungsquote von Kindern im Alter von 0 bis 9 Jahren ist verglichen mit der gesamtösterreichischen (ohne Wien) gut, wobei es aber vor allem bei der Betreuung von Kindern ab 6 Jahren noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt.
- In der gesamten vorschulischen sowie der schulbegleitenden Kinderbetreuung besteht eine Kluft zwischen den angebotenen und den benötigten Öffnungszeiten.
- Bei 30 % aller Linzer Krippenkinder und 49 % der Kindergartenkinder ist Deutsch nicht die Erstsprache.
- Lücken in den Möglichkeiten zur Kinderbetreuung schränken die Chancen der Erwerbsbeteiligung von Frauen (insbesondere bei mehr als einem Kind) nach wie vor stark ein.

Arbeitsmarktsituation

- Der Arbeitsmarkt in Linz ist – wie überall in Österreich – von einer deutlichen horizontalen und vertikalen Segregation geprägt.
- Rund 90 % aller unselbstständig erwerbstätigen Frauen arbeiten in Linz im Dienstleistungssektor (gegenüber rund 69 % der Männer).
- Nur rund 10 % aller Frauen arbeiten im klassischen produzierenden Bereich (gegenüber rund 30 % der Männer).
- Führungsfunktionen sind nach wie vor eine Männerdomäne.

Erwerbsarbeitslosigkeit

- Es zeigt sich eine leichte Besserung für junge Frauen: 488 Frauen unter 25 Jahren waren im Jahresdurchschnitt 2016 als arbeitssuchend gemeldet. Das sind 40 % aller Arbeitssuchenden in dieser Altersgruppe und um drei Prozentpunkte weniger als noch vor sieben Jahren.
- Frauen weisen geringere Arbeitslosenquoten auf als Männer.
- Die größten Anstiege der Erwerbslosigkeit im Zeitraum zwischen 2010 und 2016 gab es bei den Frauen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerinnenschaft; allerdings wuchs diese Gruppe in diesem Zeitraum insgesamt stark an.

DISKUSSION UND REFLEXION DES STATUS QUO

Die Erwerbsquote der in Linz wohnhaften Frauen liegt im oberösterreichischen Durchschnitt und die Frauenerwerbsquoten in Oberösterreich im österreichischen Mittelfeld. Gemäß dem österreichischen Trend steigt die Teilzeitbeschäftigung von Frauen kontinuierlich an, in Linz ist der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen – vergleichbar mit anderen Landeshauptstädten – niedriger als im Landesdurchschnitt. Dies mag auf bessere Erwerbsmöglichkeiten (beispielsweise im in der Stadt größeren Dienstleistungssektor) oder auf ein besseres institutionelles Kinder- und Altenbetreuungsangebot zurückführbar sein. Die absolute Mehrheit der erwerbstätigen, in Linz gemeldeten Frauen ist im Dienstleistungssektor beschäftigt. Diese Arbeitnehmerinnen profitierten während der letzten Jahre vom Beschäftigungswachstum im Handel und im Gesundheits- und Sozialwesen. Männer sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen und verzeichnen in nahezu allen Merkmalen (Bildungsstatus, Staatsangehörigkeit, Gesundheitsstatus und Alter) eine höhere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Dies könnte jedoch auch Ergebnis dessen sein, dass Männer unabhängig von ihrer Qualifikation stärker in Erwerbstätigkeit eingebunden sind, während erwerbsinaktive Frauen niedriger qualifiziert sind als erwerbsaktive Frauen. Würden diese niedriger qualifizierten Frauen auch am Erwerbsarbeitsmarkt teilnehmen, wären sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen und wir beobachteten geringere Geschlechterunterschiede.

Trotz der steigenden Erwerbspartizipation und steigender Qualifikationen sind Frauen in Führungspositionen immer noch stark unterrepräsentiert. Daten für Linz fehlen hier leider. Wie der Evaluierungsbericht des Programmes „Gleiche Chancen – Gleiche Rechte II“ des öffentlichen Sektors zeigt, ist Teilzeit ein wesentliches Hemmnis bei der Führungskräfteentwicklung (Gleichbehandlungsbüro der Stadt Linz o.J.). Neben Maßnahmen, die eine Umverteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern anstreben, sollten hier verstärkt neue Maßnahmen, wie das Job-Sharing, propagiert werden.

Die Arbeitslosenstatistik zeigt, dass niedrig qualifizierte Personen besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Aber auch Personen ohne österreichische StaatsbürgerInnenenschaft sind in der Erwerbslosigkeit überrepräsentiert. Bei nichtösterreichischen StaatsbürgerInnen, die durchschnittlich niedriger qualifiziert sind als die restliche Bevölkerung, ist zudem die Erwerbsquote geringer. Insbesondere die Erwerbspartizipation der Frauen ist geringer als jene der Frauen mit österreichischer StaatsbürgerInnenenschaft.²⁵ Arbeitsmarktaktivierungsmaßnahmen bzw. Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen kommen hier eine zentrale Aufgabe zu, da eine gute Integration in Erwerbsarbeit eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist.

Mangelhafte Kinderbetreuung als Barriere beim Zugang zum Arbeitsmarkt

Die flächendeckende Versorgung mit Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre – bezogen auf die örtliche Lage sowie ihre Öffnungszeiten – ist eine Grundvoraussetzung für die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Kinderbetreuungspflichten. Dies sind in Linz (wie auch in Österreich insgesamt) nach wie vor überwiegend Frauen.

Der allgemeine Grad an vorschulischer und schulischer Kinderbetreuung ist in Linz – vergleicht man ihn mit Österreich, aber auch mit ländlichen Regionen Oberösterreichs – gut. Bei differenzierterer Betrachtung werden jedoch mannigfaltige Versorgungslücken sichtbar, durch die der Zugang zu Beschäftigung von Frauen verhindert bzw. stark eingeschränkt wird. Ein Grund dafür ist, dass sich das gesamte Kinderbetreuungsangebot den Veränderungen der Gesellschaft, des Arbeitsmarktes und der Lebensvorstellungen bzw. Lebensnotwendigkeiten der Frauen und Männer noch nicht ausreichend angepasst hat. Eine aktuelle Elternbefragung zeigt beispielsweise, dass es vor allem in kleineren Gemeinden Probleme mit dem Platzangebot sowie passenden Öffnungszeiten gibt (Arbeiterkammer Oberösterreich 2018b). Diese Probleme erschweren die Planung des Erwerbseinstiegs nach der Karenz.

Besonders schwierig ist die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit der Kinderbetreuung, wenn mehrere Kinder zu versorgen sind. In diesen Fällen ist es nahezu unmöglich, relativ rasch nach der Geburt der Kinder wieder voll erwerbstätig zu sein, da das Betreuungsangebot erst für Kinder von 3 bis 5 Jahren zufriedenstellend ist. Dass das Betreuungsangebot bei den 3- bis 5-Jährigen hoch und bei den 0- bis 2-Jährigen niedrig ist, liegt auch an der Nachfrage nach der jeweiligen Betreuung. Wie im Kapitel „Sozioökonomische Lage“ noch diskutiert wird, wollen immer noch viele Eltern (wenn dies finanziell möglich ist) ihre 0- bis 2-jährigen Kinder zu Hause betreuen.

Aufgrund rechtlicher Bestimmungen – für einen Krabbelstubenplatz in Linz ist eine Beschäftigung von mindestens 20 Stunden nachzuweisen – ist die Aufnahme einer Erwerbsarbeit für Frauen beispielsweise mit mehreren Kindern nicht möglich, wenn sie gerne weniger als 20 Wochenstunden arbeiten würden. Dies betrifft oft auch Frauen mit Migrationshintergrund, die im Durchschnitt mehr Kinder als gebürtige Österreicherinnen bekommen, vor allem auch in jüngeren Jahren (Bundeskanzleramt 2010: 326).

Verbesserungsbedarf gibt es auch für jene erwerbstätigen Frauen (und Männer) mit Kinderbetreuungspflichten, die unregelmäßige und sogenannte untypische Arbeitszeiten haben, was für viele der erwerbstätigen Frauen der Fall ist. Dies betrifft in gleichem Maße die vorschulische und schulbegleitende Kinderbetreuung, etwa im Bereich der täglichen Öffnungszeiten sowie der Schließtage, insbesondere während der Ferien.

²⁵ Beispielsweise liegt bei in der Türkei geborenen Personen die Erwerbsquote der Männer mit 65,6 % 10,6 Prozentpunkte unter jener von Männern, die in Österreich geboren sind. Die Erwerbsquote von Frauen, die in der Türkei geboren wurden, liegt mit 36,2 % sogar 32,7 Prozentpunkte unter jener in Österreich geborener Frauen (Statistik Austria 2015b: 34).

Es gilt abzuwarten, welche Auswirkungen die Entscheidung des Landes Oberösterreich, die Nachmittagsbetreuung für Kinder ab dem 30. Lebensmonat ab 1. Februar 2018 kostenpflichtig zu machen, auf die Situation in Oberösterreich haben wird (Stadt Linz 2017). Da in Linz ein Modell installiert wurde, das die Nachmittagskinderbetreuung weiterhin städtisch bezuschusst, ist zu erwarten, dass das Stadt-Land-Gefälle bei den Kinderbetreuungsquoten zunimmt.

Teilung des Arbeitsmarktes

Um die auch für Linz charakteristische Teilung des Arbeitsmarktes – horizontal ebenso wie vertikal – nachhaltig aufzubrechen, ist ein ehrlicher politischer Wille zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit Voraussetzung. Ein deutliches Signal hierfür war die 2013 beschlossene Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe durch die Stadt Linz an innerbetriebliche Gleichstellungsmaßnahmen (Stadt Linz o.J.b). Neben der Geschlechterdimension wäre es aber wünschenswert, wenn auch andere soziale Merkmale wie Herkunft, Behinderungen oder Alter systematisch berücksichtigt werden.

Durch solch eine Auftragsvergabepolitik sollen Prozesse in den Unternehmen befördert und unterstützt werden, durch welche betriebliche Strukturen, Arbeitsorganisationen und Karrieremodelle verändert werden könnten (Acker 1991). Das dient nicht nur der Förderung der Geschlechtergerechtigkeit, sondern ist angesichts der zunehmenden Alterung der erwerbstätigen Bevölkerung und der wachsenden gesundheitlichen Belastungen von ArbeitnehmerInnen ein Gebot der Stunde.

Zusätzlich müssten deutliche Anstrengungen unternommen werden, um die im Vergleich zum Dienstleistungssektor tendenziell besser bezahlten technischen Berufsfelder für Frauen zugänglicher zu machen. Dies bedeutet – wie jetzt schon vielfach dargelegt – ein nachhaltiges Einwirken auf die Berufswahl ebenso wie ein Einwirken auf die Personalverantwortlichen in den Unternehmen. Auf den bisher noch ausgelassenen, aber wichtigen Aspekt der solidarischen Lohnpolitik gehen wir im nächsten Kapitel genauer ein.

AUSBLICK: MASSNAHMEN UND MÖGLICHKEITEN

- Schließen der Datenlücken und regelmäßige Veröffentlichung der arbeitsmarktspezifischen Daten
- Umfassende Adaptierung/Flexibilisierung der vorschulischen und schulischen Kinderbetreuungsangebote (zeitlich, örtlich, inhaltlich) an die diversen Bedürfnisse der Eltern und Kinder
- Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren und 6 bis 9 Jahren nach VIF-Kriterien; insbesondere Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten zu Tageszeiten außerhalb der „Norm“ bzw. in den Ferien
- Evaluierung des Linzer Tarifmodells zur finanziellen Unterstützung von Familien, die ihre Kinder in Nachmittagsbetreuung geben
- Imagekampagnen zum Aufbrechen von Geschlechterstereotypen in der Arbeitswelt; Role-Models sollen sichtbar gemacht werden
- Ergänzung der bereits bestehenden Koppelung öffentlicher Auftragsvergaben an geschlechtsbezogene Gleichstellungsmaßnahmen unter zusätzlicher Berücksichtigung der sozialen Merkmale Alter, Herkunft, Behinderungen
- Aufklärungskampagnen (Schulen, Berufsschulen, Universitäten) über die Folgen von Teilzeitarbeit und langen Erwerbspausen für Einkommensprofile und Pensionen
- Teilzeitbeschäftigung soll kein Ausschlusskriterium für langfristige Führungspositionen sein. Bei jeder nachzusetzenden Führungsfunktion soll vor der Ausschreibung geprüft werden, ob diese auch in Teilzeitarbeit ausgeübt werden kann (vgl. Stadt Linz 2015).
- Mentoringprogramme für diverse Zielgruppen von erwerbstätigen Frauen
- Intensivierung von Arbeitsmarktaktivierungsmaßnahmen sowie Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen (inkl. finanzieller Absicherung) für Frauen mit Migrationshintergrund
- Weiterhin aktive Umsetzung des Frauenförder- und Gleichstellungsprogramms II der Stadt Linz
- Imagekampagnen und lohnpolitische Maßnahmen zur Aufwertung von typischen Frauenberufen (z. B. Krankenpflege, Sozialarbeit, Pädagogik)
- Aufwertung von typischer Frauenarbeit: Beachtung von „unsichtbaren“ Arbeitsanforderungen (z. B. Sorgearbeit in Pflegeberufen; als „typisch weibliche, naturgegebene“ Charaktereigenschaften werden Anforderungen und Belastungen nicht adäquat im Entgelt berücksichtigt) (Bundesministerium für Gesundheit und Frauen 2004: 9). Neubewertung der Anforderungen der Arbeit hinsichtlich Verantwortung, Umgebungsbedingungen, Belastung und Qualifikation und damit gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung als ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren Verteilung von unbezahlter Haus- und Sorgearbeit, die derzeit noch größtenteils von Frauen gestemmt wird

QUELLEN

- Acker, Joan (1991): Hierarchies, Jobs, Bodies: A Theory of Gendered Organizations, In: Lorber, Judith/Susan A. Farrell (Hg.), The Social Construction of Gender, London, 162–179.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2017a): Frauenmonitor 2017. Die Lage der Frauen in Oberösterreich. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/publikationen/frauenmonitor/B_2017_Frauenmonitor.pdf, abgerufen am 9.8.2018.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2017b): Väterkarenz unterstützt den erfolgreichen Wiedereinstieg der Mütter. Unterlagen zur Pressekonferenz 10. November 2017. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/presseunterlagen/2017/PKU_2017_Wiedereinstiegsmonitoring_10.11.2017.pdf, abgerufen am 15.6.2018.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2018a): Vollzeit- und Teilzeit-Quoten, interne Kommunikation.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2018b): AK-Elternbefragung: Wohin mit meinem Kind? Unterlagen der Pressekonferenz vom 28.2.2018. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/presseunterlagen/2018/PKU_2018_Elternbefragung_Kinderbetreuung_28.02.pdf, abgerufen am 22.5.2018.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (o.J.): AKOÖ Kinderbetreuungsatlas 2017. https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/berufundfamilie/kinderbetreuung/AKOoe_Kinderbetreuungsatlas.html, abgerufen am 31.7.2017.
- Arbeiterkammer Wien (2018): Frauen Management Report 2018. Gerechtigkeit muss sein ab 2018: Die Aufsichtsratsquote. <https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/AK.Frauen.Management.Report.2018.pdf>, abgerufen am 9.5.2018.
- Arbeitsmarktservice (o.J.a): Bezirksprofile 2016. Arbeitsmarktprofil 409 Linz. http://www.arbeitsmarktprofile.at/PDF/Linz_2016.pdf, abgerufen am 30.4.2018.
- Arbeitsmarktservice (o.J.b): Linzer Erwerbsarbeitslosen, interne Kommunikation.
- Arbeitsmarktservice (o.J.c): Arbeitsmarktprofile 2011-2016. <http://www.arbeitsmarktprofile.at/>, abgerufen am 12.6.2018.
- Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2018): Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2016 in Linz-Stadt, interne Kommunikation.
- Bundeskanzleramt (Hg.) (1975): Bericht über die Situation der Frau in Österreich. Frauenbericht 1975. Wien.
- Bundeskanzleramt (Hg.) (1985): Bericht über die Situation der Frau in Österreich. Frauenbericht 1985. Wien.
- Bundeskanzleramt (Hg.) (1995): Bericht über die Situation der Frau in Österreich. Frauenbericht 1995. Wien.
- Bundeskanzleramt (Hg.) (2010): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich. https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/4/7/6/CH1553/CMS1465833348718/fb_2010.pdf, abgerufen am 13.6.2018.
- Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (Hg.) (2004): Diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung und Arbeitsorganisation. Forschungsbericht. https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/1/1/0/CH1566/CMS1466068785873/diskfreie_arbeitsbewertung_25899.pdf, abgerufen am 29.6.2018.
- Europäische Union (2017): 2017 Report on equality between women and men in the EU. https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/2017_report_equality_women_men_in_the_eu_en.pdf, abgerufen am 25.4.2018.
- Familienbund Österreich (o.J.): Stimmungsbild auf Basis der Ergebnisse der Studie zum Thema Väterbeteiligung des Österreichischen Familienbundes. https://ooe.familienbund.at/redx/tools/mb_download.php/mid.y2f1d712cc5dd719e/Studie_zur_Vaeterbeteiligung.pdf, abgerufen am 13.6.2018.
- Gleichbehandlungsbüro der Stadt Linz (o.J.): Gleiche Rechte – Gleiche Chancen II. Drei-Jahres-Evaluierung zum UGL-weiten Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm 2014 bis 2016.
- Goldin, Claudia (2014): A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter. *American Economic Review* 104(4): 1091-1119.
- Kaindl, Markus/Schipfer, Rudolf Karl (2017): Familien in Zahlen 2017. Statistische Informationen zu Familien in Österreich. http://www.oif.ac.at/fileadmin/OEIF/FiZ/fiz_2017.pdf, abgerufen am 17.5.2018.
- Land Oberösterreich (2017): Kinderbetreuung in ÖÖ – Aktuelle Kindertagesheimstatistik zeigt: Land Oberösterreich forciert weiteren Ausbau. Unterlagen zur Pressekonferenz vom 9.5.2017. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/LK/PKHaberlander952017Internet.pdf>, abgerufen am 23.5.2018.
- Land Oberösterreich (2018): Arbeitsstätten. Basisdaten. https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/DokumenteAbt_Stat/AS_Basisdaten_ab2012.pdf, abgerufen am 18.4.2018.
- Littringer, Marianne/Innreiter-Moser, Cäcilia (2002): Gleichbehandlung und Frauenförderung in Linzer Betrieben, Eine wissenschaftliche Studie zur Sensibilisierung Linzer Unternehmen zur Chancengleichheit, Linz.
- Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011): Erster Linzer Frauenbericht. <https://www.linz.at/images/Frauenbericht.pdf>, abgerufen am 30.4.2017.
- Mairhuber, Ingrid/Papouschek, Ulrike (2010): Frauenerwerbsarbeit in Österreich, Brüche und Kontinuitäten einer begrenzten Integration seit Mitte der 90er-Jahre. In: Bundeskanzleramt (2010): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/4/7/6/CH1553/CMS1465833348718/fb_2010.pdf, abgerufen am 30.4.2018.
- Oberösterreichischer Landesrechnungshof (2017): LRH-Bericht. Initiativprüfung. System der Kinderbetreuung im Vorschulalter. https://www.lrh-ooe.at/Mediendateien/Berichte2017/IP_Kinderbetreuung_Bericht_signed.pdf, abgerufen am 13.6.2018.
- Österreichischer Städtebund (2018): Österreichs Städte in Zahlen 2017. https://www.staedtebund.gv.at/index.php?eID=tx_ssecuredownloads&p=10359&u=0&g=0&t=1524731253&hash=5af85685c0c098ba6ed615a9f6dc55710780282e&file=fileadmin/USERDATA/gemeinsame_dateien/dokumente/OESTIZ_2018_final.pdf, abgerufen am 25.4.2018.

Reidl, Sybille/Schiffbänker, Helene (2013): Karenzväter in Zahlen. Ergebnisse einer Analyse von Daten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger. https://www.joanneum.at/fileadmin/user_upload/imported/content_uploads/Vaeterkarenz_in_Zahlen_11.pdf, abgerufen am 17.5.2018.

Riesenfelder, Andreas/Danzer, Lisa (2017): Wiedereinstiegsmonitoring. Ein Überblick über die Ergebnisse der dritten Fassung des Wiedereinstiegsmonitorings zu den Kohorten 2006 bis 2014 in Österreich und in den Bundesländern. https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Wiedereinstiegsmonitoring_Oesterreich_2017.pdf, abgerufen am 17.5.2018.

Stadt Linz (2015): Frauenprogramm der Stadt Linz 2015. <https://www.linz.at/images/Frauenprogramm.pdf>, abgerufen am 13.6.2018.

Stadt Linz (2016): Auch in den kommenden Jahren Vollversorgung bei Kindergarten- und Krabbelstufenplätzen. Presseaus-sendung vom 2.8.2016. https://www.linz.at/presse/2016/201608_83635.asp, abgerufen am 3.7.2018.

Stadt Linz (2017): Linzer Tarifmodell für Nachmittagsbetreuung in Kindergärten. Presseaus-sendung vom 21.12.2017. https://www.linz.at/presse/2017/201712_89041.asp, abgerufen am 23.5.2018.

Stadt Linz (2018): Jeder dritte Budgeteuro für Soziales. Presseaus-sendung vom 4.1.2018. https://www.linz.at/pres-se/2018/201801_89083.asp, abgerufen am 13.6.2018.

Stadt Linz (o.J.a): Tarife der Kindergärten. <https://portal.linz.gv.at/Serviceguide/viewChapter.html?chapterid=122352>, abgerufen am 8.5.2018.

Stadt Linz (o.J.b): Wortprotokoll-Auszug der 32. Gemeinderatssitzung am 7.3.2013. <https://www.linz.at/Politik/GRSitzungen/GPSearch/ResultDetail?TopId=114>, abgerufen am 8.11.2018.

Stadtforschung Linz (2018): Nationalität. http://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur, abgerufen am 30.4.2018.

Statistik Austria (2009): Zeitverwendung 2008/09. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede. Endbericht der Bundesanstalt Statistik Österreich an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst. <http://www.oesta.gv.at/DocView.axd?CobId=40387>, abgerufen am 24.4.2018.

Statistik Austria (2012): Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ad-hoc Modul der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2010. http://www.forba.at/data/downloads/file/605-Hirschbichler_13Maerz2012.pdf, abgerufen am 27.4.2018.

Statistik Austria (2015a): Kindertagesheimstatistik 2014/15. www.statistik.at, abgerufen am 13.4.2018.

Statistik Austria (2015b): Arbeitsmarktsituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfte-erhebung 2014. http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/2015_stataustria_arbeitsmarktsituation_von_migranten_in_oesterreich.pdf, abgerufen am 30.4.2018.

Statistik Austria (2016a): Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und die drei Zielgruppen der Europa 2020-Strategie nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp. EU-SILC 2016. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/armutsgefaehrdung/043950.html, abgerufen am 25.4.2018.

Statistik Austria (2016b): Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 1995 bis 2016. Kindertagesheimstatistik. www.statistik.at, abgerufen am 13.4.2018.

Statistik Austria (2017a): Kindertagesheimstatistik 2016/17. www.statistik.at, abgerufen am 18.4.2018.

Statistik Austria (2017b): Teilzeiterwerbstätige (ILO) nach Grund für Teilzeitarbeit, Alter und Geschlecht - Jahresdurchschnitt 2016. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2016, Jahresdurchschnitt über alle Wochen. http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/erwerbstaetigkeit/062499.html, abgerufen am 27.4.2018.

Statistik Austria (2018a): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2017. STATcube - Statistische Datenbank von Statistik Austria. www.statistik.at, abgerufen am 17.4.2018.

Statistik Austria (2018b): Entwicklung der aktiven Erwerbs- und Teilzeitquoten (ILO) der 25- bis 49-Jährigen nach-Familientyp und Geschlecht, 1994 – 2017. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/familie_und_arbeitsmarkt/080124.html, abgerufen am 15.5.2018.

Statistik Austria (2018c): Statistik des Bevölkerungsstandes. STATcube - Statistische Datenbank von Statistik Austria. www.statistik.at, abgerufen am 13.4.2018.

Statistik Austria (2018d): Abgestimmte Erwerbsstatistik 2015. www.statistik.at, abgerufen am 18.4.2018.

Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2018): Kindertagesheimstatistik (Oktober 2016). Interne Kommunikation.

Vogtenhuber, Stefan/Baumegger, David/Lassnigg, Lorenz (2017): Überqualifikation und Verdrängung am österreichischen Arbeitsmarkt im Zeitverlauf. *Wirtschaft und Gesellschaft* 43 (2017). <http://irihs.ihs.ac.at/4485/1/2017-vogtenhuber-baumegger-lassnigg-ueberqualifikation-verdraengung.pdf>, abgerufen am 16.4.2018.

SOZIOÖKONOMISCHE LAGE

Lebensunterhalt

Einkommen

Transfers

Niedriglohnbeschäftigung

Armut

EINBLICK

„Die ökonomische Situation der Frauen wird von der Beharrlichkeit des traditionellen Rollenverhaltens von Frauen und Männern geprägt“ (Biffl 2010: 467). Die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Verantwortlichkeiten für unbezahlte und bezahlte Arbeit, unterschiedliche Bildungsverläufe oder die ungebrochen geschlechtersegregierten Mechanismen des Arbeitsmarktes und der Unternehmen bewirken in Österreich eine strukturelle, sozioökonomische Benachteiligung von Frauen.

Wie auch schon im vorherigen Kapitel dargestellt, wirkt das Festhalten an traditionellen Mustern im Erwerbsarbeitsverhalten von Frauen daran mit, die strukturellen Benachteiligungen zu reproduzieren. Niedrigere Erwerbstätigenquoten bzw. hohe Teilzeitquoten von Frauen sind stark abhängig von der Anzahl der Kinder im Haushalt und deren Alter. Gesellschaftliche Wertvorstellungen spielen dabei ebenfalls eine Rolle. Eine Untersuchung über Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit in verschiedenen Ländern aus dem Jahr 2014 zeigt, dass 42% der ÖsterreicherInnen der Aussage „Ein Kind im Vorschulalter leidet wahrscheinlich unter der Berufstätigkeit seiner Mutter“ (stark) zustimmen (vgl. Buber-Ennser/Panova 2014). Auch eine etwas ältere, auf qualitativen Leitfadenterviews beruhende Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) aus dem Jahr 2007 zeigt, dass viele Mütter unter 3-jährige Kinder als zu unreif für eine externe Betreuung ansehen (Kaindl/Dörfler 2007: 32). Ein zentraler Wunsch vieler Mütter ist es, ihre Kinder möglichst lange selbst betreuen zu können (ebd.: 31). In Österreich spielen demnach Sorgen um das Kindeswohl bei einer externen Betreuung eine große Rolle für die Erwerbsbeteiligung von Frauen. Allerdings bleiben die Teilzeitquoten von Frauen in Österreich auch lange nach dem Vorschul- und Volksschulalter der jüngsten Kinder hoch. Bei rund 50% jener (heterosexuellen) Paare, deren jüngstes Kind zwischen 10 und 14 Jahre alt ist, arbeitet der Mann Vollzeit und die Frau nur Teilzeit. Auch wenn das jüngste Kind schon zwischen 15 und 17 Jahre alt ist, wählen immer noch 41% dieser Paare dieses Modell. Rund 13% der in einer Partnerschaft lebenden Frauen, deren jüngstes Kind bereits 18 Jahre oder älter ist, sind vollzeit-haushaltsführend tätig (Statistik Austria 2017a).

Teilzeitbeschäftigung bei Männern mit jüngeren Kindern im Haushalt (die auf eine größere Beteiligung bei der Kinderbetreuung hindeuten könnte) ist im Jahr 2017 nur in einem sehr geringen Ausmaß zu beobachten. Nur 8,2% der erwerbstätigen Männer mit Kindern sind teilzeiterwerbstätig (Statistik Austria 2017a). Darüber hinaus ist, wie im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ bereits diskutiert wurde, der häufigste Grund für eine Teilzeitbeschäftigung bei Männern die Aus- und Weiterbildung – im Gegensatz zu den Gründen der Frauen, die hier überwiegend Kinderbetreuungspflichten angeben.

Frauenarbeit ist unterbezahlt

Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, bei der Frauen den größten Teil der Kinderbetreuung übernehmen, wird durch zahlreiche gesamtgesellschaftliche, rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen unterstützt. Ein wesentlicher Faktor hierbei ist die geringere Entlohnung von Frauen gegenüber Männern. Es ist für eine Familie oft eine finanzielle Notwendigkeit, dass der schlechter verdienende Elternteil die Karenzzeit übernimmt. Der Gender Pay Gap ist in Österreich besonders stark ausgeprägt: Im EU-28-Ranking liegt Österreich im Jahr 2016 mit einem Gender Pay Gap – gemessen als Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der Männer und Frauen in Prozent der Männerverdienste – von 20,1% an fünftletzter Stelle. Nur im Vereinigten Königreich, in Deutschland, der Tschechischen Republik und Estland ist der Gender Pay Gap noch größer (Eurostat 2018).

Darüber hinaus erhöhen sich die österreichischen Unterschiede in den Einkommen zwischen Frauen und Männern mit dem Alter und zeigen auch in den Pensionen massive Auswirkungen (vgl. Biffl 2010: 473).

Sofern sich die Muster der geschlechtsspezifischen Bildungs- und Berufswahl nicht ändern und solidarische Lohnpolitik kein politischer Schwerpunkt wird, wird sich die Einkommenssituation in Österreich in den kommenden Jahren für Frauen nicht wesentlich verbessern.

Die weibliche Armutsgefährdung

Traditionelles Erwerbsverhalten von Frauen kann nicht nur zu einer stark ausgeprägten Verarmung im Alter führen (Biffl 2010: 487), sondern auch zu einer höheren Armutsgefährdung²⁶ von Frauen im aktiven Erwerbsleben bzw. einem höheren Risiko, manifest arm zu sein. Die Armutsberichterstattungen belegen seit Jahren, dass dies besonders auf alleinlebende Frauen, Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen und Frauen migrantischer Herkunft zutrifft (vgl. etwa Statistik Austria 2018a).

In diesem Zusammenhang ist auf die große Bedeutung sozialer Transfers zur Armutsvermeidung hinzuweisen. In Österreich wären 27,5% der Haushalte (ohne PensionistInnenhaushalte) armutsgefährdet; aufgrund der Transfers von Sozialleistungen²⁷ sind es „nur“ noch 15,2%. Bei den alleinlebenden Frauen wären 35,8% armutsgefährdet; nach der Berücksichtigung von Sozialleistungen sind es 28%. Bei den Alleinerzieherinnen sind vor Sozialleistungen sogar 58,3% armutsgefährdet, mit Sozialleistungen halbiert sich diese Zahl auf 31,3%. In Oberösterreich sind 20,4% der Haushalte vor Sozialleistungen armutsgefährdet; nach den Leistungen sind es mit 9,3% weniger als die Hälfte (Statistik Austria 2017b). Auf Ebene der Bundesländer sind keine nach Geschlecht getrennten Daten verfügbar.

Auf die große Bedeutung von Überschuldung und Armutsgefährdung gehen wir in der Folge noch genauer ein.

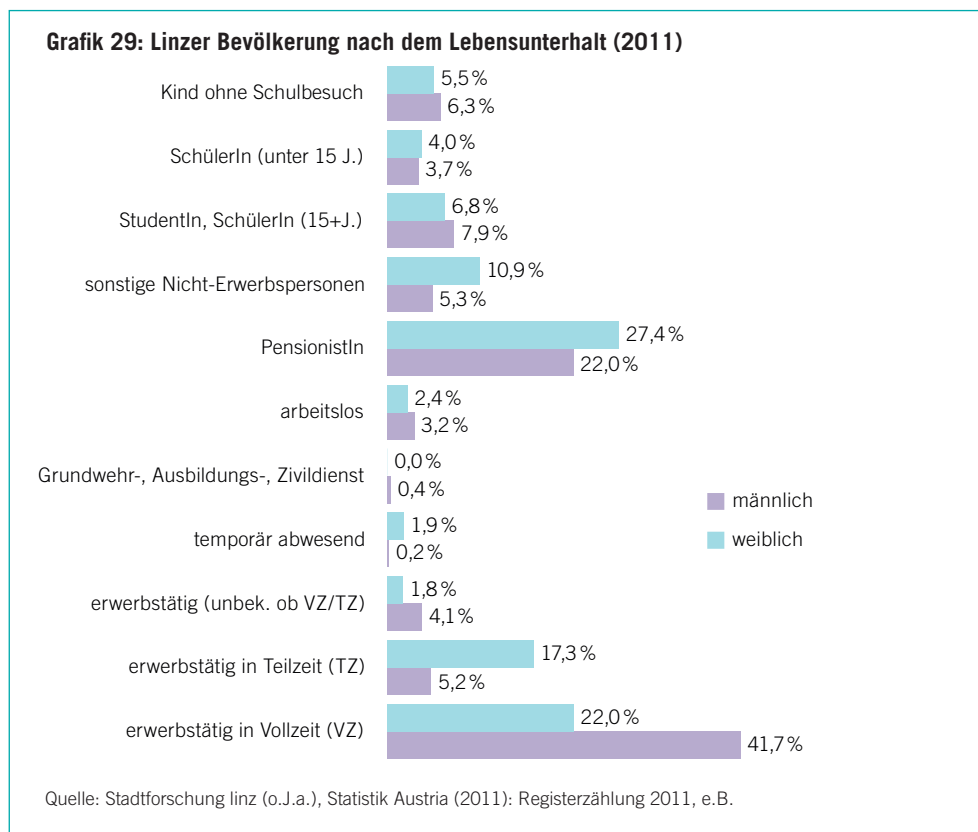
²⁶ Als armutsgefährdet gelten jene Haushalte, deren äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen weniger als zwei Drittel des Medians der entsprechenden Vergleichsgruppe ausmacht.

²⁷ Dazu zählen: Familienbeihilfe, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, bedarfsorientierte Mindestsicherung, Pensionen, Wohnbeihilfe oder Kinderbetreuungsgeld.

DATEN FAKTEN

Lebensunterhalt

Informationen über den Lebensunterhalt einer spezifischen Wohnbevölkerung können Anhaltspunkte für kommunal- und sozialpolitische Maßnahmen geben. Für Linz gibt es die letzten diesbezüglichen Daten aus der Registerzählung 2011. Die dargestellten Werte in Grafik 29 beziehen sich daher auf die Linzer Wohnbevölkerung aus dem Jahr 2011. Sie zeigen uns, dass die größte Geschlechterdisparität im Ausmaß der Erwerbstätigkeit besteht.



Einkommen

Das mittlere monatliche Bruttoeinkommen der unselbstständig erwerbstätigen Linzerinnen betrug im Jahr 2016 1.724 Euro. Frauen verdienten damit durchschnittlich 60,6% der durchschnittlichen Einkommen von Männern in Linz. Das geschlechtsspezifische Verdienstgefälle beträgt somit 39,4%. Auch wenn nur die Einkommen von Vollzeit-erwerbstätigen verglichen werden, verdienen Frauen in Oberösterreich durchschnittlich über ein Viertel weniger (26,1%) als Männer. Österreichweit beträgt dieser Lohnunterschied unter den Vollzeit-erwerbstätigen 21,7% (Arbeiterkammer Oberösterreich 2017). Seit dem Ersten Linzer Frauenbericht 2011 hat sich das Verdienstgefälle in Linz um rund 7 Prozentpunkte oder rund 21% vergrößert. Dies liegt unter anderem daran, dass die Erwerbsquote der Frauen anstieg, jedoch größtenteils in Form von Teilzeitbeschäftigung. Bei ArbeiterInnen ist der Gehaltsunterschied kleiner als bei Angestellten. Dies lässt sich unter anderem auf die kollektivvertragliche Festlegung der Löhne von ArbeiterInnen (bei denen es seltener zu Überzahlungen kommt als bei Angestellten) und die hohen Teilzeitquoten unter den Angestellten zurückführen.

Tabelle 22: Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, nach Wohnort und beruflichem Status (2015)

	monatliches Bruttoeinkommen (Median)			Anteil der monatlichen Frauenbruttoeinkommen an den Männerbruttoeinkommen	Verdienstgefälle
	Gesamt	Frauen	Männer		
Linz-Stadt	€ 2.250	€ 1.724	€ 2.843	60,6 %	39,4 %
Oberösterreich	€ 2.224	€ 1.624	€ 2.648	61,3 %	38,7 %
ArbeiterInnen	€ 2.105	€ 1.369	€ 2.384	57,4 %	42,6 %
Angestellte	€ 2.426	€ 1.820	€ 3.496	52,1 %	47,9 %

Quelle: Arbeiterkammer Oberösterreich (2017a), e.D.

Kommentar: inkl. Teilzeitbeschäftigte über der Geringfügigkeitsgrenze, ohne BeamtInnen und Lehrlinge

Ein Blick auf den Median der Bruttoeinkommen von Männern und Frauen in den anderen oberösterreichischen Bezirken für das Jahr 2016 zeigt, dass der Einkommensunterschied in Steyr (Stadt) am höchsten ist und noch weit über der Differenz in Linz (Stadt) liegt. Dies liegt allerdings nicht daran, dass Frauen hier durchschnittlich weniger verdienen als Frauen in anderen Bezirken, sondern daran, dass der Median der Männerlöhne hier überdurchschnittlich hoch ist (3.591 Euro im Vergleich zu 2.556 Euro im Durchschnitt aller Bezirke). Jene Bezirke, in denen Frauen über geringe Medianeinkommen verfügen, sind auch durch geringe Medianeinkommen bei den Männern gekennzeichnet (Freistadt, Eferding oder Rohrbach) (Arbeiterkammer Oberösterreich o.J.).

Die branchen- und berufsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes beeinflusst die Einkommenssituation der Österreicherinnen massiv. Tabelle 23 zeigt, dass Branchen mit höherem Frauenanteil tendenziell niedrigere Löhne zahlen (z. B. Beherbergung und Gastronomie, sonstige Dienstleistungen), allerdings gibt es hier auch Ausnahmen wie die öffentliche Verwaltung oder die Branche der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Darüber hinaus beobachten wir eine (ebenfalls schwache) positive Korrelation zwischen dem Verdienstgefälle zwischen den Geschlechtern innerhalb einer Branche und dem Median der jährlichen Bruttoeinkommen in dieser Branche. Es besteht demnach eine Tendenz zu höheren Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern, je höher die Medianeinkommen einer gewissen Branche liegen. Dies ist möglicherweise auch Ausdruck der vertikalen Segregation innerhalb von Branchen: Frauen verbleiben (gewollt oder ungewollt) auf niedrigeren Hierarchieebenen mit niedrigeren Gehältern. Separate Daten für Linz oder für Oberösterreich sind nicht verfügbar, es gibt jedoch keine Hinweise darauf, dass die Situation in Linz von der Situation für Gesamtösterreich abweicht.

Der Einkommensunterschied auf Basis der Bruttostundenverdienste zwischen Männern und Frauen betrug in Gesamtösterreich im Jahr 2014 22,2 % und war damit um 3,3 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2006 (Geisberger/Glaser 2017). Österreich liegt mit diesem Einkommensunterschied rund 6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU-Staaten (ebd.). Neben der Branchenzugehörigkeit oder dem Stundenausmaß der Erwerbsarbeit gibt es viele weitere Gründe für den Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern, die die unterschiedlichen Erwerbsbiografien und Positionierungen am Arbeitsmarkt von Frauen und Männern reflektieren. Folgende Variablen können laut Geisberger und Glaser (2017) daher 8,6 Prozentpunkte des Einkommensunterschiedes von 22,2 % erklären: Branche, Beruf, Bildung, Alter, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Ausmaß der Beschäftigung, Art des Arbeitsvertrags, Unternehmensgröße und Region. Die restlichen 13,6 Prozentpunkte bleiben allerdings durch solche mess- und beobachtbaren, einkommensrelevanten Dimensionen unerklärt.

Tabelle 23: Lohnunterschiede nach Branchen in Österreich (2015)

Branche	Frauenanteil der Beschäftigten in der Branche	Median der jährl. Bruttoeinkommen insg.	Verdienstgefälle
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	37%	€ 3.400	35%
Beherbergung und Gastronomie	59%	€ 10.429	26%
Private Haushalte mit Hauspersonal	79%	€ 11.265	-93%
Kunst, Unterhaltung und Erholung	48%	€ 14.739	52%
sonstige wirtschaftl. Dienstleistungen	44%	€ 16.143	35%
sonstige Dienstleistungen	68%	€ 18.762	67%
Erziehung und Unterricht	57%	€ 19.705	17%
Gesundheits- und Sozialwesen	78%	€ 22.303	33%
Grundstücks- und Wohnungswesen	60%	€ 22.789	44%
Handel; Instandhaltung	57%	€ 22.816	54%
freiberufl., wissenschaftl. techn. Dienstl.	55%	€ 27.689	58%
Bauwesen	13%	€ 29.224	39%
extern. Organisationen/Körperschaften	57%	€ 29.471	-1%
Wasserversorgung	22%	€ 30.215	41%
Verkehr und Lagerei	22%	€ 31.369	31%
Herstellung von Waren	27%	€ 36.133	43%
öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialvers.	61%	€ 37.656	33%
Bergbau	14%	€ 39.014	34%
Information und Kommunikation	36%	€ 40.600	48%
Finanz-, Versicherungsdienstleistungen	52%	€ 44.320	59%
Energieversorgung	19%	€ 54.784	43%

Quelle: Rechnungshof (2016): Allgemeiner Einkommensbericht 2016, e.D.

Dass hier, gerade für bestimmte Gruppen von Frauen, Diskriminierung eine Rolle spielt, ist unbestritten. Auch ein Migrationshintergrund kann am österreichischen Arbeitsmarkt eine Zugangsbarriere bedeuten, die sich in weiterer Folge auf die erzielbaren Einkommen der betroffenen Personengruppen auswirkt. Weichselbaumer (2017) lieferte etwa Nachweise von Diskriminierung in Einstellungsprozessen des österreichischen Arbeitsmarkts. BewerberInnen aus Nigeria beispielsweise erfahren trotz identischer Qualifikation eine um ca. 50 % geringere Wahrscheinlichkeit, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, als österreichische BewerberInnen (vgl. Weichselbaumer 2017). Aber auch wenn ein Job gefunden wird, sind Migrantinnen am Arbeitsmarkt oft benachteiligt: Hofer et al. (2016) zeigten insbesondere für Frauen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawiens deutlich geringere Stundenlöhne als für Österreicherinnen mit gleicher Qualifikation.

Bei der langfristigen Entwicklung der Realeinkommen²⁸ aller in Österreich unselbstständig Erwerbstätigen beobachten wir bei den Bruttojahreseinkommen eine Stagnation seit dem Basisjahr 1998. Der Median des Bruttojahreseinkommens (für Frauen und Männer gemeinsam) lag 2015 sogar 4% unter dem Wert von 1998 (Rechnungshof 2016). Dies lässt sich dadurch erklären, dass sich die Gruppenzusammensetzung geändert hat. Im Jahr 2015 waren mehr Frauen Teil des Erwerbsarbeitsmarktes. Da diese ein geringeres Einkommensniveau aufweisen als Männer, sank der Median des Gesamteinkommens, während die geschlechtsspezifischen Werte nahezu stagnierten. Bei den realen Nettojahreseinkommen beobachten wir seit dem Jahr 2009 einen Rückgang, sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen. Erst 2015 (letztes verfügbares Jahr) stieg der Median der Nettojahreseinkommen aufgrund der großen Steuerreform wieder leicht an und lag bei 97% des Wertes von 1998. Während Frauen bei den Nettojahreseinkommen 2015 einen Zuwachs von 3% im Vergleich zu 1998 erfuhren, verringerte sich der Wert bei den Männern im selben Zeitraum um 2%. Bei den ganzjährig Vollzeitbeschäftigten stieg das reale Nettojahreseinkommen seit 2004 um nur 4% – bei Frauen waren es 8%, bei Männern 2% (Rechnungshof 2016: Tabelle 10). Differenziert nach der sozialen Stellung (ArbeiterInnen, Angestellte, BeamtInnen) wird deutlich, dass es vor allem ArbeiterInnen²⁹ sind, die seit 1998 herbe Verluste verzeichnen. Bis auf die Jahre 2007 und 2015 ist der Median ihres realen Bruttojahreseinkommens kontinuierlich gefallen und betrug 2015 nur 87% des Wertes von 1998. Bei den mittleren Nettojahreseinkommen betrug der reale Wert 2015 90% des Wertes von 1998 (ebd.: Tabelle 12).

Transferleistungen

Der Zugang zu Sozialleistungen und Transferzahlungen erfolgt in Österreich über Erwerbsarbeit und/oder Ehe. Nicht berufstätige, verheiratete Frauen sind daher nur mittelbar in die Sozialversicherung integriert. Die Stabilität der Ehe ist hier Voraussetzung für die finanzielle Absicherung von vielen Frauen, wodurch Abhängigkeitsverhältnisse von erwerbstätigen, meist männlichen Ehepartnern geschaffen werden.

Zusätzlich gilt das Prinzip der Äquivalenzrelation zwischen Höhe und Dauer der Beitragsleistung und Höhe der Sozialleistung. Daher wirken geschlechtsspezifische Einkommensungleichheiten auch bei Transferleistungen fort.

Arbeitslosengeld

Aufgrund der durchschnittlich niedrigeren Einkommen von Frauen beziehen diese auch durchschnittlich niedrigere Arbeitslosengeldzahlungen als Männer, wie Tabelle 24 zeigt.

Tabelle 24: Durchschnittliche monatliche Tagessatzhöhe des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe in Linz

	Frauen		Männer	
	Arbeitslosengeld	Notstandshilfe	Arbeitslosengeld	Notstandshilfe
2005	€ 20,4	€ 15,5	€ 25,1	€ 20,0
2010	€ 24,1	€ 17,8	€ 29,3	€ 22,7
2016	€ 26,4	€ 21,5	€ 32,6	€ 26,5

Quelle: Arbeitsmarktservice OÖ (2018): Durchschnittliche Tagessatzhöhe, e.D.

²⁸ Unter Realeinkommen werden inflationsbereinigte Einkommen verstanden.

²⁹ Hierzu gibt es keine nach Geschlecht getrennten Daten.

Wie Tabelle 25 entnommen werden kann, stiegen die Notstandshilfeanträge in Linz in den vergangenen Jahren sowohl bei Männern als auch bei Frauen stetig an. Während Männer jeweils rund zwei Drittel der Anträge auf Notstandshilfe stellten, erhielten Frauen rund vier Mal so viele Ablehnungen wie Männer. Nur vermutet werden kann, dass dies mit der Anrechnung von PartnerInneneinkommen zusammenhängt. Ab 1. Juli 2018 fällt die Anrechnung des PartnerInneneinkommens bei der Notstandshilfe weg. Zum Publikationszeitpunkt dieses Berichts stand noch zur Diskussion, ob bzw. wie im Rahmen der Sozialreform der Bundesregierung die Notstandshilfe verändert werden soll.

Tabelle 25: Anträge auf Notstandshilfe und abgelehnte Anträge in Linz

Anträge auf Notstandshilfe			
	Frauen	Männer	Gesamt
2005	1.954	3.821	5.775
2010	2.324	4.700	7.024
2016	3.974	6.691	10.665
Ablehnung der Anträge mangels Notlage			
	Frauen	Männer	Gesamt
2005	233	55	288
2010	244	67	311
2016	318	75	393

Quelle: Arbeitsmarktservice OÖ (2018): Notstandshilfe, e.D.

Pensionen

In Linz leben insgesamt 28.959 Frauen, die älter als 60 Jahre sind (rund 27 % der gesamten weiblichen Linzer Bevölkerung). Davon sind 7.226 Frauen über 80 Jahre alt (das sind rund 7 % der gesamten weiblichen Linzer Bevölkerung) (Stadtforschung Linz 2018).

Laut der aktuellen Lohnsteuerstatistik aus dem Jahr 2016 erzielten die Linzer Pensionistinnen ein durchschnittliches Jahresnettoeinkommen³⁰ von 18.253 Euro, die Linzer Pensionisten eines in der Höhe von 24.836 Euro. Somit lag der Einkommensunterschied im Durchschnitt bei absolut 6.583 Euro bzw. 26.5 % (siehe Tabelle 26).

Im Vergleich der österreichischen Hauptstädte ist der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied zwischen Pensionistinnen und Pensionisten nur in St. Pölten und Innsbruck (jeweils rund 30 %) höher. In Wien ist er mit rund 21 % am niedrigsten. Hierbei ist anzumerken, dass der Einkommensunterschied von PensionistInnen seit 2008 in den meisten Städten gesunken ist. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass das durchschnittliche Pensionsantrittsalter der Frauen von 59,3 auf 60,3 Jahre gestiegen ist. Außerdem steigt die Erwerbsbeteiligung von Frauen kontinuierlich an. Mit der Pensionsreform von 2003 kam es zu massiven Verschlechterungen für Frauen, da sich der Durchrechnungszeitraum für die Berechnung der Pensionshöhe von den besten 15 auf 40 Jahre an hob und damit Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit für Kindererziehung oder Altenbetreuung die Leistung stark reduzieren.

³⁰ Einkommen aus Pensionsbezügen; enthält keine anderen Einkommensarten wie z. B. Einkünfte aus der Vermietung von Immobilien.

Seit dem Jahr 2005 können Eltern ein freiwilliges Pensionssplitting vereinbaren.³¹ Außerdem werden für jedes Kind, das ab 2005 zur Welt gekommen ist, 48 Versicherungsmonate als Beitragszeit im Pensionskonto berücksichtigt.³² Diese Maßnahmen sollen, neben einer Erhöhung des Pensionsantrittsalters, dazu beitragen, die großen finanziellen Verluste, die mit den Unterbrechungen der Erwerbsarbeit einhergehen, abzdämpfen.

Um Härtefällen vorzubeugen gibt es in Österreich Ausgleichszulagen, die niedrige Pensionsbezüge auf eine „Mindestpension“ anheben. Im Jahr 2017 betrug der Ausgleichszulagenrichtsatz für alleinstehende PensionsbezieherInnen 909,42 Euro und die durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulage in Oberösterreich lag bei 297 Euro monatlich (Österreichische Sozialversicherungsanstalt 2018). Damit konnte ein Betrag erreicht werden, welcher über der Armutgefährdungsschwelle – die 2017 für einen Ein-Personen-Haushalt bei 1.185 Euro betrug – lag (Die Armutskonferenz o.J.).

Österreichweit waren im Dezember 2017 67,8% der PensionistInnen, die eine Ausgleichszulage bezogen, Frauen. Die im April 2018 im Ministerrat beschlossene Erhöhung der Ausgleichszulage (auf 1.200 Euro) wird am Phänomen der weiblichen Altersarmut wenig ändern, da dieser Anspruch erst ab 40 Beitragsjahren bestehen soll (vgl. Bundeskanzleramt 2018).

Tabelle 26: Geschlechtsspezifische Pensionsunterschiede

	Durchschnittlicher Jahresnettoeinkommen in Euro		Weibl. Jahresnettoeinkommen in Relation zum männl. Einkommen	Verdienstgefälle (Einkommensgap)
	Männer	Frauen		
Linz	€ 24.836	€ 18.253	73,5%	26,5%
Graz	€ 24.766	€ 18.624	75,2%	24,8%
Innsbruck	€ 24.819	€ 17.330	69,8%	30,2%
Klagenfurt	€ 24.330	€ 18.217	74,9%	25,1%
Salzburg	€ 24.590	€ 18.217	74,1%	25,9%
St. Pölten	€ 24.426	€ 17.188	70,4%	29,6%
Wien	€ 23.793	€ 18.837	79,2%	20,8%

Quelle: Stadtforschung Linz (o.J.b): Lohnsteuerstatistik 2016, e.B.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Wer in Österreich kein eigenes Einkommen bezieht und auch sonst keinen Anspruch auf Sozialleistungen hat, kann bei der jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörde die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) beantragen. Im Jahr 2017 bezogen 3.478 Linzerinnen Leistungen aus der BMS, damit waren 51 % der BezieherInnen weiblich. Bei den Linzer Männern waren es 3.552 Personen (49%). Im Vergleich zu 2015 hat sich somit das Geschlechterverhältnis innerhalb der BMS-BezieherInnen umgedreht (siehe Tabelle 27).

31 Der Elternteil, der das Kind nicht überwiegend erzieht und erwerbstätig ist, kann für die ersten sieben Jahre nach der Geburt bis zu 50 Prozent seiner Teilgutschrift auf das Pensionskonto des Elternteils, der sich überwiegend der Kindererziehung widmet, übertragen lassen. Die Übertragung muss bis zur Vollendung des zehnten Lebensjahres des Kindes beantragt werden. Es sind Übertragungen für maximal 14 Kalenderjahre möglich. Diese Möglichkeit wird jedoch kaum wahrgenommen, wie eine im Juni 2018 erfolgte Anfrage der NEOS an das Sozialministerium ergab: Die Pensionsversicherungsanstalt verzeichnete zwischen 2010 und 2017 nur 850 Fälle. Davon entfielen 107 auf Oberösterreich (Sozialministerium 2018).

32 Diese Kindererziehungszeiten allein sind jedoch nicht ausreichend, um einen Anspruch auf eine Alterspension zu erhalten. Sie können nur dann tatsächlich für die Pension berücksichtigt werden, wenn mindestens sieben Jahre (84 Monate) Beitragszeiten aufgrund einer Erwerbstätigkeit über der Geringfügigkeitsgrenze im Pensionskonto aufscheinen.

Tabelle 27: Geschlechtsspezifische Unterschiede im Bezug der bedarfsorientierten Mindestsicherung in Linz

Vergleich Mindestsicherungsbezug: Männer und Frauen					
	Anzahl der Personen				Anstieg in %
	2015	%	2017	%	
Männer	2.994	49%	3.552	51 %	19%
Frauen	3.148	51%	3.478	49 %	10%
Gesamt	6.142	100%	7.030	100%	14%

Quelle: Direktion Soziales, Jugend und Familie (2018): Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen, interne Kommunikation, e.D.

Auf Ebene der Bundesländer sind Daten bis 2016 verfügbar, außerdem gibt es auf dieser Ebene mehr Informationen zu den BezieherInnen. In Oberösterreich bezogen im Jahr 2016 20.379 Personen bzw. 12.256 Bedarfsgemeinschaften die BMS. Im Zeitraum zwischen 2012 und 2016 stiegen die Anträge auf Personenebene in Oberösterreich um 43,4%. In Niederösterreich, Vorarlberg und der Steiermark gab es noch höhere Zuwächse (Pratscher 2017: Tabelle 2). Im Jahr 2016 waren 38,6% der oberösterreichischen BMS-BezieherInnen weiblich, dies ist der zweithöchste Frauenanteil nach dem Burgenland (Österreichschnitt: 37%) (ebd.: Grafik 1). Die Personengruppe mit den höchsten Anteilen sind in Oberösterreich Paare mit Kindern (28,8% der Anträge). In Gesamtösterreich sind allerdings die Alleinstehenden die größte Gruppe (durchschnittlich 36,7%). In Oberösterreich beträgt der Anteil der Alleinstehenden an allen BezieherInnen 27,3%. Nur in Vorarlberg ist dieser Anteil noch niedriger (ebd.: Grafik 2). Ein genauerer Blick auf die Alleinstehenden BMS-BezieherInnen Oberösterreichs zeigt, dass es sich hier nicht vorwiegend um Pensionistinnen, sondern um AlleinerzieherInnen mit einem (und zwei) Kindern handelt (ebd.: Tabelle 3). Als Gründe für die starken Anstiege bei den BMS-Bezügen zwischen 2012 und 2016 werden Verschlechterungen der Arbeitsmarktlage (höhere Arbeitslosigkeit, Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen) und die gestiegenen Wohnungs- und Lebenshaltungskosten genannt (vgl. Berichte des Arbeitskreises Bedarfsorientierte Mindestsicherung sowie die von den Bundesländern veröffentlichten Sozialberichte zit. in ebd.). Viele der BezieherInnen sind „AufstockerInnen“, da Leistungen aus der Sozialversicherung (z. B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) unter den Mindeststandards liegen. Ein weiterer großer Teil betrifft die „Working Poor“ – Personen, die trotz Erwerbseinkommen nicht für ihren Lebensunterhalt und den Wohnbedarf aufkommen können. Zusätzlich stieg die Zuwanderung 2015/2016 stark an, hier gab es große Leistungsbezugszuwächse bei den asyl- und subsidiär schutzberechtigten Personen (vgl. ebd.: 841).

In Tabelle 28 erfolgt eine Aufschlüsselung der volljährigen Linzer BMS-BezieherInnen nach Geschlecht und Art des Leistungsbezugs. Der größte Anteil der BezieherInnen fällt auf Personen, die ihren AMS-Leistungsbezug durch die BMS aufstocken. Der Anteil der Männer ist mit 26% etwas höher als jener der Frauen mit 22%. Die zweitgrößte Gruppe an BezieherInnen bezieht nur die BMS und umfasst 13% der männlichen und 12% der weiblichen BezieherInnen. Die „Working Poor“ machten 14% der BMS-BezieherInnen aus. Von ihnen waren 8% Männer und 6% Frauen.

Tabelle 28: Volljährige BezieherInnen von Sozialleistungen/Bedarfsorientierter Mindestsicherung in Linz (2017)

Bezugsgruppen		Anzahl absolut	Anteil an allen volljährigen BezieherInnen
nur BMS	Männlich	575	12,7 %
	Weiblich	528	11,7 %
	Gesamt	1.103	24,3 %
AMS-Leistung (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) und BMS	Männlich	1.196	26,4 %
	Weiblich	987	21,8 %
	Gesamt	2.183	48,2 %
Kinderbetreuungsgeld und BMS	Männlich	5	0,1 %
	Weiblich	257	5,7 %
	Gesamt	262	5,8 %
sonstige Versicherungsleistung und BMS	Männlich	30	0,7 %
	Weiblich	75	1,7 %
	Gesamt	105	2,3 %
Working Poor (Erwerbseinkommen und BMS)	Männlich	352	7,8 %
	Weiblich	292	6,4 %
	Gesamt	644	14,2 %
Sonstiges und BMS	Männlich	101	2,2 %
	Weiblich	133	2,9 %
	Gesamt	234	5,2 %

Quelle: Direktion Soziales, Jugend und Familie (2018): Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen in Linz, e.B.
 Kommentar: Sonstige Versicherungsleistungen: Krankengeld, Pflegegeld, Waisenpension, Pension, Pensionsvorschuss;
 Sonstiges: EhegattInnenunterhalt, Kindesunterhalt, Leistungen der Grundversorgung, Sonstige Einkommen

Niedriglohnbeschäftigung und Armutsgefährdung

Niedriglohnbeschäftigung (Erwerbstätigkeit, die mit weniger als zwei Drittel des Medianlohns entlohnt wird³³) betrifft in Österreich vor allem jüngere ArbeitnehmerInnen: 24,8 % der unter 30 Jahre alten Beschäftigten waren 2014 als niedriglohnbeschäftigt zu qualifizieren. In den Altersgruppen 30 bis 49 Jahre und 50+ Jahre waren es rund 12 % bzw. rund 11 %. Nach Bildungsabschluss ist die Niedriglohnbeschäftigung, wie die Erwerbsarbeitslosigkeit, ein Phänomen, das größtenteils PflichtschulabgängerInnen betrifft. Rund 35 % dieser Gruppe waren 2014 im Niedriglohnbereich beschäftigt. Bei den Personen mit Sekundarabschluss waren es rund 12 % und bei Personen mit Tertiärabschluss rund 6 %. Nicht zuletzt gibt es in Österreich (nach Estland) den EU-weit größten Geschlechterunterschied bei den Niedriglohnbeschäftigten: 23,1 % der Frauen, aber nur 8,7 % der Männer waren 2014 zu einem Niedriglohn beschäftigt (Geisberger 2017: Tabelle 5).

In Österreich ist das Armutsrisiko von Frauen etwas höher als das von Männern: Im Jahr 2016 waren insgesamt 14 % der Österreicherinnen und 13 % der Österreicher ab 20 Jahren armutsgefährdet. Frauen in besonderen Lebenslagen (Alleinerziehende, weibliche Hauptverdienerinnen

³³ Definition nach Eurostat, ILO, OECD. Grundlage sind Bruttostundenverdienste

sowie alleinlebende Pensionistinnen) sind in einem großen Ausmaß davon betroffen. Die Armutsgefährdungsquoten in diesen Gruppen liegen für Alleinerziehende bei 30%, für weibliche Hauptverdienerinnen bei 22% und für alleinlebende Pensionistinnen bei 20% (Statistik Austria 2017b).

Leider ist die Stichprobe aus der europaweiten Befragung zur sozialen Lage (EU-SILC) für Linz zu klein, um detailliertere Angaben über Frauen, die besonders hohen Armutsgefährdungen ausgesetzt sind, machen zu können. Die bundes- und landesweiten Trends in der Armutsgefährdung können jedoch auch auf die Frauen in Linz übertragen werden. Dass die sozioökonomischen Problemlagen in Linz jenen in Gesamtösterreich gleichen, ist auch ein Ergebnis der Zusatzbefragung bei den Linzer Einrichtungen, die im Rahmen des Ersten Linzer Frauenberichtes (Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro 2011) durchgeführt wurde.

TRENDS

- In Linz beträgt der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied (Gender Pay Gap) ohne Beachtung des Arbeitsausmaßes 39,4%; bei Angestellten ist er größer als bei ArbeiterInnen.
- Die geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz bei PensionistInnen ist nur noch in St. Pölten und in Innsbruck größer als in Linz, wo sie bei 26,5% liegt.
- Die Anzahl der BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung sank vom Jahr 2015 auf das Jahr 2017 um 14%. 2017 waren 49% der BMS-BezieherInnen Frauen.

LÜCKEN

- Es fehlen Daten zu Armutsgefährdung und manifester Armut (vor und nach Sozialleistungen) in Oberösterreich und Linz nach Geschlecht, Herkunft, Haushaltsform und Bildungsniveau.
- Wissen und Daten zu sozialen Lagen von Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Linz werden benötigt.
- Es fehlt eine Analyse des bereinigten Einkommensunterschieds für Linz/Oberösterreich.
- Daten zur geschlechtsspezifischen Entwicklung von Realeinkommen sind nicht vorhanden.
- Daten über die Inanspruchnahme der SchuldnerInnenberatung fehlen für Linz und Oberösterreich.

DISKUSSION UND REFLEXION DES STATUS QUO

Lebensunterhalt, Geschlechterordnung und Überschuldung

Wie auch bei allen anderen bisher in diesem Bericht diskutierten Themen fungiert die traditionelle gesellschaftliche Geschlechterordnung als eine wesentliche Ursache für sozioökonomische Problemlagen und Existenzgefährdung von Frauen.

Dass das Festhalten an traditionellen Lebensformen oftmals keine finanzielle Absicherung von Frauen bieten kann, zeigt sich beispielsweise in der Tatsache, dass durchschnittlich jede zweite Ehe geschieden wird. Neben fehlender eigenständiger Existenzsicherung kann die Situation vieler Frauen dabei noch durch eventuelle Bürgschaften oder Mithaftungen, die während der Ehe unterzeichnet wurden, massiv verschärft werden. Bei Frauen in Österreich spielen diese Aspekte mit 11,4% eine bedeutende Rolle für Überschuldungen (bei Männern nur 3,1%) (ASB Schuldenberatung 2017).

Rund 16% der Frauen, die SchuldnerInnenberatungen in Österreich aufsuchen, erlitten existenzielle finanzielle Einbrüche nach Trennungen oder Scheidungen (ASB Schuldnerberatungen 2017: 12). In Oberösterreich fielen 7,5% der Neuanmeldungen in SchuldnerInnenberatungen auf diese Kategorie (Schuldnerhilfe Oberösterreich 2016: 15). Dies hängt unter anderem mit der langen Dauer gerichtlicher Klärungen zusammen, während derer die finanziellen Unsicherheiten lang gedehnte Krisen hervorrufen. Für Oberösterreich ist keine separate Auswertung nach Geschlecht oder Bildungsstand verfügbar. Für Linz sind keine Daten verfügbar.

Frauen sind in ihrer Erwerbsbeteiligung gegenüber Männern quantitativ (v. a. aufgrund von Teilzeit-Arbeitsverhältnissen) und qualitativ (bspw. aufgrund von Beschäftigungen in Niedriglohnbranchen, Positionen in niedrigeren Hierarchien) benachteiligt, was im Trennungs- bzw. Scheidungsfall zu prekären finanziellen Lagen führen kann, vor allem dann, wenn Kinder vorhanden sind. Das autonome Frauenzentrum stellt in Kooperation mit der Stadt Linz eine präventive Rechtsberatung für Frauen zur Verfügung, die sich über Problematiken der finanziellen Absicherung im Kontext von Partnerschaften und Familien informieren wollen (Autonomes Frauenzentrum o.J.). Es sind aber nicht nur individuelle, sondern vor allem auch strukturelle Änderungen notwendig, um Armut von Frauen zu beseitigen. Eine Umverteilung der unbezahlten Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern bleibt die wichtigste politische Empfehlung. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine eigenständige Existenzsicherung von Müttern.

Einkommen

Zum Gender Pay Gap

Ein wesentlicher Hinderungsgrund für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen ist die Entgeltdiskriminierung. Die für Linz konstatierte Einkommensschere zwischen den Geschlechtern von durchschnittlich 39,4% ist zunächst politisch zu skandalisieren. Um diese Schere zu schließen, sind viele Maßnahmen notwendig. Gleiches Entgelt bei gleicher, gleichartiger und gleichwertiger Arbeit ist hier eines der wichtigsten gleichstellungspolitischen Ziele. Es sind endlich entsprechende politische Handlungen zur Realisierung dieses Ziels zu setzen. Die Gleichbehandlungsgesetzesnovelle zur Förderung der Einkommenstransparenz in Österreichs Unternehmen vom Jänner 2011 stellte ein Signal zum politischen Gegensteuern dar, war aber letztlich nicht ausreichend.

Des Weiteren wurde für Oberösterreich am 5. März 2018 die „Frauenstrategie für Oberösterreich 2030“ (Frauenreferat des Landes OÖ 2018) von der Landesregierung beschlossen. Nach einer Aufarbeitung des Status quo in Bezug auf die Lebensumstände von Frauen in Oberösterreich, folgte eine Reihe von Regionalforen, Workshops und Online-Befragungen von BürgerInnen. Die Forderungen zum Thema Beruf und finanzielle Absicherung sind breit gefächert und reichen von Mindestlohnforderungen in der Höhe von 1.500 Euro brutto über eine Aufwertung von typischen „Frauenberufen“ (pädagogische und soziale Berufe) bis hin zu Informationsoffensiven für Mädchen und Frauen zum Thema Digitalisierung bzw. zu rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekten im Hinblick auf die Pensionen. Die Forderungen sind teilweise sehr konkret – wie der erwähnte Mindestlohn – und teilweise sehr vage formuliert. Hierzu zählen die Forderungen „Berufsbilder attraktiver machen“, oder „Alleinerziehende stärken“.

Die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen soll in regelmäßigen Abständen evaluiert und dem oberösterreichischen Landtag berichtet werden (vgl. Frauenreferat des Landes Oberösterreich 2018). Diese Strategie ist zwar Ausdruck eines politischen Willens, geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Bezug auf den Arbeitsmarkt entgegenzutreten, es bleibt aber abzuwarten welche Maßnahmen in den kommenden 10 Jahren tatsächlich ergriffen werden.

AUSBLICK: MASSNAHMEN UND MÖGLICHKEITEN

Geschlechterverhältnisse

- Verpflichtende Aufklärung und Information in Schulen und beruflichen Ausbildungen über rechtliche Folgen von Eheverträgen, Bürgschaften und Mithaftungen
- Verstärken der Präventionsarbeit vor Eheschließungen, etwa freiwillige muttersprachliche Beratung am Standesamt über Rechtsfolgen von Eheverträgen, Scheidungen, Bürgschaften und Mithaftungen unter Berücksichtigung interkultureller Aspekte
- Imagekampagnen und lohnpolitische Maßnahmen zur Aufwertung von typischen „Frauenberufen“ (z. B. Sozialbereich, pädagogischer Bereich)

Existenzsicherung

- Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld (z. B. auf 75 % des Nettoeinkommens), Kaufkraftsicherung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe
- Existenzsicherndes Niveau der bedarfsorientierten Mindestsicherung

Lohnpolitik

- Herstellung von Lohntransparenz (bei gleichzeitiger Wahrung des Datenschutzes) durch eine detaillierte Aufgliederung sämtlicher Bestandteile der Gehälter in den betrieblichen Einkommensberichten
- Regelmäßige Überprüfung des Gender Pay Gaps in Linz nach Branchen und Frauenbeschäftigungsanteil
- Öffentliche Auftragsvergabe nur an Unternehmen, die sich zu Lohntransparenz bekennen und aktiv Maßnahmen zur Umsetzung ebendieser implementieren
- Politisches Engagement zur Bekämpfung von eklatanten Lohnunterschieden zwischen einzelnen Branchen, Arbeitsmarktsegmenten und betrieblichen Hierarchien
- Höhere Bewertung von Kindererziehungszeiten für das Pensionskonto in Höhe des Erwerbseinkommens unselbstständig beschäftigter Frauen und Männer (vgl. Arbeiterkammer Oberösterreich 2017)
- Einführung eines Kündigungsschutzes für Männer während der Familienauszeit („Papa-monat“) und Festlegung eines Rechtsanspruchs auf Dienstfreistellung für eine Familienzeit
- Anreizschaffung für die partnerInnenschaftliche Teilung der Karenz, um Männer stärker in die Kinderbetreuung einzubinden, wie zum Beispiel durch einen Gleichstellungsbonus (bspw. Steuervorteile oder proportional ansteigende Kindergeldleistungen, je mehr Karenzzeit von den Vätern übernommen wird)

QUELLEN

- Arbeiterkammer Oberösterreich (2017): Frauenmonitor 2017 Arbeiterkammer Oberösterreich. Die Lage der Frauen in Oberösterreich. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/publikationen/frauenmonitor/B_2017_Frauenmonitor.pdf, abgerufen am 13.6.2018.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (o.J.): Monatliche Bruttoeinkommen (Median) 2016 in den Bezirken. Beitragsgrundlagenstatistik der GKK OÖ. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/interessenpolitik/Einkommen_und_Verteilung/WSG_2017_Monatliche_Bruttoeinkommen_OOE_Bezirke_2016.pdf, abgerufen am 23.5.2018.
- Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2018): Durchschnittliche Tagessatzhöhe und Notstandshilfe. interne Kommunikation.
- Armutskonferenz (o.J.): Aktuelle Armuts- und Verteilungszahlen. Zahlen Überblick zu Armut und Verteilung in Österreich. <http://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html>, abgerufen am 17.5.2018.
- ASB Schuldnerberatungen GmbH (Hg.) (2017): Schuldenreport 2017. http://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/schuldenreport/asb_schuldenreport2017.pdf, abgerufen am 19.04.2018.
- Autonomes Frauenzentrum (o.J.) Verliebt, Verlobt ... abgesichert? Informationen für Frauen zu Beziehung und Partnerschaft. http://www.linz.gv.at/images/Folder_Praeventive_Rechtsberatung.pdf, abgerufen am 9.11.2018.
- Biffel, Gudrun (2010): Die ökonomische Situation der Frauen in Österreich. In: Bundeskanzleramt (Hg.): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich, S.465-501. https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/4/7/6/CH1553/CMS1465833348718/fb_2010.pdf, abgerufen am 13.6.2018.
- Buber-Ennsner, Isabella/Panova, Ralina (2014): Attitudes towards parental employment across Europe, in Australia and in Japan. Vienna Institute of Demography Working Papers 5/2014. https://www.oaew.ac.at/fileadmin/subsites/Institute/VID/PDF/Publications/Working_Papers/WP2014_05.pdf, abgerufen am 8.5.2018.
- Bundeskanzleramt (2018): Beschlussprotokoll des 14. Ministerrates vom 18. April 2018. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/-/beschlussprotokoll-des-14-ministerrates-vom-18-april-2018>, abgerufen am 28.6.2018.
- Direktion Soziales Jugend und Familie (2018): Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen in Linz, interne Kommunikation.
- Eurostat (2018): Gender pay gap statistics. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Gender_pay_gap_statistics#Further_Eurostat_information, abgerufen am 18.4.2018.
- Frauenreferat des Landes Oberösterreich (2018): Starke Frauen. Starkes Land. "Frauen.Leben – Frauenstrategie für Oberösterreich 2030". http://www.frauenreferat-ooe.at/Frauenreferat_Frauenstrategie_A4_RZ-5_Web.pdf, abgerufen am 23.5.2018.
- Geisberger, Tamara (2017): Niedriglohnbeschäftigung in Österreich 2014: geringe Dynamik – verfestigte Strukturen. http://www.armutskonferenz.at/files/geisberger_niedriglohnbeschaeftigung_oesterreich-2017.pdf, abgerufen am 23.5.2018.
- Geisberger, Tamara/Glaser, Thomas (2017): Gender Pay Gap. Analysen zum Einfluss unterschiedlicher Faktoren auf den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied. Statistische Nachrichten 6/2017, S.460-471. https://www.femtech.at/sites/default/files/gender_pay_gap_analysen_zum_einfluss_unterschiedlicher_faktoren_auf_den_ge.pdf, abgerufen am 28.6.2018.
- Hofer, Helmut/Titelbach, Gerlinde/Weichselbaumer, Doris/Winter-Ebmer, Rudolf (2013): Diskriminierung von Migrantinnen am österreichischen Arbeitsmarkt. Projektbericht, Institut für Höhere Studien Wien. https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/7/3/0/CH3434/CMS1459843399534/10_diskriminierung_migrantinnen_arbeitsmarkt1.pdf, abgerufen am 8.5.2018.
- Kaindl, Markus/Dörfler, Sonja (2007): Einstellungen zum Erwerbsverhalten von Müttern. Die Sichtweisen von Müttern, Frauenreferentinnen und Frauenorganisationen. ÖIF Working Paper 64.
- Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011): Erster Linzer Frauenbericht. <https://www.linz.at/images/Frauenbericht.pdf>, abgerufen am 30.4.2017.
- Österreichische Sozialversicherungsanstalt (2018): Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen. <https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/load?contentid=10008.643707&version=1504527408>, abgerufen am 18.04.2018.
- Pratscher, Kurt (2017): Bedarfsorientierte Mindestsicherung der Bundesländer im Jahr 2016. In: Statistik Austria (Hg.): Statistische Nachrichten 10/2017, S.836-849.
- Rechnungshof (2016): Bericht des Rechnungshofes. Allgemeiner Einkommensbericht 2016. Reihe Einkommen 2016/1. http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2016/berichte/einkommensberichte/Einkommensbericht_2016.pdf, abgerufen am 23.5.2018.
- Schuldnerhilfe Oberösterreich (2016): Jahresbericht 2016. http://www.schuldner-hilfe.at/cms/dokumente/upload/66d4a_jb_16.pdf, abgerufen am 8.5.2018.
- Sozialministerium (2018): 600/AB vom 5.6.2018 zu 605/J (XXVI.GP). https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/AB/AB_00600/imfname_696853.pdf, abgerufen am 28.6.2018.
- Stadtforschung (2018): Bevölkerung – Geschlecht, Alter und Familienstand. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/2-1JSCH.pdf, abgerufen am 4.7.2018.
- Stadtforschung Linz (o.J.a): Lebensunterhalt. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/085_Volkszaehlung/vzluh.pdf, abgerufen am 4.7.2018.
- Stadtforschung Linz (o.J.b): Lohnsteuerstatistik. https://www.linz.at/zahlen/050_Infrastruktur/030_Wirtschaft/030_Lohnsteuerstatistik/LOHNV.PDF, abgerufen am 4.7.2018.

Statistik Austria (2011): Registerzählung, Lebensunterhalt in Linz. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/085_Volkszaehlung/vzluh.pdf, abgerufen am 4.7.2018.

Statistik Austria (2017a): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2017, Erwerbsbeteiligung (ILO) und wöchentliche Normalarbeitszeit der 15- bis 64-Jährigen nach Geschlecht, Familientyp und Alter des jüngsten Kindes, www.statistik.at, abgerufen am 8.5.2018.

Statistik Austria (2017b): Tabellenband EU-SILC 2017, Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers nach soziodemographischen Merkmalen, Kapitel 5. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html, abgerufen am 8.5.2018.

Statistik Austria (2018a): Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers nach soziodemographischen Merkmalen 2017. https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/022859.html, abgerufen am 18.4.2018

Wechselbaumer, Doris (2017): Discrimination against Migrant Job Applicants in Austria: An Experimental Study. *German Economic Review* 18(2): 237-265. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1111/geer.12104>, abgerufen am 28.6.2018.

GESUNDHEITEN

Gesundheitszustand

Gesundheitsverhalten

Erkrankungen

Lebenserwartung

Sexualität

Gewalterfahrung

EINBLICK

Frauengesundheiten – zur Genese eines neuen Verständnisses

Frauengesundheit ist seit der Gründung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Jahre 1948 eines der Hauptanliegen dieser Organisation. Bestärkt wurde die Politisierung dieses Themas durch die Frauengesundheitsbewegung (Women's Health Movement), die in den 1970er-Jahren als Teil der zweiten Welle der Frauenbewegung Aufschwung bekam. Die „Feminisierung“ der Gynäkologie, die bis dahin von einem Blick von Männern auf Frauen geprägt war, der oft auf Pathologisierung von weiblichen Körpern gestützt war, wurde darin beispielsweise ein wichtiges Anliegen. Bald kam es auch zur Einforderung reproduktiver Selbstbestimmung durch die Forderung von legalen Abtreibungsmöglichkeiten.

Die zunehmende internationale Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung von Frauengesundheit zeigt sich auch darin, dass sie in UN-Dokumenten verankert wurde. In den 1990er-Jahren wurde vom WHO Regionalbüro in Kopenhagen diese Verankerung von Frauengesundheit eingeleitet. Die sechs Handlungsprioritäten, die auf der WHO Konferenz „Women's Health Counts“ (1992) festgelegt wurden, sind: „Senkung der Müttersterblichkeit und Erhöhung der Sicherheit von Müttern, Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, Einführung frauenfreundlicher Kostenstrategien, Programme zur Förderung gesunder Lebensweisen, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Verbesserung der Situation für Frauen, die in der Gesundheitsversorgung arbeiten“ (Wimmer-Puchinger o.J.: 6). Wegweisend war auch die Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994, die mit dem festgelegten Recht auf reproduktive Gesundheit aller Menschen einen Meilenstein in der internationalen Bevölkerungspolitik darstellte (vgl. Klingholz 2009).

Für Österreich stellte der im Jahr 1995 verfasste Frauengesundheitsbericht (Austrian Women's Health Profile; Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz 1995) einen ersten wichtigen Schritt zur Erfassung der Gesundheitssituation von Frauen dar, dem in der Zwischenzeit weitere Berichte auf nationaler Ebene gefolgt sind (Österreichischer Frauengesundheitsbericht 2005/2006, Österreichischer Frauengesundheitsbericht 2010/2011, Gender-Gesundheitsbericht 2018).

Im Mai 2017 wurde der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen ausgearbeitete „Aktionsplan Frauengesundheit“ (siehe Bundesministerium für Gesundheit und Frauen 2017) vorgestellt, der den Status quo, 17 Wirkungsziele und 40 Maßnahmen im Bereich der Frauengesundheit erörtert bzw. festlegt. Das Spektrum reicht von „alten“ Zielen, wie der Förderung reproduktiver Gesundheit oder Gewaltprävention, bis hin zu neuen Zielen. Beispielsweise sollen Institutionen (insbesondere Beratungsstellen) für frauenspezifische Aspekte bei Behinderung sensibilisiert werden, oder die gesundheitliche Chancengerechtigkeit für sozioökonomisch benachteiligte Frauen mit Migrationshintergrund erhöht werden. Ein Plan zur Umsetzung der Maßnahmen oder die Ausarbeitung von Leitlinien für die Praxis liegen darin noch nicht vor. Es bleibt demnach abzuwarten, wie und welche Maßnahmen implementiert werden. Auch das Frauenreferat des Landes Oberösterreich hat dem Thema „Frauen und Gesundheit“ ein eigenes Kapitel in ihrer Frauenstrategie 2030 gewidmet (Frauenreferat des Landes Oberösterreich 2018). Darin sind angestrebte Maßnahmen wie frauenspezifische Programme zur Gesundheitsförderung und Prävention rund um HPV-Impfungen, Essstörungen und Tabakkonsum oder die Verstärkung von Information für Migrantinnen bezüglich des oberösterreichischen Gesundheitssystems diskutiert.

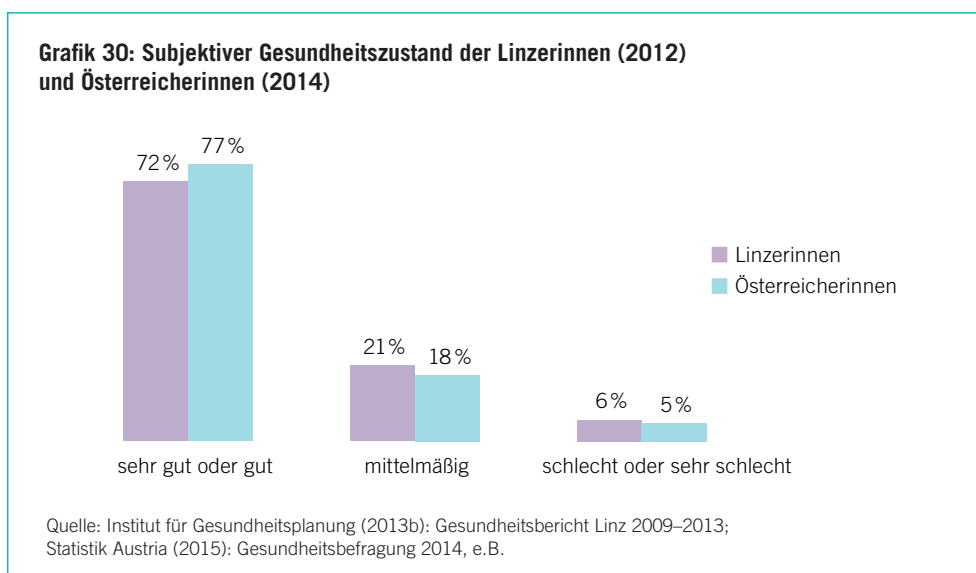
Diese Beispiele zeigen jedenfalls ein politisches Verständnis dafür, dass Gesundheit und Krankheit nicht unabhängig von Geschlecht und anderen sozioökonomischen Faktoren sind und es auch unterschiedliche gesundheitsbezogene Bedürfnisse gibt.

DATENFAKTEN

Alle Angaben für Linz stammen, sofern nicht anders ausgewiesen, aus dem „Gesundheitsbericht Linz 2009-2013“ (Institut für Gesundheitsplanung 2013b) bzw. aus der detaillierteren Auswertung: „Gesundheitssituation der Linzer Bevölkerung“ derselben Gesundheitsumfrage (2012) (Institut für Gesundheitsplanung 2013a). Zwei gekennzeichnete Grafiken basieren auf einer für den vorliegenden Bericht erstellten Sonderauswertung der gleichen Datenbasis. Eine Auswertung der jüngsten Linzer Gesundheitsbefragung (2018) lag zum Publikationszeitpunkt leider noch nicht vor.

Subjektiver Gesundheitszustand der Linzerinnen

Ihren Gesundheitszustand schätzen 72% der Linzer Frauen und 75% der Linzer Männer insgesamt als „sehr gut“ oder „gut“ ein. Während der geschlechtsspezifische Unterschied also relativ gering ist, fällt jener zwischen Linzer Frauen und allen Österreicherinnen etwas größer aus: Linzerinnen schätzen ihre Gesundheit etwas seltener als „(sehr) gut“ und etwas öfter als „mittelmäßig“ ein als der Durchschnitt der Österreicherinnen, wie Grafik 30 zeigt.



Mehr Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand als das Geschlecht haben das Alter, der Bildungsstand oder die Höhe des (Äquivalenz-)Einkommens³⁴. Die Einschätzung des Gesundheitszustandes sinkt mit steigendem Alter, mit sinkendem Bildungsstand und mit sinkendem Einkommen. Innerhalb dieser Haupteinflussfaktoren sind die Geschlechterunterschiede tendenziell gering. Größere Geschlechterunterschiede gibt es aber beispielsweise in der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen: 82% der Männer gegenüber 74% der Frauen schätzen ihren Gesundheitszustand als (sehr) gut ein. Auch bei den Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von bis zu 500 Euro pro Monat gibt es einen ausgeprägten Geschlechterunterschied: Nur 39% der Männer, aber 53% der Frauen dieser Einkommensgruppe schätzen ihren Gesundheitszustand als (sehr) gut ein.

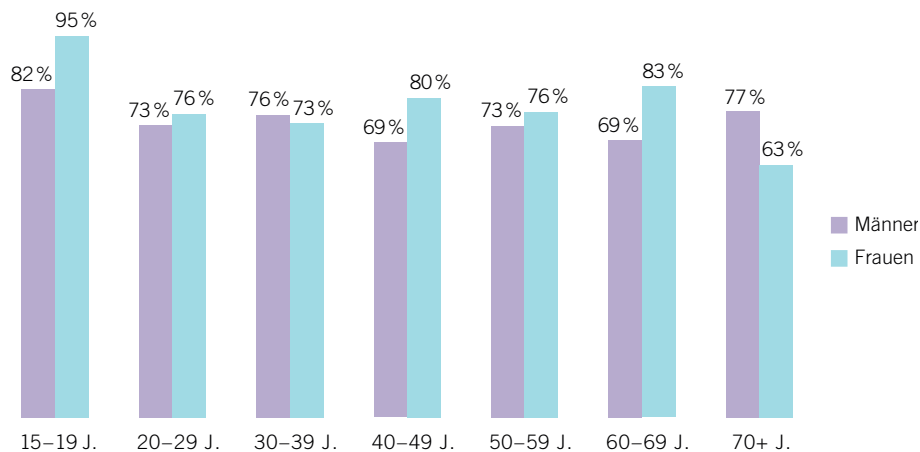
³⁴ Das Äquivalenzeinkommen ist das nach Personenanzahl eines Haushaltes und ihrem Alter (Erwachsene, Kinder) gewichtete Pro-Kopf-Einkommen.

Gesundheitsverhalten

Sportliche Betätigung

Regelmäßige Bewegung gilt als wichtiger Faktor für die Erhaltung der Gesundheit. In Hinblick auf die sportliche Betätigung ist auffällig, dass nahezu in allen Altersgruppen mehr Frauen mindestens einmal pro Woche Sport betreiben als Männer. Die Ausnahmen bilden dabei die Altersgruppen der 30- bis 39-Jährigen und der 70+-Jährigen. Grundsätzlich fällt der Anteil der Linzer und Linzerinnen, die mindestens einmal in der Woche Sport betreiben, zwischen den Altersgruppen 15 bis 19 Jahre und 20 bis 29 Jahre bei den Männern von 82 % auf 73 % und bei den Frauen von 95 % auf 76 %. Anschließend (zwischen 20 und 69 Jahren) bleibt der Anteil bei Männern und Frauen relativ konstant, wenn auch bei Frauen auf einem etwas höheren Niveau (siehe Grafik 31). Auch hier gibt es einen Zusammenhang mit dem Bildungsstand: Sowohl bei Männern als auch bei Frauen steigt die Betätigung mit dem Bildungsgrad. Bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss betätigen sich 62 % der Männer und 67 % der Frauen mindestens einmal pro Woche sportlich. Bei den AkademikerInnen sind es 82 % der Männer und 88 % der Frauen.

Grafik 31: Sportliche Betätigung (mind. einmal in der Woche) der LinzerInnen nach Altersgruppen (2012)



Quelle: Institut für Gesundheitsplanung (2013a):
Gesundheitsumfrage – Gesundheitssituation der Linzer Bevölkerung, e.D.

Ernährung

Rund 45 % der Linzerinnen essen täglich Obst, Gemüse oder Salat, während dies nur bei rund 30 % der Linzer der Fall ist. Dabei steigt der Konsum von Gemüse/Salat bei Männern mit steigendem Alter an, während er bei Frauen weitestgehend konstant bleibt. Der Bildungsstand beeinflusst auch die Ernährung: 93 % Linzerinnen mit Universitäts- oder Fachhochschul (FH)-Abschluss essen täglich Gemüse oder Salat während das nur auf 78 % der Linzerinnen mit maximal Pflichtschulabschluss zutrifft. Bei den Männern ist der Unterschied zwischen den entsprechenden Gruppen mit 24 Prozentpunkten noch größer. Beim Obstkonsum steigt der Verzehr bei den Frauen deutlich mit dem Alter, bei Männern sinkt er von 55 % bei den 15- bis 29-Jährigen auf 46 % bei den 30 bis 49-Jährigen. In der Altersgruppe der 50+-Jährigen nimmt er wieder auf 59 % zu.

Rauchen

Zwischen Männern und Frauen gibt es in Linz nur wenige Unterschiede in ihrem Rauchverhalten: Über alle Altersgruppen rauchen 25 % der Männer und 24 % der Frauen. In der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen rauchen 29 % der Männer und 25 % der Frauen täglich. In der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen rauchen 27 % der Männer und 28 % der Frauen täglich. Aus dem Drogenmonitoring-Bericht für Oberösterreich aus dem Jahr 2015 geht hervor, dass in der Gruppe der 15- bis 19-jährigen OberösterreicherInnen die Frauen mit rund 36 % öfters tägliche Raucherinnen sind als Männer mit 31 %. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen hingegen dreht sich dieses Geschlechterverhältnis: In dieser Altersgruppe sind 37 % der männlichen Befragten tägliche Raucher, aber „nur“ 24 % der Frauen. In der Altersgruppe der 60+-Jährigen ist der Anteil der täglichen Raucher mit 18 % doppelt so hoch wie der Anteil der täglichen Raucherinnen mit 9 % (Institut Suchtprävention 2015: 72f.).

Wie die Ernährung hängt auch der Tabakkonsum stark vom Bildungsstand ab und es ergeben sich manche eindeutige Unterschiede nach Geschlecht. Besonders offensichtlich sind diese Unterschiede bei LinzerInnen mit maximal einem Abschluss einer Pflichtschule oder einer BMS: 31 % der Pflichtschulabsolventinnen sind Raucherinnen und 25 % der BMS-Absolventinnen. Die jeweiligen Anteile der Absolventen sind 25 % und 16 %. Unter MaturantInnen rauchen 18 % der Männer während nur 13 % der Frauen Raucherinnen sind. Unter AkademikerInnen betragen diese Anteile 17 % und 15 %.

Alkoholkonsum

Frauen trinken im Durchschnitt weniger Alkohol als Männer: 7 % der Linzer trinken an 6 bis 7 Tagen pro Woche Alkohol, bei Linzerinnen trifft dies nur auf 3 % zu. In allen Altersgruppen trinkt die Mehrheit der Frauen selten (weniger als einmal pro Woche) oder gar keinen Alkohol. Rund ein Viertel der Frauen (konstant über alle Altersgruppen) trinkt an 1 bis 3 Tagen pro Woche Alkohol. Der häufige Konsum (4 bis 7 Tage pro Woche) steigt bei Frauen mit dem Alter. Bei den 50+-Jährigen sind es 11 % der Frauen. Bei Männern sind jene, die selten bzw. nie Alkohol konsumieren, bei den 15- bis 29-Jährigen mit 52 % noch knapp in der Mehrheit. Ab einem Alter von 30 Jahren ist diese Gruppe mit rund einem Drittel jeweils stark in der Minderheit. In der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen trinken 49 % der Männer an 1 bis 3 Tagen pro Woche Alkohol und weitere 16 % an 4 bis 7 Tagen. In der Gruppe der 50+-Jährigen verdoppelt sich der Anteil der häufig konsumierenden Männer auf 30 %.

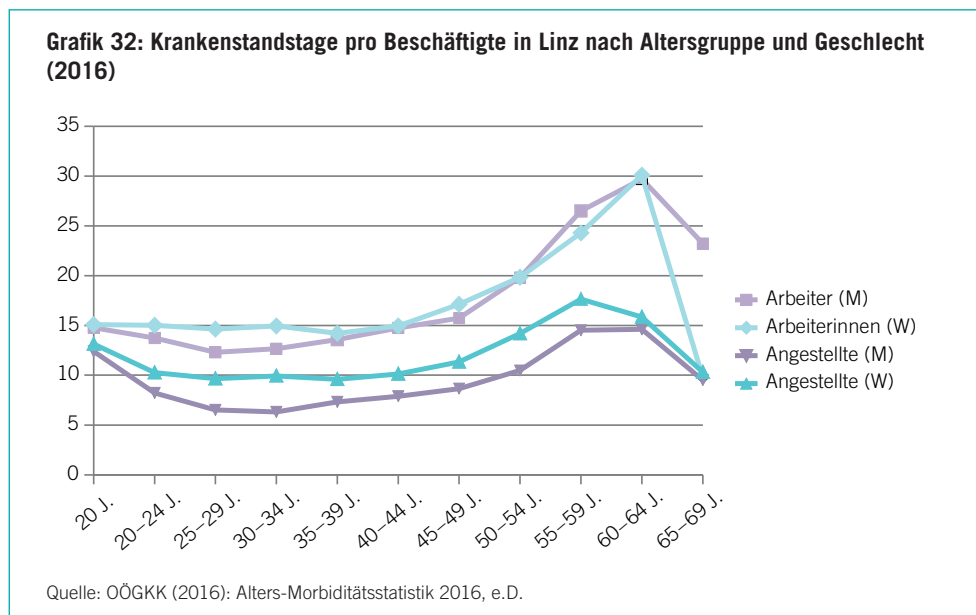
In Gesamtösterreich trinken im Jahr 2015 23 % der Frauen nie oder seltener als einmal pro Monat Alkohol. Bei den Männern sind es rund 14 %. Die Häufigkeit des Alkoholkonsums nimmt auch hier mit dem Alter zu. Außerdem steigt die konsumierte Menge tendenziell mit der Höhe der Schulbildung (Institut Suchtprävention 2015: 53). Beim Alkoholkonsum nach Erwerbstätigkeit konsumieren SchülerInnen/Studierende, Lehrlinge und Arbeitslose überdurchschnittlich, „Hausfrauen“ und Personen im Ruhestand unterdurchschnittlich viel Alkohol (ebd.: 54).

Krankenstand

Krankenstandstage ermöglichen nur bedingt Aufschluss über den Gesundheitszustand: Ihr Schwanken im Zeitverlauf hängt immer auch mit einer Vielzahl anderer Faktoren, wie der individuellen Arbeitsplatzsicherheit, dem Geschlecht und der allgemeinen Arbeitsmarktsituation, zusammen.

ArbeiterInnen haben österreichweit – dies trifft auch für Linz zu – eine höhere Anfälligkeit für Erkrankungen und sind auch länger in Krankenstand. ArbeiterInnen sind durchschnittlich 19,8 Tage pro Jahr im Krankenstand, bei Angestellten sind es 12,1 Tage. Mit steigendem

Alter der Linzer ArbeiterInnen sinkt die durchschnittliche Erkrankungshäufigkeit, aber die Dauer der Krankheit steigt. Dass wir bei den Mitte bis Ende 60-jährigen ArbeiterInnen eine sinkende Entwicklung der Krankenstandstage beobachten (siehe Grafik 32), liegt vermutlich auch daran, dass gesundheitlich stärker belastete ArbeiterInnen früher aus dem Erwerbsleben treten („Healthy Worker Effekt“). Die weiblichen Angestellten sind häufiger und tendenziell länger krank als die männlichen, wenn auch deutlich weniger als die Arbeiterinnen.



Die meisten Krankenstandstage in Linz sind auf Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates, des Atmungssystems und auf Verletzungen/Vergiftungen (inklusive Unfälle) zurückzuführen, wobei letztere vor allem Männer betreffen. Bei Frauen ist eine Arbeitsunfähigkeit aufgrund psychischer und Verhaltensstörungen (z. B. Belastungsstörungen) mit 13% der Krankenstandstage die dritt wichtigste Ursache für eine Arbeitsunfähigkeit. Besonders lange Fehlzeiten sind bei psychischen Erkrankungen (durchschnittlich 42 Krankenstandstage pro Jahr) und bösartigen Neubildungen von Tumoren (rund 40 Krankenstandstage pro Jahr) zu beobachten.

Krankenhausaufenthalte

In Linz weisen jährlich (Drei-Jahres-Durchschnitt 2009–2011) 17,9 Personen pro 1.000 EinwohnerInnen mindestens einen Krankenhausaufenthalt aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen auf (siehe Grafik 33). Dabei gibt es kaum einen Geschlechterunterschied. Die Hauptgründe für die Aufenthalte variieren jedoch erheblich nach Geschlecht: Bei den Männern sind Störungen durch psychotrope Substanzen (z. B. Alkohol) mit 6,2% mehr als doppelt so häufig wie bei Frauen mit 2,6%. Frauen hingegen werden eher aufgrund von affektiven Störungen (z. B. Depressionen) stationär aufgenommen (Frauen: 6,4%, Männer: 4,5%).

Oberösterreichweit fielen im Jahr 2016 5,3% der Spitalsaufenthalte (ohne Geburten) von Frauen auf psychische und Verhaltensstörungen, bei den Männern waren es 5,1%. Auch hier gibt es bei der Anzahl der Aufenthalte kaum Geschlechterunterschiede (Statistik Austria 2018). Ein genauerer Blick auf die Gründe zeigt (österreichweit), dass 71% der Spitalsaufenthalte aus dem Jahr 2008 (leider sind aktuellere Daten diesbezüglich nicht verfügbar) aufgrund alkoholbedingter Störungen Männer betreffen. Spitalsaufenthalte aufgrund affektiver Störungen betreffen hingegen zu 67% Frauen (Bundesministerium für Gesundheit 2011).

Grafik 33: Krankenhausaufenthalte aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen (Betroffene pro 1.000 EinwohnerInnen, 3-Jahres-Durchschnitt)



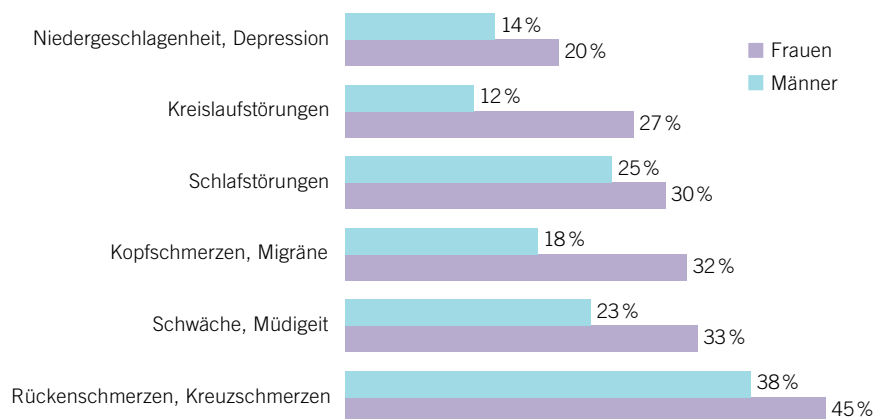
Quelle: Institut für Gesundheitsplanung (2013b):
Gesundheitsbericht Linz 2009–2013, e.D.

Beschwerden

Im Rahmen des Linzer Gesundheitsberichts wurde die Linzer Bevölkerung nach gesundheitlichen Beschwerden gefragt. Beschwerden beeinträchtigen das Wohlbefinden, haben jedoch – so die Definition in dieser Studie – keine Bettlägerigkeit zur Folge.

Wie Grafik 34 zeigt, haben Frauen deutlich öfter Beschwerden als Männer. Rund 45 % der Frauen leiden unter Rücken- oder Kreuzschmerzen, während dies nur auf 38 % der Männer zutrifft. Bei Schwäche und Müdigkeit betragen die jeweiligen Anteile 33 % und 23 %. Rund 27 % aller Frauen leiden unter Kreislaufstörungen, wovon nur 12 % der Männer betroffen sind.

Grafik 34: Beeinträchtigung des Wohlbefindens in % aller LinzerInnen (2012)



Quelle: Institut für Gesundheitsplanung (2013a):
Gesundheitsumfrage – Gesundheitssituation der Linzer Bevölkerung, Chart 10, e.D.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen Bildungsstand, Äquivalenzeinkommen sowie Alter und den gesundheitlichen Beschwerden: LinzerInnen mit abgeschlossener Universitäts- bzw. FH-Ausbildung leiden „nur“ zu 26 % an Rücken- und Kreuzschmerzen. Unter LinzerInnen mit höchstens einem Pflichtschulabschluss oder Lehr- bzw. Berufsschulabschluss sind es hingegen 45 % und bei BMS-AbgängerInnen gar 50 %. Weitere Unterschiede nach Bildungsstand bestehen bei Schwäche und Müdigkeit sowie bei Gelenks-, Nerven-, und Muskelschmerzen. Deutlich wird auch die Rolle des Alters. Der Anteil der LinzerInnen, die unter Beschwerden leiden, nimmt mit dem Alter zu. Auch haben Personen mit einem niedrigeren Äquivalenzeinkommen mehr Beschwerden als Personen mit einem höheren verfügbaren Einkommen. Da bei den niedrigeren Einkommen auch nicht-erwerbstätige Jugendliche (ab 15 Jahren), die aufgrund ihres Alters weniger Beschwerden aufweisen, erfasst werden, wird die Bedeutung von Einkommen auf die Häufigkeit von gesundheitlichen Beschwerden noch unterschätzt. Bei den hier vorgestellten Daten erfolgte leider keine zusätzliche Differenzierung nach Geschlecht.

Ausgewählte Erkrankungen

Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates

Oberösterreichweit waren im Jahr 2016 Frauen und Männer in etwa gleich stark von Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems betroffen: Rund 11 % aller stationären Spitalsaufenthalte von Frauen und 10 % von Männern waren darauf zurückzuführen (Statistik Austria 2018). In Linz stellen „Schäden an der Wirbelsäule“ die häufigste Erkrankung dar, wobei Frauen häufiger betroffen sind als Männer. Mehr als ein Drittel der Linzerinnen (36 %) und 27 % der Linzer leiden „ständig“ oder „immer wieder“ daran. Schäden an der Wirbelsäule nehmen mit steigendem Alter deutlich zu, wobei die höhere Betroffenheit der Frauen mit dem Alter noch leicht steigt.

Starke Unterschiede bei den Schäden der Wirbelsäule gibt es auch nach dem Bildungsstand. Während 17 % der LinzerInnen mit Universitäts- oder FH-Abschluss an solchen Schäden leiden, liegt der jeweilige Anteil bei Personen mit maximal einem Pflichtschulabschluss bei 36 %, bei BMS-AbsolventInnen sogar bei 45 %. Bei Frauen ist der Zusammenhang zwischen einem niedrigeren Bildungsstand und dem Auftreten von Wirbelsäulenerkrankungen stärker als bei Männern.

Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems

Rund 24 % der Linzerinnen haben Probleme mit niedrigem Blutdruck, bei 14 % ist der Blutdruck zu hoch. Während über alle Altersgruppen hinweg mehr Männer ein Problem mit erhöhtem Blutdruck haben als Frauen, ist dieses Verhältnis für Probleme mit niedrigem Blutdruck genau umgekehrt. In der Altersgruppe 50+ haben rund 30 % der Frauen Probleme mit niedrigem Blutdruck, während es bei den Männern nur 8 % sind. Krankenhausaufenthalte bei Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems sind bei Frauen (11 %) aber seltener als bei Männern (15 %). Rund 13 % aller Frauen leiden ständig/immer wieder an Venenentzündungen, Thrombosen oder Krampfadern, bei Männern sind es mit 7 % deutlich weniger.

Diabetes

Insgesamt 7 % aller befragten Männer und 3 % aller befragten Frauen in Linz geben an, an Diabetes erkrankt zu sein. Auch Diabeteserkrankungen steigen mit dem Alter an. In Linz sind in der Altersgruppe 50+ 15 % der Männer und 6 % der Frauen betroffen. Nach derzeitigem Stand (Juni 2018) leiden in Österreich rund 600.000 Menschen an Diabetes (Österreichische Diabetesgesellschaft o.J.). Zuletzt (2012–2014) hat die Diabetes-Typ-2-Inzidenz österreichweit tendenziell abgenommen, sie sank von 409 auf 387 Fälle pro 100.000 EinwohnerInnen (Griebler et al. 2017).

Atemwegserkrankungen

An chronischen Atemwegserkrankungen (chronische Bronchitis oder Lungenemphysem) leiden 5 % der befragten LinzerInnen. Frauen und Männer sind zu gleichen Teilen betroffen. Von akuten Formen der Atemwegserkrankungen (Erkältung, Grippe, Angina, akute Bronchitis) sind Frauen mit 54 % etwas stärker betroffen als Männer mit 50 %.

Psychische Erkrankungen

Psychisch bedingte Krankenstände machen österreichweit 2 % der gesamten Krankenstände aus und sind zwischen 2005 und 2015 um 86 % gestiegen. Bei Frauen war der Anstieg mit 91 % deutlich stärker als bei Männern mit 79 % (vgl. Griebler et al. 2017).

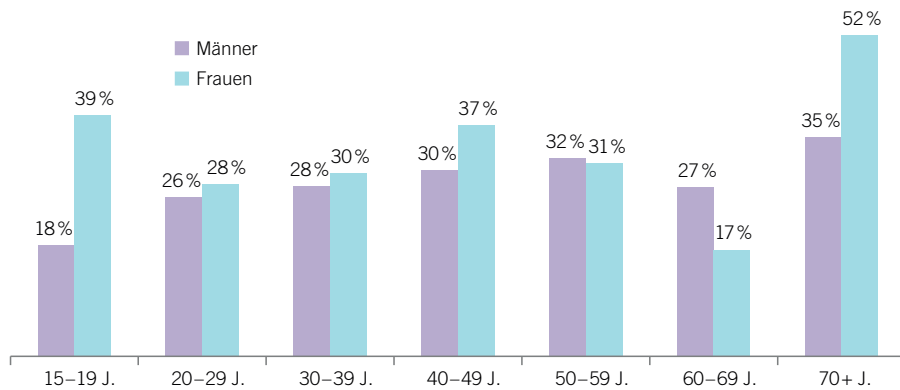
In Österreich sind etwa doppelt so viele Frauen (7,5 %) wie Männer von ärztlich diagnostizierten Depressionen betroffen. Dieser starke Unterschied besteht über alle Altersgruppen hinweg. Nicht alle Depressionen werden aber diagnostiziert. Schätzen sich die ÖsterreicherInnen diesbezüglich selbst ein, zeigen sich kaum Geschlechterunterschiede. Rund 2,1 % der Frauen und 1,8 % der Männer schätzen, dass sie an einer Depression erkrankt sind, haben aber (noch) keine Diagnose (ebd.).

In Linz sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Depressionen geringer als auf Bundesebene, aber dennoch vorhanden. Insgesamt leiden rund 8 % der LinzerInnen unter (selbsteingeschätzten) Depressionen. Bei Frauen sind es mit 9 % mehr als bei Männern mit 7 %.

In der Gesundheitsbefragung 2012 wurde anhand des WHO Wellbeing 5 Fragebogens³⁵ für Linz ermittelt, dass rund 30 % der Linzer Bevölkerung an einer depressiven Verstimmung leiden; bei Frauen sind es mit 32 % etwas mehr als bei Männern mit 29 %. Die Altersgruppe mit den höchsten Werten sind 70+-Jährige mit 44 % (siehe Grafik 35). Personen mit Pflichtschulabschluss als höchste abgeschlossene Bildung sind mit 36 % doppelt so häufig betroffen wie Personen mit einem tertiären Abschluss einer Universität oder FH. Mit 47 % sind Personen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch deutlich stärker betroffen als Personen, deren Muttersprache Deutsch ist. Auch der Zusammenhang mit dem Äquivalenzeinkommen wird erneut deutlich: Je höher das Einkommen, desto geringer wird der Anteil der an depressiven Verstimmungen erkrankten Personen. Während bei den Personen mit weniger als 1.000 Euro pro Monat Männer mit 47 % etwas stärker betroffen sind als Frauen mit 41 %, dreht sich das Verhältnis in der Personengruppe der Personen, die zwischen 1.501 und 2.000 Euro beziehen. In dieser Gruppe sind Frauen mit 35 % deutlich stärker betroffen als Männer mit 19 %. Letztlich findet die Gesundheitsbefragung auch einen Zusammenhang zwischen höherer beruflicher Unzufriedenheit und dem häufigeren Auftreten depressiver Verstimmungen.

35 „Der WHO Wellbeing 5 Fragebogen ist ein standardisiertes Instrument, das Aussagen zum psychischen Wohlbefinden einer Person zulässt. Der Fragebogen setzt sich aus 5 Fragen zusammen: „Während der letzten zwei Wochen fühlte ich mich fröhlich und gut gelaunt.“ „Während der letzten zwei Wochen fühlte ich mich ruhig und entspannt.“ „Während der letzten zwei Wochen fühlte ich mich aktiv und vital.“ „Während der letzten zwei Wochen fühlte ich mich beim Aufwachen frisch und ausgeruht.“ „Während der letzten zwei Wochen erlebte ich täglich eine Fülle von Dingen, die mich interessieren.“ Jeder einzelnen Antwort wird ein Punktwert (zwischen 0 und 5) zugewiesen. Die Punkte aller fünf Antworten werden addiert. Erreicht ein Befragter [sic] eine Punkteanzahl von 13 oder weniger, kann dies ein Anzeichen einer depressiven Verstimmung sein“. (Institut für Gesundheitsplanung 2013a: Chart 17).

Grafik 35: Anteil von LinzerInnen mit Anzeichen einer Depression nach Altersgruppen (in %, 2012)

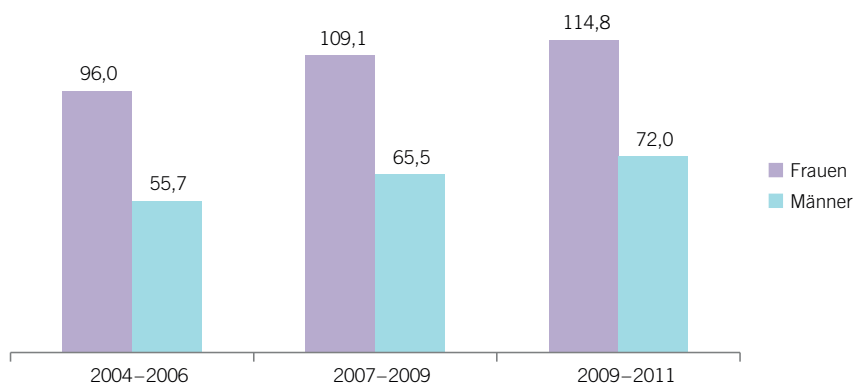


Quelle: Institut für Gesundheitsplanung (2013a): Gesundheitsumfrage – Gesundheitssituation der Linzer Bevölkerung, interne Kommunikation, e.D.

Verordnung von Antidepressiva

Rund 10% der bei der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse versicherten LinzerInnen wurden in der Periode 2009–2011 Antidepressiva verordnet. Da Frauen, wie bereits gezeigt, häufiger von Depressionen betroffen sind, gibt es auch bei der Verordnung von Antidepressiva Geschlechterunterschiede. Durchschnittlich 115 Frauen aber nur 72 Männer pro 1.000 Versicherten werden pro Jahr Antidepressiva verschrieben (siehe Grafik 35). Bei den verordneten Antipsychotika gibt es hingegen kaum Geschlechterunterschiede. Arbeitsunfähigkeit (Verordnungen von Krankenstand) aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen tritt bei Frauen mit 43 Betroffenen häufiger auf als bei Männern mit 24,6 Betroffenen pro 1.000 Versicherten.

Grafik 36: LinzerInnen mit Antidepressivaverordnung (Betroffene pro 100.000 EinwohnerInnen, Drei-Jahres-Durchschnitt)



Quelle: Institut für Gesundheitsplanung (2013b): Gesundheitsbericht Linz 2009–2013, e.D.

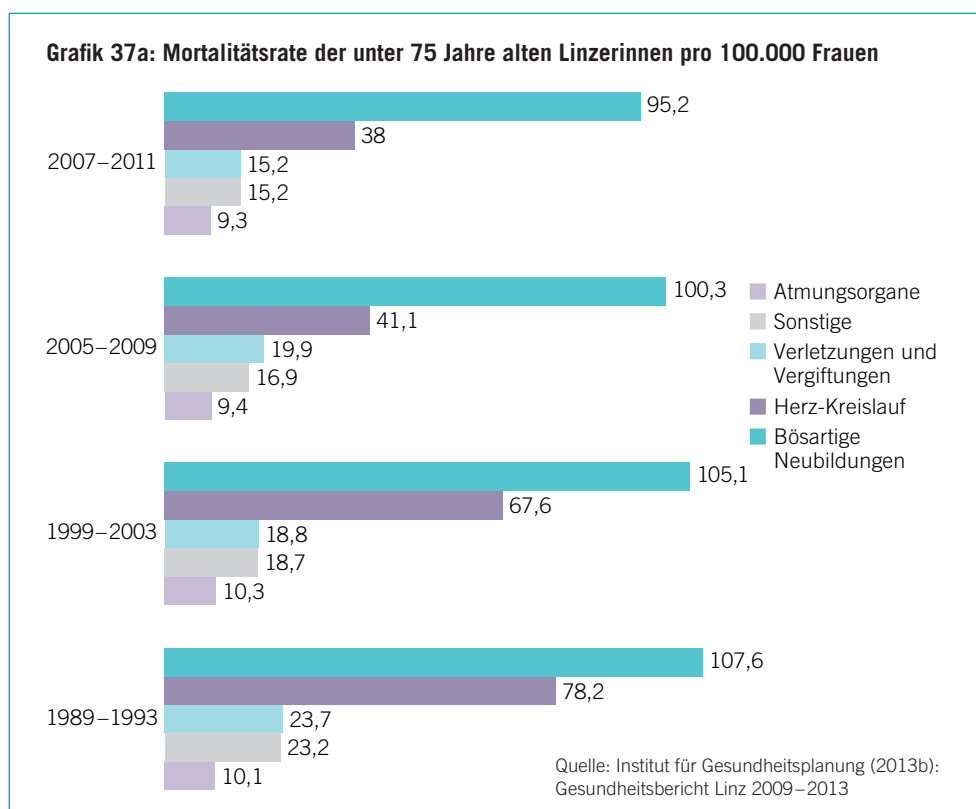
Suizide

Zu Suiziden gibt es für Linz im Gesundheitsbericht keine Daten. In Oberösterreich begingen im Jahr 2017 170 Männer und 37 Frauen Selbstmord. Der Großteil der Selbstmorde findet bei beiden Geschlechtern ab 45 Jahren statt. Österreichweit begehen etwa 1.300 Menschen jährlich Suizid, wobei rund drei Viertel von Männern begangen werden. Zwischen 2005 und 2015 ist die Suizidrate bei Männern jedoch gesunken, während sie bei Frauen relativ konstant blieb: Die Suizidrate sank bei Männern pro 100.000 Einwohner von 30,6 Suiziden im Jahr 2005 auf 24,1 im Jahr 2015. Die der Frauen sank etwas weniger stark von 8,2 Suiziden in 2005 auf 6,3 in 2015 pro 100.000 Einwohnerinnen (Griebler et al. 2017).

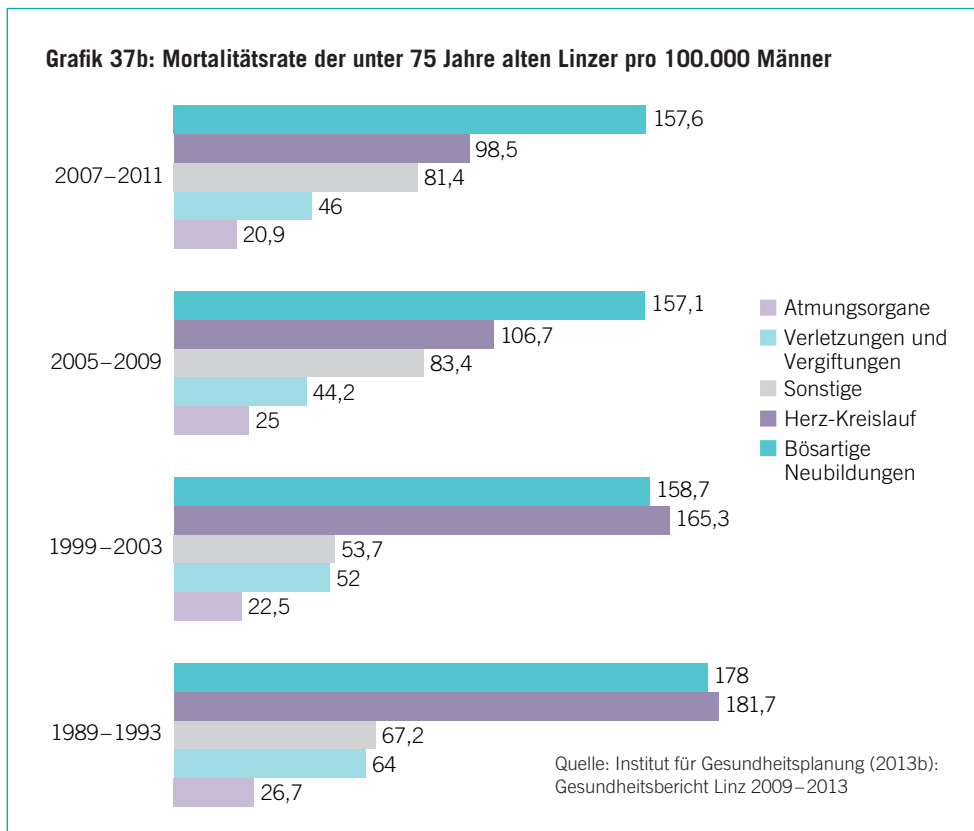
Lebenserwartung und Mortalität

Die Lebenserwartung der LinzerInnen hat in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Sie betrug bei Linzer Frauen im Jahr 2011 (letztes verfügbares Jahr für Linz) bei der Geburt 83,2 Jahre, bei Männern 76,9 Jahre. Diese Daten decken sich in etwa mit jenen aller ÖsterreicherInnen (2016, Frauen: 83,7 Jahre, Männer: 78,9 Jahre) (Griebler et al. 2017). Siehe dazu auch das Kapitel „Soziodemografie“.

Aus den altersstandardisierten Mortalitätsraten³⁶ der LinzerInnen (siehe Grafiken 37a, b) kann abgelesen werden, dass die Mortalität von Menschen unter 75 Jahren bei Frauen unabhängig von der Todesursache deutlich niedriger ist als bei Männern.



³⁶ Die Mortalitätsrate ist die Zahl der Todesfälle pro 100.000 EinwohnerInnen. Da regionale Populationen in ihrer Altersstruktur teilweise stark voneinander abweichen, wird zur Berechnung der altersstandardisierten Mortalitätsraten eine frei wählbare „Standardpopulation“ – in unserem Fall die alte Europastandardbevölkerung herangezogen. Dadurch können Mortalitätsraten räumlich verglichen werden, ohne dass unterschiedliche Altersstrukturen und Geschlechterproportionen die Aussagen verzerren.

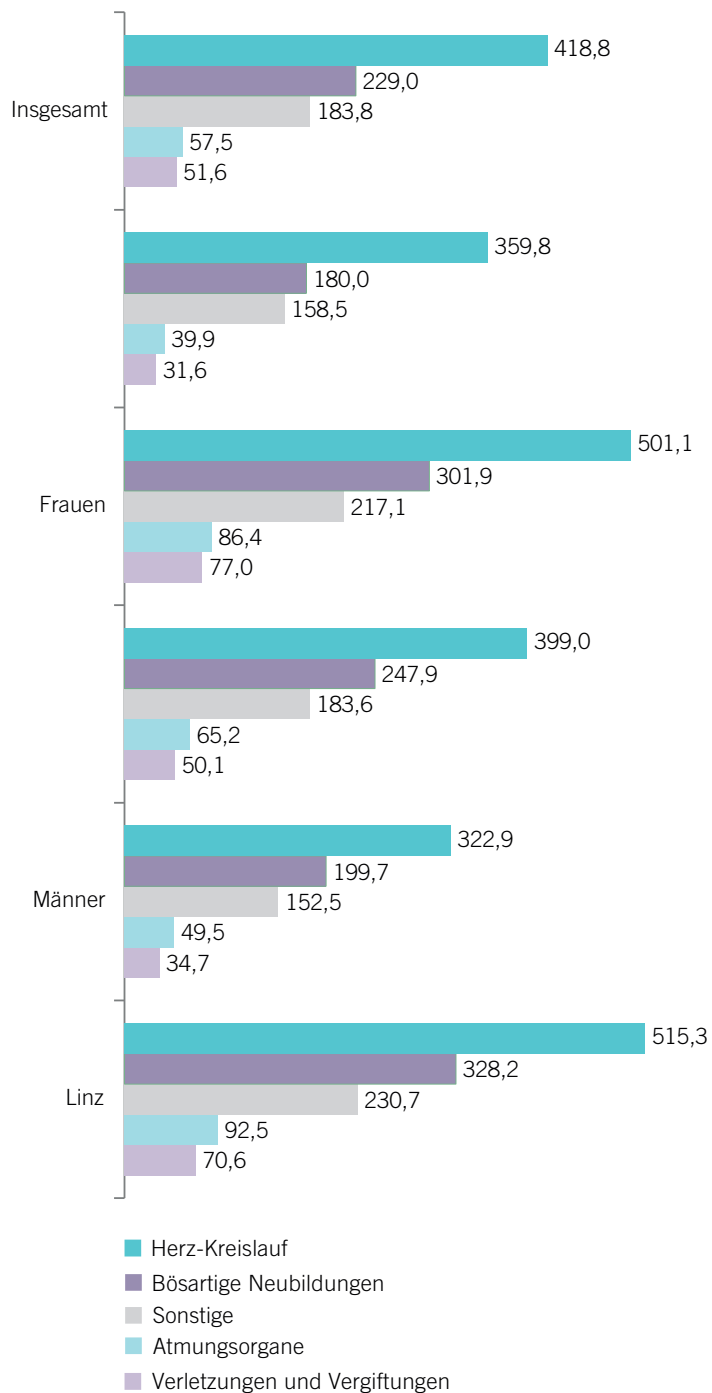


Die häufigsten Ursachen für ein verfrühtes Ableben der LinzerInnen (unter 75 Jahren) waren im Jahr 2011 bei beiden Geschlechtern bösartige Neubildungen (Tumore). Im Jahresdurchschnitt (2007–2011) starben daran 95,2 von 100.000 Frauen unter 75 Jahren. Bei den Männern waren es 157,6 pro 100.000 Männer. Bei den Männern stagniert diese Zahl seit 1999–2003, bei den Frauen ist eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Bei den Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die insgesamt die häufigste Todesursache der LinzerInnen darstellen und die zweithäufigste bei den frühzeitig Versterbenden, ist im Zeitraum von 1989–1993 bis 2007–2011 eine stark rückläufige Entwicklung bei beiden Geschlechtern zu beobachten. Im Zeitraum 1989–1993 starben 181,7 Männer pro 100.000 Männern unter 75 Jahren an Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems. 2007–2011 waren es „nur“ noch 98,5. Bei den Frauen sank die Zahl im selben Zeitraum von 78,2 auf 38,0 Personen. Auch die Mortalitätsraten aufgrund anderer Erkrankungen sind tendenziell rückläufig, wenn auch nicht so stark.

Weltweit – und auch österreichweit – ist der Herz-Kreislauf-Tod die führende Todesursachengruppe für Frauen (45%) und für Männer (41%) (Griebler et al. 2017: 63 f). An zweiter Stelle der häufigsten Todesursachen von Frauen und Männern kommen österreichweit wie auch in Linz bösartige Neubildungen (Krebserkrankungen).

Die aktuellsten Mortalitätsraten für Linz und für Oberösterreich (siehe Grafik 38) liegen als Drei-Jahres-Durchschnitt für 2014–2016 vor und betreffen die Mortalität der gesamten Bevölkerung, im Gegensatz zu den bereits besprochenen Mortalitätsraten der frühzeitig Versterbenden. In Oberösterreich sterben rund 500 Männer pro 100.000 Männer und rund 360 Frauen pro 100.000 Frauen an Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems, in Linz ist der Unterschied zwischen Frauen und Männern mit 515 zu 323 noch größer. In Linz sterben jeweils mehr Frauen und Männer an bösartigen Neubildungen als im oberösterreichischen Durchschnitt.

Grafik 38: Mortalitätsraten 2014–2016 (jeweils auf 100.000 Frauen/Männer) für Linz und Oberösterreich



Quelle: Land Oberösterreich (2018): Altersstandardisierte Mortalitätsraten 2014–2016, e.D.

➔ Exkurs: Sexualität und Geschlechteridentität

Sexualität, Reproduktion und Geschlechteridentität haben einen starken Bezug zur Gesundheit: Beispielsweise sind weltweit ein Drittel aller Gesundheitsprobleme von Frauen zwischen 15 und 44 Jahren sexueller oder reproduktiver Natur (World Health Organization 2015).

Mit der Ansage „Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine!“, trug schon die Neue Autonome Frauenbewegung der 1970er-Jahre die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung von Frauen über ihre biologische Reproduktion lautstark in die Öffentlichkeit. Mit dem Slogan „Mein Bauch gehört mir!“ wurde nicht nur dieses Selbstbestimmungsrecht eingefordert, sondern auch jenes über den eigenen Körper, die eigenen Sexualitäten und das eigene Leben.

In den letzten 40 Jahren haben sich in Bezug auf Sexualität und Körperlichkeit von Frauen ambivalente gesellschaftliche Entwicklungen vollzogen. Verschiedene rechtliche Reformen – von der Fristenlösung bis zum Gesetz über eingetragene PartnerInnenschaften – haben bessere Rahmenbedingungen für dieses selbstbestimmte Leben geschaffen. Zugleich hat das Thema Sexualität aber nicht an politischem Konfliktstoff verloren, was wiederkehrende Debatten um die Fristenlösung oder um das Adoptionsrecht von gleichgeschlechtlichen Paaren zeigen. Die Forderung nach kostenlosen Verhütungsmitteln für unter 18-Jährige³⁷ wird von den Grünen, SPÖ und NEOS unterstützt (vgl. Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch 2017).

Die gesellschaftliche Relevanz von leistbarem Zugang zu Verhütungsmitteln zeigt der Österreichische Verhütungsreport (Gynmed Ambulatorium Wien 2015), der darauf hinweist, dass bei einer Kostenübernahme von Verhütungsmitteln, etwa durch Krankenkassen, 65% der jungen Männer (zwischen 16 und 20 Jahren) und 58% der jungen Frauen auf eine wirksamere – aber damit eben meist teurere – Verhütungsmethode umsteigen würden. Dadurch könnten sich Teenagerschwangerschaften reduzieren, die zwar weniger werden, aber dennoch ein Thema sind: Zwischen den Jahren 1998 und 2004 lag der Anteil der Geburten von Müttern im Teenager-Alter an allen Geburten in Österreich relativ konstant bei rund 4%. In der Folge hat sich der Anteil bis ins Jahr 2014 auf 2,1% nahezu halbiert (Griebler et al. 2017: 202). Pro Jahr beenden in Österreich rund 1.500 Mädchen und junge Frauen zwischen 11 und 18 Jahren bestehende Schwangerschaften durch eine chirurgische Abtreibung (Bundesministerium für Gesundheit 2011: 38). Neben dem Zugang zu verlässlichen Verhütungsmethoden werden auch mangelnde Aufklärung, das soziale Umfeld oder schlechter Zugang zu GynäkologInnen als Gründe für eine höhere Abtreibungsrate in dieser Altersgruppe angegeben (vgl. ebd.). Auch hier gibt es entsprechenden politischen Handlungsbedarf.

Bewegung gibt es in einem etwas anderen Aspekt der Gesundheit, in Zusammenhang mit der Geschlechtsidentität. Seit Juni 2018 wird Transsexualität in der Internationalen Klassifikation der Krankheiten der WHO (ICD-11) nicht mehr als psychische Störung angesehen (World Health Organization 2018). Dies stellt einen wichtigen Erfolg für Transpersonen dar, deren Identität nun nicht mehr durch die WHO pathologisiert wird.

Ebenfalls im Juni 2018 entschied der österreichische Verfassungsgerichtshof – nicht zuletzt aufgrund einer oberösterreichischen Klage –, dass intersexuelle Personen ein Recht auf adäquate Bezeichnung ihres Geschlechtseintrages im Personenstandsregister (etwa durch „divers“, „inter“ oder „offen“) haben (Verfassungsgerichtshof 2018). Auch diese Entwicklung ist als äußerst positiv zu bewerten, denn Interessensvertretungen von intersexuellen Personen kämpfen schon sehr lange um rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung ihres Geschlechts. Dies ist auch von gesundheitlicher Bedeutung, denn in vielen Fällen werden intersexuelle Kinder nach wie vor chirurgisch entweder dem weiblichen oder männlichen Geschlecht „angepasst“, was schwerwiegende physische und psychische Schäden zur Folge haben kann.

³⁷ SPÖ und Grüne fordern dies auch für Frauen mit keinem oder geringem Einkommen.

Trotz der politischen Relevanz des Themenblocks Sexualität und Körperlichkeit muss auf eine detaillierte quantitative Beschreibung der diesbezüglichen Situation von Frauen in Linz verzichtet werden, da diesbezüglich wenige statistische Daten zur Verfügung stehen. Dass detaillierte Daten über Sexualität, sexuelle Orientierung oder Reproduktionsverhalten nicht systematisch erfasst werden, kann allerdings hinsichtlich Datenschutz und Wahrung der Intimsphäre auch als positiv bewertet werden.

➔ Exkurs: Gewaltverhältnisse

Geschlechtsspezifische Gewalt stellt für Frauen ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar. In Österreich wird jede fünfte Frau ab dem vollendeten 15. Lebensjahr Opfer von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt (European Union Agency for Fundamental Rights 2014). Mit der Ratifizierung der Istanbul Konvention hat sich Österreich 2014 dazu verpflichtet, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und entsprechende Präventionsmaßnahmen zu implementieren. Um diesem Ziel nachzukommen, sind ausreichend finanzierte Opferschutzeinrichtungen und Beratungsstellen, die nach wie vor stark frequentiert sind, unerlässlich. Seit 2011 sind auch Spitäler gesetzlich verpflichtet, Opferschutzgruppen einzurichten. So hat das Kepler Universitätsklinikum/Med Campus III ein Gewaltopferbetreuungsteam, das mit anderen Institutionen, wie etwa der Polizei oder Gewaltschutzeinrichtungen, vernetzt ist.

Im Jahr 2015 suchten österreichweit 3.331 Frauen und ihre Kinder Zuflucht in einem Frauenhaus (Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence 2016: 8). Das Gewaltschutzzentrum in Oberösterreich hat im Jahr 2016 insgesamt 2.352 KlientInnen beraten. Der Frauenanteil betrug dabei 81,3% und bei 30% der KlientInnen bestand ein Migrationskontext. Zudem wurden 1.293 Betretungsverbote nach § 38a Sicherheitspolizeigesetz verhängt. In Linz wurden 2016 insgesamt 722 Klientinnen gezählt (Gewaltschutzzentrum Oberösterreich 2016).

Im autonomen Frauenzentrum Linz stellen Beratungen zum Thema „sexualisierte/ körperliche Gewalt“ ebenfalls einen Schwerpunkt dar. Zwischen 2012 und 2015 befassten sich 35% bis 39% der Beratungen mit diesem Thema. In den Jahren 2016 und 2017 lag dieser Wert bei 23% und 27% und damit wieder auf dem Niveau von 2011 (Autonomes Frauenzentrum 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017). Dieser prozentuale Rückgang bedeutet jedoch keinen Rückgang der absoluten Fälle von Frauen, die von körperlicher oder sexualisierter Gewalt betroffen sind. Zudem bietet das Frauenzentrum eine Prozessbegleitung für Opfer körperlicher oder sexualisierter Gewalt an. Leider gibt es keine weiteren publizierten Informationen bezüglich der Inanspruchnahme dieses Angebots und des Ausgangs diesbezüglicher Verfahren.

Die Dokumentation des Gewaltschutzzentrums Oberösterreich zeigt, dass viele Frauen bereits im jungen Alter Gewalterfahrungen gemacht haben: In Oberösterreich – Zahlen zu Linz liegen hier nicht vor – waren im Jahr 2016 rund 13,5% der KlientInnen Personen bis 21 Jahre. Von Gewaltsituationen in der Familie waren in Oberösterreich im letzten Jahr mehr als 1.070 Kinder betroffen (vgl. Gewaltschutzzentrum Oberösterreich 2016).

Seit der Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 kamen laut der United Nations Refugee Agency rund 950.000 Geflüchtete und MigrantInnen, darunter viele Frauen, in Europa an (UNHCR/UNFPA/WRC 2015). Frauen sind auf der Flucht und auch nach ihrer Ankunft in Europa stark gewaltgefährdet. Eine Feldstudie der United Nations Refugee Agency (UNHCR), United Nations Population Fund und der Women's Refugee Commission (WRC) (UNHCR/UNFPA/WRC 2015) in Griechenland und Mazedonien zeigt, dass viele Frauen auf der Flucht Erfahrungen von sexueller Gewalt und/oder Vergewaltigung machen. Viele Frauen entkommen dem Menschenhandel. Diese Frauen sind laut der Studie stark traumatisiert, bekommen aber in den

Flüchtlingslagern nur unzureichende psychische und medizinische Hilfe. Die Studie kritisierte auch, dass schwangere Frauen mit erheblichen gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben, da das medizinische Personal nur unzureichend ausgebildet ist oder keine weiblichen Ansprechpersonen vorhanden sind.

Obwohl sich Österreich zum Schutz von Asylwerberinnen bekannt hat, wird laut der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zu wenig von der österreichischen Regierung unternommen, um diesen Frauen Schutz zu gewähren, beispielsweise haben asylsuchende Frauen derzeit in Linz und OÖ keinen ausreichenden Zugang zu Frauenhäusern (vgl. FRA 2016, Frauenhaus Linz o.J.).

Die hohe Gewaltgefährdung von Frauen mit Fluchthintergrund verdeutlicht erneut, dass Frauen in prekären sozialen und ökonomischen Lagen einer erhöhten Gewaltgefährdung ausgesetzt sind.

TRENDS

- Frauen- und Männergesundheit hängt einerseits vom Alter der Person ab und ist andererseits stark durch sozioökonomische Faktoren wie Bildung und Einkommen beeinflusst.
- Mit der abnehmenden Gesundheit im Alter sinkt auch die subjektive gesundheitliche Verfassung der LinzerInnen.
- Frauen in allen Altersgruppen leiden deutlich häufiger an Schäden der Wirbelsäule als jeweils gleichaltrige Männer.
- Frauen sind stärker von Depressionen betroffen als Männer. Anzeichen einer Depression sind gerade bei Frauen weniger vom Alter abhängig als vom Bildungsstand bzw. finanziellen Problemen.
- Armutsgefährdung bzw. manifeste Armut sind Gesundheitsrisiken, v.a. auch bei älteren und alten Frauen.

LÜCKEN

- Es fehlen nach Herkunft und Geschlecht differenzierte Daten über die Gesundheitssituation von Menschen in Linz.
- Es fehlen Daten zur Gesundheitssituation von LinzerInnen mit Behinderungen. Wie der Österreichische Frauengesundheitsbericht verdeutlicht, ist eine Differenzierung nach Geschlecht wichtig, da Frauen mit Behinderungen oft spezifische Probleme erfahren.
- Informationen über die gesundheitliche Situation Linzer AlleinerzieherInnen sind wünschenswert.
- Linz- und Oberösterreich-spezifische Daten über die Gesundheitsversorgung geflüchteter Frauen fehlen.
- Daten über Gewalterfahrungen Linzer Frauen fehlen.
- Eine Erhebung zu den gesundheitlichen Bedürfnissen von SexarbeiterInnen in Linz wäre wünschenswert.

DISKUSSION UND REFLEXION DES STATUS QUO

Gesundheitszustand, Beschwerden und Gesundheitsverhalten der Linzerinnen unterscheiden sich mit teilweise großer Deutlichkeit von jenen der Männer, aber auch innerhalb verschiedener Gruppen von Frauen. Wie anhand der Ergebnisse des Linzer Gesundheitsberichts 2009–2013 skizziert, hat die ökonomische Situation einen maßgeblichen Einfluss auf die Gesundheit von Frauen in Linz. Ökonomische Schlechterstellung von Frauen und ihre oft nur schlecht gewährleistete Existenzsicherung – mit all den Konsequenzen für soziale Sicherheit, psychische Belastungen, für die Wohnsituationen oder für die Ernährung – sind ein wesentliches Gesundheitsrisiko für Frauen.

Bevor wir nun näher auf die Gesundheit und deren Risiken bei unterschiedlichen Gruppen von Frauen eingehen, erfolgt eine Auseinandersetzung mit den infrastrukturellen Bedingungen der Gesundheitsversorgung in Linz.

Zur Frauengerechtigkeit der gesundheitsbezogenen Infrastruktur in Linz

Die Geschichte der Medizin ist – historisch und sozialwissenschaftlich betrachtet – eine Geschichte der zunehmenden Disziplinierung der Körper (vgl. Foucault 1978, 1983, 2006). Gerade die moderne Schulmedizin versteht Körperlichkeit oft in fragmentierter Art und Weise (Organmedizin) beziehungsweise konzentriert ihr Interesse auf hormonelle und genetische Dispositionen. Das ganzheitliche Körper- und damit Gesundheitsverständnis bleibt der sogenannten Ganzheits- oder Alternativmedizin vorbehalten. Darüber hinaus war auch die Medizin lange durch einen androzentristischen Bias, das heißt von einem Blick von Männern auf Männer, geprägt. Dieser hatte zur Folge, dass das Verständnis von Auswirkungen sozialer, biologischer und psychosozialer Unterschiede zwischen Männern und Frauen auf die Prävalenz bestimmter Erkrankungen, Krankheitsbilder/Symptome oder Therapieerfolge, erst in den 1990er Jahren durch die Gender Medizin Einzug in die medizinische Forschung fand (vgl. Hurrelmann/Kolip 2002, Rieder/Lohff 2008).

Gender Medizin findet auch in Österreich zunehmende Beachtung. Beispielsweise gibt es seit dem Wintersemester 2010 an der Universität Wien einen eigenen Lehrgang „Gender Medicine“, im Studienangebot der 2014 gegründeten Medizinischen Fakultät der Johannes Kepler Universität Linz sind Lehrveranstaltungen zu Gender Medizin verankert und die Gender Medizinerin Alexandra Kautzky-Willer wurde 2016 zur Wissenschaftlerin des Jahres gewählt. Inhaltlich wird im Gebiet der Gender Medizin unter anderem der Frage nachgegangen, welche Geschlechterunterschiede es in den Entstehungsprozessen von Krankheiten gibt und warum. Dabei werden nicht nur biologische Unterschiede, sondern auch der differierende Einfluss von psychosozialen (bspw. unterschiedliche Copingstrategien) und sozioökonomischen (z. B. unterschiedlicher Zugang zum Gesundheitssystem) Aspekten auf Gesundheit und Krankheit untersucht. Sowohl in der Diagnostik als auch in der Therapie und in der Prävention soll das neue Wissen helfen, Frauen und Männer bestmöglich versorgen zu können. Die Gender Medizin wird auch als erster Schritt in Richtung einer personalisierten („maßgeschneiderten“) Medizin gesehen. Dabei geht es auch um die Frage, welche Maßnahmen getroffen werden können, um sozioökonomische Risikogruppen mit medizinischer Vorsorge und gesundheitsförderlichen Maßnahmen bestmöglich anzusprechen (vgl. Rieder/Lohff 2008).

Ansätze frauen- und diversitätsgerechter Gesundheitsversorgung in Linz

Auch in Linz sind Ansätze identifizierbar, Genderkompetenz nachhaltig im Gesundheitssystem zu verankern und zielgruppenspezifische Angebote zu entwickeln. Zu nennen ist hier etwa das Projekt „Gender Friendly Hospital“ am Kepler Universitätsklinikum Linz, Med Campus III,

in dem geschlechtsspezifische Leitlinien für eine frauengerechte Gesundheitsversorgung – dies jeweils versehen mit Zielen und Maßnahmen – entwickelt worden sind (Dieplinger/Labek 2007). Dies spiegelt sich in der Einrichtung des Zentrums für Sozialmedizinische Frauenheilkunde und Gendermedizin wieder. Außerdem sei hier noch auf das Projekt „Migrant Friendly Hospital“ im Kepler Universitätsklinikum Linz, Med Campus III verwiesen, das von der Pflegedirektion durchgeführt wird. Informationen darüber, wie aktiv die festgelegten Ziele in Linz in den letzten Jahren verfolgt wurden und werden bzw. welche Maßnahmen bereits ergriffen wurden, sind jedoch nicht verfügbar.

Bedürfnisorientierte Gesundheitsberatungen für bestimmte Gruppen von Frauen (Alleinerziehende, Migrantinnen, ...) bieten diverse frauen- bzw. migrationsspezifischen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der Stadt Linz an. Zu nennen wäre hier beispielsweise die Sozialberatung „bily“, das Frauengesundheitszentrum Linz und der Verein „migrare – Zentrum von und für MigrantInnen OÖ“. In Letztgenanntem wird (auch muttersprachliche) psychosoziale Beratung speziell für MigrantInnen in Linz und Wels angeboten. In diesen Einrichtungen geht es vor allem um eine Informationsvermittlung und eine Sensibilisierung der Frauen in Bezug auf ein rollenstereotypes Verhalten, das ihre psychische und physische Gesundheit belasten kann. Diese frauen- und migrationsspezifischen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen stellen wesentliche Ressourcen für Linzer Frauen dar. Zugleich sind sie aber mit begrenzten Mitteln ausgestattet: Bei einigen ist es trotz teilweise steigender KlientInnenzahlen zu Kürzungen gekommen, wodurch die gesicherte Fortführung aller Serviceangebote gefährdet ist.

Soziale Lebenslagen und Gesundheitsgefährdung

Wie bereits weiter oben diskutiert wurde, zeigt der Linzer Gesundheitsbericht 2009–2013 (Institut für Gesundheitsplanung 2013a, b) deutlich, dass das Geschlecht auch in Verbindung mit sozioökonomischen Variablen wie Bildungsstand oder Einkommen einen Einfluss auf die psychische und physische Gesundheit von Frauen und Männern hat. Viele Krankheiten und Beschwerden variieren mit dem Bildungsstand oder dem Einkommen. Personen mit geringem Bildungsstand, die mit großer Wahrscheinlichkeit ein geringeres Einkommen erzielen, sind durch unterschiedliche Arbeitsplatzbelastungen (schwere körperliche oder psychisch belastende Arbeit, beispielsweise Pflege, Bau), oder durch ein gesundheitsschädigendes Verhalten (wenig Sport, ungesunde Ernährung, Tabakkonsum als dysfunktionale Copingstrategie im Umgang mit erhöhtem Stress) stärker von bestimmten Gesundheitsrisiken betroffen. Spezielle Gruppen von Menschen, die aufgrund sozioökonomischer Einflussfaktoren stärker gefährdet sind, sind MigrantInnen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen oder Sexarbeiterinnen. Die gesundheitliche Lage dieser Personengruppen in Linz zu ermitteln ist kaum möglich, da die vorhandenen Daten der Gesundheitsbefragung dafür nicht detailliert genug sind. Im Folgenden soll jeweils kurz umrissen werden, was wir über die Gesundheitssituation dieser Menschen in Linz, in Oberösterreich bzw. in Österreich insgesamt, wissen.³⁸

Zur gesundheitlichen Lage von MigrantInnen

MigrantInnen sind tendenziell mit umfassenden Benachteiligungsstrukturen konfrontiert. Ihre ökonomische Schlechterstellung, ihre hohe Armutsgefährdung sowie tendenziell prekäre Beschäftigungsverhältnisse stellen ein erhöhtes Gesundheitsrisiko dar. Dazu kommen oftmals noch ein rechtlich ungesicherter Status sowie ein gesamtgesellschaftlich xenophobes Klima, was verschärfend gesundheitsbelastend wirken kann.

³⁸ Alle Angaben sind, sofern nicht anders gekennzeichnet, den zwei Publikationen des Instituts für Gesundheitsplanung (2013a, b) entnommen.

Diese Belastungen sind auch in den Ergebnissen des Gesundheitsberichts Linz 2009–2013 reflektiert. MigrantInnen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft und mit nichtdeutscher Muttersprache sind sowohl mit ihrer beruflichen als auch mit ihrer Wohnsituation deutlich weniger zufrieden als ÖsterreicherInnen bzw. Personen mit deutscher Muttersprache. Während rund drei Viertel der ÖsterreicherInnen (sehr) zufrieden mit ihrer beruflichen Situation sind, sind es bei Personen ohne österreichischer StaatsbürgerInnenschaft mit 56 % weit weniger.

Bei der Wohnsituation sind jeweils 12 % der ÖsterreicherInnen bzw. Personen mit deutscher Muttersprache weniger/gar nicht zufrieden, bei den nichtösterreichischen StaatsbürgerInnen ohne deutscher Muttersprache sind es mit 30 % mehr als doppelt so viele. Auch Menschen, die die österreichische StaatsbürgerInnenschaft besitzen, aber nicht Deutsch als Muttersprache haben, sind 29 % weniger bzw. gar nicht zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Rund 12 % der nichtösterreichischen StaatsbürgerInnen und 14 % der Personen mit nichtdeutscher Muttersprache fühlen sich durch ihre Wohnsituation (Lärm, schlechte Luftqualität, fehlende Grünflächen) sogar stark belastet. Dementsprechend ist auch der subjektiv eingeschätzte Gesundheitszustand bei den Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache schlechter. Rund 13 % fühlen sich gesundheitlich (sehr) schlecht, Personen mit deutscher Muttersprache „nur“ zu 5 %. Letztere fühlen sich zu 74 % (sehr) gut, bei jenen mit anderer Muttersprache sind es 63 %. Hinsichtlich depressiver Verstimmungen sind 47 % der Personen mit nichtdeutscher Muttersprache betroffen, bei Personen mit deutscher Muttersprache sind es mit 28 % deutlich weniger.

Personen, die durch eine fehlende (angemeldete) Erwerbstätigkeit nicht ins Sozialversicherungssystem integriert sind, erleben in Folge einen durch mangelnde finanzielle Ressourcen stark eingeschränkten Zugang zum österreichischen Gesundheitssystem. Dieser Umstand betrifft Frauen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerinnenschaft aller Wahrscheinlichkeit nach stärker als Österreicherinnen, da ihre Erwerbsquoten, wie bereits gezeigt, niedriger sind.

Zur gesundheitlichen Lage von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen

Zur gesundheitlichen Situation von Linzer Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen sind wenige empirische Daten zugänglich. In Statistiken – auch jenen diverser soziokultureller Beratungseinrichtungen – und in Berichten bleiben sie häufig unsichtbar. Hier ist großer Forschungsbedarf zu identifizieren. Wir können jedoch davon ausgehen, dass die Situation der Linzerinnen mit Behinderungen ähnlich jener in Gesamtösterreich ist. Die letzte österreichweite Analyse der Gesundheitssituation von Frauen mit Behinderungen erfolgte im Jahr 2015 als Grundlage für den Aktionsplan Frauengesundheit (Schleicher/Pfabigan 2015). Es wird darin festgehalten, dass Frauen mit Behinderungen häufiger institutioneller, häuslicher und sexueller Gewalt ausgesetzt sind als unbeeinträchtigte Frauen. Sie leben vielfach in prekären Verhältnissen und sind im öffentlichen Raum wenig sichtbar. Beeinträchtigte Frauen sind öfter von psychischen Erkrankungen, von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung betroffen als unbeeinträchtigte Personen bzw. als Männer mit Behinderungen (vgl. Schleicher/Pfabigan 2015).

Der letzte österreichische Frauengesundheitsbericht 2010/2011 (Bundesministerium für Gesundheit 2011) weist zudem darauf hin, dass gesellschaftliche Normen bzw. die Tabuisierung von Schwangerschaft und Mutterschaft, Liebe oder Sexualität von Frauen mit Behinderungen zu noch größeren Vorurteilen als bei Männern führe.

Nicht zuletzt entscheidend für das Wohlbefinden von Personen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen – und hier sind auch die vielen älteren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu bedenken – ist die Ausgestaltung der öffentlichen Infrastruktur etwa im Bereich der Nahversorgung, der Gesundheitsversorgung oder der sozialen Infrastruktur. Wenn diese Strukturen

nicht niederschwellig und barrierefrei sind, so ist die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen am alltäglichen Leben und an der gesundheitsbezogenen Infrastruktur nicht oder nicht ausreichend gewährleistet. Ein weiterer Aspekt zur Gewährleistung der Zugänglichkeit der öffentlichen Infrastruktur ist die Frage, inwieweit Behörden und Einrichtungen für Fragen der Behinderungen und Beeinträchtigungen sensibilisiert und geschult sind. Für den medizinischen Bereich gilt diese Forderung im besonderen Maße (vgl. Buchinger/Gschwandtner 2006, 2008).

Zur gesundheitlichen Lage von Alleinerzieherinnen

Zur gesundheitlichen Lage von Alleinerziehenden in Linz liegen keine Daten vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass österreichweite Entwicklungen auch für Linz zutreffen (vgl. Schleicher/Pfabigan 2015; Bundesministerium für Gesundheit 2011).

Alleinerzieherinnen sind psychisch und physisch stärker belastet als Mütter mit PartnerInnen. Sie tragen die volle Verantwortung für ihr/e Kind/er, Haushalt und Finanzen. Alleinerzieherinnen sind zusätzlich bzw. gerade deswegen stärker in den Erwerbsarbeitsmarkt integriert als Mütter mit PartnerInnen. Daraus ergeben sich vielfältige gesundheitliche Belastungen. Mehr als ein Viertel der alleinerziehenden Mütter empfindet die eigene Lebenssituation als schwierig und weitere 23 % sind wenig zufrieden mit den Lebensbedingungen. Knapp 50 % haben Zukunftsängste (bei verheirateten Müttern sind es ein Viertel), und genauso viele plagt das Gefühl der Überforderung bis hin zum Burnout. Nach einer Berliner Studie leiden Alleinerzieherinnen signifikant häufiger an diversen Beschwerden (etwa Schlaflosigkeit, Kreislaufproblemen, Menstruationsbeschwerden), an Erkrankungen (wie etwa Magenerkrankungen sowie Erkrankungen der Atmungsorgane) sowie an psychischen Beeinträchtigungen (etwa Depressionen) (Hermann 1995, zit. nach Pochobradsky et al 2002: 8).

Alleinerzieherinnen nehmen aufgrund mangelnder zeitlicher und finanzieller Ressourcen Gesundheitsleistungen tendenziell seltener bzw. später in Anspruch als verheiratete oder kinderlose Frauen, und lassen Krankheiten nicht rechtzeitig behandeln (Pochobradsky et al 2002: 15; vgl. Schleicher/Pfabigan 2015: 63). Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten erschweren für Alleinerziehende auch die Inanspruchnahme von Therapien, stationären Behandlungen oder Genesungsurlauben. Hier ist auch darauf zu verweisen, dass für Alleinerziehende der gesetzliche Pflegeurlaub oft nicht ausreicht. Gleichzeitig nehmen Alleinerzieherinnen „häufiger als Vergleichsgruppen rezeptfreie Medikamente zur Selbstbehandlung ein – insbesondere Schmerz- und Schlafmittel, die teilweise ein erhebliches Suchtpotenzial beinhalten“ (Hermann 1995, zit. nach Pochobradsky 2002: 15).

Spezifische Daten zur Situation von Alleinerzieherinnen in Linz zu erheben, wäre eine wichtige Voraussetzung, um passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln zu können.

Zur gesundheitlichen Lage von lesbischen Frauen

Über die Gesundheitssituation, gesundheitsbezogene Bedürfnisse oder spezifische Krankheitsrisiken von lesbischen Frauen ist österreichweit wenig bekannt. Aus einer unseres Wissens nach noch nicht publizierten Studie zu Schutz- und Risikofaktoren psychischer Gesundheit von LGBTQI Jugendlichen und jungen Erwachsenen gibt es Hinweise, dass nicht-heterosexuelle bzw. nicht-cis-geschlechtliche junge Erwachsene³⁹ eine stärkere psychische Belastung und eine geringere Lebenszufriedenheit erfahren (vgl. Siegel/Reigbert/König o.J.). Eine österreichische

39 Die Abkürzung LGBTQI benennt Personen, die ihre sexuelle bzw. geschlechtsbezogene Identität als „lesbian, gay, bi, trans, queer, inter“ bezeichnen. Der Begriff „nicht-cis-geschlechtlich“ benennt Personen, bei denen das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht nicht mit dem gelebten Geschlecht übereinstimmt.

Studie der Gay Cops Austria mit 660 TeilnehmerInnen aus dem Jahr 2014 konstatiert, dass jährlich rund 5 % der LGBTI Personen in Österreich körperliche Gewalt erfahren. Opfer von Hassverbrechen sind am häufigsten junge Männer (18 bis 35 Jahre) (vgl. Hart 2015).

Aus Australien gibt es auch Hinweise darauf, dass lesbische Frauen signifikant weniger an Screenings für Gebärmutterhalskrebs teilnehmen (vgl. bei Frauengesundheitszentrum Kärnten o.J.).⁴⁰ Es gibt Bedenken, dass gerade junge lesbisch lebende Frauen durch die fehlende Verhütungsfrage lange Zeit keine GynäkologInnen aufsuchen, bzw. auch mit steigendem Alter weniger häufig als heterosexuell lebende Frauen diese Form der Gesundheitsvorsorge in Anspruch nehmen. Eingeschränkte Vertrauensverhältnisse mit GynäkologInnen könnten das Verschweigen der sexuellen Orientierung durch Angst vor Stigmatisierung bewirken und dazu führen, dass bestimmte Aspekte der sexuellen Gesundheit nicht angesprochen werden (vgl. Frauengesundheitszentrum Kärnten o.J.). In einer von der „Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgener Lebensweisen“ (WASt) in Auftrag gegebenen Studie aus dem Jahr 2015, mit 3.161 TeilnehmerInnen und einem eigenen Schwerpunkt zu Gesundheit, geht hervor, dass sich ein hoher Prozentsatz von LGBTIs im Gesundheitssystem nicht outet, allerdings gibt es hier Geschlechterunterschiede. Männer outen sich öfter gegenüber praktischen ÄrztInnen und weniger bei ihren UrologInnen. Frauen hingegen outen sich seltener gegenüber praktischen ÄrztInnen und öfters gegenüber ihren GynäkologInnen (vgl. Schönpflug et al. 2015).

Zur gesundheitlichen Lage von Sexarbeiterinnen

Der Begriff Sexarbeit umschließt die freiwillige legale und nicht-legale Prostitution, aber auch die unfreiwillige Zwangsprostitution. Über die nicht-legale, weil nicht registrierte Prostitution und über unfreiwillige Zwangsprostitution gibt es keine verlässlichen Daten. Durch die Registrierung sind im legalen Bereich dieser Branche ungefähre Größenordnungen, Alter und Herkunft der Sexarbeiterinnen bekannt. Über die Gesundheitssituation von Sexdienstleisterinnen bzw. über ihre gesundheitsbezogenen Bedürfnisse ist in Österreich wenig bekannt. Prostituierte bezahlen in Mietverhältnissen oft ungerechtfertigte Aufschläge, was gerade bei geringem Einkommen zu einer erhöhten finanziellen Abhängigkeit bzw. Verschuldung führen und daher eine psychische Belastung für die Sexarbeiterinnen darstellen kann (vgl. Bundesministerium für Gesundheit 2011). Laut dem Österreichischen Frauengesundheitsbericht (2010/2011) sind 85–90 % der Sexarbeiterinnen nichtösterreichischer Herkunft. In Oberösterreich sind es über 90 % (maiz 2017). Dadurch bestehen große Barrieren bei der Informations- und Aufklärungsarbeit durch Sprachprobleme oder kulturelle Unterschiede. Der in Linz angesiedelte Verein maiz bietet mehrsprachige Infomaterialien⁴¹, persönliche Beratungen und Streetwork speziell für Sexarbeiterinnen an. Im Jahr 2017 wurden über 400 Sexarbeiterinnen via Streetwork betreut und 116 individuelle Beratungen durchgeführt. Auch die von der Caritas ins Leben gerufene Linzer Beratungsstelle LENA bietet kostenlose Beratung und Unterstützung für Menschen, die in Sexuellen Dienstleistungen arbeiten.⁴²

Für eine präventiv wirkende Gesundheitsvorsorge von Sexarbeiterinnen werden kostenfreie Untersuchungsmöglichkeiten in Verbindung mit muttersprachlicher Beratung benötigt und dies speziell dann, wenn Frauen als Sexdienstleisterinnen zu arbeiten beginnen. Auch hier gibt es bereits Modelle, die sich international bewährt haben. In Rumänien beispielsweise fährt ein Wohnmobil mit ärztlichem Personal zu den Sexarbeiterinnen in die Bezirke.

40 Laut dem Cancer Council Victoria herrscht sowohl bei lesbisch lebenden Frauen als auch beim Gesundheitspersonal oft die Fehlannahme vor, dass lesbisch lebende Frauen weniger von sexuell übertragbaren Krankheiten bzw. auch von Gebärmutterhalskrebs betroffen wären (vgl. The Cancer Council Victoria 2006).

41 Siehe die einmal pro Jahr herausgegebene Broschüre „Cupiditas“. <https://www.maiz.at/medien/cupiditas>

42 Siehe <https://www.caritas-linz.at/hilfe-angebote/menschen-in-not/lena-beratungsstelle-fuer-menschen-die-in-der-prostitution-arbeiten-bzw-gearbeitet-haben/>

AUSBLICK: MASSNAHMEN UND MÖGLICHKEITEN

- Schließen der Datenlücken
- Regelmäßige Fortschreibung des Linzer Gesundheitsberichtes unter Ergänzung von Diversitätsmerkmalen
- Regelmäßige geschlechtsdifferenzierte Datenerfassung von Erkrankungen, Diagnose und Therapien (etwa in den Linzer Krankenanstalten) und systematische Nutzung dieser Daten für Gesundheitspolitik und -planung
- Nach einer Erfassung der potenziell unterschiedlichen gesundheitsbezogenen Bedürfnisse von verschiedenen Gruppen von Frauen (z.B. die in diesem Bericht angesprochenen: Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen, Sexarbeiterinnen, Alleinerziehende, Frauen mit niedriger Bildung und wenig Einkommen) sollten diese in die (Planung der) Gesundheitsversorgung einfließen.
- Flächendeckende Implementierung von Gender Mainstreaming⁴³ sowie ihre regelmäßige und transparente Evaluierung unter Berücksichtigung anderer sozialer Diversitätsmerkmale in allen Linzer gesundheitsbezogenen Einrichtungen, um hier die Gender- und Diversitätskompetenz nachhaltig zu verankern
- Aktives Vorantreiben der Gender Medizin, die die unterschiedlichen Bedürfnisse bzgl. Gesundheitswesen und Behandlungsformen auf wissenschaftlicher Basis erhebt
- Steigerung des Anteils weiblicher Expertinnen (auch mit migrantischer Herkunft) im Gesundheitssektor, insbesondere in Entscheidungsfunktionen
- Verpflichtende Einführung von gender- und diversitätsspezifischen Lehrveranstaltungen in allen Linzer Ausbildungsinstitutionen für Gesundheitsberufe, um das generierte Wissen der Gender Medizin zugänglich zu machen
- Adäquate Finanzierung frauenspezifischer Gesundheitseinrichtungen zur Ermöglichung einer niederschweligen Versorgung der Linzer Stadtteile (u.a. psychosoziale Beratung und Begleitung für Migrantinnen, für Alleinerzieherinnen, für junge Mütter in psychischen Krisen etc.)
- Finanzierung von Vernetzungs-, Kooperations- und Koordinationstätigkeiten der frauen-, gesundheits- und soziokulturellen Einrichtungen in der Stadt Linz
- Entwicklung eines übersichtlichen, regelmäßig aktualisierten Katalogs über gesundheitsbezogene Angebote in der Stadt Linz
- Bereitstellung finanzieller Mittel für Krankenhäuser und psychiatrische Kliniken/Einrichtungen zur Verbesserung der psychosozialen Grundversorgung (Beschäftigung von SpezialistInnen für die verschiedenen Problemlagen: SozialarbeiterInnen, RechtsexpertInnen, psychoonkologische BeraterInnen, geriatrisches Personal)
- Schaffung eines Zentrums für psychosoziale Gesundheit (Sozialdienst und psychologischer Dienst) in einem Linzer Krankenhaus
- Intensivierung zielgruppenspezifischer Angebote im Bereich der Sexualaufklärung (kultursensibel, muttersprachlich, niederschwellig), vor allem an Schulen

43 Gender Mainstreaming ist eine für alle Mitgliedstaaten der EU verpflichtende Strategie zur Umsetzung einer Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik. Ziel ist die Implementierung einer Geschlechterperspektive in allen politischen Entscheidungen.

- Aufstockung der staatlichen Finanzierung von Gewaltschutzstellen wie z. B. Frauenhäusern: Gemäß der Istanbul-Konvention muss der Zugang für alle von Gewalt betroffenen Frauen sichergestellt werden. Die Grundfinanzierung sollte gesetzlich verankert werden.
- Die Intensivierung von Kampagnen, die auf die Problematik „Gewalt gegen Frauen“ aufmerksam machen, ist notwendig. Derzeit hat in Österreich nur eine von fünf Frauen Kampagnen zu Gewalt gegen Frauen gesehen und/oder von solchen Kampagnen gehört. Damit liegt Österreich im EU-Vergleich nach Deutschland und Tschechien auf dem letzten Platz (GREVIO 2016).
- Ausbau der Gewaltpräventionsarbeit, vor allem auch in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen
- Einrichtung einer Anlaufstelle für Frauen mit Beeinträchtigungen mit Gewalterfahrung
- Kostenfreie Psychotherapie auf Krankenschein
- Sicherung der Finanzierung von Beratungsstellen für Sexarbeiterinnen (muttersprachliche Beratung, Information, Ermöglichung des Zugangs zu gesundheitlicher Versorgung ohne Bedingungen)
- Zielgruppengerechte Bewerbung der gesundheitsbezogenen Angebote (hinsichtlich Sprache, Settings der Informationsvermittlung etc.)
- Kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln und Notfallkontrazeption
- Finanzierungssicherheit Linzer Jugend-, Familien- und Sexualberatungsstellen
- Öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Bedeutung selbstbestimmter Sexualität für Frauen und Sichtbarmachung nicht-heteronormativer Sexualität
- Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch

QUELLEN

- Autonomes Frauenzentrum (2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017): Tätigkeits- und Jahresberichte der Jahre 2011-2017. <http://www.frauzentrum.at/wp/wir-uber-uns/tatigkeitsberichte-2/>, abgerufen am 26.6.2018.
- Buchinger, Birgit/Gschwandtner, Ulrike (2006): Kärntner Frauen. Gesundheitsprogramm des Frauengesundheitszentrum Kärnten. Villach/Salzburg. https://www.ktn.gv.at/37925_DE-Dateien-Frauen, abgerufen am 22.6.2018.
- Buchinger, Birgit/Gschwandtner, Ulrike (2008): Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen am Salzburger Arbeitsmarkt. Eine qualitative, handlungsorientierte Studie. <http://bidok.uibk.ac.at/library/buchinger-frauen.html>, abgerufen am 19.6.2018.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2018): Gender-Gesundheitsbericht. Schwerpunkt Psychische Gesundheit am Beispiel Depression und Suizid. <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=661>, abgerufen am 21.6.2018.
- Bundesministerium für Gesundheit (2011): Österreichischer Frauengesundheitsbericht 2010/2011. https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/1/6/5/CH1572/CMS1466495497539/frauengesundheitsbericht_kurzfassung.pdf, abgerufen am 13.6.2018.
- Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (2006): Österreichischer Frauengesundheitsbericht 2005/2006. https://goeg.at/sites/default/files/2017-06/Frauen_GB_2006.pdf, abgerufen am 18.6.2018.
- Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (Hg.) (2017): Aktionsplan Frauengesundheit. 40 Maßnahmen für die Gesundheit von Frauen in Österreich. https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/3/1/9/CH1570/CMS1429861129009/ap_frauengesundheit.pdf, abgerufen am 20.6.2018.
- Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz (1995): Austrian Women's Health Profile. Wien.
- Dieplinger, Anna Maria/Labek, Anna (2007): Gender friendly Hospital. Entwicklung von Leitlinien für eine Gesundheitseinrichtung. <https://www.oegkk.at/cdscontent/load?contentid=10008.611631&version=1423576308>, abgerufen am 19.6.2018.
- European Union Agency for fundamental rights (FRA) (2014): Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung. Ergebnisse auf einen Blick. <http://fra.europa.eu/de/publication/2014/gewalt-gegen-frauen-eine-eu-weite-erhebung-ergebnisse-auf-einen-blick>, abgerufen am 26.6.2018.
- European Union Agency for fundamental rights (FRA) (2016): Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sind einem erhöhten Gewaltisiko ausgesetzt. <http://fra.europa.eu/de/news/2016/frauen-und-madchen-mit-migrationshintergrund-sind-einem-erhohten-gewaltisiko-ausgesetzt>, abgerufen am 26.6.2018.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve Verlag.
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Foucault, Michel (2006): Die Geburt der Biopolitik. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Frauengesundheitszentrum Kärnten (o.J.): Lesbische Frauen und Gynäkologie. <https://www.fgz-kaernten.at/30744.htm>, abgerufen am 20.6.2018.
- Frauenhaus Linz (o.J.): 35 Jahre Frauenhaus Linz. Frauen- und Gesundheitsministerin Rendi-Wagner und LR Birgit Gerstorfer zu Besuch. <http://www.frauenhaus-linz.at/index.htm>, abgerufen am 26.6.2018.
- Frauenreferat des Landes Oberösterreich (2018): Starke Frauen. Starkes Land. Frauen.Leben – Frauenstrategie für Oberösterreich 2030. http://www.frauenreferat-ooe.at/Frauenreferat_Frauenstrategie_A4_RZ-5_Web.pdf, abgerufen am 19.6.2018.
- Gewaltschutzzentrum Oberösterreich (2016): Tätigkeitsbericht 2016. <http://www.gewaltschutzzentrum.at/ooe/taetigkeitsberichte.htm>, abgerufen am 26.6.2018.
- Griebler, Robert/Winkler, Petra/Gaiswinkler, Sylvia/Delcour, Jennifer/Juraszovich, Brigitte/Nowotny, Monika/Pochobradsky, Elisabeth/Schleicher, Barbara/Schmutterer, Irene (2017): Österreichischer Gesundheitsbericht 2016. Berichtszeitraum 2005–2014/2015. Wien, Bundesministerium für Gesundheit und Frauen. <https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/6/7/3/CH1066/CMS1515593643220/gesundheitsbericht2016.pdf>, abgerufen am 13.6.2018.
- Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence (GREVIO) (2016): Österreichischer NGO-Schattenbericht für GREVIO. https://www.frauenring.at/sites/default/files/artikel/GREVIO-Schattenbericht_2016_de.pdf, abgerufen am 26.6.2018.
- Gynmed Ambulatorium Wien (2015): Österreichischer Verhütungsreport. <http://verhuetungsreport.at/sites/verhuetungsreport.at/files/2015/gynmed.pdf>, abgerufen am 28.6.2018.
- Hart, Patrick (2015): LGBTI Gewalterfahrungen - Eine Studie zu Hassverbrechen in Österreich. IG Soziologie Forschung. <https://www.vielfalt.or.at/no-hate/files/LGBTI-Gewalterfahrungen-Bericht-IGSF-2015-digital.pdf>, abgerufen am 6.7.2018.
- Hurrelmann, Klaus/Kolip, Petra (Hg.) (2002): Handbuch Geschlecht und Gesundheit. Männer und Frauen im Vergleich. Bern: Hogrefe Verlag.
- Institut für Gesundheitsplanung (2013a): Gesundheitsumfrage - Gesundheitssituation der Linzer Bevölkerung. <https://gesundheitsplanung.jimdo.com/gesundheitsberichterstattung/lokale-gesundheits-berichterstattung/linz/>, abgerufen am 14.6.2018.
- Institut für Gesundheitsplanung (2013b): Gesundheitsbericht Linz 2009-2013. https://www.linz.at/images/gesundheitsbericht_linz_2009-2013.pdf, abgerufen am 14.6.2018.
- Institut Suchtprävention (2015): Drogenmonitoring Oberösterreich 2015. Ergebnisbericht mit dem Forschungsschwerpunkt Methamphetamine „Crystal Meth“. https://www.praevention.at/fileadmin/user_upload/08_Sucht/Drogenmonitoring_OOE_2015_fin.pdf, abgerufen am 26.6.2018.

- Klingholz, Reiner (2009): Aktionsprogramm der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994. <https://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/entwicklungspolitik/aktionsprogramm-der-kairoer-weltbevoelkerungskonferenz-1994.html>, abgerufen am 20.6.2018.
- Land Oberösterreich (2018): Altersstandardisierte Mortalitätsraten 2014-2016. Interne Kommunikation.
- maiz (2017): Jahresbericht 2017. http://maiz.at/sites/default/files/2018-05/maiz-jahresbericht_2017.pdf, abgerufen am 26.6.2018.
- Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch (MUVS) (2017): Fragen ohne Tabus: Wie stehen die Parteien zu gratis Verhütung und Schwangerschaftsabbruch? <http://de.muvs.org/museum/presse/fragen-ohne-tabu/>, abgerufen am 26.6.2018.
- Oberösterreichische Gebietskrankenkassa (OÖGKK) (2016): Alters-Morbiditätsstatistik 2016. Interne Kommunikation.
- Österreichische Diabetesgesellschaft (o.J.): Zahlen und Fakten – Die Entwicklung. <https://www.facediabetes.at/zahlen-und-fakten.html>, abgerufen am 13.06.2018
- Pochobradsky, Elisabeth/Habl, Claudia/Schleicher, Barbara (2002): Soziale Ungleichheiten und Gesundheit. ÖBIG, Wien. http://www.armutskonferenz.at/files/pochobradsky_ungleichheit_gesundheit-2002.pdf, abgerufen am 28.6.2018.
- Rieder, Anita/Lohff, Brigitte (Hg.) (2008): Gender Medizin. Geschlechtsspezifische Aspekte für die klinische Praxis. 2. Auflage. Wien/New York: Springer Verlag.
- Schleicher, Barbara/Pfabigan, Doris (2015): Gesundheitliche Situation von Frauen in Österreich. Grundlage für die Entwicklung des Aktionsplans Frauengesundheit. https://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/3/1/9/CH1570/CMS1429861129009/bestandsaufnahme_letztfassung_aug2015.pdf, abgerufen am 27.6.2018.
- Schönpflug, Karin/Hofmann, Roswitha/Klapeer, Christine M./Huber, Clemens/Eberhardt, Victoria (2015): Queer in Wien. Stadt Wien Studie zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisequellen, Transgender und Intersex Personen (LGBTIs). Im Auftrag der Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen. <https://www.wien.gv.at/menschen/queer/pdf/studie-queer-in-wien.pdf>, abgerufen am 27.6.2018.
- Siegel, Magdalena/Reigbert, Katharina/König, Dorothea (o.J.): Projektpräsentation „Young & Fabulous: LGBTQI*-spezifische Schutz- und Risikofaktoren der psychischen Gesundheit Jugendlicher und junger Erwachsener“. https://www.google.at/search?q=5+Young+%26+Fabulous+%3A+LGBTQI*+spezifische+Schutz+und+Risikofaktoren+der+psychischen+Gesundheit+Jugendlicher+und+junger+Erwachsener.&rlz=1C1RUCY_deAT786AT786&oq=5+Young+%26+Fabulous+%3A+LGBTQI*+spezifische+Schutz+und+Risikofaktoren+der+psychischen+Gesundheit+Jugendlicher+und+junger+Erwachsener.&aqs=chrome..69l57.670j0j4&sourceid=chrome&ie=UTF-8, abgerufen am 27.6.2018.
- Statistik Austria (2015): Österreichische Gesundheitsbefragung 2014 im Auftrag vom Bundesministerium für Gesundheit. Hauptergebnisse des Austrian Health Interview Survey (ATHIS) und methodische Dokumentation. https://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/4/index.html?includePage=detailedView§ionName=Gesundheit&publd=714, abgerufen am 7.6.2018.
- Statistik Austria (2018): Spitalsentlassungsstatistik, Spitalsentlassungen nach Geschlecht, Wohnbundesland und Entlassungsart. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA, www.statistik.at, abgerufen am 26.6.2018.
- The Cancer Council Victoria (2006): Lesbians need pap tests too. http://www.papscreen.org.au/downloads/resources/brochures/Lesbians_need_Pap_tests_too.pdf, abgerufen am 20.6.2018.
- United Nations Refugee Agency (UNHCR)/United Nations Population Fund (UNFPA)/Women's Refugee Commission (WRC) (2015): Initial assessment report: Protection Risks for Women and Girls in the European Refugee and Migrant Crisis. <http://www.unhcr.org/protection/operations/569f8f419/initial-assessment-report-protection-risks-women-girls-european-refugee.html>, abgerufen am 26.6.2018.
- Verfassungsgerichtshof (2018): Intersexuelle Personen haben Recht auf adäquate Bezeichnung im Personenstandsregister. https://www.vfgh.gv.at/medien/Personenstandsgesetz_-_intersexuelle_Personen.php, abgerufen am 3.8.2018.
- Wimmer-Puchinger, Beate (o.J.): Frauengesundheit in Österreich – eine 10-Jahresperspektive. <https://www.vorarlberg.at/pdf/wimmer-puchinger041005.pdf>, abgerufen am 20.6.2018.
- World Health Organization (WHO) (2018): ICD-11 for Mortality and Morbidity Statistics (2018). <http://www.who.int/health-topics/international-classification-of-diseases>, abgerufen am 26.6.2018.
- World Health Organization (WHO)(2015): Ten top issues for women's health. <http://www.who.int/life-course/news/commentaries/2015-intl-womens-day/en/>, abgerufen am 7.6.2018.

REPRÄSENTANZ UND PARTIZIPATION

Politische Repräsentanz

Soziokulturelle Partizipation

EINBLICK

Wie ist es um die Teilhabe und Teilnahme der Linzerinnen am politischen und soziokulturellen Leben dieser Stadt bestellt? Warum und inwiefern tangiert diese die Lebenssituation der Linzerinnen?

Repräsentanz hat viel mit der strukturellen Verankerung von Interessenvertretungen in einer Gesellschaft zu tun. Zudem geht es auch um die Verteilung von Ressourcen, wie Geld und Macht, wobei sich Macht hier sowohl auf die Definitionsmacht politischer Ziele als auch auf die Gestaltungsmacht bezieht. Daher ist die Frage, wie Frauen in der Stadtpolitik, in politischen Parteien und Organen, in Körperschaften der Stadt Linz oder in interessenspolitischen Institutionen, aber auch in NGOs repräsentiert sind, eine wesentliche. Wie gut sind Frauen in Linz auf der Führungsebene und bei der aktiven Teilhabe am politischen Geschehen, sowie in die Mitbestimmung eingebunden?

Jenseits der zahlenmäßigen Repräsentanz (sex-counting) geht es jedoch auch darum, wie jene Themen, die die Situation von Frauen betreffen und prägen, im öffentlich-politischen Diskurs repräsentiert sind. Haben die Stadt Linz und weitere relevante AkteurInnen wie SozialpartnerInnen etc. die Gleichstellung der Geschlechter auf der politischen Agenda? Und wie sieht es diesbezüglich entlang weiterer sozialer Merkmale wie Alter, Herkunft, Schicht, Behinderungen und sexueller Orientierungen aus?

Schließlich geht es beim Thema der Repräsentanz auch darum, wie öffentliche Mittel verteilt werden, d. h. wie frauenpolitische Interessen und Ziele in den Budgets der Stadt Linz, ihren Einrichtungen und Vereinen repräsentiert sind.

DATENFAKTEN

1. Politische Repräsentanz der Linzerinnen

Politische Funktionen in der Linzer Stadtpolitik

Seit dem ersten Frauenbericht der Stadt Linz im Jahr 2011 hat sich der Frauenanteil in der Linzer Stadtpolitik stark geändert. Während der Frauenanteil 2011 im Großteil der politischen Funktionen unter 40 % lag, ist das nun nur mehr bei den VizebürgermeisterInnen der Fall, da hier derzeit (2018) eine von drei Positionen mit einer Frau besetzt ist (siehe Tabelle 29). Auf einigen Ebenen liegt der Frauenanteil bei oder über 50 %: bei den StadträtInnen (75 %), im Stadtssenat (50 %) und bei den stellvertretenden Vorsitzenden von Ausschüssen (rund 56 %) (Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro 2011).

Zudem haben Ausschüsse tendenziell dann einen hohen Frauenanteil, wenn sie sich mit Themen beschäftigen, die nach tradierten Geschlechterrollen eher Frauen zugeschrieben werden. Hierzu gehören die Ausschüsse für „Kultur und Tourismus“, „Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung“ und „Soziales, Jugend, Familie und Sport“. In den Ausschüssen für „Finanzen, Innovation und Verfassung“, „Sicherheit, Gesundheit und Städtekontakt“, „Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau“, „Wirtschaft, Märkte, Stadtgrün und Straßenbetreuung“ sowie im Kontrollausschuss ist der Frauenanteil bei den Mitgliedern deutlich unter 50 %, teilweise sogar unter 30 %. Frauen stellen in den oben genannten Ausschüssen mit hohem Frauenanteil sowie im Ausschuss für Liegenschaften und Integration die Vorsitzende. In den anderen fünf Ausschüssen ist die Position männlich besetzt (Stadt Linz o.J.c).

Tabelle 29: Repräsentanz von Frauen in der Linzer Stadtpolitik (Stand: Mai 2018)

	Frauenanteil	Anzahl Männer und Frauen
Bürgermeister	0,0%	1
VizebürgermeisterInnen	33,3%	3
StadträtInnen	75,0%	4
Stadtssenat	50,0%	8
GemeinderätInnen	42,6%	61
Ausschüsse	42,5%	167
Mitglieder	40,8%	76
Ersatzmitglieder	42,5%	73
Vorsitzende	44,4%	9
StellvertreterInnen	55,6%	9

Quelle: Stadt Linz o.J.c, e.B.

Linzer Stadtparteien

Daten zu den Linzer Stadtparteien vermitteln kein eindeutiges Bild bezüglich ihrer geschlechtsspezifischen Zusammensetzung (alle folgenden Werte beziehen sich auf den Stand Juni 2018):

- Bei der SPÖ liegt der Frauenanteil im Präsidium bei rund 67 %, bei den Sektionsvorsitzenden bei rund 47 % (9 Frauen, 10 Männer), und bei den ParteivorständInnen bei 37 %. Bei den GemeinderätInnen beträgt der Frauenanteil rund 44 % (SPÖ Linzpartei o.J.).
- Bei der ÖVP liegt der Frauenanteil im Stadtparteivorstand bei 36 %, in der Gemeinderatsfraktion liegt der Frauenanteil bei rund 45 % (ÖVP Linz o.J.).

- Bei der FPÖ liegt der Frauenanteil bei den Ortsparteiobfrauen/-obmännern bei 25 % (3 Frauen, 9 Männer) und unter den GemeinderätInnen beträgt der Frauenanteil rund 36 % (FPÖ Linz o.J.).
- Nur bei „Die Grünen Linz“ treffen wir auf eine paritätische Besetzung von Positionen: Von neun Vorstandsfunktionen sind fünf mit Frauen besetzt (Anteil: rund 56 %). Bei den Grünen GemeinderätInnen liegt der Frauenanteil bei 60 % (Linz Grüne o.J.).
- Die NEOS sind mit einer Frau und zwei Männern und die KPÖ mit einer Frau im Linzer Gemeinderat vertreten (NEOS Linz o.J.; KPÖ OÖ o.J.).

Politische Repräsentanz von Frauen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene

Die Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Funktionen ist kein Linz-Spezifikum, sondern für die gesamte politische Landschaft auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene in Österreich charakteristisch (Zögernitz 2017). So beträgt der Frauenanteil im Nationalrat aktuell (Stand Juni 2018) unter ÖVP MandatarInnen rund 32 %, bei jenen der SPÖ rund 46 %, bei jenen der FPÖ rund 26 % und bei jenen der NEOS 40 %. Nur die Liste Pilz entsandte gleich viele Frauen wie Männer. Im gesamten Nationalrat beträgt der Frauenanteil rund 36 % (Republik Österreich o.J.).

Die oberösterreichische Landesregierung besteht aktuell (Stand Juli 2018) aus neun Mitgliedern; nur zwei davon sind Frauen. Diese Besetzung war nicht von Beginn der Legislaturperiode im Amt, denn direkt nach der letzten Oberösterreichwahl (Oktober 2015) wurde in der damals neu zusammengesetzten Landesregierung keine einzige Frau angelobt. Das änderte sich erst im Juli 2016 mit der Angelobung von LR.ⁱⁿ Birgit Gerstorfer (SPÖ). Mit LR.ⁱⁿ Christine Haberland (ÖVP) zog im April 2017 die zweite Frau in die Landesregierung ein (Land Oberösterreich o.J.).

Der aktuelle Bürgermeister der Stadt Linz ist Klaus Luger (SPÖ). Er ist der 7. Bürgermeister (Frauen gab es bisher keine) der Stadt seit Beginn der Zweiten Republik 1945. Für ganz Oberösterreich beträgt der Frauenanteil unter den BürgermeisterInnen im Jahr 2018 7 % (30 Frauen und 410 Männer) (Land Oberösterreich 2018).

Repräsentanz von Frauen in Interessenvertretungen

Bei den Interessenvertretungen der Sozialpartnerschaft dominieren ebenfalls Männer in den Entscheidungsfunktionen. Bei der Arbeiterkammer OÖ beträgt der Frauenanteil im Präsidium 20 % und im Vorstand rund 22 %. Unter den 10 Ausschussvorsitzenden findet sich nur eine Frau (Arbeiterkammer Oberösterreich 2018). Bei der Wirtschaftskammer sind im Präsidium drei von fünf Personen Frauen, in der Direktion sind die zwei verfügbaren Posten mit Männern besetzt (Wirtschaftskammer Oberösterreich 2017).

In der Landwirtschaftskammer Oberösterreich sind beide Präsidenten männlich und im 7-köpfigen Hauptausschuss sitzt eine Frau (Landwirtschaftskammer Oberösterreich o.J.).

In der Bezirksorganisation Linz-Stadt des Pensionistenverbands sind 40 % der Vorstandsmitglieder Frauen (Pensionistenverband o.J.). Im Vorstand des Oberösterreichischen Seniorenbunds liegt der Frauenanteil bei rund 24 % (Oberösterreichischer Seniorenbund o.J.a). Diese Anteile sind niedrig, angesichts dessen, dass in der Altersgruppe der 60 bis 69 Jahre alten LinzerInnen der Frauenanteil bei 54 % liegt; bei den LinzerInnen, die 80 Jahre alt oder älter sind, bei 67 %. Der Frauenanteil bei den Stellvertretenden Landesobfrauen/-obmännern liegt beim Oberösterreichischen Seniorenbund bei einem Drittel (2 Personen). Unter den weiteren Vorstandsmitgliedern befinden sich eine Frau und 5 Männer. Bei den Vorsitzenden der Fachausschüsse liegt der Frauenanteil bei 20 % (2 Personen). Bei den MandatarInnen sind zwei von drei Personen Frauen (Oberösterreichischer Seniorenbund o.J.b).

Eine Frau ist neben 5 Männern im Präsidium der Landesorganisation Oberösterreich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zu finden (ÖGB OÖ o.J.).

Repräsentanz in politischen Themen

Frauenspezifische Gemeinderatsanträge

In den vergangenen sechs Jahren wurden von den Parteien immer wieder Anträge rund um Geschlechtergerechtigkeit und Gleichbehandlung – dies in Bezug auf verschiedene soziale Merkmale wie Geschlecht, Herkunft, Alter, Behinderungen, sexuelle Orientierungen, Religion – auf die Tagesordnung des Linzer Gemeinderates gesetzt. Neben Förderung von Gerechtigkeitszielen beinhalteten manche dieser Anträge allerdings auch Forderungen zur Einschränkung von Gleichstellung. Alle Anträge können inklusive Wortprotokoll und Abstimmungsergebnis auf der Website <https://www.linz.at/politik/grsitzungen/> nachgelesen werden.

Geschlechtergerechtigkeit in den Planungsdokumenten und Strategieprogrammen der Stadt Linz

Für die politische Repräsentanz von Frauen ist auch von Interesse, inwiefern Gleichstellungsziele bzw. Gleichstellungspolitik als Querschnittsmaterie selbst als integrativer Bestandteil jener Linzer Politikbereiche behandelt werden, die das Leben von Frauen und Männern betreffen bzw. bestimmen können.

Als Good-Practice-Beispiel ist hier auf den Kulturentwicklungsplan (KEP) der Stadt Linz zu verweisen, der am 2. März 2000 einstimmig vom Linzer Gemeinderat beschlossen wurde. Im Jänner 2013 wurde der „Kulturentwicklungsplan Neu“ beschlossen. Im Rahmen dieses Programmes wurde etwa festgelegt, dass das Kunst- und Kulturschaffen von Frauen mittels neuer Formate verstärkt öffentlich zu machen ist. Außerdem wird eine gendergerechte Parität bei der Vergabe von Förderungen, Preisen, Stipendien und Projektaufträgen angestrebt (vgl. Stadt Linz/ Direktion Kultur, Bildung, Sport 2013). Im Kapitel „Für eine Symmetrie der Geschlechter“ ist bereits seit dem Jahr 2000 verankert, dass die Erfüllung der Zielvorgaben für die Gleichstellung von Frauen jährlich zu evaluieren ist und immer wieder Partizipationskonzepte zu initiieren sind. Der letzte Evaluierungsbericht des Kulturentwicklungsplanes liegt für das Jahr 2016 vor. Im Folgenden werden ein paar Ergebnisse aus diesem Bericht zusammengefasst.

Generell ergibt sich im Bereich der Kunst und Kultur mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse ein sehr ausgewogenes Bild. Bei der Besetzung der Fachjürys für die Vergabe der Kunstförderstipendien bzw. der Kunstwürdigungspreise lag der Frauenanteil im Zeitraum 2013–2016 bei 60%, bei den Sonderförderprogrammen waren es sogar 71%. Bei den Kunst-/KulturbeirätInnen liegen die Geschlechter jeweils gleichauf. Bei den Kunstförderungsstipendien durch die Stadt Linz erfolgte die letzte Vergabe im Jahr 2015; der Frauenanteil betrug 78%. Mit dem Kunstwürdigungspreis wurden gleich viele Frauen wie Männer ausgezeichnet. Der Wert der Förderankäufe der Linz Kultur Förderung ist in den letzten Jahren beträchtlich gesunken. Im Jahr 2016 wurden für Werke von Frauen durchschnittlich 655 Euro pro Werk investiert, bei Werken von Männern waren es 503 Euro (vgl. Magistrat der Stadt Linz/Linz Kultur Projekte 2017).

Im Sinne von Gender Mainstreaming wäre es notwendig, alle anderen politischen Planungs- und Strategieprogramme der Stadt Linz ebenfalls auf Geschlechtergerechtigkeit hin zu überprüfen und allfällig sichtbar werdende Defizite auszugleichen. Zur Unterstützung dieser Prüfverfahren könnte die nachstehende Checkliste verwendet werden.

Checkliste für die Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit bei der Entwicklung bzw. Überarbeitung von Leitbildern und Programmen

A) Überprüfung des Entwicklungsprozesses auf Geschlechtergerechtigkeit

Prozesskriterien	Ja/Nein/tw./Anzahl	Anmerkungen/Auffälligkeiten
Wie viele Frauen und Männer waren/sind an der Leitbilderstellung beteiligt?		
Wurde/wird auf eine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern geachtet?		
War/ist Genderkompetenz ein Qualitätsmerkmal für die in den Erstellungsprozess eingebundenen Personen?		
Wurde/wird auf eine entsprechende Beteiligung von RepräsentantInnen der weiteren Chancengleichheitsdimensionen (Behinderungen, Herkunft, Alter etc.) geachtet?		
Waren/sind Frauenbeauftragte, GenderexpertInnen bzw. ChancengleichheitsexpertInnen im Erstellungsteam vertreten?		
Gab/gibt es einen Beirat oder ein vergleichbares Gremium, in dem Frauenbeauftragte, GenderexpertInnen bzw. ChancengleichheitsexpertInnen vertreten waren/sind?		
War/ist die Berücksichtigung von Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe explizit oder implizit Teil des Auftrags zur Leitbild- oder Programmerstellung?		

B) Inhaltliche Überprüfung des Leitbildes auf Geschlechtergerechtigkeit

Inhaltskriterien	Ja/Nein/tw.	Anmerkungen/Auffälligkeiten
Erwähnung von Chancengleichheit / Gleichstellung / Geschlechtergerechtigkeit im Text		
Chancengleichheit ist explizit als Teil- bzw. Mitziel formuliert		
Ziel Chancengleichheit wird im Rahmen angesprochener Themen konkretisiert		
Auf die unterschiedliche Partizipation von Männern und Frauen im jeweiligen Politikbereich wird eingegangen		
Die Möglichkeit unterschiedlicher Wirkungszusammenhänge von Maßnahmen nach Geschlecht wird grundsätzlich angesprochen		
Wird erwogen, welche Voraussetzungen erforderlich wären, dass Frauen und Männer an geplanten Maßnahmen gleichermaßen partizipieren können?		
Die Auswirkungen geplanter Maßnahmen werden geprüft in Bezug auf		
– das Geschlechterverhältnis		
– den Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit		
Ziele werden explizit in Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit bzw. Chancengleichheit formuliert oder modifiziert		
Für die Evaluierung von Umsetzungsmaßnahmen sind auch Bewertungen für geschlechtsspezifische Wirkungen vorgesehen		

Quelle: Buchinger et. al (2010) zit.n. Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011: 166)

Repräsentanz durch frauen- bzw. geschlechterspezifische Institutionen und Organe

Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm der Stadt Linz „Gleiche Rechte – Gleiche Chancen II“

Das Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm der Stadt Linz „Gleiche Rechte – Gleiche Chancen“ wurde zum ersten Mal am 21. November 2007 für die Jahre 2007–2013 vom Gemeinderat beschlossen. In der aktuellen Form „Gleiche Rechte – Gleiche Chancen II“ wurde dieses Programm für die Jahre 2014–2019 neu aufgelegt (Gleichbehandlungsbüro der Stadt Linz o.J.b). In diesem Programm ist festgehalten, dass alle MitarbeiterInnen der Stadt Linz, insbesondere jedoch die Organe und EntscheidungsträgerInnen, die Verantwortung für die Umsetzung aller Gleichstellungsaktivitäten und Gleichstellungsstrategien in sämtlichen Bereichen der Arbeitswelt tragen. Darüber hinaus regelt dieses Programm auch die jährliche Berichterlegungspflicht aller Geschäftsgruppen und Unternehmungen. In diesen Berichten sollen die Ergebnisse der Umsetzung dieses Programms dargelegt werden, wobei besonderes Augenmerk auf die Nachbesetzung der Führungskräfte sowie auf karrierefördernde Maßnahmen für Frauen gelegt werden soll. Die Erreichung der Ziele wird alle drei Jahre in einem Evaluierungsbericht überprüft. Der aktuellste Evaluierungsbericht umfasst den Zeitraum 2014–2016 und zeigt gerade bezüglich Frauen in Spitzenpositionen, dass ein Frauenanteil von 50 % noch nicht erreicht wurde (Gleichbehandlungsbüro der Stadt Linz o.J.a).⁴⁴

Frauenpolitische Organe

Die Stadt Linz verfügt über eine Reihe frauenpolitischer Organe:

Frauenbüro und Frauenbeauftragte der Stadt Linz

Das Frauenbüro der Stadt Linz besteht seit 1992 und fungiert als Servicestelle des Magistrates zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Politik. Zielgruppen sind Linzerinnen aller Altersklassen und sozialen Schichten sowie Vereine und Organisationen, die sich mit Frauenthemen auseinandersetzen. Das Frauenbüro greift Anliegen der Bürgerinnen auf, thematisiert sie bei den Zuständigen in Politik oder Verwaltung und bemüht sich um Lösungen. Geleitet wird das Linzer Frauenbüro von der Frauenbeauftragten. Die derzeitige Frauenbeauftragte der Stadt Linz ist Mag.^a Jutta Reisinger (Stand Juli 2018).

Linzer Frauenausschuss

Der Frauenausschuss wurde 1992 eingerichtet und ist seit 2005 im Statut der Stadt Linz festgeschrieben. Seit 12. November 2009 werden Frauenangelegenheiten im Ausschuss für Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung beraten. Der Frauenausschuss leistet viele Vorarbeiten zu frauenpolitischen Entscheidungen und Maßnahmen. Durch die Beschlüsse des Frauenausschusses konnten seit der Gründung viele Projekte für die Linzerinnen realisiert werden, wie z. B. das Linzer Frauengesundheitszentrum, ein Frauenförderprogramm für den Magistrat Linz, die Entwicklung eines Frauenaktionsplans und die Sensibilisierung von Linzer Betrieben für Frauenförderung und Gleichbehandlung.

Linzer Frauenstadträtin

Mit der am 12. November 2009 beschlossenen Geschäftseinteilung für den Stadtsenat wurde erstmals ein Mitglied der Linzer Stadtregierung mit den „Angelegenheiten der Frauenförderung“ betraut. Die Landeshauptstadt Linz hat damit erstmals eine Frauenstadträtin. Aktuell ist Mag.^a Eva Schobesberger in dieser Funktion tätig (Stand Juli 2018).

⁴⁴ Exemplarische Ergebnisse der Evaluation des Frauenförder- und Gleichstellungsprogramms sind im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ dieses Berichtes zusammengefasst.

Gender Budgeting in der Linzer Stadtverwaltung

Gender Budgeting soll dafür sorgen, dass Bund, Länder und Gemeinden mit ihren jeweiligen finanziellen Mitteln geschlechtergerecht umgehen. Mit dieser gleichstellungspolitischen Strategie sollen Prozesse und Ergebnisse der Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern sichtbar gemacht und in Richtung Gleichstellung verändert werden. Ausgangspunkt ist ein Verständnis dafür, dass öffentliche Budgets ein zentrales Element politischen Handelns darstellen. Diese spiegeln die gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse und damit auch die Geschlechterverhältnisse, denn Budgets sind in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik (vgl. Beigewum 2002: 12). Definiert wird Gender Budgeting als die „Anwendung von Gender Mainstreaming auf den Haushaltsprozess. Sie impliziert eine gleichstellungsorientierte Bewertung von Mittelausstattungen, bei welchen der Aspekt der Gleichstellung auf allen Ebenen des Haushaltsprozesses berücksichtigt wird und die Einnahmen und Ausgaben so umstrukturiert werden, dass die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird“ (Europarat 2015, zit. n. Europäisches Parlament 2015: 13).

Gender Budgeting ist aber keine freiwillige bzw. optionale Leistung, sondern eine politische Verpflichtung. „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben.“ So lautet Artikel 13(3) der österreichischen Bundesverfassung, der seit 1. Jänner 2009 in Kraft ist. Österreich hat damit als eines der ersten Länder die Verankerung und Verpflichtung aller öffentlichen Gebietskörperschaften zu Gender Budgeting auf rechtlicher Ebene festgeschrieben.

Der mit 1. Jänner 2013 in Kraft getretene Artikel 51 Abs. 8 B-VG hält fest: „Bei der Haushaltsführung des Bundes sind die Grundsätze der Wirkungsorientierung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Transparenz, der Effizienz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes zu beachten.“

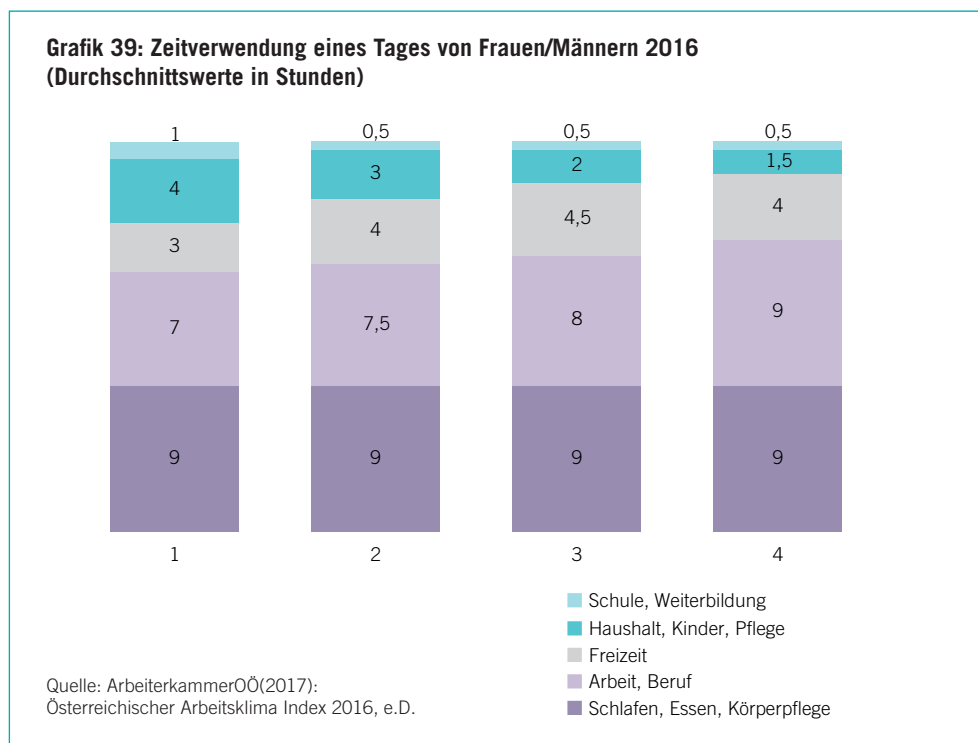
Ein Arbeitskreis des Linzer Frauenausschusses hat sich mit diesem Thema bereits seit 2004 befasst und wichtige Vorarbeiten zur Umsetzung von Gender Budgeting in der Stadtverwaltung geleistet. Im Mai 2007 hat der Gemeinderat der Stadt Linz auf Initiative des Frauenausschusses beschlossen, Gender Budgeting als Anwendung von Gender Mainstreaming im Budgetierungsprozess der Stadt Linz zu verankern.

Im April 2017 wurde eine interne Projektgruppe mit der Implementierung von Gender Budgeting im Förderwesen der Stadt Linz beauftragt. Im Zuge dessen werden die Förderungen der Stadt hinsichtlich ihrer Gender-Relevanz analysiert. Die Datenerhebung und -auswertung erfolgt ab 2018 (Magistrat der Stadt Linz 2018: V-14).

2. Soziokulturelle Partizipation und Interessenvertretung

Gesellschaftliche Teilhabe spiegelt sich nicht nur in politischer Partizipation wider. Linz bietet eine sehr reiche und bunte soziokulturelle Infrastruktur, die mit ihren Dienstleistungsangeboten unterschiedlichste Zielgruppen der Bevölkerung anspricht.

Die Angebote reichen von Beratung, Unterstützung und Betreuung über Sportmöglichkeiten bis hin zu Kultur- und Bildungsveranstaltungen oder sonstigen Freizeitaktivitäten. Jedoch stellen Ressourcen wie Zeit und Geld wesentliche Partizipationsvoraussetzungen dar. Während sich die Verfügbarkeit der freien Zeit zwischen den Geschlechtern angeglichen hat, stellen die bereits vielfach dargelegten schlechteren ökonomischen Verhältnisse für viele Frauen eine Hürde dar, die eine soziokulturelle Partizipation erschweren. Eine Erhebung der Arbeiterkammer Oberösterreich über die Zeitverwendung der Geschlechter an einem klassischen Wochentag zeigt, dass die verfügbare freie Zeit bei Frauen zwischen 2012 und 2016 um eine Stunde auf 4 Stunden pro Tag zunahm, bei Männern im selben Zeitraum von 4,5 Stunden im Jahr 2012 auf 4 Stunden im Jahr 2016 abnahm (siehe Grafik 39).



Die hohen Armutsgefährdungsquoten von alleinlebenden Pensionistinnen, Hauptverdienerinnen und alleinerziehenden Frauen zeigen, dass Lebensunterhalts- und Wohnungskosten für diese Gruppen von Frauen schwer zu tragen sind. Zusätzliche Ausgaben für soziokulturelle Teilhabe sind für armutsgefährdete Frauen oft nicht machbar. Um den Zugang auch für einkommensschwächere Gruppen zu öffnen, gibt es in Linz eine Reihe von Förderungen, die nicht an das Alter von Personen, sondern lediglich an ihre Einkommen gebunden sind.

So haben die Armutskonferenz und das Schauspielhaus Wien im Jahr 2003 die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ ins Leben gerufen, an der sich auch Oberösterreich seit Mai 2007 beteiligt. Über 70 KulturpartnerInnen und 100 Sozialeinrichtungen in ganz Oberösterreich können mit diesem Pass gratis besucht werden. Ziel ist es, Kunst und Kultur allen Menschen

zugänglich zu machen. Anspruchsberechtigt sind Personen mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1.238 Euro netto (12 mal im Jahr oder 14 mal im Jahr 1.061 Euro). Ohne Einkommensprüfung erhalten den Kulturpass BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. der Notstandshilfe, BezieherInnen einer Ausgleichszulage oder Mindestpension, AsylwerberInnen, subsidiär Schutzberechtigte und Studierende, wenn sie aktuell einen Zuschuss aus dem ÖH-Sozialtopf erhalten. In den vergangenen fünf Jahren (2012–2017) wurden durchschnittlich 1.950 Pässe für ganz Oberösterreich ausgestellt. Informationen zu Geschlecht oder Herkunft der Personen sind nicht zugänglich. Mit dem Aktivpass der Stadt Linz gibt es eine weitere Möglichkeit für Personen ab 18 Jahren mit wenig Einkommen (Richtsatz 2018: monatliches Nettoeinkommen bis 1.229 Euro), am vielfältigen soziokulturellen Angebot der Stadt Linz teilzuhaben. Mit dem Aktivpass gibt es Begünstigungen im Bereich öffentlicher Transport, in diversen Kultureinrichtungen, oder bei den Tarifen der Volkshochschule und der Musikschule Linz. Im Jahr 2015 waren 70 % aller PensionistInnen-AktivpassnutzerInnen weiblich (Stadt Linz/Medienservice 2016).

Soziokulturelle Angebote für unterschiedliche Frauengruppen

Über die NutzerInnen der soziokulturellen Einrichtungen in Linz wissen wir wenig, da von der Mehrheit der Einrichtungen keine Daten von ihren NutzerInnen gesammelt werden. Dies liegt wahrscheinlich auch daran, dass für den Großteil der Angebote keine Anmeldung notwendig ist, aus der der Besuch zumindest nach Geschlecht auswertbar wäre. Nach Alter, Herkunft und anderen Merkmalen wie der sexuellen Orientierung, müssten die BesucherInnen/NutzerInnen gezielt befragt werden (was aus Gründen der Privatsphäre nicht immer eine wünschenswerte Praxis darstellen würde). Im Rahmen des Ersten Linzer Frauenberichtes aus dem Jahr 2011 wurde eine Vielzahl an Einrichtungen kontaktiert, um eine nach Geschlecht getrennte Auswertung der NutzerInnenzahlen zu erhalten. Für den vorliegenden Zweiten Linzer Frauenbericht wurde keine erneute Erhebung über Angebot und Nutzungsverhalten der Einrichtungen durchgeführt. Stattdessen werden in diesem Bericht verfügbare Daten über gesellschaftliche Partizipation und Partizipationsmöglichkeiten von spezifischen Frauengruppen vorgestellt. Diese Aufzählungen sind jeweils nicht erschöpfend.

Angebote für junge Linzerinnen

Die letzte Jugendstudie für das Land Oberösterreich wurde im Jahr 2016 durchgeführt. Daraus geht hervor, dass nur 24 % der jungen Frauen (14 bis 25 Jahre) in Vereinen (z. B. Sportverein, Kultur-/Musikverein) aktiv sind, bei den jungen Männern hingegen sind es 41 %. Die jungen Frauen engagieren sich eher in der Schule oder an der Universität (vgl. Landesjugendreferat Oberösterreich 2016). Auch bei Rettungsdiensten oder der freiwilligen Feuerwehr sind junge Männer doppelt so häufig tätig wie junge Frauen. Insgesamt gibt es bei der Freizeitgestaltung einige Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die beliebteste Freizeitbeschäftigung von jungen Frauen ist Einkaufsbummeln. Spazieren gehen und ein Buch lesen werden ebenfalls oft genannt. Junge Burschen betätigen sich eher sportlich oder spielen gerne Videospiele (vgl. ebd.).

Die BürgerInnenbefragung 2017, bei welcher 10.227 LinzerInnen ab 16 Jahren Fragen zu diversen Themen rund um das Leben in Linz beantworteten, zeigt, dass 18,2 % (sehr) zufrieden mit den „Treffpunkte[n] und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche“ in ihrem Wohngebiet sind. Rund 17 % wählten die Kategorie „teils, teils“ und die restlichen 15 % sind (sehr) unzufrieden mit dem Angebot in ihrem Wohngebiet. Die männlichen Respondenten sind insgesamt zufriedener mit dem Angebot als die weiblichen: 17 % der Frauen sind (sehr) unzufrieden, gegenüber 12,8 % der Männer. Leider gibt es hier keine detaillierten Angaben zu den Gründen für die doch beträchtliche Unzufriedenheit.

Vom Jugendservice⁴⁵ – das ist eine Informationseinrichtung des Landes Oberösterreich mit mehreren Zweigstellen u. a. in Linz – wünschen sich junge Frauen vor allem mehr Beratung und Informationen über die Interessensbereiche „Berufswahl, Weiterbildung“ und „Schule und Studium“. Auch bei den Themen „Ernährung und Gesundheit“ und „Konflikte mit den Eltern“ wünschen sich junge Frauen mehr Informationen und Beratung.

Das Jugendreferat Oberösterreich⁴⁶ bietet zahlreiche Informationen, Weiterbildungen für MitarbeiterInnen in der Jugendarbeit und finanzielle Unterstützung für geschlechtsspezifische Jugendarbeit an. Ziele der Jugendarbeit für Mädchen sind das Hinterfragen von Rollenbildern und das Aufzeigen von Benachteiligungen, die damit einhergehen. Es sollen selbstbestimmte Gestaltungs-, Erlebnis- und Entwicklungsmöglichkeiten für Mädchen gefördert werden. Themenbereiche bei der Mädchenarbeit sind „Gesundheit, Körperbewusstsein und Diätwahnsinn“, „Freundschaft, Sexualität“, „Gewaltprävention“, „private und berufliche Lebensplanung“, „Rollenklischees“, oder „Handwerk - Technik – Mädchen“.

Der Verein Jugend und Freizeit⁴⁷ bietet seit 20 Jahren gezielt Freizeitangebote für junge Frauen an. Im Juni 2017 ist in Linz ein eigenes Jugendzentrum für Mädchen und junge Frauen entstanden. Hier werden beispielsweise Alternativen bei der Ausbildung und der Berufswahl vorgestellt.

Mit der oberösterreichischen Jugendkarte „4youCard“⁴⁸ erhalten über 170.000 Jugendliche zwischen 12 und 26 Jahren mit Wohnsitz in Oberösterreich Zugang zu zahlreichen Ermäßigungen, beispielsweise für Fahrschulen, Kino, diverse Sportangebote, Bekleidungsgeschäfte, öffentlichen Transport oder Gastronomie.

Angebote für MigrantInnen

Auch für Menschen migrantischer Herkunft bietet Linz Angebote. Neben Beratungsstellen für MigrantInnen – einige dezidiert für Frauen – sind hier die vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen für den Erwerb der deutschen Sprache, das teilweise mehrsprachige Informationsmaterial der Stadt Linz, oder die über 120 DolmetscherInnen in etwa 49 verschiedenen Sprachen des Linzer Integrationsbüros⁴⁹ zu nennen. Diese Angebote sollen den Zugang für MigrantInnen zu Behörden und anderen Einrichtungen so niederschwellig wie möglich gestalten.

Außerdem sorgen der Migrations- und Integrationsbeirat (MIB)⁵⁰ sowie das Integrationsbüro der Stadt Linz, das als Informationsstelle für alle Themen rund um Zuwanderung und Integration fungiert, für die Anpassung der Angebote der Stadt Linz an die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund und für die Sensibilisierung der Bevölkerung.

Der unabhängige Verein maiz⁵¹ ist ein Verein von und für Migrantinnen, der zahlreiche Projekte zum Thema Integration, Chancengleichheit oder Sexualität umsetzt. maiz ist auch in der Jugendarbeit aktiv: Es gibt Bildungs- und Beratungsangebote, aber es werden auch gemeinsam mit den Jugendlichen Strategien zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben in Linz erarbeitet. Neben den Themen wie Sexualität, Identität oder Anerkennung, gibt es hier auch Angebote zu den Themen Ausgrenzung, Isolation, Rassismus oder Sexismus.

45 Siehe <https://www.jugendservice.at/linz/>

46 Siehe <http://www.ooe-jugend.at/>

47 Siehe <http://vjf.at/>

48 Siehe <https://www.4youcard.at/>

49 Siehe <https://www.linz.at/soziales/5231.asp>

50 Hier beträgt der Frauenanteil bei den bestellten Mitgliedern rund 38 %.

51 Siehe <https://www.maiz.at/>

Gerade junge Migrantinnen sind oft mit zahlreichen Vorurteilen konfrontiert, denn sie erleben oft eine spezifische Ausgrenzung aufgrund einer Verschränkung von Sexismus und Xenophobie (in Bezug auf Herkunft oder Religion). Mittels zahlreicher Angebote im Bereich der Medienarbeit (Radioproduktion, Fernsehproduktion, Theaterstücke, Forumtheater, Ausstellungen, Zeitungs- bzw. Zeitschriftenproduktion) wird den jungen Frauen eine Stimme gegeben, um ihre Erfahrungen sichtbar zu machen. maiz bietet außerdem Alphabetisierungskurse, Deutsch- und IKT-Kurse für Migrantinnen an.

Der Verein „migrare – Zentrum von und für MigrantInnen OÖ“ hat das frauenspezifische Projekt „Peer-Frauen-Tandem networking.komm!“⁵² im Angebot, bei dem Migrantinnen, die schon länger in Österreich leben, Migrantinnen unterstützen, die den Inklusionsweg noch vor sich haben. Dabei geht es um den Austausch von Erfahrungen und den Ausbau von Netzwerken für neu ankommende Frauen.

Das BFI Oberösterreich⁵³ bietet zahlreiche Qualifikationsangebote für MigrantInnen, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte an. Neben Sprachkursen gibt es eine Kompetenzfeststellung, gezielte Berufsberatung, Bewerbungstraining, Schnupperpraktika oder EDV-Kurse. Im Jahr 2017 gab es das Projekt „Milli 2017“, das sich an Frauen mit Migrationshintergrund wandte und auch Inhalte zum Thema „Spannungsfeld Familie-Beruf“ miteinbezog.

Das in Linz angesiedelte Frauen-Zentrum Olympe⁵⁴ der Volkshilfe Oberösterreich unterstützt und berät (auch in Zusammenarbeit mit PsychologInnen und ÄrztInnen) Frauen mit Migrationshintergrund bei familiären, beruflichen, gesundheitlichen und bildungsbezogenen Problemen.

Ebenfalls in Linz bietet die Caritas Oberösterreich im Rahmen ihres div-in-co Angebots⁵⁵ Unterstützung für Mädchen und Frauen mit Fluchterfahrung beim Einstieg in den Arbeits- bzw. Lehrstellenmarkt (z. B. durch Hilfe bei der Anerkennung von Qualifikationen oder bei der Suche von Kinderbetreuungsmöglichkeiten).

Angebote für hochbetagte Frauen

Auch für SeniorInnen gibt es in Linz eine Reihe von Angeboten. Die meisten sind aber nicht geschlechtsspezifisch organisiert. In den „Clubs Aktiv“⁵⁶ der Städtischen Seniorenzentren gibt es täglich kostenlose Veranstaltungen in den Bereichen kreatives Gestalten (z. B. Handarbeiten, Basteln), Bewegung, Gesundheit (z. B. Gedächtnistraining, Hör- und Sehtests), Bildung und Kultur (z. B. Exkursionen, Vorträge) und Geselligkeit (z. B. Singkreise, Lesungen, Ausflüge, Spielrunden). Für Personen mit eingeschränkter Mobilität steht ein Fahrdienst des Samariterbundes zur Verfügung. Der Seniorenbund Oberösterreich hat in Kooperation mit dem WIFI Oberösterreich eine Bildungsinitiative⁵⁷ für SeniorInnen gestartet, deren Ziel eine altersgerechte Bildungs- und Kulturvermittlung ist, die den Interessen und Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren entspricht. Beim Projekt „SelbA“ der Diözese Linz steht ein Trainingsprogramm im Vordergrund, das die geistige und körperliche Fitness für Menschen ab 55 Jahren erhalten bzw. steigern soll. Auf der Webseite der Stadt Linz kann im Volkshochschulprogramm gezielt nach Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren gesucht werden.⁵⁸

52 Siehe <http://www.landdermensen.at/index.php/news/119-peer-frauen-tandem-networking-komm>

53 Siehe <https://www.bfi-ooe.at/de.html>

54 Siehe <https://www.volkshilfe-ooe.at/erwachsene/beratung/fluechtlinge-migrantinnen/frauenzentrum-olymppe/>

55 Siehe <https://www.divinco.at/frauen/>

56 Siehe <https://www.50plus.at/aph/clubs-aktiv-linz.htm>

57 Siehe <http://isa.at/startseite.html>

58 Siehe <https://vhskurs.linz.gv.at/index.php?urlparameter=kathaupt%3A1%3Bkatid%3A148%3Bborderby%3Anr%3B>

Während die politische Repräsentanz bei den SeniorInnen durch den PensionistInnenverband gestärkt wird, ist die mediale Repräsentanz sehr eingeschränkt. Eine Ausnahme bildet beispielsweise das „Radio für Senioren“⁵⁹ auf Radio FRO. Hier werden täglich Radiosendungen von SeniorInnen für SeniorInnen gesendet.

Angebote für Frauen mit Behinderung

Wie auch beim Angebot für SeniorInnen, sind soziokulturelle Angebote für Personen mit Beeinträchtigung in Linz tendenziell nicht geschlechtsspezifisch. Beispielsweise gibt es einen Freizeitclub des Vereins Miteinander⁶⁰. Einmal wöchentlich werden Sport-, Bildung-, Kultur- und andere Freizeitaktivitäten angeboten.

Im „Empowerment-Center“ der „Selbstbestimmt-Leben-Initiative OÖ“⁶¹ werden neben einer Öffentlichkeits- und Bewusstseinsarbeit, Peer-Beratungen sowie Kurse und Schulungen für Menschen mit Behinderung angeboten. Insbesondere sind interessenspolitische und soziale Unterstützungsangebote für Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen (berufliche Integration, Clubhäuser, Laienhilfe, Rehabilitation, Tagesstruktur, Freizeit) zu nennen, so wie Angebote zu kreativer Arbeit in allen Sparten. Außerdem gibt es Sportvereine sowie Selbsthilfegruppen für Erwachsene mit Behinderungen.

Hier gibt es in Linz sehr diversifizierte und verschiedenen Behinderungsformen entsprechende Angebote. Diese reichen von Stabilisierungsmaßnahmen über Berufsorientierung, Beratung und Unterstützung am Arbeitsplatz, Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation bis hin zu vollständigen Berufsausbildungen. Verschiedene Maßnahmen sind auch konkret auf Jugendliche zugeschnitten.

Angebote und Interessenvertretungen für lesbische Frauen

Für lesbische Frauen gibt es in Linz verschiedene Anlaufstellen, die einerseits soziokulturelle Angebote liefern, aber vor allem auch politische Interessenvertretungen sind. Hier zu nennen sind die Lesbengruppe in der HOSI Linz⁶³ und das autonome Frauenzentrum⁶⁴. Eine Kooperation dieser beiden Einrichtungen veranstaltet den Lesbentreff „Lesbresso – what shall's“. Dieser bietet lesbischen Frauen einen Raum um sich zu treffen, Kontakte zu knüpfen oder zukünftige Aktionen und Veranstaltungen zu planen. Neben diesem frauenspezifischen Angebot findet alle zwei Wochen die Veranstaltung „YOUUnited – Young & Queer“, die einen Treffpunkt für junge LGBTQI* Personen darstellt, statt.

„Die Grünen“ bieten innerhalb der Teilorganisation „Grüne Andersrum Oberösterreich“ eine politische Vertretung. Diese widmet sich der Vermittlung und Durchsetzung von Anliegen homosexueller Menschen. Die „SoHo Oberösterreich“ kümmert sich als sozialdemokratische LGBTQI Organisation um Anliegen der LGBTQI Community auf politischer Ebene.⁶⁵

HOSI Linz, Grüne Andersrum OÖ, Soho OÖ, Linz gegen Rechts⁶⁶ (ein antifaschistisches AktivistInnen-Bündnis) und FEM Events⁶⁷ (ein Veranstaltungsteam zur Organisation von „Frauenparties“) organisierten 2018 zum 7. Mal die „Linzpride Parade“. Zusätzlich fand im selben Jahr zum ersten Mal auch der Linzer „Dyke March“ statt.

59 Siehe <https://www.fro.at/sendungen/radio-fuer-senioren/>

60 Siehe <https://www.miteinander.com/>

61 Siehe <https://www.sli-emc.at/>

62 Siehe <https://www.caritas-linz.at/hilfe-angebote/menschen-mit-behinderungen/ausbildungundarbeit/>

63 Siehe <http://www.hosilinz.at/>

64 Siehe <http://www.frauenzentrum.at/wp/>

65 Siehe <http://www.soho.or.at/bundeslander/soho-oberoesterreich/>

66 Siehe <http://linz-gegen-rechts.at/>

67 Siehe https://de-de.facebook.com/pg/femevent/about/?ref=page_internal

Seit 2005 wurden einige Anträge zur LesBiSchwulen Politik in den Linzer Gemeinderat eingebracht. Darunter war etwa ein Antrag der Grünen zur Prüfung der Einrichtung eines „Koordinierungsbüros für Gleichstellung und Antidiskriminierung von Lesben, Schwulen, Transgender und intersexuellen Menschen“ in der Stadt Linz. Dieser wurde allerdings in der Gemeinderatsitzung vom 19. Mai 2016 mehrstimmig abgelehnt (vgl. Stadt Linz o.J.a).

Ein weiterer Antrag der Grünen, der KPÖ sowie der NEOS zur „Einrichtung der Beratungsstelle ‚COURAGE‘ in der Stadt Linz nach Vorbild von Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg“ wurde in der Gemeinderatsitzung vom 30. Juni 2016 mehrstimmig angenommen (vgl. Stadt Linz o.J.b). Die Umsetzung zur Einrichtung dieser queeren PartnerInnen-, Familien- und Sexualberatungsstelle ist allerdings noch nicht erfolgt.

Medial repräsentiert wird die oberösterreichische LGBTQI Community beispielsweise durch die Zeitschrift „PRIDE – Das lesbisch/schwule Österreichmagazin“ mit einer eigenen Oberösterreich-Redaktion, die unter anderen durch die HOSI Linz herausgegeben wird.⁶⁸

Anlaufstellen für Frauen

Die folgende Auflistung zeigt eine Auswahl an Anlaufstellen, die Frauen in vielen verschiedenen Lebenslagen beratend unterstützen. Diese Aufzählung ist keineswegs als vollständig zu betrachten und stimmt mit jener des Frauenbüros Linz überein (Frauenbüro der Stadt Linz, o.J.).

Tabelle 30: Anlaufstellen und Beratungseinrichtungen für Frauen in Linz

AKH-Linz, Kompetenzzentrum für Frauengesundheit: Beratungsstelle für Frauen jeden Alters in allen Gesundheitsfragen	
Adresse	Abt. Gynäkologie und Geburtshilfe Krankenhausstraße 9, 4020 Linz
Telefon	+43 732 7806 2254
Fax	+43 732 7806 2226
E-Mail	gynaekologie@akh.linz.at
AK für Alleinerziehende/KFB	
Adresse	Kapuzinerstraße 84 (1. Stock), 4020 Linz
Telefon	+43 732 7610 3441
Fax	+43 732 7610 3779
E-Mail	kfb@dioezese-linz.at
Webseite	http://www.dioezese-linz.at/kfb
Arge Sie	
Adresse	Marienstraße 11, 4020 Linz
Telefon	+43 732/77 83 61
Fax	+43 732/79 73 13
E-Mail	sie@arge-obdachlose.at
Webseite	www.arge-obdachlose.at

⁶⁸ Siehe <http://www.pride.at/>

autonomes FRAUENZentrum

Adresse Starhembergstraße 10, 4020 Linz
 Telefon +43 732 60 22 00
 Fax +43 732 60 2200 60
 E-Mail hallo@frauenzentrum.at
 Webseite www.frauenzentrum.at

Frauengesundheitszentrum

Adresse Kaplanhofstraße 1, Erdgeschoß, 4020 Linz
 Telefon +43 732 77 44 60
 Fax +43 732 77 44 60 60
 E-Mail office@fgz-linz.at
 Webseite www.fgz-linz.at

Frauenhaus Linz

Adresse Postfach 1084, 4021 Linz
 Telefon +43 732 60 67 000
 E-Mail help@frauenhaus-linz.at
 Webseite www.frauenhaus-linz.at

Haus der Frau

Adresse Bildungs- u. Begegnungszentrum der Katholischen Frauenbewegung
 Volksgartenstraße 18, 4020 Linz
 Telefon +43 732 66 70 26 6412
 Fax +43 732 66 70 26 6433
 E-Mail hfd@dioezese-linz.at
 Webseite www.dioezese-linz.at/hdf

Haus für Mutter und Kind

Adresse Kapellenstraße 1, 4040 Linz
 Telefon +43 732 73 80 10
 E-Mail haus.mutter.kind@caritas-linz.at
 Webseite www.caritas-linz.at

Gewaltschutzzentrum OÖ

Adresse Stockhofstraße 40, 4020 Linz
 Telefon +43 732 60 77 60
 Fax +43 732 60 77 60 10
 E-Mail ooe@gewaltschutzzentrum.at
 Webseite www.gewaltschutzzentrum.at

LENA Beratungsstelle für Menschen, die in der Prostitution tätig sind oder waren

Adresse Steingasse 25, 2. Stock, 4020 Linz
 Telefon +43 732 77 55 08
 E-Mail lena@caritas-linz.or.at
 Webseite <https://www.caritas-linz.at/hilfe-angebote/menschen-in-not/lena-beratungsstelle-fuer-menschen-die-in-der-prostitution-arbeiten-bzw-gearbeitet-haben/>

Linzer Frauenbüro

Adresse Altes Rathaus, Hauptplatz 1 (Erdgeschoß), 4041 Linz
Telefon +43 732 7070 1190 bis 1192,
Fax +43 732 7070 1193
E-Mail frauenbuero@mag.linz.at
Webseite www.linz.at/frauen

maiz, Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen

Adresse Hofgasse 11, 4020 Linz
Telefon +43 732 77 60 70
E-Mail maiz@servus.at
Webseite www.maiz.at

Mutter-Kind-Haus der Stadt Linz

Adresse Füchselstraße 21, 4020 Linz
Telefon +43 732 600441 21,22
Fax +43 732 600441 25
E-Mail muki@mag.linz.at

Projekt „Frauen einer Welt“ der Volkshilfe Flüchtlingsbetreuung

Adresse Schillerstraße 34/2, 4020 Linz
Telefon +43 732 60 30 99 15
Fax +43 732 60 30 99 14
E-Mail frauen_einer_welt@volkshilfe-ooe.at
Webseite www.volkshilfe-ooe.at

Sozialverein B37

Adresse Bethlehemstraße 37, 4020 Linz
Telefon +43 732 77 86 82
E-Mail wohnheim@b37.at
Webseite www.b37.at

Wohngruppe Alleinerziehend

Adresse Spaunstraße 1, 4030 Linz
Telefon +43 732 34 15 73
E-Mail wohngruppe@alleinerziehend.at
Webseite www.alleinerziehend.at

woman VSG

Adresse Johann-Konrad-Vogel-Str. 2/4, 4020 Linz
Telefon +43 732 79 76 26
E-Mail woman@vsg.or.at
Webseite http://www.vsg.or.at/woman_angebot.php

Quelle: Frauenbüro der Stadt Linz, o.J.

TRENDS

- Frauen sind in der Stadt Linz in manchen politischen Funktionen, in den Stadtparteien (Ausnahme: „Die Grünen Linz“) und in den verschiedenen Interessenvertretungen unterrepräsentiert.
- Frauen bilden nur in jenen Ausschüssen der Stadt Linz die Mehrheit, deren Themen traditionell eher weiblich konnotiert sind.
- Die Stadt Linz hat ein Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm und verfügt über verschiedene frauenpolitische Organe (Frauenbüro, Frauenbeauftragte, Linzer Frauenausschuss, Stadträtin für Frauen).
- Der „Kulturentwicklungsplan Neu“ (KEP) der Stadt Linz ist ein gutes Beispiel für die Integration der Gleichstellungsthematik als Querschnittsmaterie in ein Strategiedokument. Klare Zielvorgaben fördern die Partizipation von Frauen.
- Förderungen wie der Kulturpass „Hunger auf Kunst und Kultur“, der Aktivpass oder die „4youCard“ (speziell für Jugendliche und junge Erwachsene) fördern die soziokulturelle Partizipation einkommensschwächerer Gruppen.
- Linz verfügt über ein breitgefächertes, für spezifische Frauengruppen maßgeschneidertes, soziokulturelles Angebot bzw. über Angebote der politischen Interessenvertretung, wodurch die Lebensqualität vieler Menschen bereichert wird.
- Gerade für Jugendliche, insbesondere für junge Frauen, deren Partizipation in Jugendeinrichtungen geringer ist als die der jungen Männer und die auch eine größere Unzufriedenheit mit dem Freizeitangebot ausdrücken, braucht es neue Konzepte.

LÜCKEN

- Leicht zugängliche und vergleichbare geschlechtsspezifische Daten für alle Dimensionen der politischen Partizipation in der Stadt Linz
- Daten zur Nutzung soziokultureller Angebote in Linz
- Das soziokulturelle Partizipationsverhalten bestimmter Gruppen von Frauen, etwa SeniorInnen, Frauen mit Migrationshintergrund, lesbischen Frauen oder Frauen mit Behinderungen ist in Linz statistisch kaum erfasst

DISKUSSION UND REFLEXION DES STATUS QUO

Politische und gesellschaftliche bzw. soziokulturelle Partizipation sind die Grundvoraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe in einer Gesellschaft. Repräsentation und Mitgestaltung bzw. das Eingebundensein in politische Entscheidungen und andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bereichern die Lebensqualität aller LinzerInnen und sind auch für das gesellschaftliche Zusammenleben von Bedeutung. Mädchen und junge Frauen anzuregen, sich gesellschaftlich oder politisch einzubringen, kann auch als Empowerment gesehen werden, da sie sich dadurch sichtbar machen bzw. sich für ihre Probleme und Bedürfnisse

Gehör verschaffen können. Die zusammengefasste Jugendstudie des Landes Oberösterreich zeigt: Fast jedeR Dritte würde sich gerne für eine sinnvolle Freizeitgestaltung Jugendlicher einbringen. Der Wille ist also vorhanden, möglicherweise fehlt es an Informationen vonseiten der Bildungseinrichtungen, welche Möglichkeiten zur Partizipation vorhanden sind.

Mangelnde zeitliche oder ökonomische Ressourcen können den Zugang für bestimmte Gruppen von Frauen und Männern einschränken. Prekäre ökonomische Lebenssituationen sind neben familiären oder beruflichen Verpflichtungen das größte Hemmnis für Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Frauen sind von solchen Situationen verstärkt betroffen, wie die hohen Armutsgefährdungsquoten belegen. Wie in diesem Kapitel dargestellt wurde, gibt es mit den Förderungen der Stadt Linz bzw. des Landes Oberösterreich oder mit den zahlreichen oft unentgeltlichen Beratungs-, Betreuungs- oder Freizeitangeboten von Vereinen für marginalisierte Gruppen (z. B. Migrantinnen oder Menschen mit Behinderungen) in Linz Erleichterungen zur Teilhabe. Die Linzerinnen und Linzer sollten verstärkt auf diese Angebote bzw. auf Vergünstigungspässe wie Kultur- oder Aktivpass aufmerksam gemacht werden.

Strukturelle Probleme der Einrichtungen

Um auf unterschiedliche Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen eingehen und zugeschnittene Angebote anbieten zu können, werden von Seiten der Vereine und Organisationen finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Viele Einrichtungen bieten Beratungsleistungen und auch Workshops unentgeltlich an, sie sind daher in großem Maße auf Spenden und vor allem auf öffentliche Förderungen angewiesen. Ohne öffentliche Förderungen kann das Angebot an Beratungen, Betreuung und speziellen Angeboten nicht oder nur sehr eingeschränkt aufrechterhalten werden. Die Streichung der jährlichen Förderungen für die Linzer Vereine maiz, ARGE SIE (eine Beratungsstelle für obdach- und wohnungslose Frauen)⁶⁹ und FIFTITU% (eine Anlaufstelle für KünstlerInnen und kulturschaffende Frauen)⁷⁰ durch das Frauenreferat des Landes Oberösterreich, wird dazu führen, dass stark nachgefragte Dienstleistungen dieser Einrichtungen nicht mehr oder nur sehr begrenzt angeboten werden können. Von diesen Kürzungen werden gerade stark marginalisierte Frauengruppen, wie Sexarbeiterinnen oder obdachlose Frauen, betroffen sein. Das sind jene, die am meisten auf Förderungsprogramme und soziale Einrichtungen angewiesen sind.⁷¹

AUSBLICK: MASSNAHMEN UND MÖGLICHKEITEN

Politische Partizipation

- Fortschreibende, regelmäßige Erfassung und Veröffentlichung der Repräsentanz von Frauen im gesamten politischen Feld in der Stadt Linz
- Überprüfung aller politischen Strategie- und Planungsdokumente auf Geschlechter- und Diversitätsgerechtigkeit
- Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in politischen Funktionen der Stadt Linz, in denen Frauen unterrepräsentiert sind

⁶⁹ Siehe <http://arge-obdachlose.at/arge-sie/>

⁷⁰ Siehe <https://www.fiftitu.at/>

⁷¹ Für weitere Informationen dazu siehe <https://frauenlandretten.at/>

- Durchbrechen der geschlechterstereotypen Besetzung der Ausschüsse, z. B. durch Quoten
- MentorInnenprogramme für junge Frauen in der Politik, um sie bei ihren politischen Anfängen zu unterstützen
- Gemeinderatsenqueten zu frauenpolitischen Themen
- Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit zum Sichtbarmachen von Frauen und deren Leistungen in der Politik
- Schulungsmaßnahmen zur Gender- und Diversitätsthematik für PolitikerInnen und die Verwaltungsebene der Stadt Linz
- Schaffung bzw. Ausbau von Budgets für Frauenförderungsmaßnahmen im kulturellen und sozialen Bereich
- Koppelung der Förderungen der Stadt Linz an Kriterien der Geschlechter- und Diversitätsgerechtigkeit
- Sicherstellung der finanziellen Förderung von Anlaufstellen und Interessensvertretungen marginalisierter Frauengruppen (z. B. Migrantinnen, Sexarbeiterinnen, lesbische Frauen, obdachlose Frauen)

Soziokulturelle Teilhabe

- Förderung der Koordination und Vernetzung von Einrichtungen zur Vermeidung von Überschneidungen bzw. Unterversorgungen in deren Angeboten
- Schaffung von Anreizsystemen durch zusätzliche Mittel für Einrichtungen, wenn sie Frauenfördermaßnahmen entwickeln und umsetzen
- Schaffung von Mädchenzentren und attraktiven Freiräumen in allen Stadtteilen
- Vermittlung interkultureller Kompetenz in den soziokulturellen Einrichtungen der Stadt Linz
- Sicherstellung von guter Anti-Diskriminierungsarbeit der soziokulturellen Einrichtungen in Linz
- Angebote von kostenlosen Übersetzungsdienstleistungen für die soziokulturellen Einrichtungen, wobei MigrantInnen als ÜbersetzerInnen eingesetzt werden
- Sicherstellung, dass alle soziokulturellen Einrichtung barrierefrei zugänglich sind und auf besondere Bedürfnisse eingehen können
- Anlegen bzw. Ausbau von Datenbanken zu Musikerinnen, Schriftstellerinnen, Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen, um Frauen im Kulturbetrieb und Wissenschaftsbetrieb sichtbar zu machen
- Ausbau der Bewerbung von frauenspezifischen Veranstaltungen oder soziokulturellen Einrichtungen in Kooperation mit den Linz Linien bzw. in Druckschriften der Stadt Linz
- Kinderbetreuungsangebote in den Einrichtungen fördern, damit Frauen mit Kinderbetreuungspflichten stärker eingebunden werden

QUELLEN

- Arbeiterkammer Oberösterreich (2017): Österreichischer Arbeitsklima Index 2016. Frauenmonitor 2017. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/publikationen/frauenmonitor/B_2017_Frauenmonitor.pdf, abgerufen am 4.7.2018.
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2018): Vorstand der AK Oberösterreich. <https://ooe.arbeiterkammer.at/ueberuns/gremien/vorstand/index.html>, abgerufen am 30.4.2018.
- Beigewurm, Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Hg.) (2002): Frauen machen Budgets, Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien: Mandelbaum.
- Europäisches Parlament (2015): Der EU-Haushalt für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Studie für den FEMM-Ausschuss. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/490708/IPOL_STU\(2015\)490708_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/490708/IPOL_STU(2015)490708_DE.pdf), abgerufen am 5.7.2018.
- FPÖ Linz (o.J.): Gemeinderäte. <http://www.fpoe-linz.at/fraktion/>, abgerufen am 30.4.2018.
- Frauenbüro der Stadt Linz (o.J.). Beratungseinrichtungen für Frauen. <https://www.linz.at/frauen/5054.asp>, abgerufen am 28.5.2018.
- Gleichbehandlungsbüro der Stadt Linz (o.J.a): Gleiche Rechte – Gleiche Chancen II. Drei-Jahres-Evaluierung zum UGL-weiten Frauenförderung Gleichstellungsprogramm 2014 bis 2016. Noch unveröffentlicht.
- Gleichbehandlungsbüro der Stadt Linz (o.J.b): Gleiche Rechte – Gleiche Chancen II. UGL-weites Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm für die Jahre 2014 bis 2019. Noch unveröffentlicht.
- KPÖ OÖ (o.J.): KPÖ Oberösterreich – Linz. <http://ooe.kpoe.at/index.php?topic=Linz>, abgerufen am 30.4.2018.
- Land Oberösterreich (2018): Gemeinden. <http://www.land-oberoesterreich.gv.at/38526.htm>, abgerufen am 23.5.2018.
- Land Oberösterreich (o.J.): Mitglieder der Oö. Landesregierung. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/12189.htm>, abgerufen am 23.5.2018.
- Landesjugendreferat Oberösterreich (2016): OÖ Jugendstudie 2016. https://www.junginoee.at/fileadmin/files/junginoee/Downloads/Broschueren/Jugendstudien/Jugendstudie_2016.pdf, abgerufen am 30.5.2018.
- Landwirtschaftskammer Oberösterreich (o.J.): Organisation. <https://ooe.lko.at/organisation+2500++900587#mitarbeiterr1001447>, abgerufen am 6.7.2018.
- Linz Grüne (o.J.): Partei. <https://linz.gruene.at/partei/die-gruenen-linz>, abgerufen am 30.4.2018.
- Magistrat der Stadt Linz (2018): Vorbericht 2018. http://data.linz.gv.at/katalog/politik_verwaltung/verwaltung/budget/2018/VA/VA2018_Vorbericht_2018.pdf, abgerufen am 23.5.2018.
- Magistrat der Stadt Linz/Frauenbüro (2011): Erster Linzer Frauenbericht. <https://www.linz.at/images/Frauenbericht.pdf>, abgerufen am 21.6.2018.
- Magistrat der Stadt Linz/Linz Kultur Projekte (2017): Für eine Symmetrie der Geschlechter. Bericht für das Jahr 2016. http://www.linz.gv.at/images/Symmetrie_der_Geschlechter_-_Bericht_2016.pdf, abgerufen am 16.5.2018.
- NEOS Linz (o.J.): Team. <https://oberoesterreich.neos.eu/gemeinde/linz/#team>, abgerufen am 30.4.2018.
- Oberösterreichischer Seniorenbund (o.J.a): Der Vorstand – Seniorenbund-Funktionäre im Bezirk Linz-Stadt. <https://linz-stadt.ooe-seniorenbund.at/vorstand>, abgerufen am 30.04.2018.
- Oberösterreichischer Seniorenbund (o.J.b): Landesvorstand, Bezirksobleute, Mandatare. <https://ooe-seniorenbund.at/ueberuns>, abgerufen am 23.5.2018.
- Österreichischer Gewerkschaftsbund Landesorganisation Oberösterreich (ÖGB OÖ) (o.J.): Über uns. https://www.oegb.at/cms/S06/S06_23.1.1/ueber-uns/praesidium, abgerufen am 6.7.2018.
- ÖVP Linz (o.J.): Team. <http://www.oevp-linz.at/index.php?id=14564>, abgerufen am 30.4.2018.
- Pensionistenverband (o.J.): Unsere Funktionärinnen & Funktionäre. <http://www.pvlinz.at/mitarbeiterinnen/>, abgerufen am 23.5.2018.
- Republik Österreich (o.J.): Frauenanteil im Nationalrat. https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/frauenanteil_NR.shtml, abgerufen am 30.4.2018.
- SPÖ Linzpartei (o.J.): Menschen – Gremien. <https://linzpartei.at/menschen/#vorsitzender>, abgerufen am 30.4.2018.
- Stadt Linz (o.J.a): Wortprotokoll-Auszug der 7. Gemeinderatssitzung am 19.5.2016. <https://www.linz.at/Politik/GRSitzungen/GPSearch/ResultDetail?TopId=1622>, abgerufen am 6.6.2018.
- Stadt Linz (o.J.b): Wortprotokoll-Auszug der 7. Gemeinderatssitzung am 19.5.2016. <https://www.linz.at/Politik/GRSitzungen/GPSearch/ResultDetail?TopId=1622>, abgerufen am 6.6.2018.
- Stadt Linz (o.J.c): Politik in Linz. https://www.linz.at/politik_verwaltung/politik.asp, abgerufen am 30.4.2018.
- Stadt Linz/Direktion Kultur, Bildung, Sport (2013): Kulturentwicklungsplan Neu der Stadt Linz. <http://www.linz.gv.at/images/KEPneu.pdf>, abgerufen am 16.5.2018.
- Stadt Linz/Medienservice (2016): Linzer Aktivpass – Bilanz 2015. Unterlagen der Pressekonferenz vom 1.1.2016. https://www.linz.at/images/Aktivpass_Bilanz_2015.pdf, abgerufen am 3.7.2018.
- Wirtschaftskammer Oberösterreich (2017). Präsidium & Direktion der WKO Oberösterreich. https://www.wko.at/service/ooe/Praesidium_WKOOE_neu.html, abgerufen am 30.4.2018.
- Zögernitz, Werner (2017): Frauen in der Spitzenpolitik in Österreich. http://www.parlamentarismus.at/fileadmin/Inhaltsdateien/lfpd/Dateien/2017/Frauen_in_der_Spitzenpolitik_in_Oesterreich_-_samt_Anlagen_1_-_4_-_vom_10_02_NEU_2017.pdf, abgerufen am 30.4.2018.

